

Parlamentsdienste

Services du Parlement

Servizi del Parlamento

Servetschs dal parlament



Dokumentationsdienst
3003 Bern
Tel. 031 322 97 44
Fax 031 322 82 97
doc@pd.admin.ch

89.019

90.026

Militärische Bauten und Landerwerb



1. Uebersicht über die Verhandlungen - Résumé des délibérations

× **148/89.019 s Militärische Bauten und Landerwerb**
Botschaft und Beschlussesentwurf vom 27. Februar 1989
(BBl I, 1092) über militärische Bauten und Landerwerb
(Baubotschaft 1989).
N/S Militärkommissionen
1989 20. Juni. Beschluss des Ständerates nach Entwurf des
Bundesrates.
1989 6. Oktober. Beschluss des Nationalrates: Zustimmung.
Bundesblatt III, 962

× **173/90.026 n Militärische Bauten und Landerwerb**
Botschaft und Beschlussesentwurf vom 4. April 1990
(BBl II, 489) über militärische Bauten und Landerwerb
(Baubotschaft 1990).
N/S Militärkommissionen
1990 20. Juni. Beschluss des Nationalrates abweichend vom
Entwurf des Bundesrates.
1990 20. September. Beschluss des Ständerates: Zustimmung.
Bundesblatt III, 621

Zehnte Sitzung – Dixième séance

Dienstag, 20. Juni 1989, Vormittag
Mardi 20 juin 1989, matin

08.00 h

Vorsitz – Présidence: M. Reymond

89.019

Militärische Bauten und Landerwerb
Ouvrages militaires et acquisition de terrain

Botschaft und Beschlussentwurf vom 27. Februar 1989 (BBI I, 1092)
Message et projet d'arrêté du 27 février 1989 (FF I, 1040)

Antrag der Kommission
Eintreten

Proposition de la commission
Entrer en matière

Jagmetti, Berichterstatter: Nicht Sensation, sondern Kontinuität kennzeichnet die Vorlage, die ich Ihnen zu erläutern habe. Wir erhalten jedes Jahr ein Bauprogramm des EMD. Sie haben vielleicht bemerkt, dass es dieses Jahr einen neuen Titel trägt, mit dem zum Ausdruck gebracht werden soll, dass der Entscheid nicht definitiv mit der Botschaft getroffen wird, sondern mit dem Bundesbeschluss, weshalb denn auch vom Bauprogramm und nicht mehr von der Baubotschaft die Rede ist.

Wie in den Vorjahren hat sich auch diesmal die Militärkommission in Gruppen an Ort und Stelle ein Bild gemacht, hat die Vorlage gemeinsam beraten und beantragt Ihnen Eintreten und Zustimmung.

Das Programm, das Ihnen der Bundesrat und die Militärkommission vorlegen, enthält – wie ich schon sagte – wenig Sensationelles, weil es in verschiedener Weise in eine Gesamtkonzeption eingebettet ist, die wir nicht jedes Jahr neu erarbeiten, sondern periodisch überprüfen müssen, und in die sich die einzelnen Vorlagen zielkonform einzuordnen haben. Diese Einbettung ist dreifacher Art. Ich möchte einleitend diese allgemeinen Gesichtspunkte etwas ausleuchten:

Zunächst müssen diese Bauten selbstverständlich in die Verteidigungskonzeption eingeordnet werden. Unsere Landesverteidigung stützt sich – das ist keine Neuigkeit – auf ein starkes Gelände. Deshalb sind auch die Kampf- und Führungsbauten als Geländeverstärkungen bezeichnet, womit dieser Zusammenhang unserer Verteidigungsanstrengung mit dem eigenen Raum sehr deutlich wird. Unser Milizsystem bedingt sodann eine Ausbildungsinfrastruktur, die den spezifischen Anforderungen einer so gestalteten Armee entspricht. Schliesslich brauchen wir auf das ganze Land verteilt Infrastrukturen, um im Ernstfall über die notwendigen Versorgungs- und anderen Anlagen zu verfügen. Der systematischen Ausrichtung auf diese Zielsetzungen dienen die verschiedenen Ausbauschritte. Wir bewegen uns auch hier in einer Planung über mehrere Jahre hinweg. Die Vorlage entspricht ganz dem Ausbauschritt 1988 bis 1991. Konzeptionelle Änderungen drängen sich hier nicht auf. Sie gestatten mir noch die Bemerkung, dass alle Bauten, die uns beantragt werden, nicht nur sinnvoll, sondern notwendig bleiben, wenn das Konzept der Armee 1995 verwirklicht wird.

Der zweite Rahmen ist der finanzielle: Die Vorlage hält sich an den Finanzrahmen der Legislaturplanung. Diese sieht bei den Verteidigungsausgaben ein Schwergewicht bei den Investitio-

nen vor, während die laufenden Ausgaben ganz bewusst in ihrem Wachstum stark begrenzt werden. Wenn man die Zahlen über mehrere Jahre vergleicht, muss man auch berücksichtigen, dass sich innerhalb der Investitionen für die Landesverteidigung gewisse Schwergewichtsverlagerungen ergeben können.

Wir haben mit dem Rüstungsprogramm 1984 den grossen Schritt der Panzerbeschaffung getan mit einer Konzentration der Investitionen bei der Rüstung. Das blieb auf die Bauprogramme nicht ohne Rückwirkung. In den Jahren 1984 bis 1985 bewegten sich die jährlichen Bauprogramme auf etwa 300 Millionen Franken. Sie stiegen dann auf etwas über 400 Millionen Franken, und diesmal sind es 470 Millionen Franken. Beachten Sie aber, dass gleichzeitig das Rüstungsprogramm für dieses Jahr etwas geringer ist als im Vorjahr, so dass sich im ganzen ein ausgeglichenes Verhältnis ergibt. Das zeigt auch, dass bei einem festgelegten Finanzrahmen durchaus noch Platz für jährliche Gewichtssetzungen und Schwergewichtsbildungen bleibt.

Das Dritte, in das die Bauten eingebettet sein müssen, ist etwas vom Wichtigsten: sind Raum und Umwelt. In unserem dicht besiedelten Land überlagern sich die Nutzungen bekanntlich, und Konflikte sind nicht auszuschliessen, ob es um die Abgrenzung Bauland/Landwirtschaftsland, um Siedlung und Verkehr oder um andere Bedürfnisse geht. Dass die Armee in diese Nutzungsüberlagerungen einbezogen ist, ist uns ebenfalls klar, und dass dort besondere Schwierigkeiten auftreten, naheliegend. Wir kennen alle das Problem der Ausbildungsanlagen mit den Waffen von Schiessplätzen, wo wir auf besondere Schwierigkeiten stossen. In der Kommission ist in diesem Zusammenhang besonders hervorgehoben worden, dass uns eigentlich ein Uebungsgelände für den Kampf der verbundenen Waffen fehlt. Wir können insbesondere mit den Panzerverbänden nur immer eine Disziplin aufs Mal üben, aber nicht das kombinierte Gefecht, jedenfalls nicht im Scharfschuss. Das führt zu Problemen bei der Ausbildung, mit denen wir leben und die wir bewältigen müssen. Aber wir müssen uns doch immer wieder bewusst sein, dass wir uns mit solchen Problemen auseinanderzusetzen haben. Nur ganz begrenzt ist es möglich, die Ausbildung ins Ausland zu verlegen. Ich wies darauf hin, dass jetzt wieder ein Training der Luftwaffe in Sardinien durchgeführt wird. Aber das sind Ausnahmen, während wir uns sonst in unserem begrenzten Raum einrichten müssen.

Die Integrationsnotwendigkeit zeigt, dass wir die militärischen Anlagen in enger Entwicklung mit der Raumplanung gestalten müssen. Es hat sich da eine Zusammenarbeit mit den Kantonen entwickelt. Ich hoffe, sie lasse sich weiterführen und da und dort noch vertiefen. Natürlich schafft die Raumplanung keine neuen Quadratmeter oder Quadratkilometer. Das wissen wir. Aber sie erlaubt, Nutzungskonflikte sinnvoll in ein Ganzes zu bringen und den Bedürfnissen der Armee und dem ganzen Land besser zu dienen.

Besonders hervorheben möchte ich, dass sich die Militärkommission dieses Jahr wieder gefragt hat, wie sich die einzelnen Vorhaben in die Bemühungen des Bundes für den Landschaftsschutz einordnen lassen.

Sie hat sich eine Liste der Anlagen geben lassen, die in sogenannten BLN-Gebieten liegen, also in Gebieten des Bundesinventars der Landschaften und Naturdenkmäler. Dazu kann ich Ihnen nun etwas detailliert folgendes sagen: Bei den Geländeverstärkungen, die in solchen Gebieten liegen, handelt es sich entweder um kleine, unterirdische Anlagen oder um solche, die wie Panzerhindernisse in die Strassen eingebaut werden, also das Gelände überhaupt nicht berühren. Nur an ganz wenigen Stellen – es sind zwei kleine Objekte – werden solche Anlagen im BLN-Gebiet überhaupt sichtbar. Eine Uebermittlungsanlage im Alpenraum liegt zwar in einem solchen Gebiet, ist aber vom nächstmöglichen Standort aus nicht erkennbar, wie sich die Militärkommission überzeugen konnte. Dass eine Lawinenschutzanlage in einem BLN-Gebiet errichtet werden muss, ist naheliegend und stört uns sicher nicht. So glauben wir, dass insbesondere im Programm dieses Jahres in dieser Beziehung keine Probleme auftreten sollten. Die Fragen sind – ich möchte das betonen – geprüft worden.

Das gleiche gilt für die Umwelt. Mit Bezug auf zwei grössere Vorlagen ist ein Umweltverträglichkeitsbericht ausgearbeitet worden. Das EMD pflegt auch eine gute Zusammenarbeit mit dem Buwal, so dass hier die Integration militärischer Bedürfnisse und Fragen des Umweltschutzes gewährleistet ist.

Insgesamt hat die Militärkommission den Eindruck erhalten, dass diese Zusammenarbeit mit den Stellen der Kantone und des Bundes, die sich mit räumlichen und Umweltfragen auseinandersetzen, gepflegt wird, und dass Nutzungskonflikte, wie sie unvermeidlich auftreten, auf das Minimum reduziert und beim Landschaftsschutz und bei der Umwelt in sehr erfolgreicher Weise in die Planung einbezogen worden sind. Lassen Sie mich nun noch einige Details darlegen. Die Kampf- und Führungsbauten umfassen einmal die Geländeverstärkungen. Mit 143 Millionen Franken bilden sie ein Schwergewicht. Es handelt sich um Sprengobjekte, um Panzerhindernisse, um Sperrstellungen im Mittelland und um Minenwerferstellungen.

Mit den dieses Jahr beantragten Minenwerferstellungen ist das Programm, das sich über lange Jahre hingezogen hat, fast abgeschlossen. Es folgt noch eine weitere Tranche, und dann werden andere Geländeverstärkungen an der Reihe sein. Zu den Geländeverstärkungen gehören auch Kommandoposten. Bei den Kampf- und Führungsbauten, die sonst noch errichtet werden, geht es um Uebermittlungsanlagen, um Alarmunterstände und um Pistenarbeiten auf Militärflugplätzen. Ein erheblicher Teil dieser Kredite betrifft Bauten, die geheimzuhalten sind. Ich erlaube mir den Hinweis, dass die Militärkommission sich in durchaus sinnvoller Weise damit befassen konnte.

Die Bauten für die Logistik seien hier nicht einzeln aufgezählt, denn sie finden sich auf Seite 14 ff. der Botschaft. Einige Fragen, die sich in diesem Zusammenhang stellen, sind von der Militärkommission erörtert worden. Sie sind auch von der Verwaltung befriedigend beantwortet worden, so dass ich dazu keine weiteren Bemerkungen anzubringen habe.

Hingegen möchte ich einige Worte zu den Bauten für die Ausbildung sagen. Wir brauchen – ich wiederhole es – Schiess- und Übungsplätze, aber wir brauchen auch weitere Ausbildungsbauten, dies besonders in einer Armee, die mit der technischen Entwicklung Schritt hält. Vier Projekte seien in diesem Zusammenhang genannt: Einmal ein nicht sehr grosses Projekt für die Versorgungstruppen. Das alte Armeeverpflegungsmagazin soll in eine Ausbildungsanlage umgewandelt werden. Das gab kaum Anlass zu Diskussionen. Hingegen befriedigte die in Aussicht genommene Lösung für die Truppenunterkunft noch nicht ganz. Wir wissen freilich, dass es sich um eine vorübergehende Massnahme handelt, bitten aber das EMD, der Unterbringung der Rekrutenschulen der Versorgungstruppen volle Aufmerksamkeit zu schenken, auch in dieser Zwischenphase, bis das Definitivum bezogen werden kann.

Die Sanierung des Waffenplatzes Bure zeigt, welche Probleme sich auf Schiess- und in diesem Falle Übungsplätzen ergeben können. Der intensive Gebrauch dieses Geländes hat zu einer Bodenverdichtung geführt und zu einem Aufrauen des Bodens, was nun Sanierungsmassnahmen erfordert, denen auch eine gewisse Einschränkung der freien Bewegung in diesem Gelände folgen muss. Da zeigt sich, dass sich die Natur nicht beliebig beanspruchen lässt. Diese Gegebenheiten müssen beachtet werden. Das führt zu einem grösseren Investitionsaufwand über mehrere Jahre hinweg.

Das Projekt 246, der Waffenplatz Herisau-Gossau, erscheint hier mit einem Kredit von 34,5 Millionen Franken. Ich möchte Sie darauf hinweisen, dass in der diesjährigen Vorlage keineswegs das ganze Projekt enthalten ist. Wir haben für diesen Waffenplatz mit Totalkosten von etwa 90 Millionen Franken zu rechnen und werden das nächste Jahr die Kasernenanlage präsentiert erhalten, die etwa 50 Millionen Franken kosten wird. Es ist aber richtig, dass wir uns, wenn wir eine Tranche beschliessen, der Gesamtkosten bewusst sind. Das ist nun ein Projekt, für das ein Umweltverträglichkeitsbericht ausgearbeitet worden ist. Ins Gewicht fällt auch der Betrag von mehr als 20 Millionen Franken für den Waffenplatz Payerne. Auch das ist eine Notwendigkeit im Hinblick auf unsere Fliegertruppen.

Unter Ziffer 25, bei den Bauten für die Rüstungsämter, finden Sie einen Kredit für den Ausbau der Waffenfabrik in Bern für die Abteilung Optronik und Elektronik der Gruppe für Rüstungsdienste. Wir haben das angeschaut und erkannt, dass hier eine Divergenz zwischen baulicher Hülle und technischer Einrichtung bzw. -Geräten besteht, die dort geprüft und entwickelt werden. Da muss die bauliche Entwicklung der technischen folgen, die bei den Geräten schon voll eingesetzt hat.

Zu den Vorlagen über den Umweltschutz, die Sie auf Seite 55 der Botschaft finden, und über den Land- und Liegenschaftenerwerb habe ich keine weiteren Bemerkungen zu machen, denn es ergaben sich dort keine besonderen Schwierigkeiten, auch keine möglichen Fragen, so dass Ihnen hier die Kommission ohne weiteren Kommentar Zustimmung beantragen kann.

Dasselbe gilt für die Zusatzkredite. Bei den Zusatzkrediten sind wir immer ein bisschen skeptisch. Wir fragen uns, ob richtig geplant worden ist, ob schon bei der ursprünglichen Vorlage klarer Wein eingeschenkt worden ist. Ich darf Ihnen sagen, dass wir bei den Zusatzkrediten keine Beanstandungen oder Fragen haben, sondern Ihnen Zustimmung empfehlen. Hinweisen möchte ich darauf, dass wir hoffentlich nicht den ganzen Zusatzkredit für die Armeepotheke brauchen werden. Die Mehrkosten sind dort darauf zurückzuführen, dass ein Bauunternehmer ausgestiegen ist. Er ist für die Mehrkosten verantwortlich, und es besteht dafür auch eine Bürgschaft, so dass anzunehmen ist, dass wir dort etwas weniger belastet werden, als es scheint.

Ein letztes Wort möchte ich Ihnen zu den Bauten sagen, die unter Ziffer 5 genannt werden. Es sind die Bauten für die Rüstungsbetriebe. Dabei geht es um eine Montagehalle beim Flugzeugwerk Emmen. Diese Montagehalle ist notwendig, damit das Flugzeugwerk Emmen Aufträge ausführen kann, für die es sich international beworben hat und die ihm in einem internationalen Wettbewerb zugewiesen worden sind. Dass es sich dabei um Ariane-Köpfe und um Teile für Titan-Raketen handelt, zeigt, dass unser Rüstungsbetrieb im internationalen Feld absolut konkurrenzfähig ist. Ich möchte dem Flugzeugwerk Emmen zu diesem Mitmachen bei der technologischen Entwicklung gratulieren, die natürlich auch bedingt, dass wir entsprechende Ausstattungen vorsehen. Das andere grosse Vorhaben ist jenes der Munitionsfabrik Altdorf, wo vor allem Panzer- und Artilleriemunition hergestellt wird. Auch dort haben wir mit unseren Rüstungsvorlagen entsprechende Kredite beschlossen. Nun muss diese Munition auch zweckmässig fabriziert werden, und dafür sind die entsprechenden Anlagen notwendig. Bei der Munitionsfabrik Altdorf – das dürfen wir auch nicht vergessen – handelt es sich um den zweitgrössten Industriebetrieb des Kantons Uri mit über 1000 Beschäftigten. Die Kommission hat das Flugzeugwerk Emmen letztes Jahr etwas genauer angeschaut und die Munitionsfabrik Altdorf dieses Jahr besucht. Sie beantragt Ihnen auch bei den Rüstungsämtern Zustimmung zur Vorlage.

Ich komme zum Schluss und wiederhole, dass die Militärkommission Ihnen Eintreten auf die Vorlage und Zustimmung zu allen beantragten Krediten empfiehlt.

Bundesrat Villiger: Ich danke zunächst Ihrem Präsidenten für die kompetenten und eingehenden Ausführungen und die wohlwollende Aufnahme der Botschaft. Ich will nicht alles wiederholen, was er gesagt hat. Aber ich greife zwei, drei Aspekte auf, die zum Teil in der Kommission zu Diskussionen Anlass gegeben haben und die Sie interessieren mögen.

Zum Allgemeinen: Die Aufwendungen für Bauten und Landerwerb sind typische Folgekosten aufgrund von neuem Rüstungsmaterial und von neuen Ausbildungsbedürfnissen. Für logistische Zwecke müssen nach den eigentlichen materiellen Entscheiden Bauten erstellt werden. Weiter müssen Bauten saniert, Ausbildungsplätze verlegt oder neu eingerichtet werden. Der planerische Gesamtzusammenhang ergibt sich aus Leitbild und Ausbauschrift. In unregelmässigen Abständen haben wir dem Parlament auch immer wieder den Gesamtüberblick über Waffen- und Schiessplätze vermittelt, letztmals im Mai 1987.

Der Umfang und die Prioritätensetzung für die jährlichen Bauaufwendungen werden durch finanzielle Zwänge gesteuert. Wir haben uns intern unlängst wieder über die nächsten Programme unterhalten, und ich kann Ihnen sagen, dass das enorm schwierig ist, weil der Bedarf etwa doppelt so gross ist wie die finanziellen Mittel, die wir zur Verfügung haben. Das gibt immer ein grosses Gerangel um Prioritäten.

Wir bemühen uns einerseits, innerhalb des Investitionsrahmens des EMD für eine Legislatur ein deutliches Schwergewicht beim Rüstungsmaterial zu setzen und müssen deshalb zwangsläufig die Baubedürfnisse etwas zurückstufen. Sie beanspruchen heute noch etwa 14 Prozent der gesamten Investitionskredite; früher waren es 20 Prozent und mehr. Sie sehen, wir müssen uns nach der Decke strecken.

Andererseits muss für eine optimale Steuerung das Verhältnis zwischen Verpflichtungskrediten – die hier vorliegen – und künftigen Zahlungskrediten, die Sie mit dem Budget bewilligen, berücksichtigt werden. Innerhalb dieses Finanzrahmens bemühen wir uns um eine Prioritätensetzung streng nach militärischen Kriterien. Was also zur Steigerung der Kampfkraft und für eine hohe Anfangsleistung wichtig ist, hat erste Priorität. So bilden denn auch Kampf- und Führungsbauten mit rund 40 Prozent das Schwergewicht dieses Bauprogramms. Weitere rund 30 Prozent betreffen logistische Vorhaben. Hier spielt der Zwang zur Rationalisierung eine eminente Rolle. Weil wir immer mehr Mühe haben, Arbeitskräfte zu finden, müssen wir auch hier rationalisieren, was bauliche Investitionen bedingt.

An dritter Stelle folgen mit 23 Prozent die Ausbildungsbauten. 23 Prozent sind allerdings ein Tiefpunkt, den wir nicht unterschreiten sollten. Hier hat Ihr Präsident ein typisches Grossvorhaben erwähnt: die Verlagerung der Kaserne aus der Stadt St. Gallen aufs Land.

Ein Problem, das gerade jetzt aktuell ist und das in der Kommission aufgegriffen worden ist, ist die Frage, ob solche Bauprogramme nicht auf die Konjunkturlage abgestimmt werden sollten. Sie wissen, dass vor allem in den Ballungszentren die Baukonjunktur sehr stark angezogen hat, was sich in höheren Preisen und in vermindertem Wettbewerb niederschlägt. Es wird häufig die Forderung erhoben, der Staat müsse sich in solchen Fragen antizyklisch verhalten, sich also jetzt zurückhalten, um dann in schlechteren Zeiten wieder etwas «Gas zu geben».

Die Frage wurde aufgeworfen, ob wir nicht Objekte zurückstellen oder die Botschaft etwas reduzieren sollten. Ich bin nicht dieser Auffassung:

1. Die Baukonjunktur hat noch nicht das Ausmass erreicht wie anfangs der siebziger Jahre, als der Staat Bremsmassnahmen ergreifen musste oder wenigstens glaubte, solche ergreifen zu müssen.

2. Ein Grossteil dieser EMD-Bauten liegt in Randregionen ausserhalb der Ballungsgebiete, wo im Moment keinerlei Ueberhitzungsmerkmale sichtbar sind.

3. Eine Steuerung müsste – wenn schon – nicht bei der Bewilligung, sondern bei der Ausführung erfolgen, d. h. erst in einigen Jahren, weil sich die Bauten über mehrere Jahre erstrecken können. Jetzt schon weiss niemand, wie dann die Konjunkturlage sein wird. Zudem sind – das habe ich gesagt – die Bauinvestitionen auf ein Minimum abgesunken. Wenn wir jetzt noch tiefer gehen würden, würden wir einen nicht mehr vertretbaren Projektstau auslösen. Eine persönliche Bemerkung: Staatliche Konjunkturprogramme neigen auch dazu, ihre Wirkung im falschen Moment zu entfalten.

Eine weitere Frage, die aufgeworfen worden ist, ist diejenige der Pachtgüter. Das ist ein interessantes Problem. Unsere Waffen- und Schiessplätze dienen primär der militärischen Ausbildung. Gleichzeitig sind wir natürlich auch verpflichtet, diese Gelände zu pflegen und dadurch das Landschaftsbild – soweit als möglich – zu erhalten. Ihr Präsident hat das angedeutet. Wir tun dies mit einer Bewirtschaftung, die den örtlichen Gegebenheiten angepasst ist. Deshalb finden sich in diesen Bauprogrammen auch immer wieder Kredite für die Sanierung und Erneuerung von Bauernhöfen, von Ställen, von Scheunen und Alphütten. Bei diesem Programm sind es ungefähr 8 Millionen Franken für die Sanierung und den Neubau

von fünf Landwirtschaftsbetrieben auf dem Waffenplatzareal Herisau-Gossau.

Die Frage der Bewirtschaftung – das wissen eigentlich die wenigsten Leute – und der Landschaftspflege nimmt beim EMD respektable Dimensionen an. Unser Grundbesitz umfasst etwa 25 000 Hektaren. Das ist etwas mehr als die ganze Fläche des Kantons Appenzell-Ausserrhoden. Davon sind rund 11 400 Hektaren oder 44 Prozent Alpen und landwirtschaftlich nutzbares Weide- und Kulturland. Wir haben 48 landwirtschaftliche Pachtgüter und 53 Alpwirtschaftsbetriebe – Sie sehen, das EMD ist ein sehr grosser Bauer – die an Bauernfamilien, Genossenschaften oder andere Institutionen verpachtet sind. Natürlich muss deren Bewirtschaftung auf die militärischen Bedürfnisse ausgerichtet sein. Trotzdem stellen diese Güter für das EMD grosse Probleme in bezug auf Unterhalt und Erneuerung. Auch wir sind verpflichtet, diese Infrastrukturen auf einem einigermaßen modernen Stand zu halten. Ich darf nicht verhehlen, dass wir wegen der knappen Finanzen in diesem Bereich einen gewissen Rückstand haben. Einige von Ihnen, die sich in diesen Fragen auskennen, wissen, dass solche Güter auch heutzutage eine nicht besonders gute Kapitalanlage darstellen.

Vielleicht noch ein Wort zur Regionalpolitik: Sie hängt mit den Infrastrukturen zusammen. Sie hat im Zusammenhang mit Schiess- und Waffenplätzen eine relativ grosse Bedeutung erhalten. Wir tun auch hier sehr vieles, angefangen bei Verpachtung und Sanierung, über die Beiträge an Erschliessungsbauten bis hin zur Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen. Ich darf nur das Stichwort Projekt Koberio erwähnen, das noch nicht voll abgeschlossen ist, aber im Laufe des nächsten Frühjahrs vielleicht erste Resultate zeitigen sollte.

Wir sind auch bestrebt, überall dort, wo unvermeidbare Immissionen stark ins Gewicht fallen, wenn irgendwie möglich auch positive Aspekte, wirtschaftliche Aspekte in Erscheinung treten zu lassen. Wir müssen – ich habe das, glaube ich, in diesem Rat schon einmal gesagt – in Zukunft die Nutzung dieser Schiess- und Uebungsplätze häufiger zentraler regeln, damit wir die Immissionen einigermaßen gleichmässig verteilen können. Das geht leider etwas auf Kosten der Freiheit der Truppenkommandanten.

Ich möchte jetzt noch auf einige Fragen eingehen, die der Präsident kurz aufgeworfen hat: Die Frage der Uebungsgelände für verbundene Waffen macht uns natürlich Sorgen. Wir haben nicht so viele leere Räume wie grosse Staaten. Wir hoffen aber, dass Armee 95 mit einer Teilbrigadisierung der Verfügungstruppen mit kleineren Einheiten, mit einem anderen Ausbildungsrhythmus und mit weniger hierarchischen Stufen etwas mehr Möglichkeiten eröffnet.

Ihr Präsident hat auch die Auslandverlagerung angedeutet. Sie hat gewisse Grenzen. Wir wissen das. Ich denke an Sardinien. Ich werde morgen erstmals unsere Flieger in Decimomannu besuchen. Leider ist die Nutzung dieses sehr gut eingerichteten Kampfflugplatzes über der See gefährdet. Ich bin nicht sicher, ob wir nächstes Jahr noch dort üben können. Wir werden natürlich versuchen, den Vertrag zu verlängern. Sie wissen, dass wir auch in Schweden mit Flugzeugen üben. Aber das ist nicht das gleiche, weil wir dort keine Kampfflüge, sondern nur Tiefflüge üben oder gewisse Schiessübungen durchführen können.

Ihr Präsident hat auch das Problem der Umweltverträglichkeitsprüfungen angesprochen. Das EMD macht seit längerer Zeit Umweltverträglichkeitsprüfungen, schon bevor sie gesetzlich vorgeschrieben wurden. Bis heute haben wir bei folgenden Projekten solche Prüfungen gemacht: Versuchschiessplatz Val Medel, Lärmschutzbauten wie Wittaumatte in Thun, Ausbau Waffenplatz Herisau, Ausbau Waffenplatz Chamblon, Tankanlage in einem Armeekorpsraum. Weitere sechs Umweltberichte sind im Moment in Vorbereitung oder in Arbeit. In der vorliegenden Botschaft sind die Vorhaben Chamblon und Herisau-Gossau enthalten.

Für alle andern Vorhaben des Bauprogramms 1989 wurde das Buwal frühzeitig orientiert, ebenso wie die kantonalen Umweltinstanzen. Das Buwal hat denn diesem Programm auch formell zugestimmt. Die Kontakte zwischen unserem Departement und dem Departement des Innern in Fragen des Um-

weltschutzes sind seit 1985 institutionalisiert. Das Buwal anerkennt, dass sich diese Zusammenarbeit gut eingespielt hat. Ob eine Umweltverträglichkeitsprüfung ausgearbeitet werden soll, entscheiden wir jeweils zusammen mit dem Buwal. Die Inhalte dieser Prüfung sind von Projekt zu Projekt verschieden. Bei EMD-Projekten stehen naturgemäss Fragen des Natur- und Landschaftsschutzes im Vordergrund, auch Aspekte des Gewässerschutzes, der Luftreinhaltung und der Entsorgung. Ich kann Ihnen aber sagen, dass die Mittel, die wir in diese Umweltverträglichkeitsprüfungen investieren, sehr erheblich sind.

Herr Jagmetti hat das Problem Bure aufgeworfen. Das ist ein Problem, das auch in diese Richtung geht. Schon bei der Schaffung des Waffenplatzes wussten wir, dass die Bodenbeschaffenheit gewisse Probleme aufwerfen könnte. Die Auswirkungen konnten aber nicht umfassend abgeschätzt werden. Am Anfang ging es gut, weil wir eine gestaffelte Benützung vorgesehen haben. Nach einer militärischen Benützung liessen wir Zeit für Rekultivierung, für eine gewisse Ruhepause, um eben eine übermässige Belastung des Bodens zu vermeiden. Das liess sich dann leider nicht durchhalten. Weil kein weiterer Panzerübungsplatz geschaffen werden konnte, musste Bure sehr intensiv belegt werden. Die Folge war eine gewisse Uebernutzung dieser Böden. Wir wollen nun mit den beantragten Massnahmen der fortschreitenden Zerstörung des Geländes beikommen. Man hat versucht, zuerst mit der Truppe allein bauliche Verbesserungen zu erzielen, aber das hat sich als nicht genügend erwiesen.

Ich weiss, es haben sich Truppenkommandanten der Panzertruppe zu Recht beklagt, dass die freie Bewegung des Panzers im Gelände nicht mehr gewährleistet werden kann. Wir werden versuchen, diese Möglichkeit teilweise zu erhalten.

Ich danke Ihnen nochmals für die gute Aufnahme und bitte Sie, auf dieses Programm einzutreten.

*Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen
Le conseil décide sans opposition d'entrer en matière*

Detailberatung – Discussion par articles

Titel und Ingress, Art. 1 – 3

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule, art. 1 – 3

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Beschlussentwurfes

36 Stimmen
(Einstimmigkeit)

An den Nationalrat – Au Conseil national

89.019

Militärische Bauten und Landerwerb
Ouvrages militaires
et acquisitions de terrain

Botschaft und Beschlussentwurf vom 27. Februar 1989 (BBI I, 1092)

Message et projet d'arrêté du 27 février 1989 (FF I, 1040)

Beschluss des Ständerates vom 20. Juni 1989

Décision du Conseil des Etats du 20 juin 1989

Antrag der Kommission

Eintreten

Proposition de la commission

Entrer en matière

Wyss Paul, Berichterstatter: Der Bundesrat unterbreitet dem Parlament jedes Jahr eine Reihe von Kreditbegehren von insgesamt einigen hundert Millionen Franken für militärische Bauten und Landerwerb. Sowohl im Interesse einer sparsamen Verwendung der Bundesmittel als auch einer effizienten Landesverteidigung werden die Projekte durch Ihre Militärkommission immer sorgfältig geprüft. Wir haben auch dieses Jahr stichprobenweise einige Objekte herausgegriffen und genau angesehen.

Die Kommission des Ständerates, der dieses Jahr Erstrat ist,

hat andere Vorhaben geprüft, so dass ein grosser Teil der fast 40 Kreditbegehren gründlich durchleuchtet worden ist.

Der Kommission standen für die vertiefte Prüfung vertrauliche und geheime Sonderbeilagen, Projektheften und Kostenvoranschläge zur Verfügung. Die Besichtigung an Ort und Stelle und das Gespräch mit den Fachleuten brachten zudem viele wertvolle Informationen. Die Kommission verlangte auch Ergänzungsberichte zu bestimmten Vorhaben.

Der Bundesrat legt in seiner Botschaft auf Seite 6 dar, welche Bauten in die erste Priorität fallen und welche in die zweite. Neben den rein militärischen Prioritäten gilt es aber, auch andere Aspekte zu berücksichtigen. Damit ein Waffenplatz mit grossen Lärmemissionen von der Bevölkerung akzeptiert wird, müssen z. B. erhebliche Mittel für Umweltschutzmassnahmen investiert werden.

Auch zeitgemässe Truppenunterkünfte sind wichtig. Rekruten und Soldaten, die in einer veralteten und muffigen Kaserne untergebracht sind, werden sich schwer davon überzeugen lassen, dass unsere Armee modern ist. Das Vertrauen in die Schlagkraft unserer Armee ist aber sehr wichtig. Es hängt eben sehr davon ab, wie unsere Rekruten, unsere Soldaten untergebracht sind.

In der Kommission wurde die Frage aufgeworfen, ob nicht der Staat sich antizyklisch verhalten sollte, ob also nicht einige der heute zur Diskussion stehenden Projekte zurückgestellt und reduziert werden sollten, um nicht die Konjunktur noch mehr anzuhetzen. Das Bauprogramm ist nicht der richtige Ort für solche Ueberlegungen, weil es sich um Verpflichtungskredite handelt, die erst in einigen Jahren zur Ausführung respektive zur Zahlung kommen. Wir wissen aber nicht, wie dann zumal die Baukonjunktur aussieht. Zudem liegen viele der Objekte in Berg- und Randgebieten, in denen keine Ueberkonjunktur besteht und die sogar eher auf wirtschaftliche Belebung angewiesen sind.

Mit der diesjährigen Baubotschaft beantragt der Bundesrat Kredite in der Grössenordnung von 470 Millionen Franken. Das Schwergewicht der Kredite liegt bei den militärischen Bauten, wobei die Kampf- und Führungsbauten mit 39 Prozent, das sind rund 170 Millionen Franken, im Vordergrund stehen. Bei den Führungsbauten geht es in erster Linie um die Sicherstellung des Betriebes moderner Führungssysteme der Uebermittlung. Der allgemeine «Komfort» der Kommandoposten wurde zugunsten der Arbeitsplätze reduziert. Von den 170 Millionen Franken sind 144 Millionen Franken allein für Geländeverstärkungen vorgesehen. Darunter fallen der Bau von Sprengobjekten, Geländepanzerhindernissen, Panzerbarrikaden, Unterständen, Infanteriebunkern und Sperrstellungen.

Kollege Brügger hat hier einen Kürzungsantrag eingereicht, dessen Begründung ich natürlich noch nicht kenne, so dass ich auch nicht darauf eintreten kann. Einige Bemerkungen zu diesem auch in der Botschaft etwas kurz geratenen Abschnitt seien mir jetzt schon erlaubt. Ein Gegner braucht viel Zeit, um Sperrstellungen überwinden zu können, und muss auch mit grösseren Verlusten rechnen. Diese Zeit wird von den eigenen Panzerverbänden benötigt, um Gegenschläge vorzubereiten und durchzuführen. Zu den Sperrstellungen gehören neu auch die sogenannten Centurion-Bunker. Das zukünftige Konzept – ich unterstreiche das – besteht darin, noch vorhandene Türme der ausgeschiedenen Centurionpanzer in feste Bunker einzubauen. Die Frontseite des Turms wird verstärkt, so dass er mit keinem heute bekannten Geschoss durchschlagen werden kann. Zudem wird ein Wärmebildzielgerät eingebaut, damit auch bei vernebeltem Gelände, in der Nacht und bei aufgewirbeltem Staub der Gegner gesehen und getroffen werden kann. Die Kosten einer Anlage, also Bauten, Wärmebildzielgerät, Verstärkung und Anpassung des Turms, belaufen sich auf 900 000 Franken. In der ersten Ausbaustufe 1990 bis 1993 sind etwa 50 Centurion-Bunker vorgesehen. Die Militärkommission betrachtet dieses Vorhaben als sehr zweckmässige und auch kostengünstige Lösung.

Es würde zu weit führen, hier auf alle Projekte der Baubotschaft einzugehen. Auf die Minderheitsanträge trete ich – damit wir Zeit gewinnen – nicht jetzt ein, sondern erst am Schluss, wenn sie begründet sind.

Die Militärkommission beantragt einstimmig – bei zwei Enthaltungen –, auf die Vorlage einzutreten und den Bundesbeschluss zu genehmigen.

M. Leuba, rapporteur: Comme chaque année, le Conseil fédéral soumet au Parlement une série de demandes de crédits pour des ouvrages militaires et des acquisitions de terrains. Votre commission s'est elle-même divisée en cinq sous-commissions qui ont, chacune, examiné, par une visite locale, plusieurs des objets proposés. De son côté, la Commission militaire du Conseil des Etats a examiné d'autres objets, de telle sorte que l'on peut dire que la plupart des acquisitions de terrains et surtout des constructions qui figurent au programme de 1989 ont fait l'objet d'un examen attentif sur place, puis ont été discutées par la commission en plenum lors de sa séance des 21 et 22 août 1989. Les collaborateurs du Département militaire fédéral ont été à notre disposition sur les différents lieux à visiter, comme nous remercions M. Villiger, conseiller fédéral, des compléments d'information qu'il a pu nous donner lors de la discussion générale.

Comme toute activité étatique, notamment dans le domaine des investissements, les acquisitions de terrain et les constructions militaires doivent faire l'objet d'une comparaison entre ce qui est souhaitable du point de vue de la défense militaire en général et ce qui est possible du point de vue financier. Cela amène tout naturellement à faire des choix et à donner des priorités. Les contraintes financières ne présentent pas que des aspects négatifs. Elles imposent une réflexion approfondie au gouvernement et à l'administration pour déterminer les efforts principaux qui tiennent compte de la modification de la menace potentielle et de l'évolution de la société. A cet égard, on mentionnera tout particulièrement les constructions destinées à renforcer les moyens antichars dans les vallées, permettant l'accès à nos Alpes, et les montants importants qui sont consacrés à la protection de l'environnement.

Le message indique clairement sous chiffre 11 quel est l'accent principal. Il s'agit tout d'abord des installations qui permettent à l'armée d'avoir une efficacité initiale élevée et d'améliorer sa puissance combattive. Dans ce sens, il est particulièrement nécessaire de pouvoir protéger nos troupes contre la puissance de feu accrue de l'ennemi dans des positions d'où elles puissent, à leur tour, couvrir la totalité de leur secteur. L'installation des tourelles de Centurion, démontées sur les chars destinés au rebut et remontées dans des fortifications fixes, accroîtra considérablement la puissance défensive des troupes statiques qui posséderont ainsi une arme antichar de portée appréciable. De surcroît, les constructions sont conçues de telle manière qu'aucun projectile aujourd'hui connu ne puisse les transpercer sur le devant. En outre, un appareil de visée, en fonction de la chaleur dégagée, permet de toucher l'ennemi de nuit par brouillard ou s'il se masque au moyen de fumées artificielles.

Le total des crédits d'engagement demandés dans le Programme des constructions de 1989 s'élève à 469,9 millions de francs. Près de 40 pour cent, soit 170 millions, concernent précisément la construction d'installations de combat et de postes de commandement. C'est, comme je l'ai indiqué, l'accent principal du Programme des constructions de 1989. Le renforcement du terrain et la construction des installations de commandement s'élèvent à 144 millions, dont 45 millions pour l'édification d'installations de conduite civile.

Le deuxième effort principal concerne la logistique. La phase de préalerte en cas de menace contre notre pays deviendra toujours plus courte. Cela implique évidemment une meilleure répartition sur l'ensemble du territoire national des installations de soutien. Ce sont 125 millions qui seront consacrés à cette amélioration pour dix objets, soit environ 30 pour cent du crédit demandé. Dans ce sens, l'extension et l'assainissement de l'arsenal fédéral de Kloten-Bülach et celle du parc automobile de l'armée de Romont, deuxième étape, constituent les objets les plus importants.

En troisième lieu viennent les constructions nécessaires à l'instruction, dont le coût s'élève à environ 100 millions dans le programme ou 23 pour cent de l'ensemble du crédit d'engagement. Signalons à cet égard le début de la construction et

de l'assainissement de la place d'armes de Herisau-Gossau qui, à elle seule, coûtera 34,5 millions de francs.

Dans le cadre de la protection de l'environnement, on peut signaler les efforts du Département militaire fédéral dans deux directions: tout d'abord, la construction d'une halle d'entreposage pour le matériel de corps sous une autoroute. On a profité de la construction d'une route nationale pour réaliser cet ouvrage. Il s'ensuit de toute évidence une économie de sols cultivables et une atteinte extrêmement limitée au paysage. En outre, on a profité des couloirs de protection contre les avalanches, qui doivent assurer l'accès en toute sécurité des chars à la place de tir de Hinterrhein, pour en faire une halle d'instruction à couvert, moyennant évidemment certains aménagements. Là aussi, on évite de porter atteinte à l'environnement. Un objet a retenu tout naturellement l'attention de votre commission. Il s'agit de l'installation des troupes de soutien dans la caserne de Berne. Actuellement et depuis 1973, les troupes de soutien font leur école de recrues dans l'ancienne caserne de la Planche, sise dans la vieille ville de Fribourg. Si la caserne appartient au canton de Fribourg, les terrains et les constructions qui l'entourent sont propriété de la ville de Fribourg qui désire les reprendre dès 1990. Comme de toute manière l'installation des troupes de soutien à Fribourg était une solution provisoire, mais un provisoire qui dure, la disparition des constructions destinées à l'instruction oblige à déplacer les troupes de soutien. Elles prendront leur quartier, au milieu des années 1990, dans la caserne cantonale de Berne, tandis que l'instruction technique aura lieu sur une partie des terrains où se trouvait l'ancien magasin de subsistance de l'armée d'Ostermundigen. Comme ces installations doivent être prêtes dès 1990, les travaux ont déjà commencé avec l'accord de la Délégation des finances.

Ce n'est toutefois pas cet aspect des choses qui a retenu l'attention de votre commission. En effet, comme les troupes d'infanterie de l'école de Berne ne prendront leur quartier définitif au Sand qu'au milieu des années 1990, les deux compagnies actuellement logées à la Planche à Fribourg devront être cantonnées l'une à Grosshöchstetten et l'autre à Jegenstorf. Il y aura ainsi une dispersion considérable de l'école avec des déplacements importants pour venir à Ostermundigen.

Votre commission considère que cette solution est sans doute plus favorable qu'une solution consistant à laisser ces compagnies à Fribourg, nonobstant la perte des bâtiments d'instruction. Mais elle n'est acceptable que faute de mieux. Il ne fait pas de doute que les troupes de soutien vont se trouver dans une situation difficile pour l'instruction, durant les six ou sept prochaines années. On a calculé que, pour chaque compagnie, on perdra en déplacements motorisés sept heures et demie sur les heures d'instruction, ce qui doit être considéré, compte tenu de la modicité de celles-ci, comme extrêmement lourd.

En ce qui concerne les mesures de protection de l'environnement, il y a lieu de mentionner, en particulier pour la Suisse romande, des travaux sur la place d'armes de Chamblon qui doivent permettre l'exercice des véhicules antichars TOW-Piranha sur des pistes en dur. L'expérience a montré, en effet, que l'atteinte au terrain est beaucoup moins forte si l'on construit un certain nombre de pistes en dur, permettant aux véhicules de se rendre dans leur position d'attente et de tir, que si on laisse les conducteurs choisir leur itinéraire, au gré de leur fantaisie, dans un terrain meuble. Une étude d'impact particulièrement convaincante a permis de choisir la solution optimum pour la protection de l'environnement et de la nature et, semble-t-il, admissible aussi du point de vue de l'instruction. En tout cas, les militaires n'ayant pas émis d'objection, on peut le souhaiter.

A Bure, il s'agit également de constituer des bandes de roulement afin de laisser se reconstituer le terrain qui a été excessivement mis à contribution par les exercices des troupes blindées. Il en découle la formation d'une boue qui colle aux chenilles et qui se transforme en poussière en cas de sécheresse, de telle sorte que la couche de terre végétale ne peut pas se régénérer.

Enfin, après une courte discussion, la commission a accepté le crédit de programme pour l'acquisition de terrain de 4 mil-

lions de francs. Il s'agit de permettre au Département militaire fédéral d'acquérir de petites surfaces dans l'ensemble de la Suisse, au fur et à mesure des besoins et des possibilités. L'essentiel de ce crédit doit être consacré à l'acquisition de terrains ou de servitudes de non bâtir, en prolongation des pistes d'aérodromes pour éviter des conflits relatifs au bruit, résultant de l'application de la loi sur la protection de l'environnement et de l'ordonnance sur la lutte contre le bruit.

Sur deux projets construits, celui du stand de tir de Bôle, d'une part, et, d'autre part, celui de la place d'armes de Herisau-Gossau, première étape, des propositions d'amendement ont été présentées tendant à la renonciation de ces travaux. Elles ont été rejetées; nous entrerons dans la discussion par articles au moment où les amendements pourront être présentés au plénum.

En conclusion, la commission, par 19 voix contre zéro et 3 abstentions, a approuvé l'article premier de l'arrêté fédéral. L'ensemble de l'arrêté a été accepté par la commission par 20 voix contre zéro et 2 abstentions.

Brügger: Ich beantrage Ihnen, den Kredit zu kürzen, die für die sogenannten Geländeverstärkungen vorgesehene Globalsumme von 143,7 Millionen Franken zu reduzieren und höchstens 80 Millionen dafür vorzusehen. Zwar muss ich einen gewissen Argumentationsnotstand zugeben, für den ich allerdings nicht verantwortlich bin. Dafür müssen die Urheber der Botschaft geradestehen, denn wir Parlamentarier werden punkto Erläuterungen zu diesem doch ansehnlichen Betrag von 143,7 Millionen Franken wahrhaftig an der kurzen Leine geführt. Eine einzige Seite, genau Seite 9 der Botschaft, gibt in grundsätzlichen Erwägungen schematisch und schablonenhaft, praktisch mit den gleichen Sätzen wie schon letztes Jahr, Auskunft, was mit 143,7 Millionen Franken zu geschehen hat. Das ist in Sachen Auskunft, in Sachen Transparenz herzlich wenig und erlaubt in keiner Weise eine seriöse Beurteilung des verlangten Kredites.

Immerhin sind die 143,7 Millionen Franken der grösste Hap-pen dieser Vorlagen, denn sie betragen 35,1 Prozent des ganzen Kredites. Der Rest wird auf 24 Einzelobjekte aufgeteilt; um in einem gewissen Sinne doch eine Transparenz zu demonstrieren, werden die verhältnismässig unbedeutenden Beträge dieser Einzelobjekte bis ins kleinste Detail dargestellt. Man kann dann beispielsweise erfahren, dass die Ausstattung einer Lagerhalle für Verpackungsmaterial für Munition in Uttigen 34 000 Franken kosten soll. Dagegen werden für die Geländeverstärkungen, die 143,7 Millionen Franken verschlingen, lapidar die letztjährigen Textbausteine wiederholt. Ungefähr kann ich mir zwar die Antwort auf mein Begehren nach mehr Auskunft ausmalen. Vermutlich wird es einen Hinweis auf militärische Geheimhaltung absetzen. Aber damit lasse ich mich in diesem Fall nicht abspesen. Wenn auch innerhalb der EMD-Verwaltung Beamte mit militärischer Geheimhaltung konditioniert werden, kann und darf das Gleiche doch nicht mit dem Parlament geschehen.

Es mag sein, dass in gewissen Dingen militärische Geheimhaltung geboten ist. Wenn ich aber im Fall der Geländeverstärkungen starke Zweifel hege und diesen Hinweis auf Geheimhaltung als Vorwand auffasse, dann ganz einfach deshalb, weil ich aus eigener Erfahrung und aus eigener Anschauung weiss, wie ein unterirdischer Bunker für das Kommando einer Heeresinheit gebaut wird. Die ganze Bevölkerung konnte diesem Treiben während eines vollen Jahres in unserem Dorfe zuschauen. Es wirkt schon etwas grotesk, wenn im Nationalrat militärische Geheimhaltung zelebriert wird und gleichzeitig draussen im Gelände die Bevölkerung einer ganzen Region im Massstab 1 zu 1 miterleben kann, wie ausländische Gastarbeiter einer auswärtigen Baufirma Eisen und Beton in rauen Mengen in die Erde versenken. Dabei ist mir persönlich etwas besonders Merkwürdiges aufgefallen. Die Mauern und die Decken der Zivilschutzanlage für die Bevölkerung, deren Eingang sich auf der gleichen Parzelle befindet – und diese Mauern erreichen immerhin schon eine ansehnliche Dicke –, sind bedeutend weniger dick als die Schutzbauten für das Militär. Die Zivilbevölkerung soll offensichtlich im Kriegsfall das grös-sere Restrisiko tragen. Interessant und aufschlussreich ist die-

ser verstärkte Schutz der Offiziere alleweil. Die paar wenigen Zivilisten, die bis heute bedingungslos vom Zivilschutz überzeugt waren, werden nun ihren Glauben in die doch etwas pedantische Kriegsvorsorge ebenfalls verloren haben.

Mit der Kreditvorlage für die Geländeverstärkungen verlangt das EMD meines Erachtens vom Parlament nichts anderes als einen Blankocheck. Gegen diesen Blankocheck wehre ich mich, weil ich der Meinung bin, dass dieses Vorgehen echte Gefahren in sich birgt. Wie steht es beispielsweise mit der Gefahr der Begünstigung? Wie spielt in diesen Dingen die Parlamentsaufsicht? Braucht es sie nicht auch? Wer wird dann letztlich in diese militärische Geheimhaltung eingeweiht? Der hohe Offizier etwa, der gleichzeitig auch Bauunternehmer ist? Hat man nicht schon einmal in früheren Jahren in der Schweiz einen Sandbunker-Skandal erlebt?

Darf ich noch eine weitere Begründung anführen? Der Rhythmus von etwa 150 Millionen Franken pro Jahr für diese Geländeverstärkungen hat sich offenbar fix installiert. Das muss doch nicht so sein. Ich glaube kaum, dass die Schweiz morgen den Krieg verlieren wird, weil für diese Vorhaben auch konjunkturpolitische Überlegungen miteinbezogen werden. Sie wissen vermutlich alle, dass gegenwärtig auf dem Bausektor eine überhitzte Situation herrscht. Wie ich vom oben angeführten Beispiel weiss, kann das sture Festhalten an übereilten Bauterminen zu echten Problemen führen, vor allem dann, wenn zu guter Letzt nicht einmal das einheimische Gewerbe berücksichtigt wird. Ich verstehe zwar schon, dass die 150 Millionen Franken, wenn sie einmal bewilligt sind, auch verbetoniert werden müssen. Doch kann das Baugewerbe offensichtlich bei diesem Rhythmus nicht mithalten. Fragen zu dieser doch mehr als eilfertigen Priorität sind sicher erlaubt.

Ich bitte Sie, meinen Antrag zu unterstützen. Ein Blankocheck über 143,7 Millionen Franken ist zu gross. Den Bundesrat bitte ich, bei zukünftigen Botschaften doch für etwas mehr Transparenz besorgt zu sein.

Stappung, Sprecher der Minderheit I: Der Ausbau und die Sanierung des Waffenplatzes Herisau-Gossau sind sehr umstritten. Das ist begreiflich, weil ein Teil der militärischen Anlagen in die Allmend im Breitfeld zu liegen kommt. Das Breitfeld in St. Gallen ist aber eines der Naherholungsgebiete dieser Stadt. Seit das Vorhaben des EMD bekannt wurde, war es wiederholt Gegenstand von Diskussionen im sanktgallischen Stadtparlament. Die vom zusätzlichen Schiesslärm und weiteren Immissionen betroffenen Bewohner der angrenzenden Quartiere haben mit 2200 Unterschriften eine sogenannte «freie Allmend» verlangt. Vor rund fünf Jahren lehnten die Stadt St. Gallen und die angrenzenden Gemeinden das Projekt einer regionalen Schiessanlage ab. Die Gründe dieser Ablehnung sind die gleichen wie die heute gegen das EMD-Projekt vorgebrachten. Das Breitfeld trägt keine zusätzliche Umweltbelastung und muss so, wie es heute ist, weiterhin als Naherholungsgebiet erhalten bleiben.

Wenn in der Botschaft zum Bericht über die Umweltverträglichkeitsprüfung unter anderem steht: «In bezug auf Schiesslärm werden Wohngebiete in der Stadt St. Gallen mit der Verlegung des Schiessbetriebes entlastet», entsteht tatsächlich ein falsches Bild. Durch die Entlastung im Bereich des Sitterobels ergibt sich zwangsläufig eine Mehrbelastung im Breitfeld und anderen Bereichen des projektierten Waffenplatzes Herisau-Gossau.

Der UVP-Bericht zeigt denn auch einige belastende Schwerpunkte auf. Bei der Beurteilung der Lärmgrenzwerte beim Schiessen dient – in Ermangelung anderer Grundlage – der Schlussbericht der Expertenkommission zum Bau des Waffenplatzes Bernhardzell. In ihrem Schlussbericht legte die Expertenkommission Bernhardzell die Emissionsgrenzwerte für den Einzelschuss auf 80 Dezibel sowie für den jährlichen Energiepegel auf 119 Einheiten fest.

In seinem Bericht zur Beurteilung des Projekts sowie der Umweltverträglichkeitsprüfung vom 13. April 1989 weist das Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft auf verschiedene Probleme hin. Verschiedene Standorte für das Handgranatenwerfen und Schiessen erweisen sich im Hinblick auf die Immissionen als sehr kritisch.

Einige Beispiele: Beim Hof und Schloss Oberberg kann der von der Expertenkommission Bernhardzell empfohlene jährliche Energiepegel nicht eingehalten werden. Ausserdem werden bei diesen Wohnhäusern Einzelpegelwerte von 89 bis 97,5 Dezibel erreicht. Die von der Expertenkommission Bernhardzell empfohlene Grenze von 80 Dezibel wird zudem auch im Hafnersberg, in Staubhausen, Herisau-Rüti und Gossau-Oberdorf durch den Einsatz von Handgranaten deutlich überschritten.

Das Buwal weist in seiner Stellungnahme auch darauf hin, dass die durch Serienfeuer der Gewehrpatrone 11 entstehenden Lärmimmissionen im Bericht über die Umweltverträglichkeit nicht vollumfänglich berücksichtigt und nach seiner Auffassung unterschätzt worden sind.

Im Zusammenhang mit den Massnahmen zur weitergehenden Verminderung der Umweltbelastung beantragt das Buwal in seiner Stellungnahme auch Massnahmen im Bereich des Natur- und Landschaftsschutzes. So soll auf den Ausbau der Strassenstrecke Hafnersberg–Staubhausen–Käserei Sonnenberg sowie der Umfahrung Hafnersberg verzichtet werden. Im weiteren fordert das Buwal, gestützt auf den Bericht über die Umweltverträglichkeit des Projektes, eine reduzierte Ausbauvariante der Strassenstrecke Breitfeld–Hafnersberg und eine Fahrbahnbreite von höchstens 3,5 m.

Bei der Beratung dieser Vorlage in der Militärkommission zeigte es sich, dass man beim EMD nicht bereit ist, erstens die Schiesslärmgrenzwerte gemäss Schlussbericht der Expertenkommission Bernhardzell auch für dieses Projekt anzuerkennen und einzuhalten und zweitens auf den Ausbau von Strassen zu verzichten bzw. gewisse Ausbauvorhaben zu redimensionieren. Es hat wirklich keinen Sinn, dass wir Hunderttausende von Franken für Umweltverträglichkeitsprüfungen ausgeben, wenn sich auf der anderen Seite verantwortliche Departemente und Bundesstellen einen Dreck um umweltschützende Anträge und Auflagen kümmern.

Nur mit einer Rückweisung können wir das EMD dazu zwingen und verpflichten, die Empfehlungen und Anträge gemäss der Umweltverträglichkeitsprüfung und des Buwal einzuhalten.

Gestern habe ich eine Broschüre erhalten: «Versuchsschiessplatz Val Cristallina». Der grösste Teil der Ratsmitglieder werden sich an die Debatten über diesen Versuchsschiessplatz im Val Cristallina erinnern, als man auf Umweltverträglichkeitsprüfungen drängen musste. In der Broschüre zur Eröffnung des Versuchsschiessplatzes im Val Cristallina brüstet sich nun das EMD – bzw. die GRD mit dem Privatdozenten Dr. P. Gresch, beauftragter UVP-Gutachter –, was bei diesem Versuchsschiessplatz im Val Cristallina geleistet worden sei.

Weisen Sie die Vorlage zurück, damit Sie, wenn dieser Schiessplatz tatsächlich noch gebaut werden sollte, ebenfalls mit gutem Gewissen eine solche Broschüre der Bevölkerung abgeben können!

Ledergerber, Sprecher der Minderheit II (Objekt 246) und der Minderheit (Objekt 248): In der Schweiz werden jeden Tag etwa 200 000 Gewehrschüsse abgeschossen. Pro Jahr sind das fast 60 Millionen Patronen, eine beeindruckende Zahl.

Das Militär ist heute, zusammen mit dem Verkehr und der Bauwirtschaft, die grösste Lärmquelle in diesem Land. Davon dürfte der Schiesslärm neben dem Fluglärm etwas vom Schlimmsten sein. Ich möchte Ihnen dazu ein paar Zahlen in Erinnerung rufen.

Wir haben in der Schweiz heute etwa 3000 Schiessstände. Niemand hat genaue gesamtschweizerische Zahlen, wie sich diese Schiessstände in die Lärmimmissionen aufteilen. Es gibt in einigen Kantonen allerdings Erhebungen, und die lassen auf folgende Zahlen schliessen: 600 bis 800 Schiessstände in der Schweiz sind als äusserst problematisch zu bezeichnen. Das ist der Ausdruck, den das EMD braucht, «äusserst problematisch». Die Lärmimmissionen liegen dort über den Alarmwerten. 10 bis 30 Prozent oder etwa 300 bis 900 Schiessstände sind als kritisch zu bezeichnen. Nur etwa 2 bis 4 Prozent gelten als problemlos.

Das EMD hat heute schon Probleme im ganzen Land mit Lärmimmissionen bei Schiessständen. Das Land leidet unter

dankbar, wenn Sie diese Anschlussfragen auch beantworten könnten.

Schmid: Ich habe Ihnen einen Antrag gestellt zur Streichung von Parkplätzen im Raume Breitfeld. Ich habe unterdessen erfahren, dass die Skizze, der ich diese Zahl entnommen habe, offenbar einen Fehler enthält. Es seien nur 22 Hartplätze vorgesehen, allerdings sollen 50 weitere Parkplätze beim Schützenhaus dazukommen, die im System des Schotterrasenprinzips erstellt werden. Es ist aber für das nächste Jahr vorgesehen, einen grösseren Posten von Parkplätzen für Rekruten zu erstellen, und da möchte ich jetzt schon ganz entschieden meine Opposition anmelden. Es geht heute nicht mehr an, dass wir grossflächig Parkplätze erstellen bei Kasernen, die irgendwo im Grünen liegen, und es den Rekruten überlassen, ob sie mit dem Auto oder mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu diesen Kasernen fahren wollen. Das ist heute entschieden überholt. Man hat auch bereits Massnahmen in die Wege geleitet, dass die Leute verbilligt mit dem Zug fahren können, und dies müssten wir weiter unterstützen. Hier wäre eine Möglichkeit, etwas zu befehlen, das einen Sinn hat, nämlich, dass man zugunsten der Natur und der Allgemeinheit die öffentlichen Verkehrsmittel benützt.

Wenn mir Herr Bundesrat Villiger versichern kann, dass es hier nicht um diese grosse Anzahl von Plätzen geht, ziehe ich meinen Antrag zurück, betone aber, dass der Aufnahme einer grossen Zahl von Parkplätzen in das Budget der folgenden Jahre von unserer Seite entschiedener Widerstand erwachsen wird.

Neukomm: Die SP-Fraktion ist für Eintreten auf den Bundesbeschluss über militärische Bauten. Ich kann mich grundsätzlich positiv zur Vorlage aussprechen. Klare Prioritätskriterien und Nutzwertanalysen sind gerade bei diesen Bauten unerlässlich; diese müssen aber auch unserer Ansicht nach transparent sein.

Die Mitglieder der Militärkommission hatten Gelegenheit, einzelne Projekte an Ort und Stelle näher zu überprüfen. So konnten wir uns beispielsweise davon überzeugen, wie dringend der vorgesehene Bau einer neuen Lagerhalle für Verpackungsmaterial für Munition in Uttigen ist, geht es dabei doch nicht nur um eine rationellere Bewirtschaftung, sondern auch um die Sicherheit der Angestellten. Die baufällige Lagerhalle in Kehrsatz und die veralteten Magazine in Seewen SZ entsprechen kaum mehr den heutigen Vorschriften und sind deshalb raschmöglichst aufzuheben. Einige Mühe machte mir die erneut vorgesehene Uebergangslösung für die Versorgungstruppen, Objekt 241. Ich habe hier bereits in der Militärkommission konkrete Abklärungen verlangt und auch zweckdienliche Auskünfte erhalten. Trotzdem bin ich froh, wenn Herr Bundesrat Villiger dazu noch einzelne Bemerkungen macht. Die Versorgungstruppen waren bis 1973 in Thun und Sitten, seither in Freiburg stationiert. Und wieder ist eine Uebergangslösung vorgesehen, die kaum der optimalen Ausbildung dient. Erst etwa 1995 wird die Mannschaft in die Infanteriekaserne Bern einziehen können, wenn nämlich die restlichen Infanteriekompanien auch in den Sand bei Schönbühl eingezogen sein werden. Die Einquartierung der Mannschaft in verschiedenen Agglomerationsgemeinden ist keine befriedigende Regelung, aber es gibt leider zurzeit keine Alternative, und deshalb stimmen wir hier zähneknirschend zu.

Pech, wie es auch ein privater Bauherr haben könnte, hatte das EMD mit dem Ergänzungsbau Armeeapotheke in Ittigen. Hier geht es um einen Zusatzkredit. Die Baufirma mit der niedrigsten Offerte stieg bald nach Baubeginn aus, machte Konkurs, und der zweitplacierte Bauunternehmer musste die Arbeiten übernehmen. Die Mehrkosten von 900 000 Franken und die aufgelaufene Teuerung von 1,67 Millionen Franken machen den Zusatzkredit von 2,57 Millionen Franken aus. Es zeigt sich hier in aller Deutlichkeit: Der Billigste ist nicht immer der Günstigste. Preis und Qualität bzw. die Leistung sind vor der Ausführung genau abzuklären.

Erlauben Sie mir noch eine Zwischenbemerkung: In einzelnen Fällen ist es trotz dem meines Erachtens im gesamten gut eingespielten Festlegen von Schwerpunkten für den Parlama-

rier schwer erkennbar, wieso längst fällige Sanierungen jahrelang hinausgeschoben werden. Eine Unterkommission unter dem Vorsitz von Kollege Hänggi besuchte diesen Frühsommer die Waffenmechaniker-RS in Worblaufen. Wir mussten dabei feststellen, welche katastrophalen Verhältnisse in diesem Altbau für die Rekruten und ihre Auszubildner herrschen. Herr Wyss hat heute mit Recht darauf hingewiesen, wie wichtig eine zeitgemässe Ausbildung für die Truppe ist. Wir hoffen und haben auch in der Militärkommission angeregt, dass hier baldmöglichst die nötigen Sanierungen durchgeführt werden können.

Die SP-Fraktion hat die 30 Kreditanträge nach der Botschaft eingehend diskutiert. Dabei gab es in unserer Fraktion selbstverständlich nicht nur Lob, wie beim Rüstungsprogramm auch nicht, sondern es kam auch die grundsätzliche Frage zur Sprache, wie grosse Brocken, wie die Geländeverstärkungen mit Kosten im Betrag von 143 Millionen Franken – Herr Brügger hat seinen Antrag ja bereits begründet –, für die Parlamentarier noch näher begründet werden können. Hier ist das Ganze auf rund einer Seite zusammengefasst. Die Problematik ist zwar auch bei uns bekannt. Wir haben es wieder einmal mit dem Dilemma «militärische Geheimhaltung» auf der einen und «Information für die zuständige Behörde» auf der anderen Seite zu tun. Die Mitglieder der Militärkommission hatten selbstverständlich vertrauliche Zusatzinformationen; trotzdem glauben wir, dass mehr Offenheit für das gesamte Parlament heute am Platz wäre.

Die SP-Fraktion unterstützt die zwei Minderheitsanträge Stapung und Ledergerber bei den Projekten 246 und 248: Beim Ausbau des Waffenplatzes Herisau und Gossau sei die Umweltverträglichkeitsprüfung zu berücksichtigen; elektronische Schiesssimulatoren wären auch beim Waffenplatz Colombier angebracht. Die beiden Ratskollegen haben die Minderheitsanträge eingehend begründet; ich brauche also dazu keine Ergänzungen anzubringen.

Aregger: Die freisinnig-demokratische Fraktion unterstützt einstimmig die militärische Bauvorlage gemäss Antrag Bundesrat und Kommission. Die Vorlage ist gut ausgewogen. Es sind darin Projekte aus den Bereichen Kampfkraftsteigerung, Führung und Telekommunikation, Logistik, Ausbildung, Umweltschutz, Werterhaltung und Rationalisierung enthalten. Die Auswahl der Projekte und die Prioritätensetzung überzeugen uns, und ich wage die Prognose, dass eine überwiegende Mehrheit des Rates der Vorlage in dieser Form zustimmen wird. Darmit wäre eigentlich alles gesagt. Die Begründungen der Minderheitsanträge aber veranlassen mich zu einigen zusätzlichen Bemerkungen.

Vor wenigen Tagen fand der letzte von zahlreichen Mobilmachungs-gedenktagen statt. Alle diese Anlässe waren sehr gut besucht, und es herrschte durchwegs eine positive Atmosphäre der Kameradschaft, der Dankbarkeit und der gemeinsamen Erinnerung an schwere Zeiten. Gerade die Erinnerung an das letzte grosse gemeinsame Erlebnis der nationalen Geschlossenheit, an die Demonstration des Unabhängigkeitswillens inmitten des europäischen Kriegsschauplatzes, macht den Sinn und den Wert dieser Gedenktage aus.

Nun tauchen verschiedene negativ programmierte Gesichtsschreiber auf. Mit der Arroganz der Nachgeborenen und in Kenntnis, wie es schliesslich mit dem Tausendjährigen Reich zu Ende ging, ziehen sie über die Armee von 1939 und über die damalige politische und militärische Führung her, ja sie machen selbst vor der Persönlichkeit von General Guisan nicht halt. Ich finde es sehr widersprüchlich, wenn einerseits die Armee von 1939 im nachhinein als unzulänglich ausgerüstet und ausgebildet belächelt wird und andererseits aus dem gleichen Lager die Ausrüstung und Ausbildung der heutigen Armee mit Streichungsanträgen bekämpft wird. Diese Widersprüchlichkeit ist nur mit der nahen Armeeabschaffungs-Abstimmung zu erklären. Ich spreche hier nicht die sich öffentlich bekennenden Armeegegner an. Sie sind ohnehin eine kleine Minderheit. Ich wende mich vielmehr an die SP, an jene Regierungspartei, die zur Armeeabschaffung Stimmfreigabe beschlossen hat. Es fällt auf, dass heute sämtliche Kürzungs-

dem Lärm. Heute ist bereits jeder dritte Schweizer lärmgeschädigt, und ich hoffe, dass von diesem Drittel einige hier in diesem Parlament sitzen.

Nun ist gerade der Lärm von Schiessständen zu einem grossen Teil nicht nötig, weder aus militärischen noch aus Trainingsgründen. Es wäre nämlich möglich, den grössten Teil dieser Schiessübungen mit Simulatoren zu betreiben, wenn die Übung überhaupt betrieben werden muss. Diese Simulatoren sind heute technisch sehr weit entwickelt. Sie können sehr viel damit machen, Sie können nicht nur die Schiessfertigkeit üben, Sie können auch vielfältige taktische und technische Finessen einüben, wenn Sie wollen. Man kann die Manipulation genau so gestalten, wie sie beim persönlichen Gewehr vorhanden ist. Sie können Wettereinflüsse simulieren, Sie können sich selbst – falls das für einige von Ihnen unverzichtbar wäre – beim Offizierschiessen den Pulverdampf in die Nase steigen lassen, wenn Sie wollen. Die Zeit der Schiessstände ist heute vorbei. Wir haben alle technischen Möglichkeiten, um mindestens die Hälfte dieser Übungen zu ersetzen und besser durchzuführen, nämlich mit solchen Simulatoren.

Ich habe Ihnen deshalb den Antrag gestellt, beim Objekt 246, bei diesem St. Galler Waffenplatz, *eventualiter* – wenn Sie nicht Herrn Stappung zustimmen – mindestens den Betrag um 10 Millionen Franken zu kürzen und vom Bundesrat ein neues Konzept für diese Schiessanlagen zu verlangen, bei denen er den Einsatz solcher Schiesssimulatoren vorsieht.

Ich habe den gleichen Antrag gestellt beim Geschäft 248, Sanierung der Schiessanlage Bôle auf dem Waffenplatz Colombier. Auch hier soll der Bundesrat ein Konzept vorlegen, wie er einen grossen Teil der Lärmproduktion eindämmen und auch Simulatoren für das Schiesstraining einsetzen kann.

Ich bitte Sie, an diesem Punkt ein Zeichen zu setzen, ein Zeichen – Herr Bundesrat Villiger hat es schon mehrmals gesagt –, dass Sie auch bei der Armee nicht nur aus patriotischen und historischen Gründen etwas investieren wollen, sondern dass Sie auch dort auf der technischen Höhe der Zeit sein wollen.

Ich bitte Sie, diese beiden Minderheitsanträge zu unterstützen. Sie leisten damit einen Beitrag für eine Armee, die nicht den Schweizer quält, sondern – wenn sie schon notwendig ist – möglichst menschengenügend ihr Handwerk betreibt.

Rechsteiner: Ich möchte Sie bitten, mit der Streichung dieses neuen Waffenplatzes ein Zeichen zu setzen.

Die Weiler Neuchlen und Anschwilen liegen auf einem Hochplateau in der Nähe von Gossau und St. Gallen. Dieses Gebiet ist von hohem landschaftlichem Wert, auch wenn es oder vielleicht gerade weil es abseits grosser Verkehrsströme liegt. In seiner landschaftlichen Qualität braucht dieses Gebiet den Vergleich mit der Hochebene von Rothenthurm kaum zu scheuen. Trotzdem soll es jetzt einem neuen Waffenplatz geopfert werden.

Im Zusammenhang mit dem Abstimmungskampf um Rothenthurm hat Bundesrat Koller jeweils erklärt, dies sei der letzte neue Waffenplatz, der noch gebaut werde. Trotzdem soll jetzt bei Gossau wieder ein neuer Waffenplatz entstehen.

Mit der Begründung macht es sich das EMD einfach. Statt dass ein Bedürfnisnachweis erbracht wird, wie man es bei einem Vorhaben von dieser Tragweite erwarten dürfte und wie es auch das Umweltschutzgesetz verlangt, wird einfach gesagt, dass es sich um einen schlichten Ersatz für die Kaserne St. Gallen handle. Dies ist schon aus zwei Gründen nicht richtig:

Erstens entsteht auf Neuchlen-Anschwilen ja nicht einfach eine Kaserne – die Kaserne ist nicht einmal Gegenstand dieser Vorlage –, sondern ein ganzer Waffenplatz mit allem Drum und Dran, mit einer Flächenbeanspruchung, die diejenige der seinerzeitigen Kaserne St. Gallen um ein Vielfaches übersteigt.

Zweitens existiert die Kaserne St. Gallen ja nun schon seit 10 Jahren nicht mehr. Die vorher in St. Gallen stationierten beiden Einheiten sind seit langem in Ersatzanlagen in Urnäsch und Bronschhofen einquartiert. Diese Ersatzanlagen würden nach dem Bau des neuen Waffenplatzes nicht aufgehoben. Der Waffenplatz Neuchlen-Anschwilen ist somit nichts anderes als ein zusätzlicher, neuer Waffenplatz. Damit stellt sich aber

ernsthaft die Frage des Bedürfnisnachweises und damit auch die Frage, wieviel Luxus und Komfort einerseits und Landverschwendung und Umweltverbrauch andererseits sich das EMD eigentlich leisten kann.

Wie steht es denn mit der Belegung der bestehenden Waffenplätze? Die letzten Zahlen wurden öffentlich – soweit ich sehe – 1976 bis 1981 ausgewiesen. Diese Zahlen zeigen eine Belegung der Unterkünfte im Mittel von nur 20 Wochen pro Jahr, also eine starke Unterbelegung. Gleichzeitig sinken die Bestände wegen des Geburtenrückganges noch weiter ab. Bis 1992 sollen die Bestände nur noch 70 Prozent derjenigen von 1983 betragen. Bei diesen sinkenden Beständen darf doch jetzt kein neuer Waffenplatz mehr gebaut werden.

Der Landhunger aber des EMD in den letzten Jahren ist gewaltig. Das Militär besitzt heute siebenmal mehr Land als noch vor 25 Jahren. Dem EMD gehört heute eine Fläche, die diejenige des Kantons Zug erreicht. Noch immer ist der Landhunger des EMD nicht gestillt. Auch die Ostschweiz hat in den letzten Jahren einiges an neuen Waffen- und Schiessplätzen abbekommen. Denken wir nur beispielsweise an den Truppenübungsplatz Bernhardzell. Denken wir an Urnäsch, denken wir an Schwellbrunn, mit allem, was dazugehört an Landschaftszerstörung, an Schiesslärm usw. Die Ostschweiz – in diesem Sinne auch eine Randregion – hat die Belastung durch das Militär überdurchschnittlich mitgetragen. Einmal muss mit dem Weiterausbau Schluss sein.

Ganz Europa macht sich Gedanken zu einer Rüstungsbeschränkung. Einzig unser Land – nach dem Eingeständnis von Generalstabschef Lüthy von wohl einmaliger Waffendichte – baut weiter aus. Ich bitte Sie, wenigstens zu diesem neuen Waffenplatz nein zu sagen und damit die unberührte Landschaft von Neuchlen und Anschwilen zu retten. Ich bin überzeugt davon, dass das Volk bei dieser Landschaft genau gleich wie bei Rothenthurm entscheiden würde, wenn es etwas zu diesem Waffenplatz zu sagen hätte; es hat leider nichts zu sagen. So ist es – Herr Bundesrat Villiger – mit der Demokratie in diesem Bereich bestellt. Ich bitte Sie, den Volksentscheid zu Rothenthurm nicht zu vergessen, wenn Sie über diesen neuen Waffenplatz entscheiden.

Zum Schluss noch ein paar Bemerkungen im Anschluss an den Antrag von Herrn Stappung zur Umweltverträglichkeitsprüfung im Zusammenhang mit diesem neuen Waffenplatzprojekt. Der Umweltverträglichkeitsbericht und vor allem auch die Bemerkungen des Buwal zu diesem Bericht deuten darauf hin, dass es mit der Einhaltung der Lärmvorschriften in diesem Bereich Probleme geben wird; dies, obwohl die Grenzwerte – verglichen mit anderen Anlagen – extrem hoch angesetzt worden sind und die Annahmen bezüglich der Handgranaten und des Einsatzes von Maschinengewehren, Raketrohren und Gewehrgranaten und auch des zivilen Schiessens überaus optimistisch sind. Ich weise nur beispielsweise darauf hin, dass bei den Schiessanlagen nach den Verordnungen des Bundes ein Alarmwert von 80 Dezibel in der tiefsten Empfindlichkeitsstufe gilt. Davon wird bei dieser Anlage ohne weiteres als Planungswert ausgegangen. Man kann doch bei solchen Werten nicht – im Sinne von Artikel 15 des Umweltschutzgesetzes – behaupten, dass die Bevölkerung in ihrem Wohlbefinden nicht erheblich gestört sei; das aber wäre ja der Massstab, der berücksichtigt werden müsste!

Herr Bundesrat, können Sie garantieren, dass die vom Buwal vorgeschlagenen Massnahmen zur Verminderung der Lärmbelastung durchgeführt werden? Können Sie weiter garantieren, dass eine detaillierte Munitionsstatistik im Sinne der Empfehlungen des Buwal geführt und dass die vorgeschlagenen Messungen vorgenommen werden? Und können Sie schliesslich generell zusichern – wie dies von Vertretern des EMD mündlich angekündigt worden war –, dass der Umweltverträglichkeitsbericht noch öffentlich aufgelegt wird, samt Ankündigung im Bundesblatt? Können Sie auch zusichern, dass wenigstens die gesamtschweizerischen Umweltorganisationen, die nach dem Umweltschutzgesetz beschwerdelegitimiert sind, Gelegenheit erhalten werden, ihre Bedenken und Vorschläge zu diesem neuen Waffenplatzprojekt zu äussern? Denn dieses Projekt hat eine Tragweite, die eine Mitwirkung gerade dieser Organisationen nötig macht. Ich wäre Ihnen

und Streichungsanträge aus den Reihen der Sozialdemokraten stammen.

Herr Stappung und Herr Rechsteiner, Sie wollen den Ausbau und die Sanierung des Waffenplatzes Herisau-Gossau verhindern. Sie wollen nicht zur Kenntnis nehmen, dass in enger Verbindung mit den Gemeinden sehr sorgfältig geplant wurde und dass 1980 die Kaserne St. Gallen weichen musste. Seither bestehen Provisorien. Wo sonst als in Herisau-Gossau sollen die St. Galler Soldaten ausgebildet werden? Herr Rechsteiner, glauben Sie denn, nur Sie hätten die Nähe eines Waffen- und Schiessplatzes zu ertragen? Es gibt solche Plätze auch in anderen Gegenden der Schweiz. Sie werden wohl nirgends sehr geliebt. Aber sie werden als Voraussetzung zur militärischen Ausbildung verstanden und akzeptiert.

Herr Brügger, Sie wollen die Geländeverstärkungen drastisch reduzieren. Sie übersehen dabei, dass uns gerade diese Massnahmen entscheidend zur flächendeckenden Landesverteidigung befähigen. Moderne Kampf- und Führungsbauten nach dem heutigen Konzept bilden eine echte Alternative zum nachträglich umstrittenen Alpenreduit der vierziger Jahre. Sie ersetzen veraltete, untauglich gewordene Werke, Festungen auch, die inzwischen in Museen umgewandelt wurden.

Herr Ledergerber, Sie lehnen den Schiessstand bei der Kaserne Colombier und andere Schiessstände ab. Sie wollen dem Soldaten die Handhabung seiner persönlichen Waffe auf elektronischen Simulatoren beibringen. Ihr Antrag hätte letztlich zur Folge, dass der Schweizer Soldat seine Schiesspflicht in einem Spielsalon vor einem Bildschirm erfüllen müsste oder könnte. Ich glaube nicht an den Erfolg Ihres Antrages. Ich glaube nicht daran, dass die Schweizer Schützenhäuser in Spielsalons umgewandelt werden.

Die freisinnig-demokratische Fraktion empfiehlt Ihnen, alle Kürzungs- und Streichungsanträge der SP abzulehnen und der Vorlage gemäss Kommission und Bundesrat zuzustimmen. Wir bekennen uns klar und eindeutig zur Landesverteidigung. Wir wissen, welche Werte wir zu verteidigen haben. Wir wissen, dass letztmals um 1798/99 fremde Heere, französische und russische Truppen, unser Land mit Krieg überzogen. Ausser kleinen kantonalen Kontingenten hatte die Schweiz damals keine Armee. Der Krieg hinterliess bittere Armut, Elend und Hungersnot. Seither haben wir eine eigene Armee, und seit wir eine Armee haben, leben wir im Frieden. Wir sind stolz auf unser glückliches Land, in dem wir leben und wohl auch bleiben dürfen. Stimmfreigabe und damit Orientierungslosigkeit und Gleichgültigkeit gegenüber einer entschlossenen Landesverteidigung stehen bei uns nicht zur Diskussion.

Schmid: Das militärische Bauprogramm, das rund 470 Millionen Franken verschlingt, ist einmal mehr beträchtlich. Es handelt sich dabei überwiegend um Gelder für die Sanierung oder die Erweiterung bestehender Anlagen und nur zu einem geringeren Teil um neue Projekte. Ob die dafür eingesetzten Beträge übersetzt sind und daher ohne weiteres gekürzt werden könnten, ist schwer zu beurteilen, stehen uns doch detailliertere Angaben aus Gründen der Geheimhaltung nicht zur Verfügung. Es wird also hier – auch in unserer Fraktion – immer geteilte Meinungen geben.

Unsere Aufmerksamkeit gilt vor allem den neuen Projekten, und da ist dem geplanten Ausbau des Waffenplatzes Herisau-Gossau Opposition erwachsen. Man kann sich aus grundsätzlichen Erwägungen heraus gegen jeden neuen Waffenplatz wenden, ihn auch unter Hinweis der zurückgehenden Geburtenzahlen als nicht notwendig erachten oder dann den Standort bezüglich Immissionen und aus Gründen des Landschafts- und Kulturlandschutzes ablehnen. Vielleicht aber ist das vorliegende Projekt nicht unbedingt der geeignete Gegenstand für einen solchen Streichungsantrag, und dies aus folgendem Grund: Die ehemalige Infanteriekaserne in St. Gallen musste einem städtischen Zubringer der Nationalstrasse 1 weichen. Sie wurde somit abgerissen, bevor ein anderes Gebäude, das ursprünglich im Sittertobel nördlich von St. Gallen geplant war, die Rekrutenschulen hätte aufnehmen können. Nebenbei gesagt: Es ist ja eigenartig, dass für gewisse Vaterlandsverteidiger auch Kasernen nicht schnell genug abgerissen werden können, wenn es darum geht, Autobahnen zu bauen.

Seit bald zehn Jahren sind die Einheiten der Infanterierekrutenschule an drei verschiedenen Standorten untergebracht, was organisatorisch, ausbildungstechnisch und nicht zuletzt auch ökologisch problematisch ist. Von daher ist es verständlich, dass mit einem geplanten Ausbau die Gebäude- und Ausbildungseinrichtungen wieder etwas zusammengedrückt werden.

Das Projekt allerdings löst in der grünen Fraktion keine grosse Begeisterung aus; denn wir fragen uns generell, ob der schon seit einiger Zeit geübte Grundsatz des EMD, Kasernen irgendwo im Gelände draussen, weitab von Siedlungen zu bauen, überhaupt sinnvoll sei, zumal nachher dann die Dienstleistenden wieder mit eigenen Fahrzeugen dorthin einrücken. Mindestens der verkehrsmässigen Infrastruktur muss unbedingt die nötige Aufmerksamkeit geschenkt werden. Da es sich jedoch weitgehend um einen Ersatz der nicht mehr vorhandenen früheren Kasernenanlage handelt, opponieren wir diesem Vorhaben mehrheitlich nicht.

Hingegen können wir dem Projektkredit einstweilen nicht zustimmen, da das Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft in verschiedener Hinsicht die Schiesslärmbelastungen beanstandet. Das Amt gibt seine Zustimmung nur unter der Voraussetzung, dass die im UVP-Bericht vorgesehenen Massnahmen eingehalten und die ergänzenden Anträge berücksichtigt werden. Was in Chamblon vorbildlich getan wurde, sollte auch für den Waffenplatz Herisau-Gossau möglich sein. Aus diesem Grunde unterstützen wir den Rückweisungsantrag Stappung einstimmig, lehnen den Streichungsantrag Rechsteiner jedoch mehrheitlich ab.

Beim Antrag der Minderheit II (Ledergerber) sind unsere Auffassungen geteilt. Das Breitfeld ist ja seit jeher Truppenausbildungs- und Schiessplatz gewesen, so dass sich elektronische Schiessanlagen nicht unbedingt aufdrängen.

Oester: Die LdU/EVP-Fraktion wird dem militärischen Bauprogramm 1989 zustimmen. Nicht aus Gewohnheit und auch nicht aus innerer Achtungsstellung, sondern nach kritischer Prüfung der bundesrätlichen Botschaft. Diese Prüfung veranlasst uns zu vier Bemerkungen.

1. Angesichts einer kritischer werdenden Öffentlichkeit müssen im Bereich der Bauten und des Landerwerbs wie bei der Rüstung nach strengen Massstäben Prioritäten gesetzt werden. Wir erwarten deshalb vom EMD und vom Bundesrat, dass sie bei allen Vorhaben trotz einseitiger Druckversuche konsequent aufgrund einer seriösen Nutzwertanalyse entscheiden; dass tatsächlich diejenigen Anlagen in erster Priorität behandelt werden, welche eine hohe Anfangsleistung unserer Armee bewirken, die Kampfkraft unmittelbar steigern und damit eine starke Dissuasionswirkung haben. Das ist ja das Ziel all unserer Landesverteidigungsanstrengungen.

2. Was den Rückweisungsantrag der Minderheit I und den Streichungsantrag zum Ausbau und zur Sanierung des Waffenplatzes Herisau-Gossau betrifft, kann man die eine oder die andere Haltung einnehmen. Entweder glaubt man dem EMD, dass der Umweltverträglichkeit volle Beachtung geschenkt wird, dass die in Zusammenarbeit mit dem Buwal erarbeiteten Lärmpegelwerte auf dem Lärmschutzgesetz beruhen werden und dass man bei der Realisierung der Bauten danach handelt, oder man traut den Aussagen der Verwaltung nicht und weist Objekt 246 an den Bundesrat zurück. Persönlich traue ich den Aussagen des Chefs des EMD und seiner Spitzenleute. Ich bitte ihn, auch hier im Rat die unmissverständliche Aussage zu machen, dass er die UVP bei Waffenplätzen nicht als eine modische Alibiübung betrachtet, sondern als integrierenden Bestandteil der ganzen Bauplanung. Wir wissen, dass Landesverteidigung nicht aus Umweltschutz besteht. Wir sind aber entschieden der Meinung, dass der bedrohten Umwelt – die langfristig auch uns bedroht – gerade auch bei militärischen Bauten und Anlagen soweit als irgendwie vertretbar Rechnung getragen wird. Weil wir darauf vertrauen, dass die zuständigen Instanzen willens sind, bezüglich der zur Diskussion stehenden Waffenplätze Chamblon und Herisau-Gossau nach dieser Einsicht zu handeln, lehnen wir den Rückweisungsantrag zu Objekt 246 ab. Er brächte nichts ausser einer unliebsamen Verzögerung. Ueber den Streichungsantrag

Rechsteiner konnten wir uns in der Fraktion nicht unterhalten, weil er nicht vorgelegen hat. Ich selber kann ihm schon deshalb nicht zustimmen, weil ich mich vorher dafür eingesetzt habe, dass in unseren Bemühungen um militärische Landesverteidigung der Ausbildung grösseres Gewicht beigemessen wird.

3. Der Gedanke, dass die heutigen Möglichkeiten der elektronischen Simulation bei Schiessanlagen soweit als möglich ausgenutzt werden sollen, ist in unserer Fraktion auf ein positives Echo gestossen. Wir sind der Meinung, dass diese Frage im Interesse der jeweils vom Schiesslärm betroffenen Bevölkerungskreise grundsätzlich studiert werden soll, nicht nur bezüglich grosskalibriger Waffen. Schon vor 25 Jahren hat sich unser Fraktionschef in Zürich für bauliche Vorkehrungen zur Verminderung des Schiesslärms eingesetzt und ist dabei leider beim EMD auf geradezu unglaubliche Abwehrreaktionen gestossen. In dieser Vorlage ein Exempel statuieren zu wollen und erst noch – besonders im Fall Bôle oberhalb Colombier – am offensichtlich untauglichen Objekt, halten wir für wenig sinnvoll. Hingegen erwarten wir, dass das EMD den Militärkommissionen innert nützlicher Frist Bericht erstattet, wie weit elektronische Simulatoren sich auch im Bereich der infanteristischen Ausbildung einsetzen lassen.

4. Im Hinblick auf die «Armee 95» sollen die Schutz- und Bewachungsaufgaben von lebenswichtigen zivilen und militärischen Objekten neu überdacht werden. Wir würden gerne hören, was in der Zwischenzeit vorgekehrt wird, um die in Frage stehenden Anlagen vor Diebstählen und terroristischen Anschlägen besser zu schützen. Dem Chef EMD danke ich zum voraus bestens für seine Antwort.

Feigenwinter: Ich beantrage Ihnen namens der CVP-Fraktion Zustimmung zur vorgelegten Baubotschaft unter Ablehnung sämtlicher Minderheitsanträge. Das bedeutet, dass wir damit einverstanden sind, für bauliche Massnahmen 470 Millionen Franken als Verpflichtungskredite zur Verfügung zu stellen. Priorität bei dieser Baubotschaft haben ja kampfwertsteigernde Massnahmen. Hierfür sind rund 170 Millionen Franken vorgesehen. Herr Oester hat richtigerweise auf die hohe Disuasionswirkung derartiger Anlagen aufmerksam gemacht. Es geht darum, im Ernstfall möglichst schnell bereit zu sein. Es geht auch darum, das Gelände so zu verstärken, dass man dieses auch zu seinem Verbündeten machen kann. Gerade das will man mit dem Ausbau dieser Sperrn erreichen. Herr Brügger beantragt nun, hier 80 Millionen Franken einzusparen, mit einer Begründung die eher für den Verzicht dieser Sperranlagen sprechen würde. Er geht offensichtlich nicht so weit. Er sagt, wir haben zuwenig Auskunft über diese Objekte. Einerseits trifft das natürlich zu. Das wird etwas lakonisch auf einer Seite abgehandelt. Wenn es um zivile Belange ginge, müsste das schon etwas weiter ausgeführt werden. Es geht aber hier wirklich um das Interesse der Geheimhaltung. Herr Brügger, wenn in Ihrem Dorf solche Sperrn gebaut werden, heisst das natürlich noch nicht, dass all das, was in Ihrem Dorf vorgeht, im ganzen Kanton oder in der ganzen Schweiz oder gar in der Welt bekannt wird. Damit machen Sie Ihr Dorf und Ihren Fall zum Zentrum der Welt, und das ist nun einmal nicht so. Bauen kann auch das Militär nicht unter einer Glocke, wo man nicht sieht, was passiert, sondern auch das Militär muss diese Objekte natürlich mit den regulären Mitteln bauen. Man kann also nicht eine Zeltblache darüber legen und sagen, hier darf niemand zuschauen. Das kann uns nicht am Bauen hindern, wir müssen in Kauf nehmen, dass diese Bauten der Öffentlichkeit teilweise bekannt werden, aber es ist eben eine beschränkte Öffentlichkeit, und man kann davon ausgehen, dass der Standort dieser Objekte jeweils nur einigen wenigen Leuten bekannt ist, unter anderem auch der Bevölkerung, die beim Standort wohnt.

125 Millionen Franken werden für Logistikbauten aufgewendet. Auch das ist notwendig. Die Armee ist eine Grossorganisation. Sie muss den Nachschub sicherstellen, und deshalb braucht es von Zeit zu Zeit – und hier besteht ein grosser Nachholbedarf – die Sanierung von Zeughäusern, die Neuerstellung von militärischen Fahrzeugparks; insbesondere, wenn wir an die Rüstungsbeschaffung der letzten Jahre denken, in

denen doch sehr viele Raupenfahrzeuge neu beschafft worden sind.

Für die Ausbildungsbauten werden letztlich rund 100 Millionen Franken anbegehrt. Auch hier muss man aus der Tatsache, dass wir eine Armee haben, den Schluss ziehen, dass diese Armee auch über Uebungsplätze verfügen muss. Dem Schweizer Soldaten wird die Verteidigungsfähigkeit nicht mit der Muttermilch eingegeben, sondern er hat – wie jeder andere Soldat auf der Welt – diese Fähigkeit zu erlernen, und dazu braucht es Uebungsplätze, Waffenplätze und auch den Waffenplatz Gossau-Herisau, trotz den Ausführungen von Herrn Rechsteiner.

Ich möchte im einzelnen nicht auf seine Ausführungen eingehen. Dafür hat es ortskundigere Leute in diesem Saal. Ich habe das Gelände auch nicht gesehen. Ich habe nur die Ausführungen des Vorstehers des EMD und der Mitarbeiter der Verwaltung gehört. Sie haben mich überzeugt. Herr Rechsteiner hat es wiederum nicht geschafft, mich von seinen Argumenten zu überzeugen. Ich kann sein Votum nur unter das Motto stellen, das schon Hamlet ausgedrückt hat: «Ist es auch Wahnsinn, hat es doch Methode.» Herr Rechsteiner hat mindestens die Methodik seiner Ausführungen über lange Jahre beibehalten. Ich bin auch der Meinung, dass militärische Uebungsplätze nicht gegen die Umwelt zu erstellen sind, sondern dass die Verträglichkeit in jedem einzelnen Fall abzuklären ist und dass auch das Militär alles zu unterlassen hat, was diese Umwelt aus dem Gleichgewicht bringt. Aber Gewehrschüsse und selbst Handgranatendonner bringen diese Umwelt nicht aus dem Gleichgewicht. Deshalb glaube ich, dass bei der Güterabwägung zwischen der Möglichkeit für den Wehrmann, üben zu können – und zum Ueben gehört auch der scharfe Schuss –, und dem dadurch entstehenden Lärm die Landesverteidigung einen höheren Stellenwert hat als die meines Erachtens erträgliche Lärmbelastigung.

Herr Ledergerber hat einen – mindestens auf den ersten Blick – sehr überzeugenden Gedanken entwickelt. Herrn Ledergerber ist sicher zuzustimmen, dass überall dort, wo komplexe Waffensysteme wie Flugzeuge oder Panzer zur Diskussion stehen, zum Simulator gegriffen werden muss, wie wir das beispielsweise bei Elsaleo und bei allen Flugzeugtypen und -simulatoren gemacht haben, um die Lärmbelastigung möglichst klein zu halten. Aber auch dort – ich habe schon einmal darauf hingewiesen, und es kann nicht genügend betont werden – ist im Massstab 1:1 zu üben. Es ist eines unserer grossen Anliegen, dass die Armee das noch kann und es nicht im Ausland tun muss. Wenn die persönliche Waffe angesprochen werden muss, kann und soll man den Wehrmann nicht zwingen, mit elektronischen Geräten zu üben. Es gibt vielleicht Ausnahmefälle; aber der Fall, den Herr Ledergerber anspricht, die Anlage Bôle, ist ein untaugliches Objekt.

Ich bitte Sie deshalb im Namen der CVP-Fraktion, auch diesen Antrag abzulehnen und der Botschaft zuzustimmen.

Hess Otto: Die SVP-Fraktion empfiehlt Ihnen, auf das Bauprogramm 1989 einzutreten und dem Verpflichtungskredit von 469,9 Millionen Franken für Bauten und Landerwerb zuzustimmen. Das Schwergewicht im vorgelegten Bauprogramm bilden die Kampf- und Führungsbauten. Uns, Herr Brügger, scheint es richtig, dass die Priorität so gesetzt worden ist, da diese Investitionen zur Steigerung der Kampfkraft beitragen, die Anfangsleistung der Armee erhöhen und letztlich – und das scheint uns besonders wichtig – zu einem wesentlich besseren Schutz des Wehrmannes beitragen.

Unter dem Titel «Bauten der Logistik» möchte ich nur die Position 221 erwähnen: die Lagerhalle in der Gemeinde Müllheim. Mit dem Neubau dieser Lagerhalle unter dem neu zu erstellenden Teilstück der N 7 hat man eine Bauvariante gewählt, die als äusserst landsparend und dazu noch kostengünstig beurteilt werden kann. Es ist zu hoffen, dass dieses Baumodell eine positive Auswirkung auf künftig notwendige Bauten hat und in vermehrtem Mass Nachahmung findet.

Fast 100 Millionen Franken sind für Bauten für die Ausbildung vorgesehen. Die SVP-Fraktion befürwortet, dass der Ausbildung unserer Truppen grösste Beachtung geschenkt wird. Neue Waffensysteme, neue Erkenntnisse in der modernen

Kriegsführung zwingen dazu, unsere Ausbildung auf dieses veränderte Umfeld auszurichten. Wir wollen in der zur Verfügung stehenden Ausbildungszeit einen möglichst hohen Ausbildungsstand erreichen. Dies gelingt nur, wenn auf unseren Ausbildungsplätzen eine entsprechende Infrastruktur vorhanden ist. Fehlt diese, kann die Schulung der Soldaten nicht mehr mit der nötigen Effizienz durchgeführt werden. Schliesslich sind wir alle daran interessiert, dass auf unseren Übungsplätzen der Kampf mit den verschiedenen Waffen unter bestmöglicher Sicherheit geübt werden kann.

Auf der Fahne sehen Sie zwei Minderheitsanträge zu Objekt 246, zur Sanierung des Waffenplatzes Herisau, und zu Objekt 248, Schiessanlage Böle. Ich bitte Sie im Namen der SVP-Fraktion, diese Minderheitsanträge abzulehnen. Zum Antrag Stappung ist zu sagen, dass nach Zusicherung des EMD die UVP berücksichtigt wird und die Lärmpegelwerte mit dem Buwal erarbeitet werden. Sie wollen doch, Herr Stappung, nicht im Ernst noch mehr UVP verlangen!

Es ist zwar verständlich, dass die Anwohner an einem Ausbau des Waffenplatzes keine Freude haben. Die entscheidende Frage ist einfach, ob ein Ausbau zumutbar ist oder nicht. Die Region St. Gallen verfügt noch über andere wunderschöne Erholungsgebiete. Jemand muss letztlich die Immissionen tragen, die mit der Ausbildung und Aufrechterhaltung unserer Armee entstehen. Im vorliegenden Fall meine ich, ist der geplante Ausbau absolut verantwortbar. Er ist übrigens mit den betroffenen Gemeinden abgesprochen worden. Sie stehen hinter dem Ausbau dieses Ausbildungsplatzes.

Im Minderheitsantrag II wird ein neues Konzept der Schiessanlagen unter Einbezug von Simulatoren gefordert. Die SVP befürwortet den Einsatz von Simulatoren dort, wo sie sinnvoll, technisch ausgereift und möglich sind. Der Simulator kommt bis heute vor allem bei den grosskalibrigen Waffen zur Anwendung. Er hat sich bewährt, ist kostensparend und entlastet die Umwelt. Ich kann mir aber schwer vorstellen, dass ein Simulator für die Handhabung der persönlichen Waffe sinnvoll eingesetzt werden kann, ganz abgesehen davon, dass zurzeit nirgends ein brauchbares System für den militärischen Einsatz der in Frage stehenden Waffen zur Verfügung steht. Es wäre absolut unrealistisch, zum heutigen Zeitpunkt einen Simulator für die Schulung der persönlichen Waffen zu fordern, da er nicht verfügbar ist. Das will nicht heissen, dass der Einsatz eines Simulators auch auf diesem Gebiet nicht weiter geprüft werden soll.

Gestatten Sie mir einige Worte zur Resolution gegen den Ausbau des Waffenplatzes Breitfeld, die uns Parlamentariern verteilt worden ist. Es handelt sich nicht – wie behauptet wird – um einen neuen Waffenplatz, der geschickt getarnt aufgebaut wird, sondern um einen Ersatz der 1980 aufgegebenen Kaserne Kreuzbleiche St. Gallen mit dem Schiessplatz Sittertobel. Die Konzeption dieses Waffenplatzes wurde über Jahre offen diskutiert und in Zusammenarbeit mit den Behörden von St. Gallen und den betroffenen Gemeinden erarbeitet. Es liegen Verträge vor, die auch das HG-Werfen und das Schiessen zeitlich limitieren. Es wird auf diesem Waffenplatz künftig nicht mehr Munition verschossen. Der Ausbau dient vor allem der besseren Effizienz in der Ausbildung, der besseren Sicherheit und der geringeren Lärmbelastung. Die Stadt St. Gallen wird durch die Aufgabe des Schiessplatzes Sittertobel vom Lärm sogar entlastet werden.

Die Anlagen wurden in enger Zusammenarbeit mit den Naturschutzorganisationen konzipiert. Von der Zerstörung von 40 Hektaren Kulturland kann keine Rede sein. Teile des intensiv bewirtschafteten Landes werden gar der extensiven Nutzung zugeführt. Ziel muss doch sein, dass mit dem dringend notwendigen Ausbau des Waffenplatzes die Anliegen des Naturschutzes mitberücksichtigt werden, damit der Region am Wochenende und in der Zeit der Nichtbelegung ein Erholungsgebiet zur Verfügung steht, das der Bevölkerung auch tatsächlich zugänglich ist, was bei einer intensiven landwirtschaftlichen Nutzung nicht im gleichen Umfang der Fall wäre. Dass das EMD bereit und in der Lage ist, solches zu tun, dafür haben wir ein Beispiel. Mit der Verlegung der Kaserne Zürich ins Reppischtal hat man eine Lösung gefunden, die allgemein akzeptiert wird, so dass dieses Gebiet übers Wo-

chenende zu einem gerne besuchten Naherholungsgebiet geworden ist.

Zum Antrag Rechsteiner. Er verlangt die Streichung des Kredites, der für den Ausbau des Waffenplatzes Breitfeld-Neuchlen notwendig ist. Zum Teil führt er die gleichen Argumente an, wie Sie sie in diesem Flugblatt finden. Ich möchte auf diese Argumente nicht eintreten, aber folgendes festhalten:

Das heutige Provisorium mit den Unterkünften in Urnäsch und Bronschhofen darf kein Dauerzustand werden. Die Unterkünfte entsprechen knapp dem Minimum dessen, was heute von einer Truppenunterkunft verlangt werden muss. Vor allem müssen durch die Bewältigung der grossen Distanzen zum Ausbildungsplatz grosse Leerzeiten, Verlustzeiten in Kauf genommen werden. Dass die Strassen durch diesen zusätzlich notwendigen Transport belastet werden, sei nur am Rande erwähnt. Gute, zeitgemässe Truppenunterkünfte helfen mit, die Moral der Truppe zu heben. Ein Thema, dem grosse Aufmerksamkeit geschenkt werden muss. Und von Landhunger, Herr Rechsteiner, kann nicht die Rede sein. Die Bauten kommen auf Land zu stehen, das schon längstens im Besitz des Bundes ist. Aber eines haben Sie übersehen: In diesem Kredit ist auch die Sanierung der sechs Bauernbetriebe eingeschlossen, die das bundeseigene Land im Pachtverhältnis bewirtschaften. Die Sanierung der Bauerngüter ist nicht allein wegen dem Ausbau des Waffenplatzes notwendig, sondern vor allem auch wegen den Tierschutzvorschriften, die Sie ja sicherlich unterstützen, aber auch wegen den Gewässerschutzvorschriften, dem fehlenden Stapelvolumen für Hofdünger und den maximal zulässigen drei Düngergrossvieheinheiten pro Hektare. Ich meine, dass der Bund bei seinen eigenen Liegenschaften mit gutem Beispiel vorangehen und die Gebäude, Stallungen und Hofdüngeranlagen so konzipieren soll, dass sie den gesetzlichen Vorschriften entsprechen. Mit der Streichung dieses Kredites verunmöglichen Sie nicht nur den Ausbau des Waffenplatzes, sondern auch eine zeitgemässe, gesetzlich zwingende Sanierung dieser Pachtgüter.

Herr Schmid hat sich tatsächlich geirrt, und zwar um das Zehnfache. In Breitfeld sind – wie er ja in der Zwischenzeit selber festgestellt hat – nur 22 Parkplätze vorgesehen. Es scheint mir aber vernünftig, dass im Breitfeld auch in dieser Hinsicht eine vernünftige Infrastruktur bereitgestellt wird, damit vor allem auch bei den vielen zivilen Veranstaltungen die Privatfahrzeuge geordnet parkiert werden können.

In der neu zu erstellenden Kaserne Neuchlen, die Sie angesprochen haben, ist der Parkplatz so angelegt, dass er einem Drittel der Kasernenkapazität entspricht. Wir können unseren Rekruten nicht vorschreiben, mit welchem Transportmittel sie einrücken. Wir können sie höchstens in empfehlendem Sinne zur Benützung der öffentlichen Verkehrsmittel animieren. Dass die privaten Fahrzeuge ordnungsgemäss parkiert werden können, dafür sind die notwendigen Vorkehrungen zu treffen. Im Namen der SVP bitte ich Sie, die Minderheitsanträge Stappung und Ledergerber sowie die Streichungsanträge Brügger, Rechsteiner und Schmid abzulehnen und der Kommission zuzustimmen.

*Hier wird die Beratung dieses Geschäftes unterbrochen
Le débat sur cet objet est interrompu*

*Schluss der Sitzung um 13.00 Uhr
La séance est levée à 13 h 00*

Sechzehnte Sitzung – Seizième séance

Freitag, 6. Oktober 1989, Vormittag
Vendredi 6 octobre 1989, matin

08.00 h

Vorsitz – Présidence: Herr Iten

89.019

Militärische Bauten und Landerwerb
Ouvrages militaires
et acquisitions de terrain

Fortsetzung – Suite

Siehe Seite 1578 hiervoor – Voir page 1578 ci-devant

Eintretensdebatte – Débat sur l'entrée en matière

Fortsetzung – Suite

Frau Eppenberger Susi: Ich spreche zum Rückweisungsantrag Stappung und zum Streichungsantrag Rechsteiner: Waffenplatz Herisau-Gossau.

Wir sind ja leider langsam daran gewohnt, dass Exponenten der SP, die sich zwar immer noch zu den staatstragenden Kräften in unserem Land zählt, bei jeder Gelegenheit das grosse Halali gegen unsere Armee blasen. Ich wäre mir auch zu schade, hier zu sprechen, wenn ich nicht mehr als 20 Jahre neben diesem Waffenplatz gewohnt hätte. Ich habe als Ortsansässige so quasi Insiderwissen.

Ich muss auch noch meine Verbindungen offenlegen. Ich bin nicht im Militär. Ich bin aber Tochter eines Soldaten, Ehefrau eines Soldaten und Mutter zweier Soldaten. Ich habe also ein Interesse, dass diese Soldaten richtig ausgebildet werden können.

Ich finde es als Ortskundige irreführend, wenn eine kleine Gruppe der SP Bruggen-Winkeln in einem Schreiben an die Militärkommission den Umweltschutz wieder ins Feld führt und den Verlust des letzten Naherholungsraums von St. Gallen beklagt; denn ausgerechnet St. Gallen-Bruggen und St. Gallen-Winkeln haben im Rücken nicht nur das schönste Naturreservat Gübsensee, sondern dahinter noch die Tobel und grünen Hügel des Appenzellerlandes. Dass das Vorgebiet nicht noch mehr durch Autobahn und Industrie und Sänftspark aufgefressen worden ist, verdanken wir ausgerechnet dem Waffenplatz. Dieser ist seit vielen Jahren im Besitz des Bundes und der Öffentlichkeit zugänglich. Er soll nun sogar nochmals für Reiter, «Hündeler», Sportler und Spaziergänger erweitert werden.

Wenn erwähnt wird, dass es dort seltene Vogelarten, Schmetterlinge, Amphibientümpel und Blumenwiesen habe, dann eben gerade deshalb, weil wegen dem Waffenplatz keine Intensivlandwirtschaft mehr betrieben werden kann. Deshalb haben sich in den Verhandlungen auch die Leute vom Naturschutz zufrieden erklärt.

Vom Umweltschutz her unbefriedigend ist der heutige Zustand. Wenn z. B. täglich sechs Lastwagen sechsmal über mehr als 100 km die Soldaten von ihren Unterkünften Urnäsch und Bronschhofen zu den Uebungs- und Schiessplätzen im Breitfeld fahren müssen, ist das unnötige Umweltverschmutzung, abgesehen von der Schikane gegenüber den Leuten und dem Verlust von wertvoller Ausbildungszeit.

Die St. Galler Bevölkerung, und die Appenzeller und Thur-

gauer übrigens auch, wartet auf die Verbesserungen, auf die neue Kaserne und den erweiterten Waffenplatz. Diese Verbesserungen sind übrigens sehr sorgfältig und unter Wahrung der demokratischen Spielregeln – manchmal sind auch Fetzen geflogen – mit den Gemeinden und mit der Bevölkerung diskutiert und ausgehandelt worden. Von diesen demokratischen Spielregeln, Herr Rechsteiner, halten Sie offenbar nicht viel, wenn Sie jetzt wie die alte Fasnacht im nachhinein einen Schuss aus dem Hinterhalt provozieren und die Umweltverträglichkeit wieder ins Feld führen, nachdem sich schon Herr Stappung in der Kommission eines Besseren hat belehren lassen müssen.

Es gibt natürlich neben der ökologischen auch eine politische und erst noch eine persönliche Umweltverträglichkeit. So gesehen, Herr Rechsteiner, sind Sie ein besonders spezieller Umweltverträglichkeitsspezialist, wenigstens bis zum 26. November. Dabei ist zu beachten, dass bei dieser Umweltverträglichkeitsprüfung Emission und Immission leicht ausgetauscht werden können. Zwischen beiden zu wählen, machen Sie uns mitunter nicht einfach. Im Jahr der Armeeausschaffung ist Ihnen natürlich jede Gelegenheit recht, Ihr Süpplein am Kochen zu halten und unserer Armee eins auszuwischen.

Ich bitte Sie, diese beiden Anträge abzulehnen.

Ruckstuhl: Ich war eigentlich der Meinung, dass dieser Waffenplatz kein allzu grosses Thema mehr darstellen sollte, nach all den Abklärungen, die getroffen worden sind, und den Vorarbeiten, die zu dieser Botschaft geführt haben. Trotzdem werden einzelne nicht ruhen, mit Leserbriefen auf die Leute einzuhacken, dass man Farbe bekennen und sich von diesem Projekt distanzieren sollte.

Ich lehne die Anträge Stappung und Rechsteiner mit aller Entschiedenheit ab. Die Argumente, die hier aufgeführt worden sind, sind nicht stichhaltig und können auch von den Vortragenden dieser Argumente kaum ergänzend begründet werden.

Es ist uns klar, dass – wie bei allen grösseren Bauvorhaben – hier aufmerksame Beobachter am Werk sind und dass Kritik und Gegnerschaft wachsen, insbesondere dann, wenn Immissionen in Kauf genommen werden müssen und wenn die Eigentumsfreiheit tangiert wird. Interessenvertretung ist in diesem Sinne legitim. Ich frage mich aber, ob diese nicht offener dargelegt werden sollte von Leuten wie Herrn Rechsteiner, der sich offensichtlich darauf spezialisiert hat, in diesem Gebiete Unzufriedene zu schaffen. Ich weiss nicht, wie weit das mit seiner beruflichen Tätigkeit zusammenhängt; denn diese Interessenvertreter suchen ja auch Rechtsvertreter, und das könnte dann doch eine eigentümliche Mischung darstellen.

Ich habe gesagt, die Argumente seien nicht stichhaltig. Einerseits kenne ich persönlich die Verhältnisse in der Kaserne und auf dem Mobilmachungsplatz Wil. Ich habe sehr viel Kontakt mit jungen Leuten, die die Rekrutenschulen in diesen Gegenden absolvieren, mit Eltern, die gar keine Freude haben, dass ihre Söhne einen langen Weg zu Ausweichkasernen, wie z. B. Liestal oder Aarau, in Kauf nehmen müssen. Ich sehe die Transporte von Bronschhofen nach St. Gallen, die täglich durchgeführt werden müssen, die Platzverhältnisse in Bronschhofen, insbesondere wenn andere Truppen hier sind. Wenn Herr Rechsteiner dieses Problem genau angeschaut hat, dann weiss er auch, dass Bronschhofen nicht gebaut worden ist als Ersatz für die Kaserne St. Gallen, sondern für ganz andere Zwecke, und dass diese Bedürfnisse heute noch bestehen, zumindest bis zum 26. November. Man kann deshalb nicht davon sprechen, dass es hier einen neuen Waffenplatz gibt, sondern es geht ganz klar darum, die Kaserne St. Gallen zu ersetzen.

Was die Belange von Natur- und Heimatschutz betrifft, haben wir ja die Stellungnahmen gehört. Auch Frau Eppenberger hat darauf hingewiesen. Wir haben aber auch ein deutliches Beispiel in dieser Gegend, wie sie aussehen würde, wenn das Militär nicht präsent wäre: Sehen Sie einmal auf die andere Talseite. Wie sieht es dort aus? Industriequartiere, fast die ganze Gegend der Autobahn entlang zwischen Gossau und St. Gallen ist bereits überbaut. Man kann wohl davon ausgehen:

Wenn der Waffenplatz nicht gebaut würde und dieses Gebiet in dieser Art und Weise genutzt würde, dann sähe es bald ähnlich aus. Das ist wohl der Grund, weshalb sich die Umweltorganisationen nicht gegen diesen Waffenplatz wehren.

Wir sehen auch, dass die Zahlen, die diese Woche veröffentlicht worden sind – unter Beistand von Herrn Rechsteiner auf dem Bundesplatz und in diesem Haus –, in keiner Art und Weise stimmen. Wir wissen, dass auf dem Gebiet Breitfeld – in dieser Botschaft enthalten – ebenfalls der Bau von fünf Bauernhöfen geplant ist, dass also dieses Gebiet wieder landwirtschaftlich genutzt wird. Wir sehen, dass die Zahl von 40 Hektaren überbautem Boden in keiner Weise stimmen kann. Dem Grossen Rat vom Kanton St. Gallen ist erklärt worden, es handle sich um etwa 10 Hektaren, aber nicht um 40 Hektaren, wie behauptet. 400 Parkplätze – die sind offenbar auch in Ihren Köpfen – sind real auf die projektierten 22 zusammenschrupft. Wir sehen also, man muss nicht allen Argumenten nachgehen, aber diejenigen, die gut überprüfbar sind, sind eindeutig widerlegbar.

Ich bitte Sie deshalb, und ich bitte auch das Militärdepartement, die Auflagen ganz klar einzuhalten, die in diesem Zusammenhang gemacht worden sind, damit auch die umliegende Bevölkerung und die Landwirte damit rechnen können, dass ihre Anliegen berücksichtigt werden. Ich bitte Sie andererseits aber, die beiden Anträge abzulehnen.

Zwingli: Es scheint heute ein St.-Galler Tag zu werden. Nationalrat Rechsteiner bläst zum Sturm auf das Projekt Ausbau und Sanierung des Waffenplatzes Herisau-Gossau. Das ist sein gutes Recht. Offen gestanden, ich wäre richtig erstaunt gewesen, wenn dieser Streichungsantrag nicht erhoben worden wäre. Was er allerdings zur Begründung anführt, spottet jeder Sachlichkeit. Da wird behauptet, es entstehe ein neuer Waffenplatz. Generationen von Rekruten erhielten auf dem Breitfeld und dem angrenzenden Gelände ihre militärische Ausbildung. Herr Rechsteiner weiss natürlich genau, dass die Kaserne St. Gallen samt dem umliegenden Exerziergelände 1980 dem Nationalstrassenbau weichen musste. Auch der Schiessplatz Sitterobel musste ersetzt werden. Anstelle der damaligen Anlagen soll nun im Gebiet Neuchlen-Anschwilen Ersatz beschafft werden. Das benötigte Gelände befindet sich im Besitz der Eidgenossenschaft. Seit Jahren wird in Zusammenarbeit mit den beteiligten fünf Gemeinden und den Fachleuten von Natur- und Umweltschutz geplant. Frau Eppenberger hat darauf hingewiesen, in welchem Einvernehmen die Gemeinden mit dem EMD zusammenarbeiten. Der Gemeindevorstand der hauptsächlich beteiligten Gemeinde Gossau erklärte mir, dass die Gemeinde mit gutem Gewissen zu diesem Waffenplatzvertrag stehen könne.

Das Breitfeld ist schon immer, trotz der militärischen Verwendung, an Wochenenden für zivile Anlässe benutzt worden. Ich erwähne Pferdesportanlässe, Modellflugwettbewerbe, Anlässe der Hundesportler usw. Grosse Teile dieses Geländes werden jeweils während der Olma als Parkplatz beansprucht. Im Waffenplatzgebiet sind neu drei Naturschutzgebiete ausgeschrieben worden. Von den bisherigen sechs Bauernbetrieben werden fünf mit neuen oder renovierten Gebäuden weiterhin von den Pächtern bewirtschaftet werden können. Das Gebiet wird als Naherholungsgebiet nach den Wünschen des Natur- und Heimatschutzes erschlossen. Durch die geplanten Schiessanlagen besteht zudem die Möglichkeit, dass Schützenvereine der umliegenden Ortschaften inskünftig diese Anlagen benutzen können und dadurch der Schiesslärm in Dorfnähe reduziert werden kann. Es wird schlussendlich behauptet, dass Militär sei nicht bereit, die in der UVP geforderten Massnahmen zu erfüllen. Das Militär weiss sehr wohl, dass ein gutes Einvernehmen mit Behörden und Bevölkerung der Umgebung angestrebt werden muss. Das Militär wird dieses gute Einvernehmen nicht mutwillig aufs Spiel setzen. Alle diese Voraussetzungen überzeugen mich davon, dass nicht sachliche, sondern politische Gründe Anlass für den Streichungsantrag von Herrn Rechsteiner waren. Es war doch zu verlockend, auch in der Ostschweiz so ein Feuerchen anzuzünden, um darauf so ein besonderes Süsschen kochen und warm halten zu können.

Ich bitte Sie aus all diesen Gründen, den Streichungsantrag Rechsteiner abzulehnen.

M. Jeanneret: Je crois qu'il faut varier et, après les attaques contre M. Rechsteiner, j'aimerais moi-même m'occuper de M. Ledergerber et de l'objet 248 qu'il propose de refuser et dont le texte exact est: «Il y a lieu d'élaborer un nouveau concept des installations de tir en tenant compte des simulateurs électroniques».

Je vous invite très fermement à rejeter la proposition Ledergerber qui est particulièrement mal venue. Je me permets de dire, ayant été pendant douze ans le patron de Colombier comme ancien chef d'un département cantonal, que s'il y a deux installations en Suisse qui sont des stands de tir de qualité, ce sont bien ceux de Bôle et de Colombier.

M. Ledergerber veut proposer un nouveau concept: c'est son droit le plus strict. Je n'en parlerai pas ici car il appartient au chef du Département militaire fédéral de se prononcer. Je pense qu'une étude générale doit être entreprise dans laquelle un certain nombre de réserves sont à faire. Mais, les stands de Bôle et de Colombier ne doivent pas être victimes de cette étude. On ne peut pas refuser ces places d'armes parce que, comme le précise très clairement le message, elles doivent être terminées après les différents investissements de la Confédération et du canton de Neuchâtel à Colombier.

M. Ledergerber nous dit qu'il veut donner un signal à M. Villiger. Je suis d'avis que ce dernier n'en a pas besoin mais que, s'il y a lieu de le faire, une fois encore, ce n'est pas Colombier qui doit être la première victime. M. Ledergerber s'en prend au Département militaire fédéral; or, les stands de tir concernent des centaines et des milliers de tireurs individuels, militaires et sportifs. En l'occurrence, le stand de Colombier a l'immense avantage d'éviter la prolifération d'autres stands locaux et de concentrer un bon nombre de tirs précisément dans son périmètre.

Le stand de tir de Colombier donne lieu depuis des années à des conversations, à des discussions et à une collaboration étroite entre les communes concernées pour améliorer le bruit. En outre, c'est un stand où la forêt s'harmonise remarquablement avec les tranchées de tir. Il est reconnu – il l'a été aussi par la commission – comme un des meilleurs stands de tir de Suisse.

Monsieur Ledergerber, votre proposition me fait penser au problème concernant la circulation routière dont on a débattu il y a une semaine. A mon avis, c'est là la proposition abstraite d'un socio-écologiste zurichois qui, une fois de plus, perd de vue la réalité des petites communes de Suisse romande qui vous demandent de les laisser continuer à travailler librement, et de ne pas leur refuser de nouveaux crédits *ad hoc*.

Weber-Schwyz: Ich äussere mich aus grundsätzlicher Sicht und befürworte selbstverständlich die Kredite des vorliegenden Bundesbeschlusses. Vor allem unterstütze ich jene Vorhaben, welche vorgesehen sind für Kampf- und Führungsbauten, Ausbildungsanlagen, Rüstungsbetriebe und Kriegsmaterialverwaltung. Die eingesetzten Mittel werden einer besseren Logistik, der Rationalisierung und der Sicherheit des Personals dienen.

Kritische Anmerkungen will ich hingegen zu einer bestimmten Tendenz anbringen, die sich seit gut 20 Jahren abzeichnet, nämlich die zunehmende Konzentration von EMD-Anlagen im goldgrünen Dreieck Bern/Thun/Spiez. Diese Rationalisierungsinvestitionen und Neubauten waren vielfach mit einem Abbau von Arbeitsplätzen verbunden, so auch in der Zentralschweiz. Damit gelange ich zu meiner Hauptfeststellung. Das Anstreben von besseren logistischen Abläufen und Rationalisierungsmassnahmen ist zwingend und sinnvoll. Aber dies bedeutet noch lange nicht, dass diese Zielsetzungen nur im goldenen Dreieck erreicht werden können. Ich nenne Beispiele. Armeeverpflegungsmagazine: Die notwendige zentrale Auslieferung für Armeeverpflegung wurde in Brenzikofen bei Thun realisiert. Die Bahnwagen werden um 27 Ecken herummanövriert, bis sie endlich eine Hauptachse der SBB erreichen. Selbst der Standort Zentralschweiz, ja sogar Egerkingen, wäre strategisch nicht schlechter gewesen. AC-Ausbil-

dungszentrum: Dieses wurde ohne zwingenden Grund in der schönen Touristikregion Spiez verwirklicht. Solche EMD-Betriebe könnten überall im Schweizerland – im Appenzellerland wie auch in Graubünden – plaziert werden. Lagerhalle für Munition: In Kehrsatz und Seewen (Schwyz) stehen baufällige Magazine, die zu ersetzen sind. Die Munition für das ausserdienstliche Schiesswesen: Spreng- und Zündmittel müssen besser gelagert werden, das ist selbstverständlich, ebenso sind neue Verpackungseinrichtungen dringend. Warum aber ausgerechnet an einem neuen Standort wie Uttigen? Diese Anmerkungen sind kein Vorwurf an den heutigen Vorsteher des EMD oder seine Vorgänger. Der zu häufige Führungswechsel in Departement und Kommandostellen stärkt aber immer die mittlere Verwaltungsstruktur.

Die Landerwerbsverhandlungen führen oft zu voreiligen Versprechungen bei den so nahestehenden Gemeinden. Stimmt es, dass in Gwatt bei Thun bereits wieder ein neuer KMV-Betrieb in Planung ist? Herr Bundesrat, ich bitte Sie, diesen ungesunden Konzentrationsströmungen Ihre kritische Aufmerksamkeit zu schenken. Es scheint nämlich fast widersinnig, zuerst zulasten von Landesregionen zu rationalisieren, um dann über ein neues Koberio-Programm die Bergregionen wieder zu unterstützen.

Loretan: Ich spreche ebenfalls zu den Minderheitsanträgen Ledergerber, zu den Objekten 246 und 248.

Herr Ledergerber hat am Dienstag bei der Begründung seiner beiden Anträge zu einem Rundschlag gegen das Schiessen in 300-Meter-Ständen ausgeholt. Herr Ledergerber, da haben Sie keine «Mouche» geschossen. Sie sehen: Ich bin Schütze, und damit ist meine «Interessenbindung» offengelegt, wenn es überhaupt eine ist.

Die Ausführungen des Kollegen Ledergerber dürfen aus der Sicht des ausserdienstlichen Schiesswesens nicht unwidersprochen bleiben. Er hat in Kenntnis der Stellungnahme des Bundesrates auf seine Motion vom 16. März 1988 die in der Motionsbegründung aufgestellten Behauptungen in derselben süffisanten Art erneut aufgetischt. Wenn Herr Ledergerber zum Beispiel behauptet, dass von den etwa 3000 Schiessanlagen in der Schweiz rund 20 Prozent die Alarmwerte und ein weiterer Drittel die Immissionsgrenzwerte überschreiten, so lässt sich dies nicht beweisen. Der Bundesrat macht denn auch klar, dass die Auswirkungen der Lärmschutzverordnung auf das ausserdienstliche Schiesswesen heute noch nicht restlos beurteilt werden können. Gesamtschweizerisch lägen noch keine genauen Ergebnisse der Abklärungen in den Kantonen vor. Der Bundesrat schätzt, dass bei rund 25 bis 30 Prozent der Anlagen die Alarm- bzw. Immissionsgrenzwerte für einzelne Wohngebäude überschritten werden könnten. Jeder einzelne Schiessstand muss gesondert untersucht werden. Die Schiessvereine und Gemeinden bestehen darauf, dass vor der Bereitstellung von Ersatz, das heisst einer den gesetzlichen Vorschriften genügenden Anlage, kein Schiessstand aufgehoben werden darf.

Was Herr Ledergerber am Dienstag gesagt hat, ist ebenso übertrieben wie etwa die Meinung, die Schützen hätten sich nicht an das Umweltschutzgesetz zu halten. Die Schützen haben ein gewisses Verständnis dafür, dass Schiesslärm nicht in jedermanns Ohren wie Musik klingen mag. Sie erwarten indessen, dass das öffentliche Interesse, welches das ausserdienstliche Schiesswesen beanspruchen darf, berücksichtigt wird. So ist es im Bundesgesetz über die Militärorganisation verankert, wo den Gemeinden die Errichtung von Schiessanlagen zur Pflicht gemacht wird.

Auch das Umweltschutzgesetz geht im übrigen von diesem öffentlichen Interesse aus. So hat das Verwaltungsgericht des Kantons Aargau festgestellt, dass das Umweltschutzgesetz nicht den Sinn haben kann, das Schiesswesen ausser Dienst lahmzulegen. Gemeinden und Schiessvereine sind aber nicht untätig geblieben. Elektronische Trefferanzeiganlagen führen zu einer sehr wesentlichen Verkürzung der Schiesszeiten. Die Schützen sollen meiner Meinung nach an Sonntagen – und das gilt je länger, je mehr – keine Übungen mehr abhalten. Zahlreiche Gemeinden haben den Schiesslärm mit technischen und baulichen Massnahmen erfolgreich reduziert.

Noch ein Wort zu den Simulatoren, wie sie Herr Ledergerber für das 300-Meter-Schiessen mit Sturmgewehren seit einiger Zeit eifrig propagiert. Verschiedene Kollegen haben bereits darauf aufmerksam gemacht: Die Ausbildung an der persönlichen Waffe des Wehrmannes kann – im Gegensatz zur Ausbildung an den grosskalibrigen Kollektivwaffen mit ihrer teuren Munition – nicht für Zehntausende, ja Hunderttausende am Simulator betrieben werden. Es sollen nicht nur das Zielen und Treffen, sondern auch die Waffenhandhabung geschult werden. Das Simulieren von Schiessen in geschlossenen Räumen und auf kurze Distanzen kann das Schiessen mit der persönlichen Waffe im Gelände nicht ersetzen. Schiessübungen mit Sturmgewehren müssen im Freien stattfinden.

Der Schiesslärm soll und kann reduziert werden, aber nicht auf diesem untauglichen und dazu noch sehr teuren Weg, wie ihn Herr Ledergerber empfiehlt. Ich beantrage Ihnen, die Minderheitsanträge Ledergerber abzulehnen.

Rechsteiner: Wir haben eine in mehrfacher Hinsicht erstaunliche Debatte hinter uns. Die Fraktionssprecher der grünen und der Landesring/EVP-Fraktion haben sich für einen Waffenplatz in einer bisher unberührten Landschaft eingesetzt, so dass man – zumindest hier – den Eindruck erhält, es handle sich für einmal nicht um grüne, sondern um feldgrüne Politik. Offenbar ist Rot wieder einmal das schönste Grün.

Erstaunlich ist auch die Haltung der Landwirte in diesem Rat. Herr Ruckstuhl, aber auch Herr Hess, Sie haben so getan, als ob die militärische Nutzung dieser weitgehend unberührten Landschaft die beste Garantie für ihre Erhaltung sei. Herr Hess konnte hingehen und behaupten, es gehe kein Kulturland verloren. Wenn auf diesem Gebiet ein Waffenplatz entsteht, dann geht Kulturland verloren, und die Auswirkungen werden sichtbar sein. Sie werden spürbar sein in dieser wertvollen Landschaft.

Wenn man der Logik der Herren Hess und Ruckstuhl folgen würde, müsste die Schweiz für 1991 nicht einen neuen Nationalpark, sondern einen neuen Waffenplatz ins Auge fassen. Die bisher unberührten, wertvollen Landschaften müssten mit Waffenplätzen überzogen werden. Das kann ja wohl nicht Ihr Ernst sein. Es ist klar, dass jeder neue Waffenplatz eine Beeinträchtigung der Umwelt bedeutet. Die Berggebiete haben das erfahren, aber auch die Ostschweiz. Bernhardzell, Schwellbrunn und Urnäsch zeigen deutlich, dass mit jedem Waffen- oder Schiessplatz eine ganz erhebliche Beeinträchtigung der Natur verbunden ist und dass auch auf die Bevölkerung gewaltige Immissionen zukommen.

Die Vertreter der Ostschweiz haben offenbar nicht zur Kenntnis genommen, was in Rothenthurm passiert ist. Rothenthurm ist von der Bevölkerung nicht mehr gewünscht worden, auch vom Kanton St. Gallen nicht, und ich bin überzeugt, die Bevölkerung würde im Falle Neuchlen-Anschwilen, im Falle dieser weitgehend unberührten Hochebene, genau gleich entscheiden wie bei Rothenthurm. Wenn Demokratie oder die Mitwirkung der Gemeinden angesprochen ist, muss man zu Frau Eppenberger präzisieren. Die Bevölkerung hatte aber zu diesem neuen Waffenplatz nie etwas zu sagen. Die Bevölkerung hätte mitsprechen können, wenn in dieser Hochebene ein Schulhaus oder beispielsweise eine Zivilschutzanlage gebaut worden wäre. Wenn nun eine viel grössere Beeinträchtigung dieses Gebiets durch den Waffenplatz herbeigeführt wird, dann hat das Volk dazu nichts zu sagen. Einzig die Gemeindebehörden hatten etwas dazu zu sagen, die bürgerlich dominierten Gemeindebehörden, für die EMD-Bedürfnisse ein ausgewiesenes Faktum sind, das nicht hinterfragt wird.

Es ist in der ganzen Debatte nie vom Bedarf die Rede gewesen. Das Umweltschutzgesetz verlangt in Artikel 9 eine Bedarfsprüfung. Diese Bedarfsprüfung ist nicht vorgenommen worden. Herr Feigenwinter hat beispielsweise einfach sagen können, die Argumente des EMD hätten ihn überzeugt, ohne in der Lage zu sein, ein Argument wiederzugeben. Das Gelände hat er nicht gesehen. Es ist fragwürdig, über das Schicksal eines solchen Gebiets zu entscheiden, ohne dass sich beispielsweise die Militärkommission die Mühe genommen hätte, dieses Gebiet überhaupt zu besichtigen. In der Militär-

kommission ist über etwas entschieden worden, was sie nie gesehen hat.

Insgesamt gewinnt man wieder einmal den Eindruck, dass eine Diskussion über einen Waffenplatz, über ein Einzelobjekt, nicht sachlich geführt werden kann, sondern dass im Hintergrund immer das Gespenst der GSoA-Initiative lauert. Das ist allerdings nicht weiter erstaunlich angesichts des Demokratie-Defizits in diesem Bereich.

Herr Bundesrat Villiger hat in den letzten Wochen und Monaten immer wieder vor Proteststimmen gewarnt. Aber man muss hier schon die Preisfrage stellen: Was soll denn die betroffene Bevölkerung tun, die mit solchen Projekten wie dem neuen Waffenplatz Neuchlen-Anschwilien nicht einverstanden ist? Was soll denn die betroffene Bevölkerung mangels anderer Mitsprachemöglichkeiten tun als ein Protest-Ja gegen diese Politik des EMD in die Urne zu legen?

Ruckstuhl: Ich bitte Herrn Rechsteiner, sich auch an die Spielregeln in diesem Saale zu halten. Er hat sich nicht zu den falschen Zahlen und Fakten, die er veröffentlicht und verbreitet hat, geäußert.

Wenn Sie nicht in der Lage gewesen sind, die ganze Debatte zu verfolgen, dann können Sie nicht behaupten, es sei hier nicht von Bedarf und von Bedarfsnachweis gesprochen worden.

Im weiteren bitte ich Sie auch – wie alle anderen in diesem Saale –, Ihre persönlichen Interessen in solchen Geschäften offenzulegen.

Zum dritten Punkt: Sie haben von einer unberührten Landschaft gesprochen. Meines Wissens ist die ganze Landschaft landwirtschaftlich und forstwirtschaftlich genutzt, und wenn Sie das noch – im Gegensatz zu Ihren anderen früheren Voten und denjenigen Ihrer Kollegen – als unberührte Landschaft betrachten, dann danke ich als Landwirt für diese Blumen.

Ledergerber: Ich bin immer wieder von der aggressiven Stimmung überrascht, die in diesem Saal aufkommt, sobald es um Militärangelegenheiten geht, die eigentlich mit einer gewissen Heiterkeit diskutiert werden könnten.

Es ist vieles zu diesen Schiessanlagen gesagt worden. Ich möchte mich auf eines konzentrieren: Meine Darstellung der technischen Möglichkeiten war nicht süffisant, sondern es ist mir und Zehntausenden von Menschen in diesem Land ein Anliegen, nicht mehr derart durch Lärm gestört zu werden. Es ist nicht so, dass keine technischen Möglichkeiten zur Verfügung stünden. In der Schweiz und auch im Ausland bestehen mindestens drei taugliche technische Möglichkeiten zur geräuschlosen Durchführung von solchen Schiessübungen. Die einfachste ist ein Lasergerät, das auf das persönliche Gewehr aufgesteckt werden kann, womit die Manipulationen, das Funktionieren der Waffe und die Treffsicherheit völlig geräuschlos und billig geübt werden können. Aber es scheint eben nicht diese Fragen im Vordergrund zu stehen; es scheint vielmehr um einen falsch verstandenen, überholten Patriotismus zu gehen. Herr Feigenwinter hat das auf den Punkt gebracht, als er vom «freien Schuss» gesprochen hat. Von da bis zum «Freischütz» ist es dann nicht mehr weit, womit wir endgültig beim Theater angelangt sind.

Es geht nicht darum, ob ich die Schiessübungen in die Spielesalons verlegen möchte, wie das gesagt wurde. Es geht vielmehr darum, ob wir gewisse alte Bräuche aufrechterhalten können, die heute, in unserem dicht besiedelten Land nicht mehr aufrechterhalten werden dürfen.

Wyss Paul, Berichterstatter: Herr Leuba und ich haben vereinbart, dass wir hier nicht alle Details nochmals besprechen, die in der Kommission besprochen worden sind, weil Herr Bundesrat Villiger das tut. Wir hoffen, dass wir damit ein wenig mithelfen, den Zeitplan einzuhalten. Ich bitte Sie und vor allem die Kommissionsmitglieder also um Verständnis, wenn ich nicht jedes Detail bespreche. Deshalb nur einige kurze Bemerkungen:

Zum Kürzungsantrag von Herrn Brügger: Herr Brügger, die Frage nach Umfang und Inhalt der Botschaft haben wir uns auch gestellt. Das Kapitel über die Geländeverstärkungen war

tatsächlich kurz. Ich kann Ihnen aber versichern, dass wir in einer Unterkommission die Geländeverstärkungen weitgehend, aber natürlich nicht alle angesehen haben. Wir haben die Geheimberichte einsehen, wir haben mit Fachleuten sprechen können. Ich kann Ihnen sagen – ich habe übrigens noch Beispiele genannt –, dass unserer Ansicht nach die Gelder hier gut angelegt worden sind. Es ist auch von keiner Seite in der Kommission in bezug auf Geländeverstärkungen ein Einspruch erhoben worden.

Zum Ablehnungsantrag von Herrn Rechsteiner: Da haben wir jetzt einige Voten gehört. Das, was ich nicht ganz begreife beim Antrag Rechsteiner – er ist natürlich auch nicht in der Kommission gewesen –, ist, dass er behaupten kann, dass es sich um einen neuen Waffenplatz handelt, denn seit 1971 ist dieses Gelände in der Planung, ist überall besprochen worden. Ein Teil davon gehörte zum alten Waffenplatz St. Gallen-Herisau. Jetzt gehört er eben zur neuen Organisation. Breitfeld war aber immer inbegriffen.

Zu den übrigen Fragen und Vorwürfen wird Herr Bundesrat Villiger Stellung nehmen.

Der Minderheitsantrag I von Herrn Stappung verlangt Rückweisung an den Bundesrat mit dem Auftrag, die Auflagen der Umweltverträglichkeitsprüfung zu berücksichtigen. Das wurde offenbar getan. Mit kleinen Ausnahmen können alle Forderungen der Umweltverträglichkeitsprüfung erfüllt werden. Insbesondere kann entgegen dem UVP-Bericht nicht auf eine Strasse verzichtet werden, weil sonst die Militärfahrzeuge den Weiler Hafnersberg durchfahren müssten, was wegen der Unfallgefahr und der Umweltbeeinträchtigung nicht zumutbar ist. Es geht hier um die Abwägung der Interessen.

Die Umweltverträglichkeitsprüfung bildet aufgrund der Verordnung vom 19. Oktober 1988 eine Grundlage für den Entscheid, ist aber nicht allein massgebend. Im vorliegenden Fall sind die Interessen der Bewohner des Weilers Hafnersberg höher einzustufen.

Die restlichen Fragen werden, wie gesagt, vom Bundesrat beantwortet.

Die Kommission hat den Rückweisungsantrag von Herrn Stappung mit 14 zu 5 Stimmen abgelehnt.

Mit dem Minderheitsantrag II von Herrn Ledergerber, welcher den 300-Meter-Schiessstand auf dem Waffenplatz Herisau-Gossau betrifft, will der Antragsteller den Betrag um 10 Millionen Franken kürzen und ein neues Konzept der Schiessanlagen unter Einbezug von elektronischen Simulatoren ausarbeiten lassen. Dies lehnte die Kommission mit 15 zu 6 Stimmen ab. Die Grundidee ist für gewisse Zwecke, zum Beispiel Zielerfassungsübungen usw., prüfenswert und wird auch studiert, wie uns Ausbildungschef Korpskommandant Binder in der Kommission ausführte. Bis jetzt sind aber offenbar noch keine Simulatoren grösseren Ausmasses für das Schiessen mit Sturmgewehr in Betrieb, und ausschliesslich simulieren können und wollen wir das Scharfschiessen ohnehin nicht; auch das ist in der Kommission klar ausgedrückt worden.

Dasselbe gilt im übrigen auch für die Schiessanlage Bôle auf dem Waffenplatz Colombier. Auch hier ist der Antrag Ledergerber mit 14 zu 6 Stimmen abgelehnt worden.

M. Leuba, rapporteur: D'entente avec le président de la commission, nous nous limiterons ici à traiter les trois objets pour lesquels nous avons des propositions, sans revenir sur tous les arguments qui ont été invoqués dans le débat.

En ce qui concerne l'amendement Brügger, la commission n'en a pas discuté. Il faut reconnaître que le message est un peu squelettique quant à cette proposition qui est d'ailleurs la plus importante au point de vue financier. Toutefois, la commission était convaincue qu'il s'agissait véritablement de l'objectif prioritaire du Département militaire fédéral en matière de construction et d'acquisition de terrains. Le fait que cette dépense-là soit prioritaire n'a pas été contesté en commission; par conséquent il est un peu paradoxal de nous proposer d'économiser là où nous avons un effort principal, qui est d'ailleurs souvent demandé dans cette salle au Département militaire fédéral.

En ce qui concerne la place d'armes d'Herisau-Gossau qui a fait couler beaucoup de salive ici, nous avons la proposition de

renvoi Stappung et la proposition de suppression de M. Rechsteiner. Après les propos tenus par M. Ruckstuhl et Mme Eppenberger, surtout, qui a l'avantage d'habiter à côté de la place d'armes et donc de connaître parfaitement les lieux, je voudrais simplement rappeler à M. Rechsteiner que la défense générale n'est pas un problème saint-gallois, c'est un problème suisse, et si l'on parle de démocratie c'est au niveau suisse que le problème se pose. Il y a donc là un abus du terme démocratie.

L'amélioration de la place d'armes est apparue comme nécessaire à la majorité de votre commission, en ce qui concerne non seulement les terrains d'exercices qui permettent une bonne instruction, mais également les cantonnements de la troupe; c'est pourquoi j'ai quelque peine à comprendre, alors qu'on réclame à cor et à cri de meilleures conditions pour nos recrues, que l'on s'oppose à un crédit destiné précisément à cet effet. D'après les interventions, il semble qu'il s'agit ici d'un combat qui intéresse surtout les représentants de la Suisse orientale. Je rappellerai simplement que le projet du Département militaire fédéral a fait l'objet d'une étude d'impact, qu'il a été élaboré en collaboration avec l'Office fédéral de l'environnement, et que, à une exception près, les desiderata formulés ont été respectés. Il est difficile, par conséquent, de prétendre que ce projet ne répond pas aux nécessités de la protection de l'environnement. Je rappelle que la proposition Stappung avait été rejetée en commission par 15 voix contre 5 et une abstention.

J'en arrive enfin à la proposition Ledergerber de renvoyer les dépenses générales qui concernent les stands de tir. M. Ledergerber voudrait qu'on ne vote plus de dépenses pour l'amélioration des stands de tir mais qu'on se concentre sur l'utilisation des simulateurs de tir. Je lui propose de faire cette suggestion à une assemblée de tireurs, il obtiendra certainement un succès considérable et il pourra mesurer ainsi la popularité de sa proposition. Quoi qu'il en soit, il ne s'agit pas seulement de s'exercer à son arme, il faut aussi avoir les conditions réelles, 1/1, de l'utilisation de l'arme, notamment ce petit détail qui est souvent, chez les recrues en particulier, la peur du départ du coup, et cela le simulateur ne peut pas le donner.

En ce qui concerne plus particulièrement le stand de Bôle, le représentant du groupe écologiste m'a prié de préciser qu'il est d'avis qu'on ne peut absolument pas remplacer le tir 1/1 par le simulateur, raison pour laquelle il a donné son accord à la rénovation du stand de Bôle. J'ai eu l'occasion de découvrir ce stand lors de la visite sur place. Comme l'a dit M. Jeaneret, c'est vraiment un stand idéal, dans une clairière, et, élément déterminant pour le représentant du groupe écologiste aussi d'ailleurs, les riverains bénéficient d'une bonne protection contre le bruit, de sorte qu'il n'y a pas de raison de ne pas voter le crédit relatif à la rénovation de ce stand de Bôle. Je rappellerai enfin que la proposition Ledergerber a été rejetée en commission par 16 voix contre 4.

Bundesrat Villiger: Mit diesem Bauprogramm beantragt Ihnen der Bundesrat Verpflichtungskredite von ungefähr 470 Millionen Franken, davon sind 430 Millionen für militärische Vorhaben und rund 40 Millionen Franken für die Rüstungsbetriebe, die ihre Vorhaben selber finanzieren müssen, vorgesehen. Es geht um 28 neue Bauprojekte, um drei Kredite für den Erwerb von Land sowie um acht Zusatzkredite zu früher bewilligten Vorhaben. Die angebehrten Kredite sind bezüglich Höhe der Verpflichtungssumme im Verhältnis zu den jährlich zur Verfügung stehenden Zahlungskrediten angemessen. Wir unternehmen grosse Anstrengungen, um mit einer Nutzwertanalyse die Prioritäten der einzelnen Bedürfnisse klar zu erkennen und zu objektivieren. Dieses Vorgehen erlaubt eine objektivere Beurteilung der verschiedenen Bauvorhaben anhand von definierten Zielkriterien. Wir haben denjenigen Vorhaben erste Priorität zugemessen, die eine hohe Anfangsleistung bewirken und die zur Steigerung der Kampfkraft unmittelbar beitragen. Dies wäre eine erste Antwort auf den Antrag von Herrn Brügger.

Die zweite Priorität liegt bei Vorhaben, die durch gesetzliche Vorschriften bestimmt sind, die der Werterhaltung oder der

Einsparung von Kosten dienen, der Verbesserung des Umweltschutzes und der Sicherheit.

Für die abschliessende Beurteilung eines Bauprojektes sind neben Nutzwert vor allem die Kostenwirksamkeit, die Bereitschaftsreife und die Dringlichkeit im Verhältnis zu anderen, gleichgelagerten Vorhaben massgebend.

Das Bauprogramm 89 enthält wieder eine Reihe von Bauvorhaben, die direkt mit der Beschaffung von Rüstungsmaterial verknüpft sind. Dieser Zusammenhang ist ersichtlich beispielsweise bei der Einstell- und Lagerhalle in Dagmersellen oder beim Bau von Anlagen für die Gefechtsausbildung der Panzerjäger auf dem Waffenplatz Chamblon. Typisch ist auch die Erhaltung und die Sanierung von zum Teil sehr alten Anlagen. Dazu gehören etwa die Erneuerung von Asphaltpisten auf Militärflugplätzen, die zum Teil noch aus der Aktivdienstzeit stammen, die Sanierung von Munitionsanlagen, Zeughäusern usw. Der Anteil der Baukredite an den gesamten Investitionskrediten beträgt zurzeit noch etwa 14 Prozent. In den früheren Perioden betrug er bis zu 20 Prozent. Hier kommt eine deutliche Prioritätensetzung zum Ausdruck. Wir betrachten Bauaufwendungen als typische Folgekosten, die wir möglichst tief zu halten versuchen. Allerdings haben wir wahrscheinlich in der Zwischenzeit die untere Grenze dieser Sparanstrengungen erreicht, und wenn wir noch weiter gingen, würde ein Stau entstehen, den wir in Zukunft kaum mehr abbauen könnten. Viele Bauvorhaben dienen natürlich auch, wie in der Privatwirtschaft, sehr direkt der Rationalisierung, und auch die Effizienz der Ausbildung verlangt nach baulichen Investitionen.

Für zwei Vorhaben hat der Bundesrat einvernehmlich mit der Finanzdelegation das Dringlichkeitsverfahren für den vorzeitigen Baubeginn gutgeheissen. Es betrifft dies zuerst die Ausbildungsanlagen für die Schulen der Versorgungstruppen auf dem Waffenplatz Bern. Ich nehme Stellung zu einer Frage von Herrn Nationalrat Neukomm. Wir müssen leider die Versorgungstruppen auf den Waffenplatz Bern verlegen. Es gibt keine andere Lösung. Wir haben das alles geprüft. Die Ausbildungsanlagen in Bern müssen ab 1990 schon zur Verfügung stehen, damit sie diese Versorgungsschulen, die jetzt noch in Freiburg stationiert sind, aufnehmen können. Freiburg war schon immer ein Provisorium, und die Verlegung ist unausweichlich. Die Stadt Freiburg kündete auf den 1. Januar 1990 das für die Ausbildung unerlässliche Gelände, womit eben auch die Belegung der dem Kanton gehörenden La-Planche-Kaserne nicht mehr möglich sein wird. Umgekehrt bietet die Kaserne Bern den nötigen Platz, und der bernische Militärdirektor begrüsst diese Umnutzung. Die Kaserne Bern ist heute noch von Teilen der Infanterieschule belegt, so dass vorerhand nur eine Kompanie der Versorgungstruppenschule in Bern Platz hat. Eine weitere Kompanie ist in Boltigen stationiert. Sie besteht aus Bäckern und wird auch in Zukunft dort bleiben. Es trifft nun zu, dass zwei Kompanien während einiger Jahre Ortsunterkünfte in Jegenstorf und in Grosshöchstetten beziehen müssen. Diese Unterkünfte sind aber für die Einquartierung, wenn auch nicht ideal, so doch geeignet. Auch der zeitliche Mehraufwand, der durch die Verschiebungen zu den Ausbildungsplätzen bedingt ist, ist tragbar. Er beträgt pro Rekrutenschule etwas mehr als sieben Stunden, alles zusammengerechnet.

Beim zweiten Vorhaben, auf welches das Dringlichkeitsverfahren angewendet wird, handelt es sich um die Lawinenschutzmassnahmen auf dem Panzerschiessplatz Hinterrhein. Hier wollen wir die Bauarbeiten sehr zügig weiterführen, damit die Galerie bereits ab Frühjahr 1990 als Ausbildungsraum genutzt werden kann. Wir verwirklichen damit eine originelle und kostengünstige Mehrfachnutzung.

Ich komme zu den umstrittensten Punkten der Vorlage: zur ersten Etappe des Ausbaus und der Sanierung des Waffenplatzes Herisau-Gossau, zu den Streichungs- bzw. Kürzungsanträgen Rechsteiner und Schmid und zu den in diesem Zusammenhang am vergangenen Dienstag und heute gefallenen Voten. So viel ist hier gefragt und auch vorgeworfen worden, dass ich etwas ins Detail gehen muss. Ich werde mich selbstverständlich auch bemühen, meinen eigenen Adrenalinpiegel gut unter Kontrolle zu halten.

Seit 1878 bestand die kantonale Kaserne auf der Kreuzbleiche

in der Stadt St. Gallen, und das dazugehörige Uebungsgelände befand sich mitten in der Stadt. Die Rekrutenkompanien benützten für die Ausbildung die Kreuzbleiche, weiter dann das Schiessgelände im Sittertobel und auf dem Breitfeld, dem gleichen Breitfeld, von dem jetzt wieder die Rede ist. Das Breitfeld wurde schon um 1880 vom Bund erworben. Ende der fünfziger Jahre wurde dann langsam klar, dass die Kaserne gelegentlich aus der Stadt verlegt werden müsste. Deshalb erwarb der Bund als Ausweichstandort das sogenannte Burentobel. Der Plan Burentobel konnte aber nicht realisiert werden, weil die Autobahn über dieses Areal führen sollte. Der Kanton St. Gallen hat dann das bundeseigene Areal Burentobel übernommen, im Abtausch gegen Gelände im Gebiet Neuchlen-Anschwilen.

Dieses Gebiet, zusammen mit dem angrenzenden Breitfeld, war die Voraussetzung für den Bau einer Kaserne und für den Bau von Ausbildungsanlagen, die eine zeitgemässe Ausbildung ermöglichen. 1980 wurde die Kaserne St. Gallen abgebrochen. Es war, nicht zuletzt aus finanziellen Gründen, nicht möglich, die neuen Kasernenanlagen sofort am neuen Standort bereitzustellen. Deshalb wurden zwei Kompanien für eine mehrjährige Uebergangslösung – ich betone Uebergangslösung – in Urnäsch und in Bronschhofen stationiert. Sie benützen aber von dort aus teilweise die Schiessanlagen im Breitfeld. Das Ausbaukonzept der künftigen Waffenplatzanlagen in Neuchlen-Anschwilen und im Breitfeld wurde von Anfang an mit den Behörden der Stadt St. Gallen und den betroffenen Gemeinden sehr intensiv besprochen. Mit den Gemeindebehörden wurde dann vom EMD aus am 6. Mai 1989 eine Vereinbarung betreffend Bau und Weiterbetrieb eines Waffenplatzes unterzeichnet. Ich habe selber – weil es mir wichtig schien – an dieser Unterzeichnung teilgenommen, und ich habe mit den Behördevertretern der betroffenen Gemeinden auch ein intensives Gespräch geführt. Ich durfte feststellen, dass auch dieses Waffenplatzprojekt mit den Gemeindebehörden überaus gründlich vorbereitet worden ist, und das, Herr Rechsteiner, sind immerhin gewählte Behörden, die ihre Bevölkerung – so glaube ich – legitim vertreten. Ich durfte feststellen, dass auch überaus intensiv Wege für ein gedeihliches Zusammenleben von Zivilbevölkerung und Militär gesucht und auch gefunden wurden. Herr Rechsteiner, es trifft zwar zu, dass die Unterkommission des Nationalrates diesen Waffenplatz nicht untersucht hat; aber die beiden Militärkommissionen Ständerat und Nationalrat pflegen sich gegenseitig abzustimmen. Es war eine Unterkommission des Ständerates, die vor Ort und mit den Behörden dieses Projekt näher geprüft hat.

Heute geht es um die erste Ausbaustufe. Die Öffentlichkeit wurde schon vor Jahren, an Orientierungsversammlungen und ständig auch über die Lokalpresse, orientiert, so dass ich den Vorwurf, man hätte nie informiert, zurückweisen muss. Die umstrittene Militärschiessanlage ist in einer Randzone des Areals im östlichen Breitfeld geplant. Es ist keine Regionalschiessanlage, sondern eine Anlage, die ausschliesslich auf die militärischen Bedürfnisse des Waffenplatzes ausgerichtet ist. Sie steht aber in der militärfreien Zeit auch den Schützenvereinigungen der angrenzenden Gemeinden zur Verfügung. Die Anlage umfasst einen 300-m-Stand mit 24 Scheiben mit elektronischer Trefferanzeige, eine 50-m-Pistolenanlage mit vier und eine 25-m-Anlage mit 5 Scheiben. Die Regionalschiessanlage, die zur Diskussion stand, aber dann abgelehnt wurde, hätte ganz andere Dimensionen erhalten. Die Anlage beansprucht nur einen sehr geringen Teil des Breitfelds, dies im Gegensatz zu Behauptungen, die in der Presse erhoben worden sind.

Die Möglichkeiten zur Ausübung von Freizeitaktivitäten auf dem Breitfeld – vom Hundesport über die Modellfliegerei bis zu Veranstaltungen aller Art – bleiben vollumfänglich erhalten; nach wie vor bestehen bleibt auch der Parkplatz für zivile Grossanlässe. Wir können uns sicher mit Fug und Recht die Frage stellen – Frau Eppenberger hat darauf hingewiesen –, ob dies heute auf dem Breitfeld noch möglich wäre, wenn das Gebiet nicht seit über hundert Jahren dem Bund gehörte und Bestandteil des Waffenplatzes wäre.

Ich möchte nun auf verschiedene andere Einwendungen und Fragen eingehen. Wie Herr Ruckstuhl zu Recht gesagt hat,

handelt es sich keineswegs um einen zusätzlichen Waffenplatz. Man hat hier überhaupt nie mit verdeckten Karten gespielt. Das geht schon daraus hervor, dass der Waffenplatz früher St. Gallen-Herisau hiess und inskünftig Herisau-Gossau heissen wird. Das Vorhaben wurde auch im Bericht des Bundesrates über den Stand und die Planung auf dem Gebiete der Waffen-, Schiess- und Uebungsplätze erstmals 1971 und seither alle fünf Jahre immer wieder erwähnt. Die Aussage meines Vorgängers, wonach Rothenthurm der letzte Waffenplatz sei, ist aus dem Zusammenhang genommen. Gleichzeitig wurde nämlich immer wieder betont, dass es sich bei Rothenthurm um den einundvierzigsten Waffenplatz in unserem Land handle, und niemand war im unklaren darüber, dass in den 40 bestehenden Waffenplätzen St. Gallen-Herisau bzw. Breitfeld inbegriffen ist. Wir haben uns weder verzählt noch Etikettenschwindel betrieben.

Ich komme auf den Bedarf zu sprechen. Hierzu hat auch Herr Ruckstuhl einiges gesagt. Der Bedarf ist ausgewiesen, schon durch die Tatsache, dass zwei Rekruteneinheiten in einem zeitlich befristeten Provisorium leben. Das Projekt trägt auch den jetzt in der Tat abnehmenden Rekrutenbeständen Rechnung. Auf den bestehenden Waffenplätzen haben wir keinen Platz für diese Rekrutenkompanien.

Lassen Sie mich auch die Feststellung von Herrn Rechsteiner kurz kommentieren, wonach die bestehenden Waffenplätze nur während 20 Wochen pro Jahr belegt seien. Die Auslastung der Betten in unseren Kasernen beträgt derzeit im Jahresdurchschnitt 44 Prozent. Das ist immerhin noch einiges besser als bei der schweizerischen Hotellerie, wo sie 34 Prozent beträgt. Nun wurde aus dieser Zahl eine zeitliche Vollbelegung sämtlicher Kasernenbetten errechnet, was die erwähnten 20 Wochen ergibt. Dass diese Art der Berechnung natürlich alles andere als richtig ist, erkennen Sie schon, wenn Sie die zeitlichen Perioden der Rekrutenschulen, auch die Felddienstperioden usw., zusammenzählen.

Im übrigen richtet sich die Belegkapazität eines Waffenplatzes vor allem nach den Ausbildungsplätzen und deren Ausnutzungsmöglichkeiten, die auch durch die Rücksichtnahme auf die Nachbarschaft mitbestimmt sind. Es ist kein Waffenplatz bekannt, der in dieser Hinsicht unterbelastet wäre. Die Standorte Urnäsch und Bronschhofen sind Uebergangslösungen. Sie bleiben nicht Standorte von Rekrutenschulen, sondern werden nach der Verlegung der Rekrutenkompanien in die neue Kaserne wieder nur für WK-Truppen sowie für mobilisierende und demobilisierende Einheiten verwendet.

Noch ein Wort zum Landhunger des EMD: Zum Glück ist es vor allem in den fünfziger und sechziger Jahren gelungen, Land für die militärische Ausbildung durch Kauf sicherzustellen, sonst wäre die Ausbildung heute schon nicht mehr möglich. Die Zahlen von Herrn Nationalrat Rechsteiner – siebenmal mehr Eigentum als vor 25 Jahren und Grösse des Kantons Zug – müssen korrigiert und relativiert werden. Das Eigentum des EMD macht ganze 6 Promille der Fläche unseres Landes aus. Seit 1966, also in den letzten 23 Jahren, hat sich der Landbesitz nicht versiebenfacht, sondern verdoppelt. In den letzten Jahren ist die Zunahme abgeflacht: Sie betrug in den letzten 15 Jahren nur noch 14,6 Prozent.

Umweltschutz und Naturschutz – und ich komme zu einem weiteren Kritikpunkt –, inklusive Umweltverträglichkeitsprüfungen, sind im EMD keine leeren Worte und auch keine modischen Alibi-Uebungen. Ich gehe jetzt auf die Voten von Herrn Stappung und auch von Herrn Oester ein. Im EMD waren Umweltverträglichkeitsprüfungen schon aktuell, bevor die Verordnung über die UVP auf den 1. Januar 1989 in Kraft getreten ist. Wir können also den Tatbeweis erbringen, dass wir uns auch an die Bestimmungen und Empfehlungen halten. Die Kosten für die Umweltverträglichkeitsprüfungen sind sehr hoch. Bisher haben wir für solche Berichte und entsprechende Untersuchungen annähernd 1 Million Franken aufgewendet, dafür allein für das Projekt Herisau-Gossau um 200 000 Franken. Die Umweltschutzfachstellen attestieren uns im übrigen eine gute und konstruktive Zusammenarbeit. Aus der Zusammenarbeit mit dem beauftragten Büro für Umwelttechnik und Oekologie und den Fachleuten des Buwal resultieren 42 Massnahmen und Vorschläge für Planung und Bau der Anlagen im Gebiet

Breitfeld-Anschwilen. Diese werden, sofern sie nicht bereits laufend in das Projekt eingearbeitet worden sind, bei der weiteren Bearbeitung berücksichtigt.

Den Vorschlägen für Massnahmen beim Betrieb und bei der Bewirtschaftung – darunter zum Beispiel der Forderung, auf die Düngung von Randzonen der Moosgebiete zu verzichten sowie einige Handgranatentümpel als Laichgewässer offenzulassen – wird entsprochen.

Unter dem Titel «Weitergehende zu empfehlende Massnahmen» ist auch der Vorschlag enthalten, auf den Ausbau der Strassen zu verzichten oder ihn mindestens zu reduzieren. Dem Vorschlag wird weitestgehend entsprochen. Einzig auf dem Teilstück beim Weiler Hafnersberg und dessen Umfahrung ist aus Gründen der Verkehrssicherheit eine Kompromisslösung leider nötig.

Das Problem des Schiesslärms wird sehr ausführlich behandelt. Für militärische Schiessplätze bestehen allerdings noch keine verbindlichen Grenzwerte. Deshalb kamen hier nur die sogenannten Zielwerte zur Anwendung.

Im Bericht wird festgestellt, dass im Gebiet Anschwilen diese gesetzten Zielwerte eingehalten werden können und dass im Bereich der bestehenden Anlagen im Breitfeld die Schiesslärmmission zumindest nicht höher – ich sage vorsichtig: zumindest nicht höher – sein wird. Der Lärm von Handgranaten übersteigt schon bisher die gesetzten Zielwerte bei einzelnen Liegenschaften. Wir werden die vorhandenen und aufgezeigten Möglichkeiten zur Lärmeindämmung ausschöpfen. Bereits im Vertrag mit den Gemeinden wurden u. a. für das Handgranatenwerfen zeitliche Beschränkungen eingeführt. Dieser Lärm ist nicht durch den Ausbau bedingt, weil seit Jahren dort Handgranaten geworfen werden. Die Lärmreduktion wird also auch in Zukunft ein Problem sein, dem wir Beachtung schenken werden.

Ich kann Herrn Schmid bestätigen, dass nach Fertigstellung der Anlage die im Bericht empfohlenen weiteren Lärmmessungen durchgeführt werden. Ebenso wird eine Statistik des Munitionsverbrauchs geführt werden.

Herr Stappung, auch wenn wir den schönen Prospekt nicht schon gedruckt haben, wie beim Val Cristallina, werden wir mit unseren Massnahmen zur Vermeidung oder Verminderung der Umweltbelastung auf diesem Platz sehr gut dastehen. Wir wollen uns damit nicht brüsten, es ist uns eine selbstverständliche Pflicht.

Es darf auch erwähnt werden, dass ein Waffenplatz auch eine landschaftserhaltende Wirkung hat. Viele Plätze in unserem Land – ich denke beispielsweise auch an das luzernische Eigental –, insbesondere auch im Bereich der Agglomerationen, wären heute nicht mehr grün, wenn sie nicht militärische Übungsplätze wären.

Der hier erwähnte Bericht zur Umweltverträglichkeit wurde den beteiligten Gemeinden zur Verfügung gestellt und wird auch Herrn Rechsteiner auf Anfrage abgegeben. Er steht weiteren Interessenten zur Verfügung. Ein Beschwerderecht der Umweltschutzorganisationen – wir haben das rechtlich klären lassen – besteht nicht. Weder auf Stufe Bund noch Kanton und Gemeinde werden bei solchen Projekten Verfügungen erlassen, die eine Beschwerde an den Bundesrat oder an das Bundesgericht begründen könnten. Entscheidungsinstanz ist bei uns die höchste Instanz, nämlich das Parlament. Bei der Behandlung des Bauprogramms kann die Einhaltung der Vorschriften des Bundesgesetzes über den Umweltschutz – wie Sie das jetzt hier tun und wie das in der Kommission besprochen worden ist – geprüft werden. Im Zusammenhang mit dem vorliegenden Projekt Herisau-Gossau ist auch das Thema UVP im Botschaftstext speziell behandelt.

Jetzt muss ich leider meinem ehemaligen Parlamentsfreund Stappung zweierlei sagen. Ich habe Sie im Laufe der gemeinsamen parlamentarischen Arbeit sehr schätzen gelernt. Was Sie aber am Mittwoch hier gesagt haben, das hat mich – wenn ich das etwas vorsichtig ausdrücken darf – ein wenig enttäuscht. Ich möchte dazu zwei Bemerkungen machen:

1. Meine Mitarbeiter nehmen Umweltschutzfragen ernst und geben sich überaus grosse Mühe. Sie fühlen sich natürlich schon etwas verletzt, wenn Sie hier pauschal sagen: «Das EMD kümmert sich einen Dreck um die UVP.» Es gab in der

Militärkommission sogar Stimmen, die die Frage stellten, ob wir mit den UVP im EMD nicht sogar etwas übertreiben würden. Ich glaube, dass die UVP nötig sind. Aber Sie sehen, es gibt auch andere Stimmen.

2. Sie haben hier auf ein angebliches Gerücht hingewiesen, wonach Herr Korpskommandant Dürig einen Verwaltungsratsposten bei der Ascom angeboten erhalten habe. Sie haben das im Zusammenhang mit der Beschaffung des SE-225 gesagt. Nachdem Herr Dürig für die Beschaffung des SE-225 in seinem Verantwortungsbereich mit Ueberzeugung einsteht, haben Sie ihn damit natürlich dem Verdacht ausgesetzt, er habe dies im persönlichen Interesse getan. Sie haben den Verdacht in die Welt gesetzt, Herrn Dürigs Verhalten und damit auch die Beschaffungspolitik des EMD grenzten zumindest an Korruptionsbereiche. Ich habe das persönlich abgeklärt, weil ich auf einem meiner Mitarbeiter solches Unrecht nicht sitzen lassen kann. Nichts, aber auch gar nichts an dieser Behauptung ist wahr, und ich kann Ihnen nur sagen, dass sich Herr Dürig sehr verletzt fühlt.

Ich komme nun zu den Parkplätzen. Die Parkplätze im vorliegenden Projekt – das ist eine Antwort an Herrn Schmid – sind nur bei der Schiessanlage vorgesehen. Ich kann Ihnen bestätigen, dass es sich nur um 22 Plätze mit Hartbelag und weitere rund 40 Plätze längs der Strasse, auf dem Schotterrasen, handelt. Die Zahl von 220 Parkplätzen entstammt offenbar einer früheren, überholten Projektstudie. Allerdings werden in der nächsten Kreditvorlage, zu der Sie sich dann wieder äussern können, Parkplätze für die Fahrzeuge der Wehrmänner im Kasernenbereich enthalten sein. Das sind beim heutigen Stand der Planung ungefähr 120 Plätze auf Schotterrasen. Wenn das Problem der Stationierung der Zivilfahrzeuge schon nicht aus der Welt geschafft werden kann, wollen wir wenigstens versuchen, diese Plätze möglichst landschaftsschonend zu platzieren. Ein Kasernenstandort in der Nähe der öffentlichen Verkehrsmittel wäre – so glauben wir – keine Lösung, weil er neue Probleme bringen würde, nämlich mehr Fahrzeugverkehr der Truppe zu den Übungsplätzen, was wir natürlich gerne vermeiden möchten. Im übrigen ist der Fahrzeugverkehr beim Einrücken und bei der Entlassung in der künftigen Kaserne Neuchlen bereits jetzt in der Vereinbarung zwischen den Gemeinden und uns geregelt.

Ich komme nun zum Antrag der Minderheit II, vertreten durch Herrn Nationalrat Ledergerber: Streichung Schiessanlage Breitfeld. Dazu haben die Kommissionssprecher, Herr Loretan und auch Herr Jeanneret schon einiges gesagt. Ich habe das Projekt einleitend kurz skizziert. Wir können darauf nicht verzichten. Simulatoren für die Ausbildung auch an der persönlichen Waffe sind möglicherweise technisch machbar, aber sie sind keine Alternative. Sie könnten die Ausbildung im Scharschüssen höchstens ergänzen, aber nicht ersetzen. Anlagen im Breitfeld gehören eben zum Waffenplatz, nicht anders als auf den anderen Waffenplätzen, wie z. B. eben auch in Bôle. In Bôle wird die Situation durch den Kredit, den wir hier sprechen, lärmässig sogar erheblich verbessert. Herr Jeanneret hat das gesagt. Im Breitfeld wird es sicher nicht schlechter.

Es kommt ein Weiteres dazu: Mit der Revision des Bundesgesetzes über die Militärorganisation, die gestern im Ständerat beschlossen worden ist, schlägt der Bundesrat auch die Reduktion der Inspektionen vor. Das Schiessen mit Kampfmunition ausser Dienst erlaubt es dann u. a. auch, den technischen Zustand der Waffe des Armeeeingehörigen zu überprüfen. Wenn die Zahl der Inspektionen reduziert wird, gewinnt dieser Aspekt an Bedeutung. Schiessanlagen sind deshalb auch in Zukunft unerlässlich, und ich bitte Sie, den Antrag der Minderheit II abzulehnen.

Ich komme zum Antrag von Herrn Brügger: Er will den Kredit für das Objekt 211, Geländeverstärkungen, um rund 63 Millionen Franken kürzen. Ich nehme es ihm nicht einmal übel, dass er nicht genauer spezifizieren konnte, welche 63 Millionen. Ihm schien die Botschaft zu knapp, zu wenig transparent. Man verlange vom Parlament sozusagen einen Blankocheck, und die Geheimhaltung sei in vielen Fällen übertrieben. Die jährlichen Kredittranchen von dreistelligen Millionenbeträgen für Geländeverstärkungen seien offenbar zur Gewohnheit geworden. Ich gebe durchaus zu, dass der Botschaftstext zu diesem

Objekt knapp ausgefallen ist. Die 144 Millionen sind ein Sammelkredit, mit dem unter anderem unterirdische Kommandoposten, Sperrstellungen, Festungsminenwerfer usw. finanziert werden sollen. Die Prioritäten im Bausektor werden mit einer Nutzwertanalyse bestimmt, und erste Priorität haben eben solche Vorhaben, die zur Steigerung der Kampfkraft beitragen. Dazu gehören auch die Geländeverstärkungen. Diese Priorität entspricht dem Willen, den Sie im Rat und in der Militärkommission in den letzten Jahren mehrfach zum Ausdruck gebracht haben. Das Gelände ist eben, Herr Brügger, eine unserer Stärken. Die Verstärkung des Geländes mit baulichen Massnahmen ist einer unserer Haupttrümpfe und im Verhältnis zur Kampfkraftsteigerung auch finanziell relativ günstig. Geländeverstärkungen erhöhen die Abwehrbereitschaft wesentlich und erlauben es der Truppe zudem, das gegnerische Feuer zu überleben. All dies erfolgt gemäss einem langfristigen Bauprogramm, aus dem wir jetzt nicht plötzlich Elemente herausbrechen sollten.

Nun noch zum Argument der fehlenden Transparenz und zur Geheimhaltung: Die Militärkommission verfügte bei ihren Beratungen auf Wunsch auch über klassifizierte und sogar geheime Unterlagen. Es wurden ihr über alle Projekte des Sammelkredites die gewünschten Auskünfte erteilt. Ich nehme an, dass auch Sie etwas Vertrauen in Ihre Kommission haben dürfen, und es sind ja auch Freunde aus Ihrer Fraktion in der Kommission vertreten, die Sie als Treuhänder nutzen können. Wir haben aber die Problematik der Geheimhaltungspraxis erkannt. Ein neues Geheimhaltungskonzept ist im Moment auf guten Wegen. Es wird wahrscheinlich ermöglichen, in Bauprogrammen künftiger Jahre auch etwas mehr zu sagen über Projekte von Geländeverstärkungen, vor allem über solche, die im Gelände sichtbar sind. Aber in einem gewissen Umfang wird es auch in Zukunft schützenswerte Anlagen geben. Ich ersuche Sie deshalb, auch den Antrag von Herrn Brügger abzulehnen.

Herr Oester hat, wie Herr Ledergerber, das Thema des Einsatzes von Simulatoren aufgegriffen, ebenso das Problem des Schutzes und der Bewachung von lebenswichtigen militärischen und zivilen Objekten im Hinblick auf die Neustrukturierung der Armee. Ich nehme an, dass der Präsident der Militärkommission durchaus bereit ist, Ihre Anregung entgegenzunehmen und die beiden Themen gelegentlich in einer Militärkommissionssitzung zu traktandieren, wo wir dann Auskunft geben werden.

Herr Nationalrat Weber hat die Zentralisation von EMD-Anlagen im Raum Thun und Bern kritisiert. Es trifft zu, dass heute viele Betriebe – vor allem KMV – im Raum Thun angesiedelt sind. Das ist historisch begründet. Thun ist traditionell der grösste Waffenplatz und auch ein traditionelles Militärzentrum. Wir versuchen, Gegensteuer zu geben, um eine weitere Konzentration zu vermeiden. Wir prüfen heute auch Möglichkeiten, KMV-Fachstellen von Thun wegzunehmen und in andere Landesgegenden, Wallis, Urnerland usw., umzusiedeln. Das kann aber frühestens in den neunziger Jahren wirksam werden. Wir bemühen uns, auch den Landesteilen, die viel Militärpräsenz aufweisen, im Rahmen des Projektes Koberio, eine entsprechende Abgeltung zuteil werden zu lassen. Das Projekt ist aber noch nicht ausgereift. Ein typisches Beispiel einer Koberio-Massnahme ist die Verlagerung des Geniematerialparks der Armee von Bremgarten nach Bilten, welche zurzeit projektiert wird, die uns aber gewisse Sorgen bereitet. Ich verhehle Ihnen nicht, dass wir grosse Zielkonflikte haben werden. Die KMV muss umstrukturiert werden, wenn sie auch in Zukunft ihre Aufgabe erfüllen soll. Einfache Aufgaben fallen ständig weg, und anspruchsvolle, Stichwort Elektronik, nehmen zu, so dass hier ganz gewaltige Umschichtungen im Gange sind, die nicht leicht zu bewerkstelligen sind und die auch gewisse lokale Konzentrationen unumgänglich machen. Es ist eine schwierige Aufgabe, unseren Willen zu dieser Dezentralisation mit einer natürlichen Tendenz zur Konzentration zu vereinbaren, so dass eine regionalpolitisch gangbare Politik daraus resultiert. Wir wollen das umsichtig und tatkräftig anpacken, aber ich kann Ihnen nicht versprechen, dass wir immer alle Wünsche erfüllen können. Ich muss mich noch einmal entschuldigen, dass mein Referat etwas lang geworden ist,

aber Sie haben sehr viele und sehr detaillierte Fragen gestellt, die ich glaubte, beantworten zu müssen.

Ich bitte Sie, die verschiedenen Rückweisungs- und Ablehnungsanträge abzulehnen und der Vorlage integral zuzustimmen.

Präsident: Das Wort für eine kurze persönliche Erklärung hat zuerst Herr Stappung, dann Herr Rechsteiner.

Stappung: Die Ausführungen von Herrn Bundesrat Villiger zwingen mich zu einer persönlichen Erklärung im Zusammenhang mit meiner Äusserung bezüglich der Gerüchte eines Angebotes für einen Verwaltungsratsitz in der Ascom. Es war nie meine Meinung, Herrn Dürig – den ich im übrigen ebenfalls schätze – zu diffamieren. Ich bin froh, dass sich meine Annahme, dass er ein solches Angebot ablehnen würde, bestätigt hat. Noch einen Hinweis auf das EMD betreffend den Schiesslärm auf dem Waffenplatz Herisau-Gossau. Hier vermisste ich, Herr Bundesrat, leider auch heute die Zusicherung, dass die Werte der Expertenkommission Schiessplatz Bernhardtzell auch bei Herisau-Gossau beachtet werden. Das war einer der Hauptgründe meines Rückweisungsantrages. Wir haben keine gesetzlichen Bestimmungen. Vorläufig gelten nur die Werte der Expertenkommission Bernhardtzell. (*Glocke des Präsidenten*) Können Sie hier noch etwas ausführlicher sein, Herr Bundesrat?

Rechsteiner: 1. Aus den Ausführungen von Herrn Bundesrat Villiger ist zum ersten Mal klar geworden, dass offenbar ausgerechnet bei einem Projekt von dieser Tragweite keine Auflage des Umweltverträglichkeitsberichtes und auch keine Mitwirkung der gesamtschweizerischen Umweltorganisationen vorgesehen ist, während sie schon bei einem grösseren Parkhaus zum Beispiel mitsprechen können. Ist das Ihr Ernst, Herr Bundesrat Villiger? Soll diese Mitwirkungsmöglichkeit ausgerechnet bei diesem grossen Projekt nicht bestehen?

2. Sie haben zu den meisten Bereichen der Empfehlungen des Buwal zum Waffenplatz (Umweltverträglichkeitsprüfung) Stellung genommen, aber Sie haben nicht im Detail Stellung genommen zu den Folgerungen und Anträgen im Bereich des Lärms. Ist Ihnen eine Stellungnahme in diesem Bereich noch möglich?

3. Sie haben zugegeben, dass die Bestände in den neunziger Jahren zurückgehen würden. Ist dieser Bestandesrückgang quantifiziert worden? Ist unter Berücksichtigung dieser Quantifizierung der Waffenplatz tatsächlich noch nötig?

Bundesrat Villiger: Zur ersten Frage von Herrn Rechsteiner. Das ist nicht mein Ernst, das ist die Rechtslage, und die habe ich nicht zu verantworten. Das ist so beschlossen, steht so in den Gesetzen. Sie können das nachsehen. Aber es ist natürlich die Aufgabe des Parlamentes – ob Sie den Kopf schütteln, Herr Bodenmann, oder nicht: Ich bin nicht Rechtsgelehrter, ich habe diese Analysen machen lassen –, diesen Fragen nachzugehen und damit sicherzustellen, dass die Umweltverträglichkeit auch eingehalten wird. Wir tun unsererseits alles, damit das möglich wird.

Die Frage von Herrn Stappung ist nicht so leicht zu beantworten, denn Bernhardtzell ist ein Modellfall. Das wird jetzt umgearbeitet, um dann mit der Zeit ständige Richtwerte zu bekommen. Ich kann Ihnen im Moment leider nicht mehr sagen.

*Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen
Le conseil décide sans opposition d'entrer en matière*

Detailberatung – Discussion par articles

Titel und Ingress

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Titre et préambule

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 1*Antrag der Kommission***Abs. 1**

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Abs. 2 Bst. a**Objekt 246****Mehrheit**

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Minderheit I

(Stappung, Aguet, Ledergerber, Neukomm, Ott)

Rückweisung an den Bundesrat mit dem Auftrag, die Auflagen der Umweltverträglichkeitsprüfung zu berücksichtigen.

Minderheit II

(Ledergerber, Aguet, Neukomm, Ott, Rebeaud, Stappung)

Der Betrag sei um 10 Millionen zu kürzen (Anteil Schiessanlagen Breitfeld) und ein neues Konzept der Schiessanlagen unter Einbezug von elektronischen Simulatoren auszuarbeiten.

Objekt 248**Mehrheit**

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Minderheit

(Ledergerber, Neukomm, Ott, Stappung)

Ablehnen. Es sei ein neues Konzept unter Einbezug elektronischer Simulatoren vorzulegen.

Abs. 2 Bst. b – d

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag Brügger**Objekt 211**

Kürzung des Kredits um 63 710 000 Franken (80 000 000 anstatt 143 710 000 Franken)

Antrag Schmid**Objekt 246**

Die geplanten 220 Parkplätze im Raum Breitfeld sind um mindestens 180 Einheiten zu reduzieren.

Der Verpflichtungskredit ist um den entsprechenden Betrag zu kürzen.

Antrag Rechsteiner**Objekt 246****Streichen**

Kürzung des Kredits um 34,5 Millionen Franken.

Art. 1*Proposition de la commission***Al. 1**

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Al. 2 let. a**Objet 246****Majorité**

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Minorité I

(Stappung, Aguet, Ledergerber, Neukomm, Ott)

Renvoi au Conseil fédéral avec mandat de tenir compte des effets de l'impact sur l'environnement.

Minorité II

(Ledergerber, Aguet, Neukomm, Ott, Rebeaud, Stappung)

Le crédit doit être réduit de 10 millions (part destinée aux installations de tir de Breitfeld). Il y a lieu, en outre, d'élaborer un nouveau concept des installations de tir en tenant compte des simulateurs électroniques.

Objet 248**Majorité**

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Minorité

(Ledergerber, Neukomm, Ott, Stappung)

Refusé. Il y a lieu d'élaborer un nouveau concept des installations de tir en tenant des simulateurs électroniques.

Al. 2 let. b – d

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition Brügger**Objet 211**

Réduire le crédit de 63 710 000 francs.

(80 000 000 au lieu de 143 710 000 francs)

Proposition Schmid**Objet 246**

Réduire d'au moins 180 unités les 220 places de stationnement prévues dans la région de Breitfeld.

Le crédit d'engagement est réduit d'autant.

Proposition Rechsteiner**Objet 246****Biffer**

Réduire le crédit de 34,5 millions de francs.

Präsident: Artikel 1 bereinigen wir aufgrund des Verzeichnisses der militärischen Bauten auf den Seiten 2 und 3.*Der Antrag Schmid ist zurückgezogen***Abs. 1 – Al. 1***Angenommen – Adopté***Abs. 2 Bst. a – Al. 2 let. a****Objekt 211 – Objet 211****Abstimmung – Vote**

Für den Antrag Brügger

35 Stimmen

Für den Antrag der Kommission

127 Stimmen

Objekt 246 – Objet 246**Abstimmung – Vote****Erste Eventualabstimmung – Premier vote préliminaire**

Für den Antrag der Mehrheit

128 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit I

42 Stimmen

Zweite Eventualabstimmung – Deuxième vote préliminaire

Für den Antrag der Mehrheit

140 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit II

30 Stimmen

Definitiv – Définitivement

Für den Antrag Rechsteiner

30 Stimmen

Für den Antrag der Mehrheit

139 Stimmen

Objekt 248 – Objet 248**Abstimmung – Vote**

Für den Antrag der Mehrheit

141 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit

26 Stimmen

Abs. 2 Bst. b – d – Al. 2 let. b – d*Angenommen – Adopté***Art. 2, 3***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Beschlussentwurfes	132 Stimmen
Dagegen	15 Stimmen

An den Bundesrat – Au Conseil fédéral

Achte Sitzung – Huitième séance

Mittwoch, 13. Juni 1990, Vormittag
Mercredi 13 juin 1990, matin

08.00 h

Vorsitz – Présidence: M. Ruffy

90.026

Militärische Bauten und Landerwerb
Ouvrages militaires
et acquisitions de terrain

Botschaft und Beschlussentwurf vom 4. April 1990 (BBI II, 489)
 Message et projet d'arrêté du 4 avril 1990 (FF II, 453)

Le président: Je vous donne quelques indications sur la procédure que nous allons suivre.

Nous aurons d'abord un débat d'entrée en matière sans aborder l'objet Neuchlen-Anschwilen. Nous aurons les rapporteurs de la commission, la proposition de renvoi de M. Bodenmann, les porte-parole des groupes, les orateurs individuels puis nous donnerons à nouveau la parole aux rapporteurs de la commission et bien sûr au Conseil fédéral.

L'entrée en matière n'étant pas combattue, nous voterons sur la proposition de renvoi. Nous passerons ensuite à la discussion par articles en prenant l'appendice I. Nous aurons les propositions de minorité Ledergerber au poste 211 et, au poste 232, le problème de Neuchlen-Anschwilen, nous aurons des propositions de minorité Ledergerber, Günter, ainsi que la proposition de minorité Rebeaud et la motion Rechsteiner. Nous nous prononcerons ensuite sur l'arrêté fédéral, article par article, puis sur l'ensemble, et ensuite sur la motion Rechsteiner.

Je souhaite à Mme Ursula Ulrich un bon anniversaire, car elle a sa fête aujourd'hui. (*Applaudissements*)

Antrag der Kommission**Mehrheit**

Eintreten

Minderheit

(Bodenmann, Aguet, Ledergerber, Neukomm)

Eintreten und Rückweisung der Baubotschaft 1990 an den Bundesrat

Proposition de la commission**Majorité**

Entrer en matière

Minorité

(Bodenmann, Aguet, Ledergerber, Neukomm)

Entrer en matière et renvoi du programme des constructions de 1990 au Conseil fédéral

Felgenwinter, Berichterstatter: Das Armeeleitbild bildete bisher den langfristigen Bezugsrahmen für die jeweils mehrere Legislaturperioden umfassende Rüstungs- und Investitionspolitik unserer Armee. Der Bundesrat hat sogenannte Ausbauschritte verabschiedet, denen das Parlament generell zustimmt. In der Legislaturplanung 1988 bis 1991 sollte der Investitionsrahmen im Bauwesen durch Prioritätensetzung und Kostensenkungsmassnahmen so tief gehalten werden, dass möglichst viele Mittel für die Rüstungsmaterialbeschaffung

freigemacht werden konnten. Damit wurden zu Recht die Verbesserung der Kampfkraft durch Beschaffung neuer Waffensysteme wie Panzer Leopard, Stinger usw. und die Kampfwertsteigerung bestehender Waffensysteme angestrebt und zu einem guten Teil auch erreicht.

Es ist unübersehbar, dass sich seit dem Beschluss über das letztjährige Rüstungs- und Bauprogramm in der Welt, vor allem in Europa, Veränderungen ergeben haben, die man noch vor wenigen Monaten für undenkbar hielt. Präsident Reagan wurde als Utopist verspottet, als er Mitte 1989 forderte, die Berliner Mauer müsse weg. Die vermeintliche Utopie als Bedingung für ein neues Verhältnis zwischen West und Ost hat sich in atemberaubendem Tempo verwirklicht. Was im Osten festgefügt erschien, ist in gewaltigem Mass in Bewegung geraten. Ob diese Entwicklung halten kann, was sie verspricht, steht noch nicht mit letzter Gewissheit fest. Vieles scheint nicht in erster Linie der Ueberzeugung zu verdanken zu sein, dass das kollektivistische kommunistische Gesellschaftssystem mit seinem menschenverachtenden Charakter versagt hat. Vielmehr zwingt offenbar die katastrophale wirtschaftliche Lage in den osteuropäischen Ländern zur Umkehr. Gewiss sehnen sich die Menschen in Osteuropa nach Freiheit. Ob die Veränderungen in ihren Ländern ihnen die Freiheit bringen wird, wie wir sie verstehen und zu Recht verteidigen, können wir heute noch nicht mit letzter Gewissheit sagen.

Eines aber scheint gewiss: Noch nie im 20. Jahrhundert bestand so viel Aussicht auf Entspannung und Abrüstung in Europa. Noch nie war die Hoffnung auf die Durchsetzung der Menschenrechte auf unserem Kontinent so gross wie heute. Dieser Prozess ist hoffnungsvoll, er ist aber noch längst nicht abgeschlossen. Noch hören wir viele Worte und sehen wenig Taten, weil diese bekanntlich mehr Zeit brauchen.

Europa ist daran, ein neues Haus zu bauen, in welchem West und Ost Platz finden. Aber man beugt sich immer noch über die Grundrisspläne dieses Hauses. Der Wille zur Einigung scheint dazusein. Die Einigung selber, das Fundament, ist noch nicht gefunden. Erstmals in der Geschichte der Schweiz zeichnet sich die Möglichkeit ab, dass die Frontlinien nicht mehr bei uns oder in unserer Nachbarschaft verlaufen. Der Sinn der Neutralität und die abwehrende Haltung nach allen Seiten scheinen aufgrund kommender Entwicklungen in Frage gestellt. Sie müssen neu überdacht werden. Ebenso wie die wirtschaftliche Stellung der Schweiz in Europa neu zu definieren ist, wird man auch nicht darum herumkommen, die militärische Stellung und Aufgabe der Schweiz zu hinterfragen und entsprechend den gegenwärtigen und zukünftigen Entwicklungen neu festzulegen. Der Umstand, dass diese Entwicklungen noch in vollem Fluss sind, macht die Neubeurteilung der Lage nicht leichter, sondern wesentlich schwerer als bisher.

Der Bundesrat ist keineswegs untätig geblieben. Eine neue sicherheitspolitische Lagebeurteilung ist im Gang, und das Projekt «Armee 95» ist eingeleitet. Dass der Ausgangspunkt dieser Untersuchungen teilweise andere Motive hat, kann den Wert der eingeleiteten Operationen nicht schmälern. Wesentlich ist dabei nur, dass die aktuelle Bedrohungslage und der Gang der Abrüstungsgespräche sowie der Abrüstungsschritte einfließen. Wesentlich scheint zudem auch, dass Massnahmen, die sich als in jedem Falle notwendig erweisen, auch bei uns sofort eingeleitet werden. Der sichere Boden soll und darf aber nicht verlassen werden.

Uebertragen auf die konkrete Vorlage des militärischen Bauprogramms führt das zu den folgenden Ueberlegungen, die der Meinung des Bundesrates und der Kommissionmehrheit entsprechen:

1. Soweit sich Bauten als Folge bereits beschlossener oder in Verwendung stehender Waffensysteme als notwendig erweisen, sind sie auszuführen.
2. Es ist auf Bauten zu verzichten, welche die jetzige Konzeption zementieren und eine neue Konzeption unserer Armee präjudizieren würden.
3. Bereits beschlossene und in Ausführung stehende Bauten sind fertigzustellen.
4. Das Schwergewicht des Bauprogramms ist auf Ausbildungsbauten zu legen, welche einerseits eine zeitgemässe

Unterbringung der Truppe und andererseits eine Ausbildung unter möglichst guten Bedingungen ermöglichen. Damit wird das Schwergewicht des Bauprogrammes eindeutig auf die Ausbildungsbauten verlegt, welche heute ziemlich genau 40 Prozent der rund 370 Millionen Franken umfassenden Baubotschaft ausmachen. Bundesrat und Kommissionsmehrheit sind der Auffassung, dass Ausbildungsbauten in jedem Fall notwendig sind, und zwar ohne Rücksicht auf die künftige Verteidigungskonzeption der Schweiz.

Es kann auch in einer veränderten Bedrohungslage und bei entsprechend verändertem Auftrag unserer Armee davon ausgegangen werden, dass sowohl Armee wie allgemeine Wehrpflicht bleiben. Das entspricht im übrigen dem klaren Ausgang der Armee-Abstimmung vom 26. November 1989, aber auch der möglichen künftigen Sicherheitskonzeption der KSZE, in der niemand, aber auch gar niemand, über die Abschaffung von Armeen diskutiert und in der das Prinzip der Selbstverteidigung ausdrücklich unbestritten bleibt. Das Bauprogramm umfasst nach den Beschlüssen der Kommission Verpflichtungskredite von rund 370 Millionen Franken. Das sind rund 40 bis 70 Millionen Franken weniger als die Bauprogramme 1987 bis 1989. Die Kürzung konnte erzielt werden, weil insbesondere auf Kommandoposten für Heeresseinheiten verzichtet wurde. Für Sperrstellungen sind 37 Millionen Franken eingesetzt, damit die 1986 beschlossenen Waffensysteme auch eingesetzt werden können. 24,7 Millionen Franken sind für die Unterbringung und Anpassung der 1988 beschafften Richtstrahlstationen R-915 der Bodenfunkausrüstungen der Flugwaffe und das neue Flugplatz-Luftraumüberwachungsradar nötig. Es handelt sich ausschliesslich um Folgekosten für bereits beschaffte Systeme.

Im Logistikbereich werden Verpflichtungskredite von insgesamt 71,9 Millionen Franken beantragt. Grösster Posten ist dabei ein Neubau des Zeughauses Sursee mit einer zentralisierten Wäscherei, wie sie im Prototyp bereits auf dem Waffenplatz Thun betrieben wird. Ebenso fallen darunter die Unterhalts- und Einstellhallen für die letztes Jahr beschlossenen Super Puma im Betrag von 31,26 Millionen Franken.

Ausbildungsbauten bilden – wie gesagt – das Schwergewicht der Baubotschaft und umfassen nach den Beschlüssen der Kommission rund 146 Millionen Franken. Darunter fällt insbesondere die zweite Tranche von 49,3 Millionen Franken für die schon letztes Jahr beschlossene Waffenplatzanlage Herisau-Gossau.

Die Mehrheit der Kommission schlägt Ihnen hier zusätzlich auch den Beschluss über die dritte Etappe im Betrag von 11,65 Millionen Franken vor. Ich komme in der Detailberatung auf diesen Antrag zurück.

Ebenfalls wird eine neue Kasernenanlage in Airolo im Betrag von 32,7 Millionen Franken zum Beschluss vorgeschlagen.

Die erste Anlage (Herisau-Gossau) ist – wie Ihnen ja bekannt sein dürfte – bestritten und wird Gegenstand der Detaildebatte sein. Die zweite Anlage (Airolo) sowie weitere Ausbildungsbauten in Payerne und Sitten sind bis heute unbestritten.

Die beantragten Zusatzkredite von insgesamt 9,73 Millionen Franken sind ausgewiesen und halten sich im Rahmen.

Die Kommission hat mit 16 zu 4 Stimmen Eintreten auf die Baubotschaft beschlossen und den gestellten Rückweisungsantrag abgelehnt. Aus den eingangs dargelegten sicherheitspolitischen Überlegungen besteht nach Auffassung der Kommissionsmehrheit kein Anlass, die Vorlage zurückzuweisen. Sie trägt – wie gesagt – der heutigen veränderten Bedrohungslage Rechnung und legt das Schwergewicht auf verbesserte Ausbildungsstätten für unsere Armee.

Ich beantrage Ihnen daher namens der Kommissionsmehrheit Eintreten auf die Vorlage und Abweisung des Rückweisungsantrages.

M. Leuba, rapporteur: Le Programme des constructions de 1990, tel qu'il est présenté par le Conseil fédéral, s'élève à 358,14 millions de francs. Ce programme est inférieur à celui des années 1987 à 1989, qui dépassait chaque fois les 400 millions. Cette réduction ne correspond pas à une diminution de la volonté de défense mais à une nécessité, les crédits de paiement, tels qu'ils résultent des budgets annuels, manifestant

une tendance sérieuse à la baisse, vu la situation des finances fédérales. Mais, moins on a de moyens à disposition, plus il est important d'effectuer des choix entre ce qui est indispensable, ce qui est nécessaire et ce qui n'est qu'utile. Le Conseil fédéral souhaite, conformément aux vœux du chef du département, mettre davantage l'accent sur l'infrastructure de l'instruction, au détriment des dépenses de renforcement du terrain.

A cet égard, deux remarques paraissent s'imposer, qui sont suscitées par la lecture du message: premièrement, l'introduction d'armes sophistiquées et dont la munition est fort chère nécessite le recours de plus en plus fréquent à des installations de simulation qui rendent nécessaire, à leur tour, la construction de bâtiments adaptés. C'est d'ailleurs aussi une conséquence de l'exiguïté du territoire suisse et de la difficulté d'y trouver des places de tir adéquates.

Deuxièmement, nos jeunes concitoyens ont le droit – c'est l'avis de votre commission comme celui du Conseil fédéral – de bénéficier de conditions de logement et d'instruction qui correspondent aux exigences de la fin du XXe siècle. Il ne s'agit bien entendu pas de créer une hôtellerie à trois, quatre ou cinq étoiles, mais on ne peut pas motiver les jeunes pour la défense nationale si les moyens techniques que l'on met à leur disposition doivent faire l'objet d'une instruction dans des conditions et avec des moyens archaïques. La construction ou reconstruction de la caserne de Neuchâten-Anschwilien ou Herisau-Gossau, sur laquelle nous reviendrons, comme celle d'Airolo, les installations pour simulation de tir Stinger et DCA légère 20 mm de Payerne et le remplacement des baraques folkloriques de l'école de pilotes de Sion obéissent indiscutablement à ces priorités.

Les ouvrages de renforcement du terrain représentent 33 pour cent ou 118,2 millions de francs. Ces montants sont donc directement consacrés à l'amélioration de la puissance combattive de notre armée. 20 pour cent ou 71,96 millions serviront à des ouvrages de logistique, essentiellement des agrandissements et la rénovation de l'arsenal fédéral de Sursee. Mais, conformément à ce qui a été dit tout à l'heure, l'accent principal a été mis sur les constructions en faveur de l'instruction, soit 135 millions de francs (38 pour cent) du crédit d'engagement. Enfin, 9,3 millions constituent des crédits supplémentaires pour des objets acceptés antérieurement.

Comme chaque année et conformément à son règlement, votre commission a procédé, par sous-commissions, à la visite d'un certain nombre d'objets. Ces visites sont importantes, car elles permettent aux membres de la Commission des affaires militaires de voir *in situ* de quoi il s'agit. La sous-commission, qui s'est occupée des casernes de Neuchâten-Anschwilien sur la place d'armes d'Herisau-Gossau, a eu aussi l'occasion de s'entretenir avec des partisans et des adversaires de cette place.

La Commission des affaires militaires s'est livrée à un long débat d'entrée en matière après qu'un de ses membres a proposé le renvoi au Conseil fédéral. Cette proposition sera reprise tout à l'heure comme amendement de minorité dont les motifs vous seront exposés par notre collègue Bodenmann. La discussion a porté sur les modifications survenues cette dernière année, notamment dans les pays de l'Est, sur les discussions intensives concernant le désarmement et sur l'influence de ces événements ainsi que sur la conception de la menace sur la politique de sécurité de la Suisse. On s'est demandé également quelles conséquences il y avait lieu de tirer de la votation du 26 novembre et, enfin, si le Programme des constructions de 1990 est bien compatible avec la réforme de l'armée 1995. Il s'agit évidemment d'éviter que des constructions programmées, mais pas encore exécutées, deviennent inutiles avec le plan «Armée 1995».

Pour la majorité de la commission, un programme de constructions ne peut être qu'un programme à longue échéance, qui ne saurait être modifié au gré de circonstances trop récentes pour que l'on puisse juger de leur permanence. Au surplus, pour l'essentiel, les constructions pour lesquelles les crédits d'ouvrages vous sont demandés sont nécessaires, dès le moment où, conformément à la volonté populaire exprimée le 26 novembre, la Suisse doit continuer à avoir une armée. La majorité de la commission est également d'avis que

la discussion générale sur la direction que doit prendre notre défense nationale doit avoir lieu à propos du rapport du Conseil fédéral sur notre politique de sécurité et non à propos d'un message sur les constructions, qui se prête mal à des modifications fondamentales, si tant est que celles-ci soient nécessaires. Il tombe en effet sous le sens que ni l'amélioration des conditions de logements pour les services d'instruction, ni celles des conditions d'instruction proprement dites ne sauraient être remises en cause par la situation internationale ou par «Armée 95». Il en va pour l'essentiel de même, c'est du moins l'avis de la majorité, pour les constructions de la logistique ou celles touchant au renforcement du terrain, comme d'ailleurs pour les dépenses tendant à la protection de l'environnement. L'entrée en matière a été dès lors votée par 16 voix contre 4.

Deux objets ont été le sujet de discussions nourries: un crédit de 56,5 millions pour l'infrastructure de commandement et le crédit pour la caserne de Herisau-Gossau de 49,3 millions. Les constructions pour les structures de commandement concernent le commandement supérieur. Ces installations sont strictement secrètes. Seule la Délégation des finances a le droit de connaître les coûts d'exécution. La procédure paraît conforme aux prescriptions sur l'exploitation des finances, nous y reviendrons dans la discussion par articles. Il appartient au Conseil fédéral de décider quels renseignements complémentaires il entend encore donner.

Une minorité de la Commission des affaires militaires estime qu'elle ne peut pas voter de crédits sur la base de renseignements qu'elle estime insuffisants. Elle s'est élevée contre le manque de confiance du Conseil fédéral à l'égard de la commission. Son point de vue sera développé dans la discussion de détail.

La majorité, au contraire, estime qu'il y a lieu de faire confiance au Conseil fédéral sur la base des renseignements, à vrai dire succincts, qui lui sont fournis. Mais la commission a demandé au Conseil fédéral de réexaminer la question du secret à l'égard de la Commission des affaires militaires.

Une très large discussion s'est engagée sur le projet de Neuchlen-Anschwilien. Rappelons que le 6 octobre 1989, les Chambres ont voté un crédit de 34,5 millions pour la première étape, cette fois c'est un crédit d'engagement de 49,3 millions qui est demandé. Une troisième étape devrait suivre pour la construction d'une halle à usages multiples, qui serait ouverte aussi aux civils, d'un emplacement pour combats de localités et d'un stand de tir à courte distance. Au moment où la commission a siégé, on prévoyait pour cette tranche un montant de 12,97 millions; dans un message complémentaire, le Conseil fédéral nous informe qu'un montant de 11,65 millions serait suffisant. La commission a été saisie des quatre propositions que vous retrouverez d'ailleurs dans la discussion: une proposition de renvoi, une proposition de rejet, une proposition d'ajouter au crédit 13 millions pour la troisième étape, une proposition d'autoriser le Conseil fédéral à suspendre les travaux pour consulter les populations concernées.

La proposition de renvoi a été repoussée par 11 voix contre 4 et 3 abstentions. La proposition d'ajouter 13 millions pour joindre la troisième étape à la deuxième a été acceptée à la majorité; la proposition de suspension a été rejetée par 11 voix contre 6; enfin, le crédit a été adopté par 11 voix contre 5. Nous y reviendrons à l'occasion de la discussion de détail.

L'agrandissement des boxes de l'aérodrome de Sion, qui fait l'objet de la demande de crédit complémentaire No 341 a aussi donné lieu à discussion. L'agrandissement est nécessaire pour pouvoir abriter aussi, si cela se révèle nécessaire, des F/A-18. Une proposition de refuser ce crédit a été repoussée par 11 voix contre 5.

En vote final, l'arrêté fédéral a été adopté par 11 voix contre 5. La commission vous recommande dès lors d'entrer en matière.

Bodenmann, Sprecher der Minderheit: Der Warschauer Pakt zerfällt, Länder wie Polen, Ungarn, die CSSR haben sich faktisch bereits verabschiedet. Die einst im Stehschritt daher kommende DDR wird bald Bestandteil Deutschlands und

wohl auch der Nato sein. Die Sowjetunion wird – wenn nicht alle Anzeichen täuschen – in mehrere Bestandteile zerfallen. Sie muss, will sie wirtschaftlich eine Chance haben, massiv abrüsten.

Wir haben heute zweifellos eine total neue Ausgangslage. Denkbar sind in Europa nur mehr lokal begrenzte militärische Konflikte. Auf der anderen Seite öffnet sich für uns die Möglichkeit, ein System kollektiver Sicherheit in Europa zu schaffen und gleichzeitig die Armeeausgaben zu senken. Glaubt man den Ausführungen unseres Kommissionspräsidenten Feigenwinter, teilt er die Einschätzung, aber die Konsequenzen sind ganz anderer Art.

Wir sind der Meinung, dass wir heute unsere Militärausgaben massiv senken können, schlicht und einfach deshalb, weil wir heute zu viel ausgeben. Wir geben bezogen auf das Bruttosozialprodukt dreimal mehr für die Armee aus als Japan. Wir haben pro Quadratkilometer siebenmal mehr Soldaten, zehnmal mehr Panzer und achtzehnmal mehr Flugzeuge als Oesterreich. Die Zahlen stammen von Herrn Däniker. Dass Sie über Oesterreich lachen, das ist Ihre Art, mit unserem Nachbarn umzugehen. Oesterreich wird von Herrn Maximilian Reimann mit Liechtenstein verglichen, das entspricht in etwa dem Niveau der Debatte. *(teilweise Heiterkeit)*

Wir müssen die neue Ausgangslage nutzen, um effektiv neue Konzepte und Abrüstungsschritte zu entwickeln. Statt dessen wird uns das EMD im Herbst einen Sicherheitsbericht präsentieren, der praktisch nur vom Denken freisinniger Chefbeamter geprägt ist, ein Sicherheitsbericht, der nichts anderes sein wird als ein philosophisches Dach, ohne die anstehenden Fragen zu beantworten. Gleichzeitig mit diesem Sicherheitsbericht will uns das EMD auch die Botschaft zum F/A-18 bringen und uns vorschlagen, diese Kampfflugzeuge zu beschaffen; sie kosten bereits heute mehr als 100 Millionen Franken. Frühestens Ende 1991 werden wir ein Armeeleitbild haben, das sich die Verantwortlichen im EMD nicht anders vorstellen können als Fortschreibung der «Armee 95», die alles in allem nur ein Aufrüstungsprojekt ist.

Wir stellen im EMD eine schreckliche Unbeweglichkeit fest, welche selbst den CVP-Nationalrat Oehler veranlasst hat, Kostensenkungen bei den Armeeausgaben zu verlangen.

Nichts eignet sich besser als das Bauprogramm des EMD, um jetzt Zeichen zu setzen, und zwar deshalb, weil der Grossteil der beantragten Kredite, die ja vorab für Ausbildungsbauten eingesetzt werden, keine Dringlichkeit besitzen, ganz im Gegenteil. Ein Ueberdenken der Bauausgaben ist um so vorzüglicher, als diese Aufgaben nur mit grosser zeitlicher Verzögerung verwirklicht werden.

Dazu kommen einige aktuelle Probleme. Niemand von uns weiss, ob sich hinter den Positionen dieses Bauprogrammes nicht auch Ausgaben für die Una oder die Geheimarmee verstecken. *(teilweise Heiterkeit)* Ihnen wird das Lachen noch vergehen. Ich möchte den Bundesrat bitten, hier eine formelle Erklärung abzugeben, dass dies in dieser und in den letzten Baubotschaften nicht der Fall war und ist.

Zu Beginn dieser Woche stellte der freisinnige Nationalrat Willy Loretan dem freisinnigen Departementsvorsteher Fragen bezüglich des Baues einer EMD-Strasse in das Gerental. Dieser wird ebenfalls im Rahmen der Baubotschaftskredite abgewickelt. Bundesrat Villiger ging nicht auf die Details ein und behauptete, die Gemeinde sei Bauherrin und für die Bewilligungen zuständig. Wahr ist: Die Gemeinde Obergesteln zahlt keinen roten Rappen an diese Strasse. Sie wird zu 92 Prozent durch das EMD finanziert; der Rest der Gelder wird ausgerechnet einem Fonds der «Glückskette» entnommen. Für den Bau dieser Strasse wie auch anderer EMD-Projekte liegt weder eine Baubewilligung noch ein bewilligtes Strassenprojekt vor. Der Wald wird ohne Bewilligung gerodet, Flussufer werden ohne Bewilligung zerstört. Damit diese Arbeiten über die Bühne gehen, wird eine Gemeinde als Strohmann vorgeschoben.

Noch schlimmer ist die Informationspolitik des EMD gegenüber der Kommission, wenn es etwa um das Problem der Führungsinfrastruktur geht, welche ebenfalls Bestandteil dieser Vorlage bildet. Hier stellte sich selbst Kommissionspräsident Feigenwinter schützend vor das EMD, um der Kommissions-

minderheit selbst minimale Informationen vorzuenthalten. Wir werden im Verlaufe der heutigen Debatte noch ausführlicher über diesen Fall sprechen. Das EMD mit seiner Informationspolitik ist ein Staat im Staat, welcher Veränderungen nicht wahrnimmt. Aufgrund einer repräsentativen Umfrage sind 83 Prozent der Bevölkerung gegen den Bau neuer Waffenplätze. Trotzdem soll Neuchlen-Anschwilen nicht nur programmgemäss gebaut werden, nein, der entsprechende Kredit soll sogar aufgestockt, der Bau beschleunigt werden! Man will hier offensichtlich ein Zeichen setzen gegen die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung. Die Mehrheit der Bevölkerung möchte auch beim EMD massiv sparen, die Ausgaben angesichts der veränderten Bedrohungslage senken. Die bürgerlichen Parteien wollen nach wie vor nichts davon wissen. Bereits heute hat die Hälfte der Bevölkerung den berechtigten Eindruck, dass die Schweiz in Sachen Abrüstung europäisch zu wenig tut. Wer sich die Details dieser Vorlage anschaut, und wir werden sie noch ausführlich diskutieren, stellt unschwer fest, dass das EMD weder die laufenden Veränderungen der militärischen Grosswetterlage noch das diese Veränderungen spiegelnde Bewusstsein und entsprechende Stimmungen in der Bevölkerung wahrnimmt. Wir beschliessen hier eine Grosswäscherei, obwohl wir nicht wissen, ob wir diese künftig im Rahmen massiv reduzierter Mannschaftsbestände an diesem Ort wirklich noch so brauchen. Vor der Kommission betonte der Generalstabschef, man könne in einem solchen Fall halt notfalls auch die private Wäsche der Soldaten in dieser Grosswäscherei waschen.

Wir beschliessen hier die Erweiterung der Hangars in Sitten, damit neu auch die F/A-18 Kampfflugzeuge darin Platz haben, obwohl der Flugplatz Sitten unmittelbar am Rand eines Wohngebietes liegt und obwohl drei Viertel der Bevölkerung gegen den Kauf dieses Flugzeuges sind. Wir beschliessen hier den Ausbau eines neuen Waffenplatzes, obwohl wir in den kommenden Jahren die Mannschaftsbestände auf vermutlich 150 000 bis maximal 200 000 Mann senken müssen, nicht weil dies die Mehrheit hier im Saal will, sondern weil uns die laufenden Abrüstungsverhandlungen dazu zwingen werden.

Hier war nun beachtlich, was die beiden Kommissionssprecher ausgeführt haben. Sie haben immer wieder betont, dass die Ausbildungsplätze unabhängig von den künftigen Entwicklungen ausgebaut werden müssen. Ich frage Sie: Wenn wir die Mannschaftsbestände massiv reduzieren, hat das nicht auch eine Auswirkung auf die Zahl der Ausbildungsplätze? Der Kommissionspräsident schüttelt den Kopf. Ich glaube, das illustriert die Logik. CVP und SVP fordern eine Denkpause beim F/A-18. Sie möchten von seiten des EMD einen umfassenden Sicherheitsbericht erhalten, der aufzeigt, was wir in Zukunft allenfalls noch brauchen und was nicht. Das EMD seinerseits ist aber nicht gewillt, einen solchen umfassenden Sicherheitsbericht zu erstatten. Es gibt keinen Grund, warum wir das gleiche Prinzip, das die Mehrheit im Saal beim F/A-18 anwenden will, nicht auch auf das Bauprogramm des Bundes anwenden sollen. Nur wenn wir das EMD zwingen, wird sich dieser schwerfällige und träge Apparat in Sachen Abrüstung Gedanken machen und für uns einen Sicherheitsbericht verfassen, der nicht nur eine philosophische Dach ist, sondern auch konkrete Abrüstungsschritte beinhaltet.

Deshalb beantragt Ihnen die SP-Fraktion Rückweisung dieser Botschaft bis zum Vorliegen des entsprechenden Sicherheitsberichtes samt anschließender Diskussion hier im Rat.

Günter: Unsere Fraktion befürwortet Eintreten auf das Gesamtpaket mit zwei Ausnahmen, nämlich das Geschäft 211, Geländeverstärkungen und Führungsinfrastruktur, und das Geschäft 232, Kaserne Herisau-Gossau, Waffenplatz Neuchlen-Anschwilen. Beim Geschäft Führungsinfrastruktur werden wir uns mehrheitlich der Stimme enthalten oder dagegen stimmen, da wir weder während der Entstehung noch zur Beurteilung dieses Geschäftes beigezogen wurden. Die erst Ende der ersten Sessionswoche nachgelieferten Informationen haben erst recht zur Verwirrung und nicht etwa zur Klärung beigetragen. Grundsätzlich ist unsere Fraktion der Meinung, dass ein Geschäft von demjenigen dem Rat vorgelegt werden soll, der darüber orientiert ist und hier eine kompetente Meinung ab-

geben kann. Wenn dies aus mir unerfindlichen Gründen die Finanzdelegation ist, soll diese dafür geradestehen. Ich erinnere hier nur daran, dass in diesem Gremium nur die SP, die CVP und die FDP vertreten sind. Wir von der LdU/EVP-Fraktion haben im heiklen Bereich Militär und vor allem in dessen Gefühlsbereich nicht genug Vertrauen, um blind darauf zu vertrauen, die Verantwortlichen täten dann schon das Richtige, auch wenn wir nicht genau wissen, was.

Zudem hat sich nun bei den letzten Abklärungen herausgestellt, dass vom Riesenaufwand, der da getrieben wird, ein Grossteil möglicherweise gar nicht ins Militärbudget gehört, da er zivilen Zwecken dient und unter anderem auch für Katastrophenfälle geplant sein dürfte. Das Katastrophenszenario dürfte, so vermute ich, etwa identisch sein mit dem Gau, dem grössten anzunehmenden Unfall im Atomkraftwerk Mühleberg, vor den Toren Berns und damit vor unserer Hauptstadt. Dann aber sind die Kosten hier sowieso am falschen Platz; dann gehören sie ins EVED oder noch besser auf die Rechnung der BKW, weil diese sie mit ihrem Atomkraftwerk ja mitverursachen.

Der zweite Punkt, der uns Mühe macht, ist der Waffenplatz Neuchlen-Anschwilen, die zweite Tranche, die den Kasernenbau Herisau-Gossau betrifft. Unserer Fraktion scheint es falsch, dass die Polarisierung nun von beiden Seiten geschürt wird, dass Objektivität und Sachlichkeit dabei auf der Strecke bleiben und das Ganze als Politprestige und Politcabaret enden soll, bei dem die bürgerliche Mehrheit schliesslich ihre Stimmkraft einsetzt anstelle von Argumenten.

Der Antrag, nun nicht nur die zweite Tranche zu beschliessen, sondern demonstrativ gerade auch noch die dritte, kam typischerweise von freisinniger Seite. Man hat den Eindruck, es gehe jetzt nach dem Motto «Nun erst recht, jetzt zeigen wir, wer der Stärkere ist». Wir glauben, dass das keine gute Entwicklung ist.

Die Verhältnisse in Europa haben sich in den letzten achtzehn Monaten stark verändert. Die Völker Europas sind auch heute noch bedroht, nur sind die Gefahren anders geworden: Umwelterstörung, Aids, Drogen, Atom, Nord-Süd-Ungleichgewicht und -Ungerechtigkeit mit Minderheiten sind Bedrohungen, die genau so tödlich sein können wie Kriege und die wahrscheinlich auch, alles gerechnet, mehr Leute umbringen, als die letzten Kriege insgesamt umgebracht haben. Die klassischen militärischen Sicherheitsbedrohungen haben aber derart abgenommen, dass die Vorwarnzeit der Schweiz in einem möglichen Konflikt nicht mehr Wochen, sondern Monate bis Jahre beträgt. All das muss doch irgendwelche Auswirkungen auf unsere Politik haben. Unsere Staatsausgaben müssen doch für die Abwehr wirklicher Gefahren eingesetzt werden, nicht für die Abwehr möglicher, hypothetischer und unwahrscheinlicher Gefahren. Daher wird die gegenwärtige Entwicklung im militärischen Bereich zu Ausgabenkürzungen führen müssen.

Alle laufenden Ausgaben, besonders die irreversiblen Bauinvestitionen, müssen sorgfältig neu evaluiert werden. Kürzere Wehrdienstzeiten gehören dazu – das hat Auswirkungen auf den Kasernenbau –, auch bei den Unteroffizieren und Offizieren muss die Dienstzeit massiv heruntergesetzt werden. Bessere Einteilung bei der Aushebung muss sodann dazu führen, dass die Ausgehobenen dort eingesetzt werden, wo sie aus dem zivilen Leben schon Kenntnisse haben. Die Frage der Dimension neuer Kasernen ist damit gestellt, und damit wäre ich konkret beim Thema Neuchlen-Anschwilen. Für die LdU/EVP-Fraktion ist es unerklärlich, dass man ins Grüne hinaus eine Grossanlage bauen will, wie kein Privater und keine Industrie das dürften. Wir werden beim konkreten Antrag darauf eingehen, aber unsere Fraktion wird sicher den Minderheitsantrag auf Rückweisung unterstützen.

Wir erwarten von Ihnen, Herr Bundesrat, dass Sie die nächste Budgetvorlage nicht nur einfrieren, sondern deutlich kürzen. Die Redimensionierung beim Budget muss für das nächste Jahr mindestens 10 Prozent betragen. Das sollte auch bei einem Betrieb wie dem EMD möglich sein. Ich stelle fest, dass wir dieses Jahr aufgestockt haben. Nicht Kürzung an dem, was Sie möchten, meine ich, sondern Kürzung an dem, was wir ausgegeben haben.

Die Vorlage «Armee 95» ist nicht das Dringende, sondern das Nachdenkliche, wie unsere Wünsche an eine sich entwickelnde europäische Sicherheitspolitik aussehen müssten. Wir müssten in der Schweiz darüber nachdenken, wie eine Sicherheitspolitik, die zumindest Mitteleuropa, die näheren Staaten des Ostens, inklusive Jugoslawien und die baltischen Staaten, die CSFR, Ungarn und die DDR miteinbezieht, für unser Land aussehen müsste, welches unsere Zielvorstellungen sind. Darüber müssten wir heute eigentlich diskutieren, und nicht in erster Linie darüber, welche Bunker wir bauen und welche Waffen wir beschaffen wollen.

Herr Bundesrat Villiger hat gesagt, das EMD sei ein schwerfälliges Schiff, das mühsam zu wenden sei. Als Konzession daran treten wir auf diese Vorlage ein, mit Ausnahme der zwei erwähnten Positionen, der Führungsinfrastruktur, die uns zu gross ist und über die wir zu wenig wissen, und des Kasernenbaus, den wir zurückweisen möchten.

Begrüssung – Bienvenue

Le président: J'aimerais saluer à la tribune des diplomates les membres du Réseau international de néologie et de terminologie qui tiennent leur cinquième réunion en Suisse à l'invitation de la Chancellerie fédérale. A défaut d'un temps ensoleillé, je leur souhaite des journées fructueuses et un agréable séjour tout de même. *(Applaudissements)*

M. Jeanneret: Le groupe libéral adhère sans réserve aux propositions du Conseil fédéral et de la majorité de la commission, en se concentrant sur l'essentiel, l'attaque sur la place d'armes d'Hérisau-Gossau, dont nous ne parlerons pas maintenant puisqu'il y aura un débat en la matière et le renvoi au Conseil fédéral selon la proposition de M. Bodenmann.

Deux événements, depuis que nous traitons la dernière fois, l'an dernier, un tel rapport, ont surgi qui sont évoqués par d'autres, la transformation de l'Europe de l'Est et la votation du 26 novembre.

Pour nous, ces deux événements n'ont aucune conséquence quant au projet présenté, qui est un programme annuel dans le cadre d'une planification à long terme et d'un plan directeur, qui définit des priorités, et qui est un plan modeste, réaliste, souple, déjà adapté à l'évolution d'une situation comme l'a rappelé le président de la commission et le rapporteur de langue française.

Si l'on veut faire du social, que l'on en fasse aussi dans le domaine militaire, que l'on s'occupe des recrues, de leur confort – je crois qu'on peut utiliser ce terme – c'est ainsi que nous aurons une armée de milice, ce que le peuple suisse a voulu dans sa très grande majorité, c'est-à-dire des soldats qui consacrent une partie de leur temps au service du pays. Ils doivent donc bénéficier de conditions de qualité et nous ne comprenons pas comment certains milieux, qui ne cessent de parler du social, ne sont pas les premiers à souhaiter que nos soldats puissent faire leur service militaire dans des conditions raisonnables. Ce message s'est adapté à l'évolution, il fait une fois de plus – et nous l'avons souligné plusieurs fois à cette tribune – un effort énorme – de 8 millions – dans le domaine de l'environnement et l'on invoque la défense de la nature pratiquement à chaque page du message.

Monsieur Bodenmann, vous n'aimez pas que nous riions quelque peu des propos que vous tenez à cette tribune. En ce qui concerne les considérations savantes que vous avez faites sur l'Europe de l'Est, qui sont peut-être de la science-fiction, nous vous en laissons la responsabilité, quant à nous – nous ne sommes pas savants – nous ne pouvons pas savoir ce que deviendra l'Europe de l'Est et l'URSS. Nous disons simplement: en quoi, Monsieur Bodenmann, ce modeste projet mettrait-il en cause un système de sécurité collective en Europe? En quoi ce modeste projet serait-il une agression de la Suisse

à une politique de paix en Europe? Il suffit d'y réfléchir, de poser la question pour se rendre compte qu'elle est négative et que ce projet raisonnable et réaliste n'est pas une atteinte de la Suisse à la politique de paix voulue en Europe. Ensuite vous dites que nous devons économiser parce que nous dépendons beaucoup trop.

Nous venons d'adopter les comptes de 1989 et dans ces derniers, une fois de plus, la défense nationale est largement au-dessous de la prévoyance sociale – ce qui a été aussi le cas ces dernières années, soit 2 pour cent pour 1989. Si vous prenez la part de la défense nationale dans l'ensemble des dépenses de la Confédération, des cantons et des communes, le 7,4 pour cent se situe après l'enseignement et la recherche, après la prévoyance sociale, après la santé, après les communications et l'énergie. Ne venez donc pas dire que le Conseil fédéral et les Chambres ne tiennent pas compte de la situation pour adapter les dépenses militaires.

Enfin, en ce qui concerne le rapport de sécurité, vous dites, Monsieur Bodenmann, que c'est le Département militaire fédéral ainsi que des fonctionnaires radicaux qui le préparent. Vous avez peu de confiance dans le Conseil fédéral, vous avez peu de confiance dans le chef du Département fédéral des affaires étrangères, Monsieur Felber, votre «compatriote» de parti – si c'est mon compatriote de canton, c'est votre compatriote de parti – croyez-vous que ce département, croyez-vous que M. Felber va laisser passer un rapport fondamental sur notre politique de sécurité sans donner son avis? Vous n'avez donc aucune confiance dans le rôle que ce département peut jouer. A cette tribune même, j'ai dit au nom de la Commission de gestion que la collaboration entre le Département des affaires étrangères et les autres départements, notamment le Département militaire, était une collaboration qui fonctionnait parfaitement. Non, le danger ne s'apprécie pas quand il se présente, c'est-à-dire trop tard, le danger se prévient. Ce que nous propose le Conseil fédéral est raisonnable et modeste, nous vous engageons à le voter sans réserve.

Hess Otto: Nachdem in der Eintretensdebatte über den Waffenplatz Herisau-Gossau nicht gesprochen werden darf, werde ich mich sehr kurz halten und die Meinung der SVP zu dieser Frage in der Detailberatung vorbringen.

Mit der Baubotschaft 1990 unterbreitet der Bundesrat ein Bauprogramm mit Verpflichtungskrediten von 348,41 Millionen Franken. Wird die dritte Ausbautetappe des Waffenplatzes Herisau-Gossau vorgezogen, so beläuft sich der Kredit auf eine Summe von 360,06 Millionen Franken, dazu kommen die Zusatzkredite früher bewilligter Vorhaben.

Die SVP steht einstimmig für diese Baubotschaft ein und lehnt sämtliche auf der Fahne aufgeführten Minderheitsanträge aus Ueberzeugung ab. Insbesondere begrüssen wir das Vorziehen der dritten Ausbautetappe beim Kasernenbau Neuchâtel-Anschwilien, damit die Ersatzbaute zügig vorangetrieben werden kann und das Ganze nicht in eine endlose Diskussion ausmündet.

Das Schwergewicht dieser Vorlage, annähernd 40 Prozent des Verpflichtungskredites, liegt bei den Ausbildungsbauten. Es geht vor allem um den Ersatz von veralteten, nicht mehr sanierungswürdigen Unterkünften und Theorieräumen. Die SVP begrüsst die Verschiebung der Stossrichtung im Bauprogramm 90 von den Kampf- und Führungsbauten zu den Bauten, die der Ausbildung dienen. Wenn wir bei der Armee sparen wollen und müssen, weil das Volk nicht mehr bereit ist, die Rüstungsausgaben und Ausgaben für Bauten in bisheriger Höhe zu akzeptieren, so dürfen wir das ganz bestimmt nicht bei der Ausbildung tun. Eine Motivation der Jungen – derjenigen, die auch künftig unsere Milizarmee mittragen sollen und werden – kann nur erfolgen, wenn die Ausbildung effizient gestaltet wird, ohne Leerläufe, ohne lange Transportwege, wo viel Zeit verbummelt wird. Sie kann nur erreicht werden, wenn den Rekruten und Soldaten in ihren Unterkünften anständige Bedingungen für Unterbringung, sanitäre Einrichtungen und Aufenthalt geboten werden. Dazu muss das Parlament die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen.

Wenn die SVP geschlossen hinter diesem Bauprogramm steht, so heisst das nicht, dass wir das veränderte Umfeld be-

zöglich Bedrohungslage nicht zur Kenntnis genommen hätten. Unsere Fraktion hat am 5. Juni 1990 eine Motion zur militärischen Landesverteidigung eingereicht und darin gefordert, dass angesichts des veränderten sicherheitspolitischen Umfeldes das bestehende Konzept unserer militärischen Landesverteidigung zu überprüfen und, wenn notwendig, den neuen Gegebenheiten anzupassen ist. Doch das vorliegende Bauprogramm hat keine präjudizierenden Auswirkungen auf die «Armee 95» und weitere, allfällig notwendige Anpassungen. Objekte, die in dieser Beziehung fragwürdig sind, wurden zurückgestellt. Herr Bodenmann, wenn die Armee zahlenmässig reduziert werden soll, so vollzieht sich das bei den ältesten Jahrgängen der Wehrpflichtigen und ganz sicher nicht bei den Zwanzigjährigen, so dass Investitionen in die Ausbildung auch im Hinblick auf eine zahlenmässige Redimensionierung der Armee ohne Bedenken bewilligt werden können.

Die SVP bekämpft den Antrag Bodenmann ganz entschieden. Die Armee-Abstimmung hat eindeutig zutage gebracht, dass eine überwiegende Mehrheit eine Armee will und dazu steht. Ich meine, dass eine Armee-Abstimmung einen grösseren Aussagewert hat als solche fragwürdigen Umfragen. Es geht nicht an, dass wir jede Militärvorlage in Frage stellen, wenn die notwendigen Kredite ausgewiesen sind. In der Schweiz befinden wir uns auf der Ebene einer reinen Verteidigungsarmee. Wenn im Osten auch allerhand in Bewegung geraten ist, so ist die Weltlage noch lange nicht sicher geworden. Bis andere Armeen sich auf unseren Stand redimensioniert haben, ist es noch ein weiter Weg. Es sind noch immer gewaltige Waffenpotentiale vorhanden. Es liegt in der Natur der Sache, dass man die Ausgestaltung der Armee von der momentanen Weltlage abhängig macht und dabei die dringende notwendige Langzeitstrategie vergisst. Es ist aber eine Illusion zu glauben, wegen der Vorkommnisse des letzten Dreivierteljahres wäre der Weltfrieden schon ausgebrochen. Die angebehrten Kredite sind notwendig, weil sie Bauvorhaben betreffen, die auch bei einer redimensionierten Armee notwendig sind.

Ich bitte Sie deshalb im Namen der SVP, auf die Vorlage einzutreten, den Mehrheitsanträgen zuzustimmen und vor allem den Minderheitsantrag Bodenmann abzulehnen.

M. Rebeaud: Le groupe écologiste n'a pas cru reconnaître dans ce programme de constructions une occasion idoine pour refaire le débat sur l'initiative «Pour une Suisse sans armée». L'objet est trop médiocre pour justifier les grands développements exprimés de part et d'autre.

La plupart des crédits qui nous sont présentés peuvent être discutés du point de vue de leur opportunité. Le groupe écologiste entre en matière parce que l'inverse signifierait refuser l'ensemble des travaux dont certains sont utiles et d'autres peut-être nécessaires. Ceux qui ont visité les installations des écoles de recrues de pilotes ont pu prendre note de la nécessité de libérer certains crédits avant que les toits ne tombent sur la tête des gens.

Nous n'approuvons pas tous les projets sans réserves, comme le souhaiterait M. Jeanneret. Un certain nombre d'entre eux appellent quelques réflexions, voire des oppositions. Comme la règle du jeu interdit d'aborder Herisau-Gossau maintenant – j'y reviendrai tout à l'heure – je mentionne tout de même deux points à propos desquels j'aimerais que le Conseil fédéral nous donne quelques éclaircissements quant à sa politique et quant à son interprétation de la loi.

Le premier concerne l'aérodrome de Sion. Tout à l'heure, nous voterons sur un crédit complémentaire pour construire six boxes, destinés à recevoir des avions, qui appartiennent à un groupe de douze dont six sont déjà édifiés. La plus grande partie du crédit complémentaire est destinée à construire des boxes plus grands que ceux qui avaient été prévus à l'origine, parce qu'on veut pouvoir y faire entrer les F/A-18. Le Département militaire fédéral se sent suffisamment sûr d'obtenir l'approbation de ce Parlement pour l'acquisition de ces derniers pour, à l'avance, dimensionner ces boxes à leur grandeur.

Alors, si je n'ai pas voulu entrer dans un débat idéologique, fondamental et stratégique en ce moment, je me réserve néanmoins de le faire pour l'achat du F/A-18. J'espère bien que la nouvelle conception de la défense en train d'être élaborée par

le Conseil fédéral mettra en question la nécessité de l'acquisition des F/A-18 et donnera d'autres idées sur les développements possibles de notre système de défense. Ma question au Conseil fédéral est la suivante: Ne craignez-vous pas de donner l'impression de préjuger la décision du Parlement?

La deuxième question porte sur les compétences de la Commission des affaires militaires. 56 millions sont prévus – vous les voterez probablement tout à l'heure – pour l'infrastructure de commandement. Evidemment, les membres de la commission, puisque c'est leur travail, ont voulu savoir ce que cela représentait. On leur a donné quelques vagues explications. Il s'agit de creuser des abris, probablement à l'intérieur du pays, pour permettre à quelques conseillers d'Etat et quelques autorités de se mettre en lieu sûr en cas de bombardement ou de danger.

Le lieu où se construisent ces installations est tellement secret que des membres de la Commission des finances peuvent y avoir accès, mais ceux de la Commission des affaires militaires n'ont pas le droit de connaître l'emplacement. Si l'on admet que les membres de la Commission des affaires militaires sont dignes de confiance dans le sens où ils respecteront le secret dans les affaires où il leur est imposé, il n'y a aucune raison de faire ce genre de discrimination, même si les règlements et les lois autorisent le Conseil fédéral à agir de cette manière. M. le conseiller fédéral peut-il nous expliquer clairement s'il y a, du point de vue de la défense nationale et de la sécurité du pays, moins de risques à dévoiler ces lieux ultra-secrets aux membres de la Commission des finances plutôt qu'à ceux de la Commission des affaires militaires? Si tel était le cas, il faudrait peut-être créer un groupe spécial chargé de garder secrets des endroits que le parlementaire commun, même engagé par le serment, n'a pas le droit de connaître.

En conclusion, nous rappelons que nous entrons en matière et que nous ne voyons pas, à propos de cet objet, même si nous partageons les inquiétudes et les interrogations de M. Bodenmann, l'occasion d'entreprendre un débat fondamental. Dans la discussion, nous nous réservons la possibilité d'insister sur les aspects politiques actuels, c'est-à-dire la place d'armes d'Herisau-Gossau et la question de la décision préjudicielle concernant l'éventuel achat du F/A-18.

Hänggi: Die Christlichdemokratische Volkspartei unterstützt einstimmig die Anträge des Bundesrates, also der Kommissionsmehrheit, und lehnt alle Minderheitsanträge entschieden ab. Die Schweiz ist keine Abbruch-GmbH und auch kein Selbstbedienungsladen. Deshalb kann es jetzt nicht nach dem Willen der Minderheit gehen, welche diese Kredite ganz oder teilweise zurückweist. Es entspricht einem schlechten politischen Stil, wenn auf diese Weise versucht wird, Volksentscheide zu umgehen. Der Hinweis auf den zu erwartenden Sicherheitsbericht kann wohl nicht als Begründung akzeptiert werden. Mit der Rückweisung werden diese Probleme nicht gelöst. Erwarten Sie bitte auch keine Wunder von diesem Sicherheitsbericht. Es war wohl in den letzten 20 Jahren noch nie so schwer, eine Lagebeurteilung vorzunehmen, wie dies heute der Fall ist. Die Verhältnisse im Osten haben zwar einiges an Turbulenz verloren, nicht aber an Brisanz. Die Tagesereignisse beweisen es. Deshalb wird ein Sicherheitsbericht uns zwar die neuen Bedürfnisse besser und begründeter aufzeigen können, er wird uns aber mit Sicherheit nicht von der grundsätzlichen Landesverteidigung dispensieren können.

Der Sprecher der SP hat in salopper Art und Weise die Ereignisse im Osten so kommentiert, als ob es seine Verdienste oder diejenigen seiner Partei wären. Bei aller Aktualität des Ostens sollten wir aber bei unseren Überlegungen auch die weitweiten Krisenherde nicht aus den Augen verlieren. Die CVP steht zu unserer Armee, im Wissen darum, dass diese reorganisiert werden muss. Die «Armee 95» wird kleiner, schlagkräftiger sein, sie wird besser ausgebildet sein müssen und auch den allgemeinen Lebensgewohnheiten in unserem Lande Rechnung tragen müssen. Das heisst: Die Armee braucht zeitgemässe Unterkünfte und effiziente Ausbildungsplätze für unsere Rekruten und Soldaten. Auch bei einer verkleinerten Armee haben diese Bedürfnisse erste Priorität;

denn die Verminderung der Wehrpflichtdauer bedeutet nicht weniger Rekruten und damit weniger Auszubildende.

Der Kasernenneubau Neuchlen-Anschwilen ist deshalb auch kein neues Projekt, wie es immer wieder behauptet wird, sondern ein Ersatz für die Kaserne St. Gallen. Aber darauf werden wir noch speziell zu sprechen kommen. Die Planungsarbeiten dafür laufen ja bekanntlich seit 1979 und haben alle, aber auch wirklich alle rechtsstaatlichen Instanzen und Vernehmlassungen durchlaufen. Aus opportunistischen Gründen jetzt dagegen zu sein, entspricht jedenfalls nicht meinem Verständnis von Demokratie.

Die CVP unterstützt deshalb auch den Kredit für die dritte Bauetappe von etwa 13 Millionen Franken für Herisau-Gossau, wie die Kommissionsmehrheit ihn Ihnen vorschlägt.

Der Minderheitsantrag, eine Konsultativabstimmung über diesen Waffenplatz durchzuführen, entspricht einer Selbstbedienungsmentalität, und es kann ihm auch aus staatspolitischen Gründen nicht zugestimmt werden. Da würde das Sankt-Florians-Prinzip geradezu Urständ feiern.

Die Rückweisung des gesamten Projektes an den Bundesrat ist ebenfalls abzulehnen, weil sowohl Standort- wie auch Bedürfnisfragen eingehend studiert wurden: Objektiv kann eine nochmalige Ueberprüfung zu keinem anderen Resultat führen.

Für die Führungsinfrastruktur des Bundes ist eine weitere Tranche von 56 Millionen Franken vorgesehen. Hier stellt sich in der Tat für die Zukunft die Frage, ob ein solcher Kredit das Militärbudget belasten muss und soll oder ob nicht das Bewilligungsverfahren selber geändert werden sollte, handelt es sich hier doch eher um ein ziviles Bedürfnis des Bundesrates. Das Verfahren entspricht aber den gesetzlichen Grundlagen und der bisherigen Usanz. Wir haben deshalb keinen Grund, der empfehlenden Finanzdelegation und dem Ausschuss der Militärkommission zu misstrauen.

Ich fasse die positive Stellungnahme der CVP-Fraktion wie folgt zusammen:

1. Die CVP befürwortet den Totalkredit von 358 Millionen Franken plus die 13 Millionen Franken für die dritte und abschliessende Bauetappe auf dem Waffenplatz Herisau-Gossau.

2. Wir begrüssen die Trendwende und neue Prioritätenordnung des EMD, vorrangig in die Ausbildung und in die Infrastruktur zu investieren.

3. Die Tatsache, dass die gesamte Objektsumme dieses Bauprogramms deutlich tiefer als diejenige der vorgängigen Jahre liegt, betrachten wir ebenfalls als Tatbeweis, dass das EMD die Ausgaben reduzieren will.

4. Dem Umweltschutzanliegen wird mit diesem Bauprogramm im Rahmen unserer gesetzlichen Bestimmungen voll Rechnung getragen. Noch vor dem Inkrafttreten der UVP-Verordnung wurde z. B. im Falle Neuchlen-Anschwilen eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt, deren Empfehlungen voll berücksichtigt wurden. In der Detailprojektierung kann noch weiter maximiert werden, wozu nach Angaben von Herrn Bundesrat Villiger auch noch Landschaftsspezialisten beigezogen werden. Das Waffenplatzgelände soll in Zukunft zum Teil nur noch extensiv bewirtschaftet werden. Die Beispiele Thun, Frauenfeld, Reppischtal und andere belegen eindrücklich, dass eine militärische Nutzung den naturschützerischen Anliegen oft näher kommt als die Bewirtschaftung. Letzteres kann jetzt auch in Rothenthurm festgestellt werden.

5. Ich erinnere Sie daran, dass es sich bei dieser Vorlage um 20 Verpflichtungskredite und um fünf Zusatzkredite zu früher bewilligten Projekten handelt.

6. Das vorliegende Bauprogramm hat keinerlei präjudizierende Wirkung auf die «Armee 95».

Aus all diesen Gründen bitte ich Sie im Namen der CVP, auf das Geschäft einzutreten, die Anträge des Bundesrates und der Kommissionsmehrheit zu unterstützen und sämtliche Minderheitsanträge abzulehnen.

Ledergerber: Kurz zu drei Aspekten der Eintretensdebatte: erstens zur mehrfach gehörten Aussage, alle Objekte in diesem Bauprogramm seien unabhängig von einer zukünftigen Veränderung dieser Armee zu verwirklichen; zweitens zur Aussage, das Volk hätte mit klarer Deutlichkeit entschieden, was es wolle; und drittens noch etwas zum Thema «Armee 95».

Man kann sehr wohl verschiedene Meinung sein, wie man auf die neue Situation reagieren solle. Wir sind der Auffassung, dass heute nur Lösungen getroffen werden können, die sehr flexibel sind, denn es ist wirklich noch nicht absehbar, wie sich unsere Sicherheitspolitik im nächsten Jahrzehnt entwickeln wird. Es ist richtig, dass sich die Verhältnisse noch wesentlich verändern können, dass sehr vieles im Fluss ist und sehr viele Konturen noch nicht sichtbar sind. Es ist aber auch klageworden, dass die in den letzten Jahrzehnten vorherrschende Sicherheitsdoktrin in Europa hinfällig ist; das gilt nicht nur für den Ost-, sondern auch für den Westblock.

Die Einsatzdoktrin der Nato hat sich aufgelöst, sie ist nicht mehr vorhanden und muss zuerst neu erarbeitet werden. Das ganze Konzept der westlichen Abschreckungs- und Abhaltungsdoktrin mit dem Ersteinsatz der taktischen Nuklearwaffen ist heute hinfällig. Das wirft auch Fragen zur schweizerischen Sicherheitspolitik auf. Die Fragen sind noch nicht gelöst, wir wissen das auch. Wir möchten aber vermeiden, dass sich die ganze Welt verändert und nur das EMD so bleibt, wie es gewesen ist.

Wir wissen, dass Bundesrat Villiger grosse Anstrengungen unternimmt, aber wir meinen, dass auch die Rüstungs- und Bauprogramme nicht so realisiert werden können, wie sie vor Jahren angelegt und beschlossen wurden.

Die Hauptaussage von verschiedenen Rednern lautet: Für alle Varianten einer zukünftigen Sicherheitspolitik können die Bauprogramme, die Sie heute verabschieden sollen, genutzt werden. Dazu gebe ich Ihnen hier ein paar Hinweise. Wir haben einen Posten bezüglich Basis für Festungswachtkorps. Es gibt heute Vorstellungen über einen Umbau der Armee, bei der die Festungswacht eine ganz andere Rolle, nämlich fast keine mehr, spielen würde. Damit sind doch auch die entsprechenden Bauten in Frage zu stellen. Des weiteren werden die Munitionsmagazine, die auf ganz bestimmte Truppen-, Nachschub- und logistische Bedürfnisse ausgerichtet sind, hinfällig, wenn plötzlich eine andere Versorgungsstruktur gewählt würde. Das gleiche gilt für die Führungsbauten. Heute wissen wir, dass das EMD landauf, landab alte Führungsbauten schliessen muss, weil der Unterhalt zu teuer ist und sie heute nichts mehr bringen. Das gleiche kann für die Führungsbauten gelten – oder für einen Teil davon –, die Sie heute bewilligen sollen. Das gleiche kann ich über die Festungsminenwerfer oder erst recht über die Artilleriewerke sagen, die möglicherweise in einer modernen Konzeption nichts mehr zu suchen haben oder eine ganz andere, untergeordnete Bedeutung haben sollen. Man kann mit Fug und Recht nicht mehr behaupten, alles, was wir heute an Bauten vorhaben, habe in Zukunft noch einen Sinn.

Herr Bundesrat Villiger, Sie haben Ihr Amt als Chef des EMD mit der ausdrücklichen Aussage angetreten: «Ich will diesen Betrieb so leiten, wie man einen Konzern leitet.» Aber ich möchte einen Konzern sehen, der auf Zusehen hin jährlich Hunderte von Millionen Franken investiert, obwohl er weiss, dass in den nächsten Jahren grundsätzliche Änderungen auf ihn zukommen werden. Ein Konzern würde das nicht überleben. Und er würde es auch nicht überleben, wenn er nicht weiss, ob für das Produkt, das er herstellt – nämlich Sicherheit –, in dieser Form tatsächlich noch eine Nachfrage besteht.

Herr Hänggi, Sie haben gesagt, es sei schlechter politischer Stil, wenn man ein deutliches Verdikt des Volks, eine deutliche Aussage für eine Armee, über diese Minderheitsanträge unterlaufen wolle. Das Volk – Herr Hänggi – hat gesagt: Wir wollen weiterhin eine Sicherheitspolitik, und wir wollen jetzt die Armee nicht abschaffen! Aber wenn Sie das Volk fragen, wie die Armee aussehen solle, wird es Ihnen mit Sicherheit nicht sagen, sie solle so aussehen, wie sie heute aussieht. Ich erinnere Sie an die Abstimmungen vom letzten Wochenende, das waren keine Umfragen, das waren Volksabstimmungen, und das sind z. B. die Zivilschutzbauten mit sehr deutlichen Mehrheiten abgelehnt worden, und das sollte Ihnen doch zeigen, dass das Volk ein Ueberdenken wünscht.

Noch einige Worte zur «Armee 95»: Es ist begrüssenswert, dass vom EMD aus Anstrengungen unternommen werden, die Armee neuen Zeiten anzupassen. «Armee 95» hat aber den entscheidenden Nachteil, dass sie eigentlich eine Moder-

nisierung dieses sicherheitspolitischen Instruments darstellt, basierend auf den sicherheitspolitischen Vorstellungen aus der Mitte der achtziger Jahre. Sie erhöht die Schlagkraft, es ist ein Abspecken, ein Schlankermachen, ein wirkungsvollerer Einsatz im Rahmen der alten Randbedingungen. Mit den neuen Randbedingungen hat das überhaupt noch nichts zu tun. Und ich wage die Behauptung, dass «Armee 95» vor dem Jahre 1995 Makulatur sein wird und dass wir vielleicht eine «Armee 96» oder «97» haben werden, die grundsätzlich andere Strukturen haben wird, als wir uns das heute vorstellen. In diesem Sinn scheint mir der Rückweisungsantrag der SP zu diesem Bauprogramm eine richtige und vernünftige Massnahme zu sein. Sie soll uns ermöglichen, das Geld, das wir weiterhin für die Produktion von Sicherheit aufwenden wollen, etwas rationaler einzusetzen.

Weber-Schwyz: Die FDP-Fraktion wird der Baubotschaft klar und deutlich zustimmen und alle auf der Fahne aufgeführten Minderheitsanträge ablehnen. Diese Anträge halten einem objektiven Urteil nicht stand.

Mit der Rückweisung der Botschaft bezwecken die Sozialdemokraten nichts anderes als eine Verzögerung von Bauten. Die genannten Gründe sind fadenscheinig: Aenderung der Bedrohungslage, Schwerpunktänderungen im Bauprogramm der Zukunft, «Armee 95». Alle diese Begründungen zeigen, dass die Sozialdemokraten hier im Parlament bezüglich Armee konzeptionslos dastehen, so etwa nach dem Motto: Wir wissen nicht, was wir wollen, aber wir machen trotzdem Opposition. Man will die Armeegegner und das Verhalten der Zögerer ausnützen und versuchen, Stimmung zu machen. Wir können dieses Verhalten einer Regierungspartei – und besonders ihres Präsidenten – nicht verstehen und letztlich auch nicht akzeptieren.

Unsere Fraktion stellt zur heutigen Situation folgendes fest und zieht auch die entsprechenden Schlussfolgerungen:

1. Die Bedrohungslage hat sich geändert. Die Bedrohung zu Boden – Infanterieangriffe – ist eher unwahrscheinlich geworden. Die Luftbedrohung aber bleibt bestehen. Die kürzlichen Erklärungen des russischen Verteidigungsministers und das Treffen von Gorbatschow und Bush bestätigen, dass die Selbstverteidigung jedes Landes zu gewährleisten ist. Ueber Abrüstung wird wohl gesprochen. Nach wie vor werden aber von beiden Grossmächten modernste Flugzeuge und Panzer produziert.

2. Mit unserem System der langfristigen Planung, dem die Sozialdemokraten bisher grossmehrheitlich immer zugestimmt haben, erstrecken sich die grossen Bauvorhaben über viele Jahre. Das Bild vom Schiff mit dem langen Bremsweg – das Herr Bundesrat Villiger anlässlich der Pressekonferenz gebraucht hat – ist zutreffend. Kursänderungen brauchen Zeit.

Aus der vorliegenden Baubotschaft geht hervor, dass der Bundesrat bereits Kurskorrekturen vorgenommen hat und grössere Aenderungen bei den Ausbildungsbauten für die nächsten Jahre plant. Dies wurde uns in der Kommission nochmals zugesichert. Aber die Sozialdemokraten hören solche Zusicherungen nicht, respektive wollen sie überhören. Dabei wissen wir um die schlechten Zustände in einem Teil unserer Kasernen. Der Neubau in Airolo beispielsweise kommt jetzt schon reichlich spät, von Herisau-Gossau nicht zu sprechen.

3. Weil wir der Ueberzeugung sind, dass das in den letzten Jahren eindeutig vernachlässigte persönliche Wohl der Soldaten verbessert werden muss, ist es zu begrüssen, wenn auf diesem Gebiet rasche Fortschritte gemacht werden. Aber offenbar will man das gar nicht. Man ist eher an unzufriedenen Soldaten interessiert. Die SP hat vermutlich primär die nächsten Wahlen im Visier und nicht das Wohl unseres Landes, das nach wie vor verteidigt werden muss. Allerdings – das ist auch unsere Meinung – muss man andere Schwergewichte setzen und mehr Rücksicht auf die heutigen Lebensgewohnheiten und die künftigen Bedürfnisse der Wehrmänner nehmen.

4. Man will sich nicht mehr daran erinnern, dass die Volksabstimmung vom vergangenen November eine deutliche Mehrheit zugunsten unserer Selbstverteidigungsarmee ergeben hat. Der Wille der Mehrheit unseres Volkes ist massgebend, und diesen Willen haben wir zu respektieren.

Ich nehme nicht zu allen Minderheitsanträgen Stellung, weil sich noch andere Mitglieder unserer Fraktion äussern werden. Aber am Beispiel Herisau-Gossau kann man aufzeigen, wie kontrovers die Ansichten der Antragsteller sind. Die grosse Mehrheit unseres Volkes, darin inbegriffen eine Mehrheit der sozialdemokratischen Wähler, akzeptiert das Ergebnis dieser sogenannten Volksabstimmung. Wir wollen doch, dass unsere Soldaten und Rekruten in modernen Anlagen leben und arbeiten können!

Ich erinnere daran, dass wir auch nach der Reform 1995 schergewichtig eine Infanteriearmee haben werden. Nach wie vor machen kantonale Truppen das Gros unserer Armee aus. Genau für diese – aus den Kantonen St. Gallen, Thurgau, Appenzell – soll nun eine neue Kaserne gebaut werden. Wir müssen bauen, weil keine Anlage mehr besteht; denn die bestehende Kaserne musste bekanntlich einem Strassenbau in St. Gallen weichen. Seitdem müssen diese Wehrmänner in teilweise unakzeptablen Unterkünften wohnen. Eine rasche Lösung drängt sich in erster Linie wegen der Menschen auf, die in diesen Unterkünften Wochen, ja Monate verbringen.

Bis vor einem Jahr hat auch die SP – der erste Kredit wurde ja letztes Jahr gesprochen – diesen Verbesserungszielen zugestimmt und sie unterstützt. Nun soll nach der noch nicht überblickbaren Entwicklung im Osten all dies nicht mehr gelten. Der Grosse Vorsitzende der SP Schweiz hat es vorhin verkündet. Glaubt man wirklich, dass nach dem Scheitern des realen Sozialismus der ewige Friede ausgebrochen ist? Es ist noch nicht lange her, da hat Kollege Vollmer das Hohelied auf das Arbeiter- und Bauernparadies gesungen. Und noch stehen Teile der «Friedensarmee» – 300 000 Russen an der Zahl – nicht weit von unseren Grenzen. Wo bleibt da die Logik?

Zu den übrigen Anträgen kurz einige Stichworte. Es wird eine Konsultativabstimmung gefordert zum Bau der Kasernenanlage. Das sind Gründe, die wir wohl begreifen, die aber nicht realistisch sind. Eine solche Abstimmung hätte, wenn schon, früher stattfinden müssen. Wir wissen, dass die betroffenen Gemeinden die Waffenplatzanlagen begrüssen. Eine rechtliche Wirkung ergäbe sich aus dieser Umfrage ja ohnehin nicht.

Beim Antrag Ledergerber zur Ablehnung des Kredites für die Führungsinfrastruktur vertritt die FDP-Fraktion die Auffassung, dass man diesem Kredit zustimmen soll. Nach dem üblichen Verfahren in unserem Rat hat auch die Finanzdelegation zu diesen geheimen Bauten Stellung genommen. Es sind in diesem Rat auch erste Kredite gesprochen worden. Inzwischen hat sich Bundesrat Villiger gegenüber den Mitgliedern der Militärkommission bereit erklärt, zusätzliche Informationen zu geben und auch eine entsprechende Besichtigung vorzusehen. Es ist schlechter Stil, wenn man bereits gestern in einem Genossenblatt lesen konnte, was unter «vertraulich» den Mitgliedern der Militärkommission mitgeteilt wurde. Es ist sonderbar, dass solche Mitteilungen bereits in der Presse verbreitet werden. Ich glaube, den Forderungen von Herrn Ledergerber ist mit der Antwort des Bundesrates entsprochen worden, und wir hoffen, dass die Einsicht obsiegt und man diesen Minderheitsantrag zurückzieht.

Ich möchte bekanntgeben, dass unsere Fraktion der eindeutigen Auffassung ist, dass die nächste Baubotschaft schwergewichtig und vermehrt nach den Bedürfnissen bei der Ausbildung ausgerichtet werden muss. Vordringlich sind dabei die Um- und Neubauten von Unterkünften. Wir bitten Bundesrat Villiger, sich diesen Anliegen, er hat es bereits zugesichert, vermehrt zuzuwenden und ihnen besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

Wir bitten Sie, die Rückweisung abzulehnen, ebenfalls die Minderheitsanträge, und dieser Vorlage mit Ueberzeugung zuzustimmen.

Aregger: Die vom Bundesrat vorgeschlagenen Kredite für militärische Bauten liegen nicht nur um 40 bis 70 Millionen Franken unter jenen der Vorjahre, sondern es wird in der Botschaft sogar von einer Umorientierung im Bauwesen des EMD gesprochen. Erstmals beanspruchen nämlich die Ausbildungsbauten den grössten Anteil und haben die Kampf- und Führungsbauten sowie die Bauten für die Logistik überholt.

Ich befürworte diese Tendenz aus zwei Gründen:

1. Es ist unumgänglich, Waffen- und Übungsplätze in dichten Siedlungsgebieten aufzugeben und an geeignete Standorte zu verlegen. Ein Beispiel ist Reppischtal (Zürich), ein anderes, aktuelles ist Gossau-Herisau, von dem ja heute noch vermehrt gesprochen wird. Weitere derartige Verlegungen werden folgen, denn die grossen Grünflächen in den Städten oder in unmittelbarer Stadtnähe dienen je länger, je mehr eher zivilen als militärischen Aktivitäten.

2. Die Sanierung von Kasernenunterkünften ist dringlich. Der Sammelkredit von 10 Millionen Franken ist vorgesehen für bauliche Sofortmassnahmen in einem Dutzend älterer Kasernen. Mit der Verbesserung der Wohnqualität und der hygienischen Verhältnisse können rasch Resultate erzielt werden, die dem jungen Wehrmann etwas bringen. Ich betrachte dieses Vorhaben als äusserst wichtig. Einerseits ist es schade, dass nicht schon früher in dieser Richtung mehr getan wurde. Andererseits sind die 10 Millionen Franken nur ein Tropfen auf einen heissen Stein, oder mit anderen Worten, sie sind nur als Anfang einer grösseren, mittelfristigen Aktion zu verstehen. Es sind immer noch zu viele Kasernen mit einem rudimentären Komfort ausgestattet, wenn überhaupt. Es gibt sogar einzelne pitoyable Beispiele. Der heutige Rekrut ist an moderne Auffassungen über Hygiene und Körperpflege gewöhnt und stellt zu Recht auch in der militärischen Ausbildungszeit entsprechende Ansprüche. Sanitäre Anlagen, Duschen, Trockenräume in genügender Zahl müssen unbedingt zur Verfügung stehen, d. h. sie müssen, sofern nicht vorhanden, geschaffen werden.

Wir werden heute im Rahmen der Baubotschaft diese Kredite beschliessen. Ich möchte die verantwortlichen Stellen des EMD ermutigen, in der nächsten Baubotschaft weitere Verbesserungen in dieser Richtung vorzuschlagen. Zugleich wünsche ich, dass die damit eingeleitete Neuorientierung im Bereiche der Komfortanpassung von den Kasernenverwaltern, den Schul- und Truppenkommandanten übernommen und zum Vorteil der jungen Soldaten auch angewendet wird.

Ein Wort noch zu Herrn Bodenmann: Mit Ihrer kompromisslosen Ablehnungshaltung stellen Sie sich u. a. gegen die angeführten raschen Verbesserungen zugunsten der Rekruten. Sie negieren mit Ihrer Haltung auch einen deutlichen demokratischen Volksentscheid zugunsten der Armee.

Für uns gelten immer noch die Ergebnisse von Wahlen und Abstimmungen. Sie aber stützen sich, wie aus Ihrem Votum von heute morgen zum Ausdruck kam, offenbar auf sogenannte Repräsentativumfragen zu verschiedensten Problemen, auf Umfragen, deren Manipulierbarkeit bewiesen ist. Ihre Ablehnung grenzt an Obstruktion und erzeugt eine Polarisierung, bei der Sie immer den kürzeren ziehen werden.

Fischer-Sursee: Ich mache Sie auf eine Konsequenz einer Rückweisung aufmerksam. Eines der grösseren Bauvorhaben ist der Neubau und die Sanierung des Zeughauses Sursee. Diese Sanierung ist dringend nötig, wie Sie aus der Botschaft gesehen haben und wie ich Ihnen als Lokalmatador aus eigener Erkenntnis bestätigen kann.

Das Zeughaus muss – unabhängig von einem neuen Armeeleitbild – saniert werden. Das Land für dieses Zeughaus – es sind 20 400 Quadratmeter – wurde vor zehn Jahren von der Korporationsgemeinde Sursee zu einem Vorzugspreis von 1,1 Millionen Franken – das sind 55 Franken pro Quadratmeter – gekauft. Im Vertrag steht die Klausel, dass die Korporation das Rückkaufsrecht hat, wenn mit dem Bau nicht innert zehn Jahren begonnen wird. Diese Frist läuft am 5. Dezember 1990, also in gut fünf Monaten, ab. Dieses Land hat heute unter Brüdern einen minimalen Wert von 10 Millionen Franken, etwa 500 Franken pro Quadratmeter. Der Korporationsrat hat bereits verlauten lassen, dass er das Rückkaufsrecht ausüben werde. Für die Korporationsgemeinde ist das natürlich das Geschäft des Jahrzehnts. Sie gewinnt nämlich rund 9 bis 10 Millionen Franken, und der Bund verliert entsprechende Gegenwerte. Wenn das Rückkaufsrecht ausgeübt wird, könnte das Eidgenössische Zeughaus an diesem Orte entweder nicht mehr gebaut werden, oder der Bund müsste das

Land entsprechend viel teurer zurückkaufen. Dieser Fall würde wahrscheinlich eintreten.

Wenn wir also die Vorlage zurückweisen, so wird die Frist am 5. Dezember 1990 mit Sicherheit verpasst und ist nicht mehr einhaltbar. Der Bund und wir verschleudern damit 9 bis 10 Millionen Franken. Daher bin ich der Meinung, dass wir auf den Rückweisungsantrag nicht eintreten sollten.

Blocher: Die Sozialdemokraten stellen einen Nichteintretensantrag, und Herr Ledergerber hat recht blauäugig gesagt, man könnte schliesslich verschiedener Meinung sein. Ja, das könnte man. Aber bei einem Antrag oder einem Nichteintretensantrag ist entscheidend, aus welchen Motiven der Antrag gestellt wird. Da kann man, Herr Ledergerber, bei Ihren Motiven jetzt nicht mehr verschiedener, sondern nur noch einer Meinung sein.

Sie sprechen für eine Partei, die mit Zweidrittelsmehrheit an einer Parteiversammlung beschlossen hat, die Schweiz brauche keine Armee. Sie wollen dieses Land schutzlos dem Feind überlassen. Das ist die Tatsache.

Auf das Motiv kommt es an. Und das Motiv ist: Wir wollen alles tun, was die Verteidigungskraft dieses Landes schwächt, Bedrohungslage hin oder her. Das ist nun die Situation, und ich bitte die Bürgerlichen, das auch so zu berücksichtigen. Sie – die Sozialdemokraten – kämpfen nicht darum, welches bei einer veränderten Situation der beste Weg wäre, um unser Land zu verteidigen. Da kann man wirklich verschiedener Meinung sein, und darum hat man wirklich zu ringen. Aber darum können nur Leute ringen, die zur Verteidigung eines Landes stehen. Diesen Mut hat die Mehrheit Ihrer Partei nicht aufgebracht und Sie persönlich auch nicht, Herr Bodenmann. Sie haben die Kraft nicht mehr. Sie haben die Vitalität zur Selbstbehauptung dieses Landes nicht mehr. Das ist die Tatsache. Und aus dieser Schwäche, aus dieser inneren Verwahrlosung kommt diese Gegnerschaft. Ich freue mich über die Ehrlichkeit der PdA in früheren Jahren. Sie hat auch Ablehnungsanträge gestellt, nur hatte sie die Ehrlichkeit und Offenheit, auch zu sagen, dass sie eben an sich gegen die Landesverteidigung ist. Diesen Mut haben Sie nicht.

Herr Bodenmann, Ihre Bedrohungsanalyse – so etwas von Naivität habe ich überhaupt noch nie gehört. Warum schmücken Sie sich mit akademischen Titeln, wenn Ihr Geschichtsverständnis nicht weiter geht als das eines Sekundarschülers? Also so naiv: Weil einige Länder von Abrüstung sprechen, sagen Sie, jetzt sei doch alles vorbei. Sie sagen das in einer Situation, wo wir ganze Blöcke haben, die in grossen innenpolitischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten stecken, wo wir aus der Geschichte wissen, dass das immer sehr gefährliche Situationen sind, wenn Armeen vorhanden sind. Natürlich hat sich die Bedrohungssituation gegenüber zwei, drei, vier, fünf Jahren geändert. Sie hat sich geändert. Ob sie gefährlicher oder weniger gefährlich geworden ist, das bleibt noch zu untersuchen. Sie ist auch unberechenbarer geworden.

Ich bin entschieden der Meinung, dass wir ein neues Konzept der militärischen Landesverteidigung brauchen. Das ist auch nichts Schlechtes. Es gibt veränderte Situationen, also brauchen wir neue Konzepte. In diesen neuen Konzepten ist Auskunft zu geben über die möglichen Bedrohungsformen, über die möglichen Verteidigungsformen. Es ist bekanntzugeben, was für finanzielle Mittel wir haben, was wir noch brauchen, was wir tun, ob wir noch dasselbe brauchen oder nicht. Wir haben diese Konzeption gefordert, nicht die Sozialdemokraten. Wir haben den Vorstoss eingereicht, dass der Bundesrat dies vorlege, weil wir nach einer richtigen Konzeption suchen. Darum auch meine Gegnerschaft im heutigen Augenblick gegen den F/A-18, weil wir nicht wissen, ob er ins richtige Konzept passt oder nicht. Auch Unternehmen stehen dauernd vor solchen Situationen.

Aber die Bauten, die wir hier haben, präjudizieren kein Konzept. Bei Ausbildungsbauten anzusetzen kann nur jemandem recht sein, der in Kauf nehmen will oder beabsichtigt, dass unten, beim Soldaten, eine Misere entsteht. Ich werde den Verdacht nicht los, dass das bei Ihnen der Fall ist.

Herr Ledergerber hat gesagt, man müsse die Armee führen

wie einen Konzern. Ich möchte Herrn Ledergerber nur sagen: Leute, die mit einer Motivation wie der Ihrigen an die Konzernführung herangehen, hätte man in einem Konzern längst zum Verwaltungsrat hinausgekippt.

M. Couchepin: L'essentiel de l'argumentation de M. Bodenmann tient au problème de fond de savoir quelles sont les conséquences des événements qui se passent actuellement dans les pays de l'Est. Il est exact, comme il l'a relevé, que le système socialiste s'effondre après un double échec, un politique et l'autre moral. Un échec politique puisque ce régime socialiste n'a pas réussi à satisfaire les besoins élémentaires de l'homme, qu'il a détruit l'environnement comme nul autre système économique et politique. Plus encore, ce régime s'est effondré moralement puisqu'il n'a pas réussi à constituer une société plus fraternelle. Au contraire, durant toute son existence, il a accumulé des frustrations qui ont pour résultat que l'on assiste aujourd'hui, dans les pays de l'Est, à la renaissance du nationalisme le plus violent et le plus primaire et aussi en URSS à une renaissance de l'antisémitisme.

Ce régime a eu pourtant un succès, d'ordre technique: il a réussi à accumuler un potentiel de matériel militaire de qualité absolument hors du commun. Or, la grande question aujourd'hui, c'est: que va devenir ce potentiel de matériel militaire, même si la tête qui le commande est en train d'avoir des vapeurs? On constate que l'URSS en particulier tente de sauver une partie de ce potentiel militaire, tel est le cas par exemple en Allemagne de l'est: les services secrets ont été transférés en URSS. Mais la question n'est évidemment pas résolue. Comme vient de le dire M. Blocher, que va-t-il se passer?

Jamais dans l'histoire un empire ne s'est effondré sans violence et c'est normal puisque, d'une certaine manière, un empire constitue un facteur d'équilibre: lorsqu'il disparaît, des forces centrifuges sont libérées qui agissent dans des sens contraires. Il y a donc une possibilité de danger, de chaos beaucoup plus grande aujourd'hui que dans le système antérieur. Mais l'effondrement d'un empire, c'est aussi une chance, celle de la création d'un nouveau système de sécurité européen. Or, ce système ne peut se construire dans le vide, il doit s'édifier avec l'aide de partenaires solides qui peuvent chacun apporter une contribution et la première de celles-ci c'est qu'il n'y ait pas de trous dans la sécurité militaire.

Les dépenses que nous faisons aujourd'hui et que nous voterons dans d'autres circonstances sont une contribution de solidarité à la construction du système de sécurité européen. Loin d'être une menace, c'est notre apport à la paix en Europe. Certes, c'est une chance aussi qui s'ouvre de voir se réduire les dépenses militaires. S'il existe une possibilité de réduire les dépenses militaires il faut le faire, mais ces réductions doivent être contrôlées, elles doivent être efficaces. Une réduction partielle des dépenses, sans réflexion d'ensemble, c'est simplement faire une double faute: rendre l'armée totalement inefficace et dépenser encore trop.

J'ai écouté M. Bodenmann avec beaucoup d'intérêt car je pensais que c'était l'occasion pour lui de nous dire quelle serait la nouvelle doctrine militaire socialiste. Or, sur ce point-là j'ai été très déçu, il y a un trou, à moins que ce ne soit une sorte de secret bien gardé. Ce que nous attendons, ce que le peuple suisse attend, plus que des invectives ou de la démagogie, c'est que les socialistes, en tant que parti gouvernemental sérieux, coresponsable des décisions que nous prenons, précisent leur doctrine militaire pour l'avenir et ne fassent pas de la polémique avant d'avoir réfléchi.

Jaeger: In unserer Fraktion gibt es zahlreiche Stimmenthaltungen zum Antrag Bodenmann. Auch in unserer Fraktion ist die Kritik an dieser Vorlage sehr gross. Wir haben sehr eingehend darüber diskutiert, und wir sind – vor allem, wenn der Antrag Bodenmann abgelehnt wird – auch für die folgenden Rückweisungsanträge. Es ist ja interessant, wie jetzt vor allem von freisinniger Seite, zum Beispiel von Herr Aregger und von Herrn Weber, der anderen Seite vorgeworfen wird, dass diejenigen, die den Rückweisungsantrag stellen, in Polarisierung und in Konfrontationspolitik machen. Ich möchte diesen Vorwurf etwas genauer anschauen.

Wenn wir jetzt die Voten von Ihrer Seite gehört haben und wenn wir die Politik verfolgen, die von Herrn Bundesrat Villiger in den letzten Monaten betrieben wurde, und wenn wir vor allem jetzt wieder das Votum von Herrn Blocher gehört haben, deutet doch alles darauf hin, dass auch von Ihrer Seite her ganz offene, knallharte Konfrontationspolitik gemacht wird. Das ist doch die Tatsache. Herr Blocher, wenn Sie Ihre Argumente hier nicht einfach darlegen können, ohne Ihren Gegner zu beleidigen, herunterzumachen oder ihn lächerlich zu machen, dann fehlt es an der Substanz Ihrer Argumentation. Das zeigt doch nur Ihre Nervosität, Herr Blocher. Ich begreife, dass Sie nervös sind, weil offensichtlich Ihre Argumente nicht stark genug sind. Wenn nämlich jemand immer wieder seinen Gesprächspartner beleidigen muss, dann fehlt es ihm offensichtlich an Kraft. Das ist Schwäche, Herr Blocher! Wenn Sie sicher wären, dann hätten Sie es doch nicht nötig – Sie und andere –, Ihre Gegner zu beleidigen.

In der ganzen Diskussion um die neue Sicherheitspolitik haben wir zwei Lager: Jene, die kritisch sind, müssen sich von jenen, die am Hergebrachten festhalten wollen, sagen lassen, sie seien schwächlich, naiv oder sie hätten aus der Geschichte nichts gelernt und wollten nichts anderes als die Selbstbehauptung dieses Landes auf den Opferaltar legen. Es kommen noch ganz andere Vorwürfe und Beleidigungen. Ich habe das in der ganzen Diskussion immer wieder gespürt: Wer zu Kritik ansetzt, wird beleidigt, wird unter Druck gesetzt. Ich möchte nicht lamentieren. Das macht mir überhaupt nichts aus. Aber erklären Sie doch bitte nicht so weinerlich, meine Damen und Herren – leider auch einige Freisinnige –, die Reformer wollten hier in Polarisierung und Konfrontation machen.

Herr Weber, Sie sagen, die Gegner wüssten nicht, was sie wollen, und lehnten daher einfach ab. Ich sage: Sie wissen nicht, was Sie wollen, und machen einfach weiter. Ich bin überzeugt, es gibt unter jenen, die den Rückweisungsantrag unterzeichnet haben und die ihm zustimmen, sehr viele, die einzelnen Positionen zustimmen wollen. Es gibt auch solche, die zugestimmt hätten, wenn nicht in den letzten Monaten von EMD-Seite her eine derart harte Konfrontationspolitik gemacht worden wäre, wenn man wirklich bereit gewesen wäre, auf neue Erkenntnisse einzugehen – Sie können schon den Kopf schüttern, Herr Tschuppert, aber ich bin nicht der einzige, der das sagt, aber ich sage es, auch wenn es Ihnen nicht passt.

Es ist hier dargelegt worden, dass es eine neue Situation gebe. Tatsächlich, wir haben die Feindbilder von gestern nicht mehr. Es sind andere Bedrohungslagen entstanden, es sind regionale Konflikte in den Vordergrund getreten, es ist nicht mehr so, dass uns unsere Nachbarn an der Grenze bedrohen. Auch der Feind im Osten ist nicht mehr derselbe wie vorher. Er hat Probleme mit sich selber, der Warschauer Pakt steht vor der Auflösung, die Supermächte haben Abrüstungsschritte beschlossen und nicht einfach nur davon geredet. Nur wir sind offensichtlich nicht bereit, wirklich zu lernen und eine Anpassung unserer Sicherheitspolitik vorzunehmen.

Ich habe Herrn Villiger schon in der letzten Session gesagt: Nehmen Sie doch neue Leute, die bereit und in der Lage sind, auch innovativ zu denken, wirklich zu überlegen, ob es nicht ein neues sicherheitspolitisches Dispositiv braucht. Erst dann können wir nämlich die Armeereform 95 vornehmen. Ich finde, auf dieser Basis sollten wir die Diskussion führen. Es ist eine Frage der Gesprächskultur. Ich anerkenne die Argumente der Gegner, ich respektiere sie, aber ich bitte Sie: Respektieren Sie auch unsere Argumente.

Persönliche Erklärung – Déclaration personnelle

Ledergerber: Wir haben Herrn Blocher nun öfters poltern gehört. Das gehört zu seinem Stil und ist sehr oft amüsant. Heute ist es mir zu weit gegangen, weil ohne Argumente nur noch aggressiv dreingeschlagen wurde. Ich verahre mich ganz klar gegen Ihre Unterstellung, bei uns herrsche eine innere Verwahrlosung. Sie werden die sozialdemokratische Seele nie verstehen können, das ist mir klar. Ich erwarte aber von Ihnen, dass Sie uns bei den Worten nehmen, die wir sagen, dass Sie sich mit unseren Argumenten auseinandersetzen und uns

nicht Motive unterstellen, um nachher auf der Basis dieser Unterstellungen politisch zu operieren. Dass Sie gesagt haben, die PdA sei Ihnen lieber, ist mir gleich. Ich kann es sogar verstehen, denn es gibt nur noch einen PdA-Vertreter und wieder immer mehr Sozialdemokraten, wie ich hoffe. Ich verwehre mich dagegen, wenn Sie sagen, wir seien gegen jede Landesverteidigung und wir wollten dieses Land ungeschützt Bedrohungen ausliefern. Wir bemühen uns aufrichtig, in einem schwierigen Bereich Lösungen zu finden, die konsensfähig sind. Wenn Sie bis jetzt nicht gemerkt haben, dass der Konsens für diese Form der Landesverteidigung und für diese Form des sturen Durchsetzens alter Konzepte nicht mehr vorhanden ist, dann, denke ich, liegt der Lernbedarf auf Ihrer Seite.

M. Aguet: C'est toujours le même dialogue de sourds. Est-ce parce que la majorité de ce conseil ne veut pas entendre nos arguments que nous devons les taire? De programme en programme, nous devons hélas constamment répéter les mêmes arguments. Heureusement, l'histoire nous donne de plus en plus raison.

Il y a cependant du nouveau dans les mots. On nous promet que le DMF et le Conseil fédéral vont bientôt faire preuve de sagesse, mais de programme en programme on se rend compte que ce ne sont que des promesses. Notre armée est suréquipée, programme après programme on investit et on suréquipe. Est-ce parce que le programme de législation – nous avons d'ailleurs combattu sur ce point – prévoyait 1,5 milliard pour les ouvrages militaires pendant quatre ans? Est-ce parce que l'augmentation de 10 pour cent pour les années 1988-1991 a été admise par les Chambres que le Conseil fédéral persiste dans ces dépenses démesurées?

L'Europe est totalement différente de ce qu'elle était encore l'an dernier. Les tensions internationales s'estompent. Les grandes puissances s'efforcent de construire la paix; elles en donnent des preuves. Les vrais grands risques qu'il faut regarder en face sont de nature écologique, économique, démographique. Mais le Conseil fédéral ne veut pas prendre en compte tous ces changements. Bien sûr, le DMF a nommé de nombreuses commissions. On nous parle de l'armée 1995 et, de plus, il me semble même que M. Villiger paraît fort sincère dans ses propos.

Certes, pour chacun des projets, on nous dit qu'il eût été possible de dépenser encore davantage et que la facture de l'année dernière était légèrement plus élevée. Pour plusieurs de ces constructions, on insiste sur le respect des nouvelles règles relatives à la lutte contre le bruit ou à la protection de l'environnement. Le développement d'installations visant à former nos soldats à de nouvelles armes légères et très efficaces nous semble relativement plus acceptable que la création de nouvelles places d'armes par exemple. Rappelons à ce sujet de temps en temps que la surface des places d'armes de l'armée atteint presque l'étendue du canton de Genève, et qu'à côté de cette extraordinaire emprise le DMF est encore locataire d'une quinzaine de places supplémentaires.

Qu'en disent, dans cette salle, les défenseurs du moins d'Etat? Il est temps de revenir à un petit peu de mesure. Les propositions présentées donnent l'impression que le DMF se dépêche de développer ses ouvrages militaires avant que des décisions de sagesse ne le limitent dans cette mesure.

Pour redimensionner les prétentions du DMF, renvoyons ce projet au Conseil fédéral. En outre, notre politique de sécurité n'en souffrira pas car, devant une telle attitude, le peuple suisse, et singulièrement sa jeunesse, reprendra confiance. Sa volonté de défense n'en sera qu'affermie. Or, c'est cela qui compte avant notre arsenal de grande puissance.

Kühne: Militärische Bauten sind Sachfragen. Gehen wir sie doch sachlich an. Sie werden sehen, das geht viel besser. Die sicherheitspolitische Lage hat sich verändert. Namentlich in Europa ist der Ausbruch eines grossen militärischen Konfliktes nicht wahrscheinlich. Vor allem der über Jahrzehnte befürchtete Durchstoss grosser Verbände zum Atlantik wird meines Erachtens nicht stattfinden. Soweit haben die Sprecher

der SP gar nicht so unrecht. Sie ziehen aber die falschen Schlüsse.

Herr Ledergerber, auch im EMD soll nicht alles so bleiben, wie es immer war. So weit bin ich mit Ihnen einig. Vieles ist in dieser Sache in Bewegung. Einiges ist aber auch klar. Wir müssen und können die Armee modernisieren, verjüngen und zahlenmässig reduzieren. Die Verjüngung ist übrigens auch auf den Zivilschutz auszudehnen. Männer und Frauen über 40 sind im zivilen Bereich unentbehrlich, und als Fusiliere machen sie zudem eher oft eine fragwürdige Figur. Also reduzieren wir bei den alten Soldaten, reduzieren wir noch mehr bei den alten Obersten.

Die allgemeine Wehrpflicht wird aber beibehalten, und wir werden weiterhin eine Milizarmee haben. Das bedeutet, dass wir in Zukunft moderne Ausbildungsanlagen haben müssen. Wir sagen das nicht leichtfertig. Neue Anlagen bedeuten Landbedarf, und das trifft uns regional und auch von unserem Beruf her. Wir sagen nur deshalb ja, weil wir die unbedingte Notwendigkeit einsehen. Es ist unumgänglich, dass die Ausbildung zeitgemäss gestaltet werden muss. Stichwort: Theoriesäle, Simulatoren usw., diese müssen vorhanden sein. Ausbildungsstätten, Unterkunft und die Qualität der Vorgesetzten sind entscheidend für die Moral der Truppe. Wenn einer dieser Punkte oder sogar mehrere schlecht sind, haben die jungen Soldaten eine negative erste Erfahrung mit der Armee. Wir wollen das nicht, und deshalb sind wir gegen Rückweisung.

Carobbio: Sono dell'opinione che la proposta di rinvio del messaggio possa essere sostenuta, contrariamente a quanto hanno preteso qui i deputati dei partiti borghesi che sono intervenuti contro, senza ricorrere ad argomentazioni ideologiche e senza nemmeno troppo soffermarsi sui problemi relativi alla situazione generale in Europa. Questo anche se devo dire che mi ha fatto abbastanza specie il fatto che molti, in questo Parlamento, sembrano rifiutare di prendere atto o comunque di riflettere a fondo sulle conseguenze che quanto sta avvenendo deve pur avere anche dei riflessi sui nostri problemi della sicurezza.

Ma a parte questo, per me ci sono tre ragioni che giustificano il rinvio.

La prima si base sulle stesse indicazioni del Dipartimento militare federale, secondo il quale è in corso un riesame della nostra politica di sicurezza, e quindi dell'impostazione del nostro esercito, che dovrebbe comportare una forte riduzione degli effettivi.

Se ciò è vero, e se è vero che siamo in una fase di transizione, la presentazione anche quest'anno di massicce richieste di credito (360 milioni) è perlomeno discutibile.

Dal mio punto di vista si giustifica una riflessione.

Il secondo argomento – per me il più importante – è che io non credo che sia più ammissibile, dopo quello che è capitato in questi ultimi mesi, che questo Parlamento avalli spese dell'ordine di 56 milioni per la realizzazione dell'infrastruttura di comando senza che queste spese possano essere state esaminate con conoscenza di causa almeno dall'intera commissione competente, la commissione militare.

E' una pratica a mio parere sempre più assurda quella per cui solo alcuni parlamentari, nel caso concreto una sottocommissione, debbano essere informata di tali progetti con la scusa del segreto.

Questa pratica arrischia di condurci un'altra volta in quelle situazioni assurde di decisioni che poi risultano poco comprensibili.

Mi rivolgo al capo del dipartimento per chiedergli se pensi che sia ancora possibile continuare con questa pratica, che discrimina membri della commissione militare e dimostra scarsa fiducia nei loro confronti, che tra l'altro sono tenuti al segreto. Non vedo quali rischi si possano correre a dare loro un'informazione completa.

Si giustifica perciò il rinvio proprio per permettere a tutti i membri della commissione di prendere conoscenza di tutti gli aspetti del progetto.

In terzo luogo non è possibile liquidare con un semplice voto di maggioranza e di minoranza un credito di 50 milioni per la piazza d'armi di Gossau, che è contestata come tutti sanno.

Questi tre motivi concreti a mio parere giustificano la proposta di rinvio come scelta per superare la contrapposizione dei blocchi ideologici e trovare le soluzioni più adatte.

Per concludere, una considerazione del tutto particolare:

Il messaggio in discussione prevede importanti investimenti in Ticino e precisamente 4 milioni per l'aeroporto di Lodrino, 33 per la piazza d'armi di Airolo, 15 milioni per il posto delle guardie di confine di Airolo. In tutto 52 milioni su un totale di 350. Un settimo della spesa. Non è poca cosa. Come Ticinese qualcuno potrebbe dire che, non foss'altro che dal punto di vista degli interessi economici del Cantone, non dovrei sollevare grosse obiezioni. Ciò nonostante, pur non entrando nel dettaglio e visto che non sono membro della commissione e quindi non ho potuto esaminare i dettagli delle opere previste permettemi di esprimere qualche perplessità sull'ampiezza di questi investimenti. In particolare di quelli che riguardano la piazza d'armi di Airolo e quelli riguardanti l'aerodromo di Lodrino.

Domando in particolare al capo del dipartimento se tutte le spese riguardanti l'aerodromo di Lodrino, in particolare il rifacimento di alcuni stabili esistenti, siano veramente giustificate o non vadano oltre le necessità stesse di questa struttura?

Concludendo vi invito a sostenere la proposta di rinvio del collega Bodenmann.

Spälti: Ich hatte persönlich noch nie Probleme mit Ablehnungs- und Reduktionsanträgen, die im Zusammenhang mit dem Rüstungsprogramm oder mit dem Bauprogramm gestellt wurden. Viele von uns haben immer wieder versucht, die Argumente der Gegner zu werten und sie auch zu achten. Sie können das auch im Amtlichen Bulletin nachlesen, als es z. B. um die Diskussion über die Beschaffung des Leo 2 ging oder um das Retrofitprogramm des Panzers 68.

Wie die Armee in Zukunft aussehen soll, das muss, das soll diskutiert werden, weil das letztlich eine Aufgabe des ganzen Volkes ist. Wenn man aber heute einzelne Voten gehört hat, dann muss man leider zum Schluss kommen, dass gar nicht mehr die sachliche Diskussion im Vordergrund steht. In diesem Sinne war besonders aufschlussreich, Herrn Bodenmann zu hören, der sich interessanterweise als erster Redner – er muss hellseherische Fähigkeiten haben – über das Niveau der Debatte beklagt hat. Er hat dabei offenbar nur übersehen, dass er mit seinen oberflächlichen Argumenten – das Wort Argument ist fast zu schön gewählt – den Massstab für das Niveau dieser Debatte selbst gesetzt hat. Wenn er das von ihm gesetzte schlechte Niveau nun nachträglich bedauert, dann bleibt wenigstens die bescheidene Hoffnung, dass Selbsterkenntnis der erste Schritt zur Besserung sei.

Ich gehe auf einige Äusserungen des Herrn Bodenmann ein. Er hat erklärt, es dürften keine neuen Waffenplätze mehr gebaut werden. 83 Prozent der Bevölkerung seien gegen den Bau neuer Waffenplätze. Dialektisch ist es natürlich nicht schlecht, eine solche Behauptung in den Raum zu stellen; man vermittelt den Eindruck, es würden ungehemmt zusätzliche Ausbildungsräume geschaffen. Tatsache aber ist, dass Neuchlen-Anschwillen beispielsweise den verlorengegangenen Waffenplatz St. Gallen ersetzt. Wenn das Gelände grösser ist als das bisherige, dann ist das sehr weitgehend dadurch bedingt, dass heute die Landwirtschaft – zu Recht – und der Landschaftsschutz innerhalb eines Waffenplatzes ganz andere Bedeutung gewonnen haben, als das in der Vergangenheit der Fall war.

Es wurde gesagt, die Schweiz gebe dreimal mehr von ihrem Bruttosozialprodukt für die Rüstung der Armee aus als Japan. Auch das ist dialektisch nicht schlecht für denjenigen, der nichts weiss. Nur hat Herr Bodenmann vergessen, uns auch ehrlich zu sagen, dass Japan ein zehnmal höheres Bruttosozialprodukt hat als die Schweiz und dass das eine Prozent, das Japan nach dem Zweiten Weltkrieg auferlegt wurde, schon lange auf schwarzem Wege unterlaufen worden ist.

Es ist auch gesagt worden: Man trüge dem Abbau der Mannschaftsbestände nicht Rechnung. Man hat aber nicht gesagt, dass das Programm der Unterkünfte von 550 auf 360 reduziert wurde. Das einige Feststellungen zu diesen sogenannten Argumenten.

Die Herren Günter und Jaeger haben die Polarisierung beklagt. Ich beklage sie auch. Aber wenden Sie sich doch einmal an jene, die mit medienträchtigen, rechtswidrigen Handlungen, Auftritten und auch Besetzungen dafür verantwortlich sind, dass es Gegenreaktionen gibt. Jawohl, Gesprächskultur, einverstanden, sachliche Argumente, einverstanden. Leider hat Herr Bodenmann als erster Sprecher in diesem Rat einen anderen Massstab gesetzt.

Hubacher: Wenn es in diesem hohen Haus um militärische Fragen geht, wird immer im gleichen Stil debattiert. Aus Sicht der Sozialdemokraten, die der Meinung sind, die Militärausgaben könnten und müssten ganz gehörig reduziert werden, ist das eine erfolgreiche Demonstration der bürgerlichen Hilflosigkeit. Machen Sie so weiter, ich empfehle Ihnen das aus unserer Sicht; das ist der beste Beweis, dass Sie nichts gelernt haben nach dem 26. November 1989. Machen Sie mit dieser Armee weiter, in welcher drei von vier Auszugssoldaten genug haben von dieser Politik. Wir wissen nur nicht so recht, mit wem Sie eigentlich noch Verteidigungspolitik, Militärpolitik betreiben wollen. Es reicht nicht mit der alten Generation, bei aller Hochachtung vor ihren Verdiensten im Aktivdienstzeitalter. Herr Blocher, es geht ja auch um eine gewisse Sorgfalt. Sie haben immer von Nichteintreten gesprochen. Es liegt kein Nichteintretensantrag, sondern ein Rückweisungsantrag vor. Es war bis jetzt eigentlich so, dass wir Herrn Blocher als wirklichen Sprecher der bürgerlichen, oft der schweigenden bürgerlichen Mehrheit angesehen haben, nämlich der Parlamentarierinnen und Parlamentarier, die sich nicht mehr zu sagen getrauen, was Herr Blocher hier jeweils so erfrischend offen vorträgt. Aber wenn Sie so weit gehen – Herr Ledergerber hat das schon zu Recht angetönt –, einfach pauschal alle Sozialdemokraten unserer Fraktion der geistigen Verwahrlosung zu bezichtigten, dann können wir Sie – Entschuldigung, Herr Blocher – nicht mehr ernst nehmen. Das ist nur noch Beleidigung, das ist nur noch Diffamierung, und ich bitte Sie, das zurückzunehmen, sonst sind Ihr Stellenwert und Ihr Börsenkurs wirklich tief gesunken. Sonst müssten wir Ihnen sagen, wir lassen uns das nicht bieten von einem Politiker, der, bevor der Bundesrat im Interesse des Landes über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft verhandelt, jetzt schon alles ablehnt, Verhandlungsergebnis hin oder her. Sie wissen es zum voraus, Sie haben die Parole ausgegeben: «Nein, die Schweiz hat mit Europa nichts zu tun.» Das ist dann sehr nahe bei dem, was ich verantwortungslos nenne. Von diesem Manne lassen wir uns nicht geistige Verwahrlosung vorwerfen. Das geht nicht, Herr Blocher. So kann man nicht politische Kultur betreiben, so kann man in einer Demokratie nicht miteinander umgehen. Dann begreife ich, dass Sie die PdA lieber gehabt haben. Sie vertritt den genau gleichen totalitären Stalinismus, wie ihn die Kommunisten in den Ostblockstaaten praktiziert haben. Herr Blocher, Sie müssen jetzt gründlich überlegen, wie wir miteinander diskutieren, ob wir diffamieren oder ob wir argumentieren.

Was wollen wir eigentlich? Wir muten dem neuen EMD-Vorsteher Kaspar Villiger zu, etwas aus der Vergangenheit seiner zum Teil bedenklich schwachen Vorgänger zu lernen. Nämlich zu lernen, dass man auch im EMD einmal «Übung halt!» sagen müsste, dass man die neue Lage in Europa berücksichtigen sollte. Und wir hätten erwartet, Herr Villiger wäre in der Lage, zu sagen: «Jetzt gehen wir einmal über die Bücher. Jetzt wird nicht so weitergefahren, wie in den letzten Jahrzehnten.» Aber: Demokratisierung in Osteuropa hin oder her, Frieden und Entspannung hin oder her. Wir bauen weiter, wir machen weiter wie gehabt. Wir Sozialdemokraten meinen, «Übung halt!» wäre eine Chance für das EMD. Wenn Sie die auch verspielen – Herr Villiger –, müssen Sie sich nicht bei uns beklagen, sondern bei Ihren angeblichen Freunden.

Persönliche Erklärung – Déclaration personnelle

Blocher: Ich möchte an die Adresse der Herren Jaeger, Ledergerber und Hubacher sagen:

1. Ob Sie besser austeilen können als ich, das weiss ich nicht, aber ich kann auf jeden Fall besser einstecken.

2. Jetzt kommt man hier ans Pult – Herr Jaeger – wie Niklaus von Flüe und sagt: «Es hat einer polarisiert. Aber wir sind ja für den völligen Ausgleich, wir polarisieren gar nicht.» Wer aussteilt, muss auch einstecken können.

Herr Hubacher, ich muss mich wirklich entschuldigen, es tut mir wirklich sehr leid, und ich nehme es auch zurück, ich habe mich versprochen, ich habe gesagt, es sei ein Nichteintretensantrag statt ein Rückweisungsantrag. Das muss ich zurücknehmen, das tut mir leid.

3. Herr Hubacher, ich nehme das mit der inneren Verwahrlosung sehr ernst. Das habe ich nicht zum ersten Mal gesagt. Ich bin der tiefen Ueberzeugung, dass ein Volk, eine Partei oder ein Politiker, welche nicht mehr die Kraft aufbringen, für die Verteidigung des eigenen Landes einzustehen, ein Zeichen innerer Verwahrlosung darstellen. Ich kann es nicht zurücknehmen, es tut mir leid.

Feigenwinter, Berichterstatter: Es ist ja nicht Aufgabe der Kommissionssprecher, diese auf ein bedenklich polemisches Niveau hinuntergeratene Diskussion fortzusetzen. Ich rufe Sie zur Sachlichkeit in dieser Angelegenheit auf. Ich muss allerdings feststellen, dass nicht ganz zutrifft, was Herr Hubacher gesagt hat. Der Stil hat sich sehr wohl geändert. Heute wurde praktisch nur polemisiert und, was der Sache sehr wenig dienlich ist, der Gegner wurde lächerlich gemacht. Zwar hat mit diesem Gebaren Herr Bodenmann begonnen. Er hat mir gestern versprochen, die Kanonen zu laden und zu schiessen. Er hat aber die Kartätschen geladen, mit denen man üblicherweise Dreck verschiesst. Ich möchte jedoch sachlich bleiben und wieder zur Sache zurückkehren.

Es ist falsch, wenn man sagt, die Kommission, der Bundesrat und wahrscheinlich auch die bürgerliche Mehrheit in diesem Rate hätten keine Lagebeurteilung vorgenommen in dem Sinn, dass sie den neuen, veränderten Gegebenheiten in Europa und der Welt nicht Rechnung tragen. Sowohl Sie von der linken Seite in dieser Versammlung wie auch wir von der andern Seite stehen ja vor denselben Fakten. Wir ziehen allerdings daraus andere Schlüsse. Das ist ein intellektueller Denkvorgang, der zulässig ist. Es ist eine Verwilderung der politischen Sitten, dass man denjenigen Gegner lächerlich macht, der eine Situation anders beurteilt. Herr Bodenmann, Sie haben das leider getan, wobei Sie keineswegs für sich in Anspruch nehmen können, dass die Schlüsse, die Sie aus dieser Lagebeurteilung ziehen, die richtigen sind. Das wird erst die Zukunft weisen. Das ist ja das Schwierige an der heutigen Situation, dass wir auf unsicherem Boden stehen.

Sie unterstellen dem Bundesrat, er mache nichts. Der Bundesrat ist aber gewillt, eine sicherheitspolitische Neubeurteilung durchzuführen, weil er natürlich auch nicht blind ist. Es kann sich ja der Einsicht nicht entziehen, dass sich vieles gewandelt hat und dass unsere Armee möglicherweise total geändert werden muss und einen ganz neuen Auftrag erhalten wird, der der Situation Rechnung trägt, dass die Frontlinien in Europa nicht mehr durch unser Land oder in der Nähe unseres Landes, sondern vielleicht am Bosphorus und in Portugal, jedenfalls an den Aussengrenzen dieses Kontinents, verlaufen könnten – ich sage «könnten», denn sicher ist auch das noch nicht. Der Bundesrat hat sogar, bevor sich die Situation für alle so überraschend geändert hat, den Auftrag gegeben, eine neue Armeekonzeption zu erarbeiten, vielleicht eher unter dem Gesichtspunkt, dass auch dieser Armee einmal eine Ueberprüfung gemäss System McKinsey gut bekommen könnte. Notwendig ist sie in jedem Fall.

Diese Neukonzeption der Armee könnte nun angesichts wirklich veränderter Verhältnisse viel weiter führen, als das ursprünglich geplant war. Aber wir sind immer noch auf unsicherem Boden. Wir sind noch nicht imstande, ein neues Haus zu beziehen, und müssen vorläufig in unserem alten Haus verbleiben. Aber, um bei diesem Beispiel zu bleiben, Umbauten an diesem Haus, die im Gang sind und offene Seiten bieten, müssen wir fertigstellen. Kommission und Bundesrat sind der Auffassung, dass in Ausführung begriffene Objekte fertigzustellen sind. Nehmen Sie die Minenwerferstellungen. Wir haben diese sehr teuren Waffensysteme beschafft, und sie sollen

nicht im Zeughaus verrotten, sondern, wenn schon, dann dort, wo sie notfalls auch eingesetzt werden.

Wir haben auch gesagt, dass das Schwergewicht dieses Bauprogramms auf Ausbildungsbauten zu verlegen ist, weil wir schon lange zu Lasten dieses Sektors Investitionen zurückgestellt haben, um die eigentliche Kampfkraft, die Erstschlachtkraft der Armee, zu verbessern. Hier besteht ein Nachholbedarf, und dieser Nachholbedarf ist gegeben, solange wir eine Armee haben. Ich gehe davon aus, dass es sicher ist, dass wir diese Armee behalten können.

Wir haben ausdrücklich auch in der Kommission gesagt, es sei auf Bauten zu verzichten, welche die jetzige Konzeption zementieren. Deshalb gibt es keine neuen Kredite für Sperrstellungen, sondern wir verzichten darauf, zugunsten dieser Ausbildungskredite. Wir wollen aber auch keine neuen Bauten, um eine künftige, noch nicht bekannte Konzeption zu präjudizieren.

Das sind die Ueberlegungen, die die Kommission angestellt hat und die der Bundesrat teilt. Sie haben dazu geführt, dass wir diesem Bauprogramm zugestimmt haben. Es besteht kein Grund, diesem Rückweisungsantrag mit unbestimmtem Auftrag Folge zu leisten.

Ich bitte Sie, ihn abzulehnen.

M. Leuba, rapporteur: S'il y a un point sur lequel tout le monde doit au moins être d'accord, au nom de ce fameux consensus après lequel chacun court mais que si peu contribuent à créer, c'est bien celui de la modification de la situation en Europe. Mais, lorsque l'on constate que cette situation s'est profondément modifiée, on ne peut encore rien en tirer à titre de conclusion pour notre défense nationale. Car ce qui est absolument décisif, ce n'est pas cette modification de la situation mais l'appréciation que cette nouvelle situation fait peser comme menace sur notre pays et c'est à partir de ce point seulement que des conclusions peuvent être apportées quant à notre effort de défense nationale. Or, tout le monde devrait être aussi d'accord pour constater qu'il est trop tôt pour tirer ces conclusions, tant la situation évolue rapidement et personne ne peut nous dire ce qu'elle sera d'ici la fin de l'année.

Le Rapport sur la politique de sécurité devra nécessairement définir cette menace et devra nous indiquer avec quels moyens le Conseil fédéral entend y faire face. De toute manière, ce rapport ne peut pas conclure, ainsi que le sous-entend la proposition de renvoi, à la suppression de l'armée parce qu'il n'y aurait plus aucune menace. Cela n'est tout simplement pas possible après le vote du 26 novembre 1989. Aucun pays ne propose la suppression de son armée, même pas les pays de l'Est qui ont adopté maintenant une conception plus démocratique de leur organisation. La Conférence sur la sécurité et la coopération en Europe ne part pas du principe que les armées nationales seront supprimées. Tout au contraire, elle entend régler la force de ces armées. Que faire alors? Nous seuls, en Suisse, en laissant les bâtiments se dégrader, en ne construisant pas de locaux pour les stimulateurs Stinger, par exemple – que vous avez décidé d'acheter l'année dernière – mènerions une politique parfaitement absurde. Nous devons donc, dans ce cadre-là, continuer l'effort de construction dans toute la mesure – et la commission y a veillé – où nous ne figeons pas des structures de l'armée que nous pourrions être amenés à modifier prochainement.

Mais quelle liaison y a-t-il entre les modifications intervenues dans les pays de l'Est et la construction d'une caserne remplaçant des bâtiments vétustes dans lesquels nos recrues doivent de toute façon faire leur service? Quelle liaison y a-t-il entre les modifications intervenues dans ces mêmes pays et l'assainissement des bâtiments ruraux, loués par la Confédération sur les places de tir? Véritablement, la proposition de renvoi ne peut pas se justifier par ces modifications en ce qui concerne ce projet de constructions.

Finalement, je constate, en dépit de ma brève expérience parlementaire dans cette maison, que les débats se suivent et se ressemblent. Les contestations des crédits militaires sont renouvelés année après année, seule l'argumentation change. Alors, à propos de ce raisonnement, je dois avouer à M. Guget que les bras m'en sont quelque peu tombés lorsqu'il prétend

que l'histoire donne raison aux socialistes. Est-ce l'année où s'effondre les régimes socialistes des pays de l'Est qu'il convient de faire cette affirmation? Un peu de modestie dans ce domaine me paraîtrait convenir parfaitement.

En conclusion, je dirai que, la situation étant plus floue et plus incertaine que jamais, ce n'est décidément pas le moment de baisser la garde.

Bundesrat Villiger: Ich hatte eigentlich nicht vor, mich zur Sicherheitspolitik zu äussern, weil ich auch davon ausgehe, dass der direkte Zusammenhang zwischen der neuen Lage und diesem reduzierten Bauprogramm nicht gegeben ist. Aber nachdem diese Fragen aufgeworfen worden sind, äussere ich gerne ein paar Gedanken dazu.

Es ist in der Tat so, dass sich die politisch-militärische Lage stark gewandelt hat. Wir stehen vor verschiedenen Umbrüchen, die sich gegenseitig beeinflussen. Auf der einen Seite ist der Umbruch im Osten mit dem Aufbruch zu Demokratie und Marktwirtschaft an sich schon etwas Kompliziertes, auf der anderen Seite ist die westeuropäische Einigung auch nichts Einfaches. Beides beeinflusst sich gegenseitig und wird noch kompliziert durch die Vereinigung der beiden Deutschland, die auch sehr starke sicherheitspolitische Konsequenzen haben kann, je nachdem, wie sie sich vollzieht.

Der Bundesrat geht davon aus, dass die Chancen für eine positive Entwicklung besser sind als je und dass die Chancen, Konfliktsachen – und das ist immer das Entscheidende einer Sicherheitspolitik – beseitigen zu können, heute grösser sind als je. Auch unsere Sicherheitspolitik wird dem Rechnung tragen müssen. Man könnte sagen, dass diese Sicherheitspolitik in den nächsten Jahren auf zwei Säulen beruhen könnte: auf einer offensiven aussenpolitischen und auf einer eher bewahrenden Säule.

Zur ersten: Wir sollten eine Sicherheitspolitik anstreben, die hilft, Europa im Rahmen unserer Möglichkeiten sicherer zu machen: mit wirtschaftlicher Kooperation, indem wir helfen, im Osten die Marktwirtschaften zu stabilisieren; mit politischer Kooperation, indem wir dazu beitragen, dass sich diese Demokratien festigen können; mit rechtlicher Kooperation, indem wir zu gewaltfreien Konfliktlösungsmechanismen in Europa beitragen, und militärisch gesehen mit friedenspolitischen Massnahmen (Abrüstung, Verifikation usw., das kann bis zu Blauhelmen gehen), also mit einem aktiven Beitrag an ein sichereres Europa in der Erkenntnis, dass auch unsere Sicherheit letztlich von der Sicherheit Europas abhängig ist. Das ist die Karte der Hoffnung, die wir ausspielen können.

Wir müssen das aber – und jetzt komme ich zur bewahrenden Komponente – ohne Naivität tun. Wir müssen gegen Rückschläge gewappnet sein, gegen Eiszeiten, gegen eine «kalte Sophie», die auch politisch wieder kommen könnte, denn wir müssen erkennen, dass es nach wie vor Risikofaktoren gibt, die nicht auf die leichte Schulter zu nehmen sind. Ich darf einige aufzählen. Denken Sie an die Kluft zwischen den Erwartungen dieser Völker, die nun befreit sind, und der traurigen wirtschaftlichen Realität, die möglicherweise noch für Jahre traurig bleibt. Bleiben diese zarten Demokratieansätze tatsächlich stabil? Wir müssen dazu beitragen, aber wir können es nicht garantieren. Denken Sie an die aufbrechenden Nationalitätenkonflikte. Denken Sie an die enorm schwierige innere Situation der Sowjetunion. Sicherheitspolitisch ist von entscheidender Bedeutung, was in diesem Lande geschieht, und die Probleme sind grösser denn je. Denken Sie an neue Gefahren, die kommen, an die Proliferation von Raketentechnologie, von chemischer Waffentechnologie, von Nuklearwaffentechnologie in Ländern, die nicht weit von uns weg sind, die auch in Zukunft gewisse Aggressivitäten entwickeln könnten. Je nach Mischung der Risikofaktoren und der Chancenfaktoren kann die Zukunft sehr verschieden aussehen, und dagegen müssen wir gewappnet sein. Denken Sie auch daran, dass die militärischen Potentiale in Mitteleuropa nach wie vor so gross sind wie nie in der Geschichte, und sie werden immer noch grösser sein als je in der Geschichte, wenn die Abrüstung, die wir auch anstreben, Tatsache werden wird. Wir können heute auch sagen, dass Sicherheitssysteme der Zukunft immer auf Armeen beruhen werden, aber hoffentlich auf tiefe-

rem Rüstungsniveau und hoffentlich mit defensiveren Strukturen, mit Strukturen, die in der Schweiz schon immer beispielhaft waren. Ich glaube also, dass die Chancen für Abrüstung im Moment gut sind, und wir werden uns zu diesen Problemen im Bericht über die Sicherheitspolitik im Namen des Bundesrates äussern.

Herr Bodenmann hat diesen sicherheitspolitischen Bericht schon diskreditiert, bevor er ihn kennt. Ich bedaure das, weil es nicht unbedingt jene Fairness widerspiegelt, die vorhin von Mitgliedern seiner Partei zu Recht gefordert worden ist. Warten Sie diesen Bericht ab und beurteilen Sie ihn dann. Es wird ein Bericht des Bundesrates sein, der breit, interdepartemental abgestützt sein wird.

Ich habe das EMD an einer Pressekonferenz mit einem Supertanker verglichen, der, wenn man am Steuerrad dreht, noch 50 Kilometer weiter fährt, bis er sich bewegt. Alles, was im EMD und in der Armee vorhanden ist, ist eben langfristig angelegt. Rüstung ist etwas sehr Langfristiges. Es braucht erstens einmal ein logisches Ganzes, damit eine Armee in ihren Elementen zusammenpasst, und das muss über Jahre aufgebaut werden. Denken Sie nur, wie lange es geht, bis ein Leopard – vom Anfang der Evaluation, ausgelöst im Departement, über die Parlamentsdebatte – wirklich gebaut ist. Das können Sie nicht in zwei Minuten verändern. Das wird auch bei der Abrüstung so sein. Auch wenn erste Abkommen – was wir hoffen – im konventionellen Bereich unterschrieben sind, wird es sechs bis acht Jahre dauern, bis das wirklich realisiert ist. In der Zwischenzeit sind diese Waffen noch vorhanden und einsatzfähig. Auch eine Milizarmee braucht lange, bis sie ihre Strukturen verändern kann. Nicht nur, weil Veränderungen über Vernehmlassungen und verschiedene parlamentarische Beschlüsse vorgenommen werden müssen, sondern weil es auch lange braucht, bis eine neue Philosophie über die Ausbildung bei den Soldaten oder eine neue Strategie dann wirklich wirksam wird, bei den kurzen Ausbildungszeiten, die wir haben. Auch bei den Bauten haben wir langfristige Konzepte, die Sie nicht plötzlich abbrechen können. Hier haben wir sicher erste Akzente gesetzt. Wenn man uns den Vorwurf der totalen Unbeweglichkeit macht, muss ich auch hierzu sagen, dass dies ungerecht ist. Es mag politisch attraktiv sein, uns das immer wieder vorzuwerfen und uns auch als Lügner und Spitzbuben zu bezeichnen, aber es ist ungerecht. Es ist in diesem Departement wohl noch kaum je so viel gleichzeitig in Bewegung gewesen. Es ist so viel, dass es ein beachtliches Managementproblem ist – vor dem ich Respekt habe –, das alles überhaupt zu bewältigen. Wir gehen über die Bücher – Herr Hubacher –, und zwar sehr intensiv. Ich darf «Armee 95» erwähnen. Die Reduktion um einen Drittel ist grösser als all das, was jetzt irgendwo in unserem Umfeld konkret in Bewegung ist. Das bedeutet eine völlig neue Struktur dieser Armee. Eine politische Vorgabe habe ich unlängst gegeben, die darauf abzielt, dass es nicht wieder fünf Jahre braucht, wenn wir die Struktur weiter verändern wollen, sei es Richtung Reduktion/Abrüstung – wenn wir in diese Gespräche einbezogen werden sollten –, sei es – wenn die Gefahr wieder steigen sollte – in der anderen Richtung. Denken Sie an die Ausbildung, wo die Gruppe Schoch, aber auch die Gruppe für Ausbildung intensiv daran sind, den gewaltigen Brain storm, der in diesem Lande im letzten Jahre herrschte, aufzuarbeiten und daraus verdaubare, vernünftige, richtige Reformpakete zu gestalten. Denken Sie an die Bauten, wo wir starke Akzentveränderungen vorgenommen haben. Ich komme noch im Detail dazu. Aber denken Sie auch an die Logistik und an unser Industriepotential, das natürlich von alledem betroffen wird. Wir überprüfen z. B., ob unsere Munitionsbestände richtig sind, ob wir hierzu nicht immer zu vornehm waren und zuviel an Lager legten. Das wird alles bis zum letzten Munitionshäufchen und bis in die Produktion Konsequenzen haben. Denken Sie an die Elektronisierung, an die Auswirkungen auf die Bestände, auf die KMV-Zeughäuser. Das alles kann man nicht einfach so mit ein paar Schlagworten aus dem Handgelenk abtun.

Noch zu den Kosten: Ich habe an unserer letzten Pressekonferenz gesagt, dass wir vom EMD her anstreben, die Kosten real einzufrieren, und zwar trotz der weiteren Mechanisierung und Erneuerung alter Waffensysteme, die weiterhin nötig sein wer-

den, wenn wir eine Armee haben wollen, die glaubwürdig ist, und trotz der Erneuerung der Flugwaffe. Schon das erfordert sehr starke Prioritäten. Sie dürfen das nun nicht vergleichen mit Ländern, die jetzt vom Abbau sprechen wie die Vereinigten Staaten, die in sehr kurzer Zeit ihre Budgets nahezu verdoppelt hatten, während wir ein einigermaßen gedämpftes, lineares Wachstum betrieben. Sie können das auch nicht mit der Sowjetunion vergleichen, die viel zuviel von ihrem Sozialprodukt in die Rüstung gesteckt hat. Herr Bodenmann hat natürlich schon gewusst, warum er Japan erwähnt hat und nicht die Nato-Länder. Verglichen mit den Nato-Ländern geben wir wesentlich weniger aus in bezug auf das Sozialprodukt. Japan hat ein so grosses Sozialprodukt, dass es trotz dieser, von Ihnen als eher klein betrachteten Ausgaben im Moment die drittgrösste Militärmacht der Welt ist, und das macht gewissen Leuten hier in Saal sogar Sorgen. Ich glaube, dass mit unserer Politik der Anteil des Militärs an den Bundesausgaben in der Zukunft sehr rasch kleiner werden wird, wie das in der Vergangenheit schon gewesen war. Ich werde mich dagegen wehren, dass man über das Budget die Armee unglaublich machen will. Ich bin der erste, der Schwerpunkte setzen und nur das realisieren will, was nötig ist; aber man kann eine Armee auch über die Budgets so aushungern, dass wegen überalterten Waffensystemen die Motivation der Wehrmänner verschwindet, dass das Klima für weitere Antiarmeeaktionen besser wird. Ich glaube, zu so etwas dürfen wir, solange wir zu unserer Landesverteidigung stehen, nicht ja sagen.

Noch kurz zum eigentlichen Programm: Sie wissen, es umfasst für 358 Millionen Franken Bauvorhaben. Nicht mehr darin enthalten sind die Vorhaben für die Rüstungsbetriebe, weil diese nach dem neuen Finanzhaushaltgesetz nicht mehr botschaftspflichtig sind. Die Objektsomme liegt um 40 bis 70 Millionen Franken tiefer als in den früheren Jahren, als sie sich noch auf zwischen 400 und 430 Millionen belief. Sie ist nominell auf dem Stand von 1986; die Teuerung eingerechnet, vor allem die Bauteuerung, ist das sogar eine signifikante Reduktion. Diese Reduktion war auch deshalb unvermeidlich, weil die Zahlungskredite der Bauten, die ja massgeblich sind, für das, was in Wirklichkeit realisiert wird, in der letzten Zeit real abgenommen haben. Der Hauptteil der Kürzungen wurde bei den Geländeverstärkungen vorgenommen. Sie erreichen den Stand von Mitte der achtziger Jahre, auch nominell. Damals wurde auf Ihren Wunsch und auf Wunsch der Militärkommissionen das Schwergewicht sehr stark auf Kampf- und Führungsbauten verlegt; das ist etwas, was wir jetzt zurückgenommen haben. Wir wollen aber das Festungsminenwerfer-Programm noch abschliessen. Auch dieses Programm ist ein langfristiges Konzept, und es wäre fahrlässig, es einfach abzublocken. Es ist auch nicht so, dass die Konzepte von «Armee 95» den Festungsminenwerfer-Bereich stark betreffen würden, weil die Festungsminenwerfer im Schlüsselgelände stehen. Das Gelände ist gegeben, welche Doktrin wir auch immer haben.

Der vorläufige Verzicht auf den weiteren Bau von Führungsanlagen für grosse Verbände und Sperrstellungen gewährleistet die Handlungsfreiheit für «Armee 95». Ich habe den Generalstabschef schon vor längerer Zeit beauftragt, bei Geländeverstärkungen und Führungsbauten einen Stopp und eine Denkpause – auch beim EMD gibt es Denkpausen, aber nur dort, wo sie sinnvoll sind! – einzuschalten und das Problem zu überprüfen, weil die Armee 1995 kleiner und flexibler sein wird. Das wird für diese Bereiche Konsequenzen haben.

Es ist auch eine gewisse Umorientierung Richtung Ausbildung nötig. Das wollen wir mit diesem Programm einleiten. Wir wollen mehr für die Ausbildungsinfrastruktur einsetzen. 40 Prozent oder 135 Millionen Franken sind schon für Ausbildungszwecke reserviert. Einige Vorhaben gelten diesem Bereich. Airolo, Herisau-Gossau, auch Kasernenunterkünfte usw.: Neue Waffensysteme brauchen eben auch neue Ausbildungszentren – ich denke an den Stinger. Es geht hier nicht um Luxus, sondern ganz einfach darum, unseren jungen Mitbürgern, die als Wehrpflichtige eine Aufgabe erfüllen, die ihnen von der Verfassung aufgetragen worden ist, ordentliche, saubere und einigermaßen freundliche Unterkünfte und effiziente Ausbildungseinrichtungen zu bieten. Sie haben sie

schlicht und einfach verdient. Hier besteht ein gewisser Nachholbedarf.

Ich glaube, dass auch die Modernisierung der Ausbildungseinrichtungen hilft, den vielgeschmähten Leerlauf zu bekämpfen. Ein Wehrmann, der gut und rationell ausgebildet wird, ist auch besser motiviert. Deshalb sind hier – und das wird auch in den nächsten Jahren so sein – Investitionen wichtig. Auch die Simulation wird zunehmen; das hat verschiedene Gründe: Viele Munitionsarten sind so horrend teuer, dass wir mit Simulation arbeiten müssen, oder sie sind so explosiv, dass wir damit in der Schweiz gar nicht üben könnten. Wir können auch damit einen Beitrag an die Umweltverträglichkeit der Armee leisten.

Noch zu einigen Fragen, die hier gestellt worden sind: Herr Bodenmann, zur Frage, ob in diesen Krediten irgendwelche Zahlungen in Richtung Una (Widerstandsorganisation) versteckt seien: Es sind keine solchen Kredite hier enthalten.

Herr Rebeaud, zur Frage, ob die Bauten in Sitten, die Unterstände, ein Präjudiz für den F/A-18 seien: Für die Unterbringung der Trainingsflugzeuge Hawk in Sitten haben Sie bereits mit einem früheren Bauprogramm zwölf Einstellzellen genehmigt. Unabhängig davon, ob noch dieses Jahr oder irgendeinmal später ein neues Kampfflugzeug beschlossen wird, und zwar welches auch immer, ob F/A-18 oder ein anderes, ist es sinnvoll, die Zellen, die für den Hawk vorgesehen sind, auch für ein allfällig neues Kampfflugzeug zu verwenden. Der beantragte Zusatzkredit dient deshalb dazu, die sechs bereits im Bau befindlichen Zellen zu erweitern und die Pläne der neuen Zellen anzupassen. Unabhängig davon, wie sich die Beschaffung entwickelt, müssen aber die restlichen sechs Zellen, für die der Kredit bereits bewilligt ist, baldmöglichst errichtet werden, um eben für den Hawk zur Verfügung zu stehen. Es wäre also nicht sinnvoll, den Entscheid über diesen Zusatzkredit von der Beschaffung abhängig zu machen. Wenn Sie diesen Zusatzkredit ablehnen, sparen Sie im Moment zwei Millionen Franken. Sollte aber das Flugzeug einmal beschafft werden, kostet es ein Mehrfaches an Investitionen. Das ist einfach eine Offerte unsererseits; wir glauben, dass die Versicherungsprämie von zwei Millionen gerechtfertigt ist, aber die zwei Millionen sind in keiner Weise ein Präjudiz für Ihren späteren Kampfflugzeugentscheid.

Herr Rebeaud, zur Frage des Führungsbunkers: Es haben auch andere darauf hingewiesen, Herr Carobbio zum Beispiel. Dieser hat gewettert, dass hier das Parlament nicht habe kontrollieren können. Ich werde beim Minderheitsantrag, der diese Position streichen will, die Frage beantworten.

Herr Ledergerber hat an ein paar Beispielen aufzeigen wollen, warum man etwas nicht machen solle. Nach ihm sind es Präjudizien für die Struktur der neuen Armee. Ich kann zu den Munitionsmagazinen sagen, dass es beim grosseren Teil vor allem um Sicherheitsinvestitionen geht, und auch beim anderen Teil ist kein Präjudiz im Hinblick auf «Armee 95» festzustellen. Bei den Führungsbauten haben wir alle neuen Projekte gestoppt, was jetzt noch läuft, ist die Fortsetzung von angefangenen. Hier werden sich vielleicht Änderungen ergeben, weil wir ja nicht wissen, wie viele Divisionen es noch gibt, ob die solche KP brauchen oder ob wir dann mehr Brigaden usw. haben. Zu den Festungsminenwerfern habe ich mich bereits geäussert.

Herr Ledergerber hat auch von «Armee 95» gesprochen. Ich darf noch einen letzten Gedanken zu «Armee 95» beifügen. Die Abrüstung wird verkleinerte und verdünnte Armeen in Europa bringen, wenn sie einmal Wirklichkeit wird. Ich muss aber sehr nüchtern darauf hinweisen, dass die Verdünnung und Verkleinerung teilweise durch verstärkte Feuerkraft, erhöhte Beweglichkeit und stark erhöhte Zielgenauigkeit kompensiert werden. Die Technisierung, die Modernisierung gehen weiter, vielleicht nicht mehr ganz so schnell wie früher, aber sie gehen unentwegt weiter. Beispielsweise gehen die einseitigen Restrukturierungen der Sowjetarmee sehr stark auch in Richtung «McKinsey-Rationalisierung», Anpassung an ein modernes Gefechtsfeld, weil diese Armee schlicht und einfach überpanzert war. Wenn man das als Abrüstung verkauft, können wir auch «Armee 95» mit gutem Gewissen als Abrüstung verkaufen. Wenn in Wien ein CFE kommt, wird das echt mehr brin-

gen, aber unsere Struktur wird dann so sein, dass auch wir das Richtige und Angemessene tun können. Ich muss aber auch darauf hinweisen, dass man mechanisierte Berufsarmeen nicht mit einer nach wie vor infanterielastigen schweizerischen Milizarmee vergleichen darf. Sie dürfen nicht einfach Mann gleich Mann setzen, sondern in all diesen Gedanken muss natürlich die Milizstruktur unserer Armee berücksichtigt werden. Herr Aregger hat bemängelt, die zehn Millionen, die wir für allgemeine Erneuerungen eingesetzt haben, seien etwas wenig. Das war ein Schnellschuss von mir, um eben schon im Bauprogramm Dinge anpacken zu können, die im langfristigen Bereich gar nicht vorgesehen waren. Ohne Vorplanung hätte man gar keine grösseren Beträge unterbringen können. Auch das ist ein kleines Mosaiksteinchen in Richtung einer Akzentverschiebung.

Zu Herrn Jaeger möchte ich nicht sehr viel sagen. Er hat zwar gesagt, man solle hier die politische Kultur wahren – ich unterstütze seine Meinung ganz und gar –, andererseits hat er uns sehr hart eine Konfrontationspolitik vorgeworfen. Ich habe mit diesem Vorwurf einfach etwas Mühe. Wenn Leute – das sind nicht Sie, Herr Jaeger, das weiss ich – Besetzungen einleiten und diejenigen, die das Recht durchsetzen sollen, daran hindern und sie nachher noch der Konfrontation bezichtigen, dann ist das für mich schwer verständlich.

Herr Carobbio hat noch eine Frage im Zusammenhang mit Airolo und Lodrino gestellt. Seine zweite Frage werde ich in der Diskussion über den Führungsbunker beantworten. Airolo ist, darüber sind wir uns beide einig, nötig. Ich glaube nicht, dass es für Sie politisch attraktiv gewesen wäre, dieses Projekt zu bestreiten. Zu Lodrino hingegen kann ich Ihnen sagen, dass es sich um Werkstätten handelt, die für den Triebwerkunterhalt notwendig sind. Damit können 120 Arbeitsplätze erhalten werden. Es geht um Hallen für den Betrieb von Super Pumas auf der Alpensüdseite, es geht auch um die Hallen. Militärisch ist das wichtig für Truppen- und Materialtransporte. Auch was die Waldbrandbekämpfung anbelangt, die in Ihrem Gebiet leider immer wieder nötig wird, liegt diese Positionierung von Super Pumas im Interesse Ihres Kantons.

Ich habe schon letztes Jahr gesagt, wir sollten in Zukunft in der Armee mehr in den Menschen als in Sachen investieren. Das Bauprogramm spiegelt diesen Willen wider. Ich bitte Sie um Eintreten.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit	123 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit	35 Stimmen

*Hier wird die Beratung dieses Geschäftes unterbrochen
Le débat sur cet objet est interrompu*

*Schluss der Sitzung um 11.05 Uhr
La séance est levée à 11 h 05*

Elfte Sitzung – Onzième séance

Dienstag, 19. Juni 1990, Vormittag
Mardi 19 juin 1990, matin

08.00 h

Vorsitz – Présidence: M. Ruffy

90.026

Militärische Bauten und Landerwerb
Ouvrages militaires
et acquisitions de terrain

Fortsetzung – Suite

Siehe Seite 993 hiervor – Voir page 993 ci-devant

Detailberatung – Discussion par articles

Titel und Ingress, Art. 1 Abs. 1

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule, art. 1 al. 1

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 1 Abs. 2 Bst. a

Antrag der Kommission

21 Kampf- und Führungsbauten

211 Geländeverstärkungen

Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Minderheit I

(Ledergerber, Aguet, Bodenmann, Günter, Neukomm, Rebeaud)

Ablehnung des Kredites für die Führungsinfrastruktur von 56 500 000 Franken.

23 Bauten für die Ausbildung

232 Bau einer Kasernenanlage auf dem Waffenplatz Herisau-Gossau

Mehrheit

Einbezug der 3. Etappe mit 12 970 000 Franken = 361 380 000 Franken

Minderheit I

(Ledergerber, Aguet, Bodenmann, Neukomm, Rebeaud)

Ablehnung des Kredites von 49 300 000 Franken

Minderheit II

(Günter, Aguet, Bodenmann, Ledergerber, Neukomm, Rebeaud)

Rückweisung an den Bundesrat

mit dem Auftrag,

a. ein redimensioniertes Projekt vorzulegen;

b. eine Verlegung an einen andern Standort, z. B. Breitfeld, zu planen.

Antrag David

232 Bau einer Kasernenanlage auf dem Waffenplatz Herisau-Gossau

(Zusatz zum Antrag der Mehrheit)

Der projektierte Parkplatz wird um 120 Plätze reduziert.

Art. 1 al. 2 let. a

Proposition de la commission

21 Ouvrages de combat et de conduite de l'armée

211 Renforcement du terrain

Majorité

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Minorité

(Ledergerber, Aguet, Bodenmann, Günter, Neukomm, Rebeaud)

Rejet du crédit pour l'infrastructure de commandement de 56 500 000 francs

23 Constructions pour l'instruction

232 Construction d'une caserne sur la place d'armes de Herisau-Gossau

Majorité

Intégration de la 3ème étape 12 970 000 francs = 361 380 000 francs

Minorité I

(Ledergerber, Aguet, Bodenmann, Neukomm, Rebeaud)

Rejet du crédit de 49 300 000 francs

Minorité II

(Günter, Aguet, Bodenmann, Ledergerber, Neukomm, Rebeaud)

Renvoi au Conseil fédéral

en lui demandant de

a. présenter un projet redimensionné;

b. examiner un déplacement de la caserne dans un autre endroit, par exemple Breitfeld.

Proposition David

232 Construction d'une caserne sur la place d'armes de Herisau-Gossau

(Amendement à la proposition de la majorité)

Le parking prévu est réduit de 120 places de stationnement.

Art. 1 Abs. 2 Bst. b

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag Rebeaud

341 Ausbau und Anpassung der baulichen Infrastruktur für das Jet-Schulflugzeug Hawk

1 060 000 Franken

(Streichung der Kredite im Zusammenhang mit dem Ausbau und der Anpassung der Boxen an die Dimensionen des F-18)

Art. 1 al. 2 let. b

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition Rebeaud

341 Agrandissement et adaptation des infrastructures pour le jet-école Hawk

1 060 000 francs

(suppression des crédits liés à l'agrandissement et à l'adaptation des boxes en fonction des dimensions du F-18)

Art. 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Art. 2bis (neu)

Antrag der Kommission

Mehrheit

Ablehnung des Antrages der Minderheit

Minderheit

(Rebeaud, Aguet, Bodenmann, Günter, Ledergerber, Neukomm)

Der Bundesrat kann die Ausführung des Projektes betreffend Bau einer Kasernenanlage auf dem Waffenplatz Herisau-Gossau sperren, bis sich die betroffene Bevölkerung in einer Konsultativabstimmung dazu geäußert hat.

Art. 2bis (nouveau)

Proposition de la commission

Majorité

Rejeter la proposition de la minorité

Minorité

(Rebeaud, Aguet, Bodenmann, Günter, Ledergerber, Neukomm)

Le Conseil fédéral peut bloquer la réalisation des projets concernant la place d'armes de Herisau-Gossau jusqu'à ce que les populations concernées aient pu se prononcer par un vote consultatif.

Art. 1 Abs. 2 Bst. a – Art. 1 al. 2 let. a

Ziff. 211 – Ch. 211

Ledergerber, Sprecher der Minderheit: Ich habe zum Posten Führungsinfrastruktur, 56,5 Millionen Franken, einen Ablehnungsantrag gestellt. Dies aus folgenden Gründen:

Als ich in der Kommission die Frage aufgeworfen habe, worum es sich bei diesem Posten handle und wer ihn genauer angeschaut und besucht habe, erhielt ich die Antwort, das habe niemand getan, die Sache sei geheim. Herr Bundesrat Villiger hat nachgedoppelt und gesagt, es wäre ja für uns durchaus auch ein Vorteil, wenn wir so geheime Sachen nicht wüssten. Wir würden uns nämlich dann auch nicht gewissen Repressionen von Leuten aussetzen, die diese Information gerne hätten.

Es gibt im vertraulichen Bericht zu diesem militärischen Bauprogramm noch ein Zitat, es handle sich hier um «Infrastruktur der höheren Führung» gemäss Bundesratsbeschluss vom 4. Juli 1989.

Ich habe dann den Antrag gestellt, wir sollten die Beratung dieses Geschäftes aussetzen, bis wir diesen Bundesratsbeschluss in der Kommission in den Händen hätten und mehr über das wüssten, was wir beschliessen sollten.

Die Kommission hat dieses Begehren abgelehnt und dem Kredit zugestimmt, ohne genauere Informationen zu haben.

Wir haben dann einen Ablehnungsantrag gestellt, und zwar nicht deshalb, weil wir nicht auch einverstanden wären, dass es in dieser militärischen Landesverteidigung Sachen gibt, die geheim sein müssen, sondern weil wir uns nicht vorstellen können, einen Kredit von immerhin 56 Millionen Franken zu bewilligen, ohne dass wir wissen, worum es geht.

Herr Bundesrat Villiger hat uns nun im nachhinein – vor einigen Tagen – ein Zusatzpapier mit weiteren Informationen über diese Führungsanlagen zukommen lassen. Dieses Papier wirft allerdings neue Fragen auf, vor allem die Frage, was wir hier damit machen sollen. Denn es ist vertraulich, und es ist darum hier vorerst gar nicht zu benützen, wollen wir uns nicht dem Vorwurf aussetzen, mit vertraulichen Informationen nicht vertraulich umgegangen zu sein.

Herr Bundesrat Villiger, ich möchte Sie deshalb fragen: Ist es möglich, das Zusatzpapier zu deklassifizieren, damit wir die Punkte, die hier erwähnt sind und die meines Erachtens – bevor wir diesen Kredit beschliessen können – diskutiert werden müssen, auch diskutieren können? Können Sie dazu eine Antwort geben, Herr Bundesrat?

Ich will nicht plötzlich ein Verfahren des EMD riskieren. Das EMD ist darin in letzter Zeit ziemlich grosszügig. Ich kann mich doch nicht dem Vorwurf aussetzen, vertrauliche Informationen auf dem Markt auszubreiten.

Feigenwinter, Berichterstatter: Es ist eine Erklärung zum Vorgehen der Kommission notwendig. Es ist richtig, dass innerhalb der Kommission Unklarheit darüber bestanden hat, worum es bei diesem Posten «Führungsbauten» geht.

Der schnelle Wechsel innerhalb der Departementsführung –

Herr Villiger ist der dritte Departementsvorsteher, der sich mit diesem Geschäft befassen muss –, der schnelle Wechsel aber auch innerhalb der Militärkommission, wo die Amtszeit ja auf sechs Jahre beschränkt ist, hat dazu geführt, dass man diese als «geheim» klassierte Angelegenheit so behandelt hat, dass sie wirklich topgeheim war. Niemand hat im Grunde gewusst, worum es sich gehandelt hat. Das ist mindestens ein guter Beweis dafür, dass die Geheimhaltung noch spielt, hilft uns aber in diesem Fall natürlich nicht weiter.

In Tat und Wahrheit wurde diese Führungsanlage im Jahre 1987 *in extenso* der Militärkommission unterbreitet. Eine Unterkommission hat Einsicht erhalten in sämtliche Pläne und hat vor Ort einen Augenschein genommen und darüber innerhalb der Kommission orientiert. Es wurde damals, ich glaube im August 1987, der Grundsatzentscheid gefasst, dieser Anlage zuzustimmen.

Aus Geheimhaltungsgründen wurde vereinbart, dass jedes Jahr eine Tranche in die Kredite aufgenommen würde, um den Umfang des ganzen Vorhabens nicht aufzudecken. Das hat man bisher so gehalten. Im heutigen Kredit ist eine dieser Tranchen enthalten.

Nun kann man sich überlegen: Sollen wir dieses Werk weiterführen? Im Grunde genommen fällt auch diese Anlage unter das Kriterium der angefangenen Bauten, die vernünftigerweise auszuführen sind; ob im ganzen Umfang auszuführen, wird sich wahrscheinlich in den nächsten Jahren noch zeigen. Es wäre aber sinnlos, hier Millionen und aber Millionen zu investieren, plötzlich aufzuhören und das Werk halb fertig stehen zu lassen. Das zum Gang des Verfahrens.

Die Kommission hat also – wie gesagt – vorerst ohne diese Kenntnis zugestimmt, hat nachher ein als «vertraulich» klassiertes Papier des Departementes erhalten, wo der Ablauf dieses Prozederes dargelegt worden ist.

M. Leuba, rapporteur: Nous nous trouvons ici dans une zone de conflit entre le contrôle démocratique des dépenses de construction et la nécessité non contestée du maintien du secret. Effectivement, il y a eu à un moment donné dans la commission des incertitudes sur un objet qu'aucune commission n'avait visité et que le Conseil fédéral définissait comme strictement secret. En réalité, ainsi que l'a exposé le président de la commission, un changement rapide des chefs du Département militaire, M. Villiger étant le troisième qui s'occupe de cet objet, ainsi que les changements qui sont intervenus dans la Commission des affaires militaires ont fait que plus personne ne s'est souvenu de la manière dont cette affaire avait été engagée.

En fait, en 1987, comme cela ressort des procès-verbaux, une sous-commission *ad hoc* de la Commission des affaires militaires, constituée par un représentant de chacun des groupes, a été formée pour s'occuper de cet objet, de telle manière qu'elle reçoive, sous le sceau du secret, des explications de celui qui était chargé de cet objet, à savoir le Chancelier de la Confédération. Elle a rapporté à la Commission des affaires militaires pour la première tranche de crédit qui s'est trouvée incluse dans le programme de construction de 1987. Pour des raisons à la fois de maintien du secret et de l'importance du crédit, ce dernier a été réparti sur plusieurs programmes de construction et nous avons simplement une tranche, en 1990, de ce programme qui, au fond, a été approuvé par la Commission des affaires militaires et, implicitement, par le Conseil national en 1987.

Voilà exactement les renseignements qu'a obtenus la Commission des affaires militaires et sur quoi vous êtes appelés à voter aujourd'hui.

Bundesrat Villiger: Zur ganzen Problematik werde ich mich nachher äussern. Ich beantworte jetzt nur die Frage von Herrn Ledergerber.

Ich sehe keinen Grund, Vertraulichkeit darüber zu bewahren, dass es das gibt und wie das rechtlich abläuft. Der Ort aber ist nach wie vor geheimhaltungswürdig. Er ist als «streng geheim» klassifiziert. Ich glaube auch, dass man aufgrund der Gesamtsummen und der Anzahl Tranchen Rückschlüsse ziehen könnte, die die Vertraulichkeit verdienten. Herr Ledergerber

ber, wenn sie die Gesamtsumme und die Anzahl der Tranchen nicht nennen – die heute zur Debatte stehende dürfen Sie gestrost nennen –, dürfen Sie hier frei reden.

Ordnungsantrag – Motion d'ordre

Ledergerber, Sprecher der Minderheit: Ich danke Ihnen für Ihre Antwort, Herr Bundesrat. Sie sagen also, das Papier ist nach wie vor vertraulich. Darf ich die einzelnen Informationen über die Tranchen hier benutzen oder nicht?

Dann muss ich Ihnen einen Ordnungsantrag stellen. Bei diesem Geschäft gibt es so viele offene Fragen, die nach wie vor der Geheimnispflicht unterstellt sind, dass ich Ihnen beantragen muss, die Beratungen zu diesem Punkt des Bauprogramms gemäss Artikel 52 des Geschäftsreglementes geheim durchzuführen. Das Reglement sieht vor, dass eine geheime Beratung durchzuführen ist, wenn 30 Ratsmitglieder das beantragen.

Le président: Je vous cite l'article 52 de notre règlement invoqué par M. Ledergerber. L'alinéa 2 dit: «Ne demeurent dans la salle que les membres du Conseil national et du Conseil fédéral, le chancelier de la Confédération, le secrétaire général de l'Assemblée fédérale, le secrétaire, le traducteur et le fonctionnaire préposé au service des haut-parleurs. Les antichambres de la salle et le corridor des tribunes doivent également être évacués. Les délibérations ne commencent qu'au moment où il est certain que toute transmission du son ou de l'image est interrompue. Il n'est pas donné de traduction simultanée. Le conseil décide dans chaque cas sur l'enregistrement littéral des délibérations.»

Et l'alinéa 3: «En cas de huis clos, chacun est tenu de garder le secret des délibérations.»

Je vous signale encore que, selon l'alinéa premier, les délibérations sur une demande de huis clos ont elles-mêmes lieu à huis clos.

Je demande donc que le public se retire des tribunes et que l'on interrompe la traduction simultanée. Messieurs les journalistes, vous êtes priés de quitter vos places.

Die Beratung dieses Geschäftes wird während 30 Minuten in geheimer Sitzung weitergeführt.

Le débat sur cet objet se poursuit à huis clos pendant 30 minutes.

Ledergerber, Sprecher der Minderheit: Das Geschäft Führungsbauten ist nicht im Grundsatz von uns bestritten. Wir teilen die Auffassung, dass es wohl keine Regierung auf der Welt gibt, die nicht über irgendwelche Führungsbunker und Infrastrukturen verfügt. Wir sind der Auffassung, dass auch der Bundesrat durchaus über eine entsprechende Infrastruktur verfügen soll, dass aber das Verfahren und das ganze parlamentarische Prozedere hier recht und korrekt ablaufen sollen. In diesem Zusammenhang stellen sich heute ein paar Fragen, auf die ich trotz allen Recherchen keine Antwort finden konnte, auf die ich aber gerne eine Antwort hätte.

Das erste Problem betrifft generell das Verfahren mit dem Verpflichtungskredit. Gemäss Artikel 25 Finanzhaushaltsgesetz sind für Geschäfte, die über mehrere Jahre dauern, Verpflichtungskredite einzuholen. Das ist eine verbindliche Verpflichtung. Es gibt dann eine weitere Bestimmung, die in diesem Zusammenhang auch erwähnt worden ist. Im Bundesbeschluss über die Unterbreitung der Objekt-Kreditbegehren für Grundstücke und Bauten steht im Artikel 1 Absatz 2, dass bei Beträgen, die 2 Millionen und neu 10 Millionen nicht überschreiten, auch ohne besondere Botschaft dieser Betrag angefordert werden könne. Dann steht: «Dieses vereinfachte Verfahren

wird auch bei Vorhaben angewandt, die im Interesse der Landesverteidigung geheimzuhalten sind.»

Nun betrifft dies aber lediglich die Jahrestanchen und nicht den Verpflichtungskredit. Ich persönlich bin zur Auffassung gelangt, dass hier vor drei Jahren das grundsätzliche Verfahren geritzt und nicht gemäss den gesetzlichen Vorschriften durchgeführt wurde.

Im vertraulichen Zusatzpapier wird denn auch erwähnt, dass dieses Bauvorhaben, das den Betrag von einer Viertel Milliarde übersteigt, so gross sei, dass man dieses normale Verfahren nicht habe einhalten können, weil sonst die Geheimhaltung «im Eimer» gewesen wäre. Das Erfordernis der Geheimhaltung gebot es, den Objektkredit zu tranchieren. Man hat dann dieses Vorgehen der Finanzdelegation unterbreitet und gefragt, ob diese damit einverstanden sei.

Wenn ich nun aber im Pflichtenheft der Finanzdelegation nachschaue, finde ich nirgends eine rechtliche Grundlage dafür, dass die Finanzdelegation am Parlament vorbei solche Verpflichtungskredite sprechen könnte und hier ein Verfahren akzeptieren dürfte, das nicht rechtens ist.

Die Finanzdelegation schreibt denn auch in einem Brief, den sie vor ein paar Tagen ihren Mitgliedern hat zukommen lassen: «Nach Artikel 26 des Finanzhaushaltsgesetzes darf der Bundesrat keine Verpflichtungen eingehen, die nicht durch einen entsprechenden Verpflichtungs- oder Zusatzkredit gedeckt sind.» Wenn mit dem Bau einer Anlage aber sofort begonnen werden muss, so kann der Bundesrat vor der Bewilligung des erforderlichen Verpflichtungskredites durch das Parlament die Ermächtigung der Finanzdelegation zum Eingehen vorzeitiger Verpflichtungen einholen. Also nur vor dem Parlament und nur für die vorzeitige Verpflichtung kann die Finanzdelegation Zugeständnisse machen.

Weiter schreibt die Finanzdelegation: «Dieses Verfahren spielt sowohl im zivilen wie im militärischen Bereich. Es trifft zu, dass die Finanzdelegation den Bundesrat verschiedentlich ermächtigt hat, vorzeitige Verpflichtungen für den Bau oder Ausbau von Führungsanlagen einzugehen.» Jetzt hören Sie gut zu: «Sie tat dies im Wissen, dass die entsprechenden Kredite in der nächsten militärischen Baubotschaft durch die zuständigen Militärkommissionen im einzelnen überprüft werden.»

Was davon zu halten ist, habe ich eingangs schon erwähnt. Von einer Ueberprüfung im einzelnen kann keine Rede sein. In den letzten Jahren ist diese Ueberprüfung ausgeblieben. Dieses Jahr war es sogar so, wie Herr Präsident Feigenwinter und der Bundesrat Ihnen das unter dem Titel «vorübergehende Unsicherheit in der Kommission» geschildert haben: dass man gesagt hat, diese Dinge seien geheim und eine Auskunftspflicht bestehe nicht.

Ich hätte gern Auskunft zu diesem ersten Punkt. Wie sieht das verfahrensmässig aus? Ich möchte gleichzeitig auch die Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission bitten, sich dieses Themas einmal anzunehmen, wenn sie nichts mehr zu tun haben.

Eine zweite Frage: Im vertraulichen Zusatzbericht zum Bauprogramm steht bei diesen Führungsbauten: «Infrastruktur der höheren Führung gemäss Bundesratsbeschluss vom 4. Juli 1979.» Als ich diesen Bundesratsbeschluss verlangt habe, hat man mir auch erklärt, er sei geheim, ich könne ihn nicht sehen.

Ich habe dann ein schriftliches Gesuch gestellt und nach einigen Umwegen vor einer Woche Einsicht in diesen Bundesratsbeschluss bekommen und war bass erstaunt. In diesem Bundesratsbeschluss steht überhaupt nichts zu dem Kreditantrag, den wir hier vor uns haben. Es geht nur darum, einen relativ kleinen Betrag von 14,5 Millionen Franken im Jahre 1989 zu verteilen. Offensichtlich hat uns hier die Verwaltung EMD an der Nase herumgeführt – und offensichtlich auch Bundesrat Villiger, denn der hier zitierte Bundesratsbeschluss hat nichts mit dem Posten «Infrastruktur der höheren Führung» zu tun! Ich hätte gerne auch zu diesem Punkt eine befriedigende Auskunft.

Eine dritte Frage: Im vertraulichen Zusatzbericht von Bundesrat Villiger, den wir heute schon mehrfach zitiert haben, stehen die Tranchen, die in den letzten Jahren bewilligt worden sind. Im Bauprogramm 1990 stehen weiter die 29,5 Millionen Fran-

ken für dieses Vorhaben. Wenn Sie nun in die Baubotschaft schauen, dann sehen Sie aber, dass hier steht: Infrastruktur der höheren Führung 44 Millionen Franken. Die nette Differenz von 14,5 Millionen Franken wird nicht erklärt.

Ich habe keine Ahnung, wohin diese 14,5 Millionen Franken gegangen sind. Ich möchte gerne Auskunft darüber, wie man dazu kommt, uns im Zusatzbericht zu sagen, es handle sich um einen Betrag von 29,5 Millionen Franken, und in der Baubotschaft 44 Millionen Franken aufzulisten.

Ich bin der Auffassung wie Sie, Herr Bundesrat, das Volk solle wirklich wissen, dass wir hier einen Führungsbunker bauen; das ist nicht geheim. Selbst der Betrag kann eigentlich nicht geheim sein. Was geheim sein muss, ist der Ort, ist die Infrastruktur, die vorhanden ist, sind alle Bedingungen, die die Benutzung einer solchen Infrastruktur beeinträchtigen könnten. Aber hier im Rahmen der parlamentarischen Beratung und gegenüber der Öffentlichkeit ein solches Versteckspiel zu treiben, finde ich nicht angepasst. Das führt dann genau dazu, dass sich – wie Sie beklagt haben – die Journalisten an diesem Thema die Finger wundschreiben.

Ich glaube zwar nicht, dass sie sich die Finger wundschreiben – die sind schon so abgehärtet, dass das wohl nicht passieren wird. Aber das ganze Thema bekommt eine Öffentlichkeit, die es eigentlich nicht verdiente.

Ich will gerne hoffen, dass mit dem heutigen Fall die Geheimniskrämerei selbst gegenüber der Militärkommission endgültig aufhört, dass die Prinzipien der offenen Information, mit denen Sie angetreten sind, Herr Bundesrat Villiger, in Zukunft auch für die Verwaltung gelten, und zwar gegenüber der Militärkommission und gegenüber dem Parlament, und dass mit dieser teilweise missbräuchlichen Geheimhaltung, die nur die Verwaltung schützt, endlich Schluss gemacht wird.

Ich wiederhole nochmals: Wir haben nicht in Frage gestellt, dass solche Führungsbauten notwendig sind. Wir wollen aber, dass bei diesem Verfahren das parlamentarische Verfahren gilt; wir wollen nicht, dass in einem Geheimbereich gewurstelt wird und niemand eine Frage stellen darf, ohne dass er gleich als bundesuntreu – wie von Herrn Blocher – abgestempelt wird.

Feigenwinter, Berichterstatter: Herr Ledergerber hat davon gesprochen, dass mit der Geheimhaltung Missbrauch getrieben werde und dass die gesetzlichen Vorschriften für die Gewährung dieses Kredites nicht eingehalten worden seien.

Ich muss nun wiederholen, was ich vorher in der geheimen Phase der Beratungen gesagt habe. Ich bestreite, dass dieser Vorwurf zutrifft. Die Kredite, die immer als Verpflichtungskredite bewilligt wurden, wurden dem Grundsatz nach in der Sitzung der Militärkommission vom August 1987 – glaube ich – bewilligt. Das Projekt, worüber hier debattiert wird, wurde damals vom Bundeskanzler ausführlich vorgestellt – mit allen Detailplänen, mit Besichtigung vor Ort; man hat den Standort selber besichtigt. Die Kommission wurde darüber orientiert.

Es würde zwar kein Rahmenkredit bewilligt, sondern lediglich eine Tranche, wie das an sich bei andern Bauvorhaben üblich ist. Bei andern Bauvorhaben in andern Departementen werden seltsamerweise die Gesamtkredite bewilligt. Bei den militärischen Bauten hat man immer Verpflichtungskredite, also grundsätzliche Kredite, bewilligt. Und bei dem grundsätzlichen Kredit wurde damals die Tranche mit 21 zu 0 Stimmen bewilligt. Ein Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion war in der Untergruppe, und sämtliche Mitglieder der damaligen nationalrätlichen Militärkommission haben dem Kredit zugestimmt. Auch Herr Hubacher war damals Mitglied der Kommission.

In der Folge wurden im Jahre 1988 und im Jahre 1989 – das Parlament hat natürlich 1987 dem Vorgehen zugestimmt; damit ist eigentlich die rechtliche Grundlage abgedeckt – entsprechende weitere Tranchen bewilligt, so dass an sich der Vorwurf, es werde hier ein Versteckspiel getrieben, nicht richtig ist. Die Kommission war orientiert. Die Kommission hat lediglich bei der Beschlussfassung über die jetzige Kredittranche im Moment eine sogenannte Erinnerungslücke gehabt, weil niemand ganz genau wusste, welches ihre wirkliche Grundlage aus dem Jahre 1987 war.

Man kann aber von einer parlamentarischen Kommission wohl kaum verlangen, dass sie im Detail über alles orientiert ist, was sie als Kommission an sich zwar beschlossen hat, aber eben nicht in der gleichen Zusammensetzung. Da ergeben sich nun einfache Probleme in bezug auf das, was vorher gewesen ist. Diese Erfahrungen machen wir ja immer wieder. Das Gedächtnis der meisten Menschen – davon sind die Politiker nicht ausgenommen – ist sehr, sehr schwach. Man kann also nicht sagen, das Verfahren sei nicht korrekt eingehalten worden.

Herr Ledergerber hat nun bereits aus diesem vertraulichen Papier zitiert. Ich sehe deshalb eigentlich keinen Anlass mehr, hier zurückzustehen. Auch Herr Bundesrat Villiger wird Sie sicher, soweit die Sache das überhaupt zulässt, orientieren. Es ist richtig, dass an sich 44 Millionen Franken zum Beschluss anstehen und für diese Anlage 29 Millionen Franken verwendet werden. Die 14,5 Millionen Franken Differenz werden beansprucht für dringende langfristige Sanierungsarbeiten in bestehenden Anlagen, die als Annexanlagen zu dieser neuen Anlage gehören. Das ist durchaus verständlich und war im übrigen auch so vorgesehen.

Es wäre schade, wenn man die Aufgabe der Finanzdelegation einschränken würde; das zitierte Schreiben beweist gar nichts. Die Finanzdelegation hat zu wiederholten Malen derartige Objekte und auch dieses Objekt besichtigt. Es beweist höchstens, dass sich die Finanzdelegation an die ihr auferlegte Geheimhaltung hält, weil sie natürlich nicht *in extenso* darüber Auskunft geben kann, was sie macht.

Die Finanzdelegation kann von sich aus die Grundlage für diesen Verpflichtungskredit nicht schaffen. Sie kann lediglich das Parlament von vornherein binden, für den Fall, dass ein Verfahren sich als dringlich erweist. Nachher muss die gesetzliche Ausgabengrundlage durch das Parlament abgesegnet werden; das hat sich in diesem Fall ja so abgespielt. Die Finanzdelegation kann in Ausnahmefällen anstelle des Parlamentes verpflichtend beschliessen, aber nur im Dringlichkeitsfall; sie kann nicht die eigentliche Ausgabengrundlage schaffen, das muss das Parlament tun; das hat in diesem Fall 1987 auch so gespielt. Es hat 1988 gespielt für die zweite Tranche, 1989 für die dritte Tranche und muss auch heute so spielen, weil der Rat hier die Grundlage für diesen Verpflichtungskredit schaffen muss.

Deshalb bitte ich Sie, dem Antrag zuzustimmen. Er ist vernünftig. Nachdem wir uns über das Prinzip einig sind, dass eine derartige Führungsanlage im Interesse der Staatssicherheit und der Gewährleistung der Handlungsfähigkeit einer Regierung im Krisenfall unabdingbar ist, bitte ich Sie, dem Verpflichtungskredit zuzustimmen.

M. Leuba, rapporteur: Il est évident que la valeur d'un objet tel que l'abri du Conseil fédéral et de certains de ses organes directement subordonnés – car c'est bien de cela qu'il s'agit – dépend non seulement des crédits que l'on accorde pour la construction mais aussi du secret qui est maintenu autour d'une telle construction. J'insiste, la valeur de cet objet dépend largement du secret qui entoure une construction de ce genre.

La majorité de la commission vous recommande d'approuver le projet et il intéressera sans doute les membres du plénum de savoir sur quelle base cette majorité de la commission s'est prononcée, même si, il faut bien l'avouer, une certaine incertitude a régné parce que personne n'était tout à fait au clair sur ce que le Conseil fédéral pouvait dire ou ne pouvait pas dire à ce sujet. La commission peut bénéficier du procès-verbal de la Commission des affaires militaires de 1987 qui a vu le lieu où l'objet en cause doit être construit et qui a reçu à cet égard toutes les informations nécessaires – selon le procès-verbal – du Chancelier de la Confédération. Nous avons ensuite bénéficié, comme chacun des membres du Conseil, du message du Conseil fédéral, fort succinct à cet égard, il faut bien l'admettre. Nous avons pu consulter les documents confidentiels qui sont remis aux membres de la Commission des affaires militaires sur les constructions militaires et qui contiennent un certain nombre de renseignements complémentaires à ce sujet. Nous avons bénéficié des explications succinctes, je l'admets

également, du conseiller fédéral quant à cet objet. Enfin, nous disposons maintenant du fameux document confidentiel du 5 juin 1990 qui donne un certain nombre de renseignements complémentaires.

Que pouvons-nous souhaiter de plus? Selon M. Lederberger, il faudrait qu'une délégation aille voir cet objet, mais je ne sais pas très bien ce que cela nous pourrait apporter au niveau de notre travail parlementaire. Devrons-nous contrôler si les murs sont bien verticaux, si les épaisseurs de béton proposées sont conformes aux plans, je vois mal l'objet de ce contrôle complémentaire.

On estime que la procédure prévue pour l'adoption de crédits d'engagement n'a pas été suivie par le Parlement. Il faut éviter une confusion, ici. Le crédit d'engagement prévu a été examiné en 1987 par la sous-commission des affaires militaires constituée à cet effet; ensuite, il a été décidé, avec l'accord de la Délégation des finances, de ne pas présenter en une seule fois ce crédit d'engagement mais de le diviser en tranches. Je ne vois pas en quoi cette procédure donnerait lieu à critique. La division en tranches était justifiée non seulement pour des raisons financières mais surtout pour des raisons de maintien du secret: le chiffre global ne doit pas être divulgué.

M. Lederberger disait tout à l'heure que ce qui doit rester secret c'est le lieu, c'est un certain nombre de détails concernant l'équipement, la manière dont cet abri est organisé, et nous sommes tout à fait d'accord. Mais je ne vois pas ce que l'on pourrait encore contrôler entre ce qui doit rester secret et ce qu'on nous a déjà dit. La seule chose que l'on puisse regretter ici – tout comme chacun des membres de la commission – c'est que l'on ne nous ait pas donné spontanément et immédiatement l'ensemble des renseignements que l'on est prêt à nous donner aujourd'hui. Sur ce point, je donne acte à M. Lederberger qu'il a eu raison de poser un certain nombre de questions. Nous avons obtenu un certain nombre de renseignements complémentaires mais il eût été préférable de les donner tout de suite. Etant donné la situation actuelle, la majorité de la commission ne voit aucune raison de refuser le crédit demandé par le Conseil fédéral.

Enfin, en ce qui concerne les délais, je voudrais rappeler qu'il s'agit d'une construction et, qui plus est, d'une construction en cours. J'ignore où nous en sommes dans l'épuisement des tranches, mais à mon avis le refus impliquerait le risque de devoir faire arrêter des travaux. Je ne vois donc pas quel serait l'avantage de cette opération puisque, je le répète, nous pouvons sans risque prendre le pari que même si une délégation de la Commission des affaires militaires va sur place la commission viendra, en septembre ou en décembre, vous proposer d'accorder le crédit en discussion aujourd'hui et que nous avons reçu pratiquement tous les renseignements possibles.

Bodenmann: Ich möchte eine persönliche Erklärung abgeben. Es wurde der Eindruck erweckt – um mit Bundesrat Villiger zu sprechen –, dass in der Kommission «Unsicherheiten» bestanden hätten. Herr Leuba hat die Argumentation aufgenommen. Herr Feigenwinter spricht von einer «Erinnerungslücke». Ich möchte doch bitten: Wenn man aus den Kommissionen berichtet, sollte dies korrekt geschehen.

Die Debatte verlief ganz anders: Zuerst sagte Herr Lederberger, er möchte mehr wissen; darauf sagte Bundesrat Villiger, er könne aus Gründen der Geheimhaltung nicht mehr sagen. Dann hat Herr Lederberger die Frage gestellt, ob jemand eine Besichtigung gemacht habe (es ist vertraulich, wie das andere auch, was Sie, Herr Feigenwinter, gebracht haben). Sie, Herr Feigenwinter, sagten, das Ganze sei geheim. Herr Lederberger fragte dann, ob man, wenn die Finanzdelegation das geprüft habe, den entsprechenden Bericht der Finanzdelegation haben könne. Herr Feigenwinter erwiderte, aus Geheimhaltungsgründen gehe das nicht, und Herr Bundesrat Villiger hat nachgedoppelt, er hätte hierzu keine Kompetenz. Das ist die Wahrheit über die Debatte.

Es ging nicht um Unsicherheiten. Es ging auch nicht um Erinnerungs-lücken, sondern wir haben dreimal abgestimmt. Das erste Mal über eine Verschiebung des Antrags, bis die Kommission informiert sei. Gegen 5 Stimmen wurde das abge-

lehnt. Das zweite Mal haben wir gesagt, wir möchten wenigstens den Bundesratsbeschluss sehen. Die Kommission hat nein gesagt; sie wollte nicht einmal den Bundesratsbeschluss sehen, weil er nichts aussagt, wie wir nachträglich feststellen konnten. Im dritten Anlauf hat die Kommission zu einer Anlage ja gesagt, die sie nachweislich nicht geprüft hat.

Jetzt kommen Sie und erwecken in der Öffentlichkeit den Eindruck von Unsicherheiten und Erinnerungslücken. So darf weder der Präsident der Kommission noch der Berichterstatter aus der Kommission berichten, weil es in der Kommission nicht so war.

Etwas interessiert mich: Der Präsident der Militärkommission hat gewechselt, der Bundesrat hat gewechselt, aber die graue Eminenz im Departement, Herr Ernst, hat nicht gewechselt. Sie wussten um den Sachverhalt, und Sie, Herr Ernst, haben uns in der Kommission bewusst die Unwahrheit gesagt. Es ist nicht das erste Mal, dass das EMD bewusst die Unwahrheit sagt. Ich frage mich: Wie sollen wir bei weit komplexeren Sachverhalten Vertrauen in die Verwaltung haben, wenn sie uns in bezug auf einen lächerlichen Bundesratsbunker hinteres Licht führt?

Hubacher: Der Kommissionspräsident, Herr Feigenwinter, hat ausdrücklich festgehalten, dass die Militärkommission 1987 die Baubotschaft behandelt, geprüft und ihr einstimmig zugestimmt habe, und mich dabei eigens erwähnt. Ich habe hier vor mir die Botschaft 1987 Militärische Bauten, Kapitel 111, Geländeverstärkungen. Unter dem Kapitel Geländeverstärkungen ist folgendes zu lesen: «Der beantragte Verpflichtungskredit (von total 132 Millionen Franken) ist bestimmt für: Weiterausbau der Führungsinfrastruktur. Vorgesehen sind Neu- und Umbauten der höheren Führung, der Heereseinheiten und Regimenter sowie der Ausbau der militärischen Kabelverbindungen zwischen Sperrstellungen und Führungsanlagen» und weiter «für Verstärkung der Sperrstellungen» sowie «für Anlagen der Festungsartillerie». Das heisst – ich habe das auch geglaubt –, wir haben damals einem Kredit von 132 Millionen Franken als Verpflichtungskredit (hier wörtlich in der Baubotschaft) unter dem Titel Geländeverstärkungen mit diesen Spezifikationen zugestimmt. Heute stellen wir fest, dass nach dem vertraulichen Bericht des Bundesrates vom 5. Juni diese Führungsstruktur insgesamt 250 Millionen kosten soll, d. h. damals ist die Kommission schlicht angelogen worden. Es ist ein sogenannter Verpflichtungskredit für verschiedene Aufgaben vorgetäuscht worden. Aber die Militärkommission hat offenbar auch 1987 nie voll aufschluss darüber erhalten, dass diese Führungsstruktur allein einen Verpflichtungskredit im Ausmass von 250 Millionen umfassen soll. Das steht nicht in der Baubotschaft; wir konnten auch damals, wenn wir nicht professionelles Misstrauen in jedem Fall beweisen wollen, nicht davon ausgehen, dass wir angelogen worden sind.

Ich muss feststellen, dass es auch zur Aufgabe des Kommissionspräsidenten gehört, die Interessen des Parlamentes, der Kommission wahrzunehmen. Das heutige Theater basiert darauf, dass zuviel Geheimniskrämerei betrieben wird, dass Dinge als geheim erklärt werden, die das gar nicht sein müssten. Niemand will wissen, wo dieser Führungsbunker ist, aber die Geheimniskrämerei dient dazu, das Parlament irrezuführen, mit einer Baubotschaft zu täuschen, um dann drei Jahre später behaupten zu können, es sei damals ein Verpflichtungskredit gesprochen und eine Gesamtinformation gegeben worden; das stimmt einfach nicht. Man hat uns etwas vorgetäuscht. Man hat das Ganze in die Geländeverstärkungen eingepackt, und man sollte jetzt nicht so tun, als habe die Kommission völlig informiert zugestimmt; im guten Glauben, das kann man sagen.

Man kann uns vorwerfen, wir hätten uns missbrauchen lassen. Diesen Vorwurf mache ich mir. Ich habe mich in der Regel auf Waffensysteme spezialisiert und dort genug zu tun gehabt. Herr Bodenmann hat eine Quelle angegeben, die eigentlich Herr Bundesrat Villiger zu denken geben müsste. Ein Mann gehört vor die Türe gestellt, und zwar derjenige, der verantwortlich ist für diese Desinformation.

Feigenwinter, Berichterstatter: Jetzt, Herr Hubacher, sind Sie wirklich zu weit gegangen! Wenn Sie sagen, die Kommission sei 1987 angelogen worden, man hätte ihr die Wahrheit vorenthalten, dürfen Sie nicht nur die Botschaft lesen. Sie sind sonst sorgfältiger in der Zusammentragung Ihrer Unterlagen. Sie müssten auch das Protokoll der Militärkommissionssitzung lesen, dann könnten Sie feststellen, dass sich Herr Jeanneret als Vorsitzender der Untergruppe, der die Herren de Chastonay, Martin, Oester, Ogi und Chopard angehörten, umfassend über dieses Projekt orientieren liess und dann die Kommission umfassend orientiert hat. Ich zitiere aus dem Protokoll, damit es klar ist: «Etant donné le sujet du chiffre 211, il était indispensable que tous les groupes parlementaires soient représentés dans le groupe de travail. Je remercie M. Chopard d'avoir remplacé M. Reimann, empêché. Le préavis de notre sous-commission est réservé pour l'accord du crédit. Une partie seulement du crédit du PC est contenue sous chiffre 111; le solde sera soumis à notre approbation au cours des prochaines années.

Etant donné l'aspect secret de l'affaire, le chancelier de la Confédération est venu personnellement nous présenter son rapport. Il nous a exposé l'ensemble du problème des PC, de la conduite supérieure du pays: Conseil fédéral et général. Il nous a clairement montré ce que nous avons, ce qui est dépassé et ce qui doit améliorer les PC de remplacement.

La sous-commission a été convaincue que les solutions préconisées étaient les bonnes et que notre pays dispose des instruments de conduite nécessaires toujours mieux adaptés. D'autre part, nous avons été satisfaits d'apprendre que, lors des changements de PC, on garde les anciens par souci d'économie et de rationalité pour d'autres besoins.»

Herr Hubacher, auch Sie verstehen französisch, und auch Sie hätten dieses Protokoll lesen können. Sie können doch nicht hierher kommen und sagen, man habe uns hintergangen und nicht die Wahrheit gesagt. Ich muss dagegen protestieren, denn es ergibt sich formell aus dem Protokoll, dass über diese Anlage ausführlich gesprochen wurde.

Persönliche Erklärung – Déclaration personnelle

Hubacher: Ich lasse mich nicht der Unwahrheit bezichtigen. Ich wiederhole, und das ist erst jetzt durch die Intervention unseres Kollegen Ledergerber herausgekommen: Es geht hier um einen Verpflichtungskredit für die Führungsstruktur von insgesamt 250 Millionen Franken. Diese Zahl ist erst in der jetzigen Beratung publik geworden. Normalerweise wird ein Verpflichtungskredit zu Beginn eines Bauvorhabens beschlossen und dann in jährlichen Raten realisiert.

Die 250 Millionen Franken für die Führungsstruktur sind auch in der Baubotschaft 1987 – darum geht es, Herr Feigenwinter – nicht erwähnt worden; sondern in ihr geht es um einen Verpflichtungskredit von insgesamt 132 Millionen Franken (u. a. Führungsinfrastruktur). Also muss man uns nicht erklären, wir seien 1987 über den Verpflichtungskredit von 250 Millionen Franken informiert worden – soviel kostet diese Ecke, die Herr Bundesrat Villiger erwähnt hat: jede Schweizerin und jeder Schweizer hätten ja einen Schutzraum, auch der arme Bundesrat dürfe doch irgendwo in einer Schutzecke Unterschlupf finden, wenn eine Katastrophe oder ein Ernstfall eintreten würde.

Diese Schutzecke kostet 250 Millionen Franken. Das war nicht klar, und das ist uns verschwiegen worden; daran ändern Ihre Argumentationen nichts, Herr Feigenwinter.

Feigenwinter, Berichterstatter: Herr Hubacher, wir wollen uns hier nicht weiter streiten. Sie müssen sich auch daran halten, was im Protokoll steht. Herr Jeanneret hat erklärt, dass nur ein Teil des gesamten erforderlichen Kredites bewilligt werde und dass «le solde sera soumis à notre approbation au cours des prochaines années». Das ganze Protokoll enthält die Zahlen nicht, weil man auch hier vermeiden wollte, dass der Umfang des Bauvorhabens bekannt wurde, wie er jetzt bekannt ist. Aber man hat davon geredet, sonst hätte (*Heiterkeit*) – ja, meine Damen und Herren, lachen Sie; Sie lachen vielleicht am falschen Ort – man ja nicht von Uebertragung weiterer

Tranchen geredet, wenn damit das Ganze bewilligt worden wäre.

So kann man es auch wieder nicht verdrehen, Herr Hubacher.

M. Leuba, rapporteur: Vous voudrez bien me pardonner de ne pas entrer dans cette très intéressante confrontation entre M. Hubacher et M. Feigenwinter.

Je rejette simplement ici avec vigueur l'accusation de M. Bodenmann, selon laquelle nous n'aurions pas rendu compte correctement des débats de la commission. Je rappelle qu'effectivement nous avons reçu des explications qui étaient plus ou moins satisfaisantes en commission – je l'ai dit tout à l'heure – précisant qu'il régnait une certaine incertitude au sein de cette dernière. La majorité de la commission néanmoins a estimé, contrairement à l'avis de la minorité exprimé par M. Ledergerber tout à l'heure, qu'en dépit de ces informations succinctes elle en savait suffisamment pour faire confiance au Conseil fédéral et voter le crédit.

Vous pouvez être ou ne pas être d'accord avec la majorité de la commission, Monsieur Bodenmann, mais ne venez pas dire, cependant, que nous rendons mal compte des travaux de celle-ci.

M. Rebeaud: J'imagine que nous finirons par voter ce crédit. En commission nous n'avons pas reçu des «explications plus ou moins satisfaisantes» ou des «informations succinctes»; nous n'avons obtenu ni informations ni explications. Nous avons reçu des réponses évasives, alors que tous les renseignements qui nous sont fournis aujourd'hui auraient dû nous être communiqués en séance de commission. Les choses se seraient alors passées différemment. Nous allons donc voter maintenant sur la question de confiance envers l'ancienne commission. La majorité de ce conseil va voter sur la question de la confiance à une décision de principe qui, d'après ce que nous pouvons savoir, a été prise les yeux fermés, y compris par M. Hubacher qui en a témoigné tout à l'heure, soit par 21 voix contre zéro. Il nous a clairement expliqué qu'il ne savait pas sur quoi il avait voté. Sur ce point au moins, on ne peut pas mettre en doute sa bonne foi.

J'aimerais faire une autre remarque. Il est tout de même extraordinaire qu'à trois ans d'écart la commission, le Conseil fédéral et, apparemment, l'administration aient connu un tel changement dans les effectifs que plus personne, même dans l'administration dont les éminences grises comme l'a dit M. Bodenmann se trouvent aujourd'hui dans la salle, ne se souvenait de la teneur des discussions d'alors. Cela à tel point qu'il a fallu entreprendre des recherches d'archives sur ce qui s'est passé il y a seulement trois ans! Cet état de fait soulève tout de même des questions sur le fonctionnement de nos institutions et aussi de nos mémoires. Par hasard, je me trouve dans la situation privilégiée de ne pas avoir à me reprocher cet oubli, puisque je n'étais pas membre de la commission en 1987.

Mais, si aujourd'hui nous voulons rétablir un minimum de confiance entre les membres de la commission, entre la commission et le Conseil fédéral et entre la commission et ce Parlement, nous devrions prendre les six mois de retard nécessaires pour permettre à une délégation de la commission, avec M. Ledergerber et quelques autres, de se rendre sur place. Cela me semble nécessaire, non sur le fond parce que je ne peux pas me prononcer à ce propos, mais quant au fonctionnement normal de la Commission des affaires militaires. Cela devrait d'ailleurs être la règle pour toutes les autres. Je n'en fais pas une question de principe, mais nous ne devrions pas accepter que notre travail de parlementaire puisse se fonder sur des postulats de confiance avec un oubli généralisé à trois ans de distance.

J'aimerais maintenant poser une question au Conseil fédéral qui sera déterminante pour mon vote. Un retard de six mois ou peut-être de quatre mois sur les chantiers en cours, qui serait lié à un refus momentané du crédit pour les raisons précitées, serait-il une catastrophe pire que cette espèce de méfiance généralisée qui est en train de s'installer sous nos yeux entre partis gouvernementaux?

J'espère, Monsieur le Conseiller fédéral, que vous me donnez une réponse non seulement technique, mais également politique.

Günter: Da sieht man, wie weit man kommt, wenn man sich in eine Polarisierung hineinsteigert. Jedermann zitiert jetzt aus vertraulichen Protokollen – auch der Präsident macht genau das, wofür wir schon oft getadelt wurden –, und die Diskussion verkommt zur reinen Machtprobe. Genauso war es in der Kommission. Man hat sich über Herrn Bodenmann aufgeregt, der am Anfang mit dem Rückweisungsantrag kam, und dann wurde alles nur noch mit Mehrheiten abgeschmettert, und gedacht wurde nicht mehr.

Ich nehme Ihre Entschuldigung an, Herr Bundesrat; Sie konnten das tatsächlich nicht wissen. Die Verantwortung wird vom falschen Mann übernommen. Sie sind zwar schon Chef dieses «Ladens», der jetzt zur Diskussion steht. Aber so etwas von Desinformation habe ich in einer Kommission wirklich noch nie erlebt.

Herr Bodenmann hat recht. Es ist in dem Punkt genau so, wie er es dargelegt hat: Man hat uns einen Unsinn erzählt, man hat aber nicht gesagt, man prüfe, ob die Finanzdelegation das Geschäft prüfen soll. Man hat uns gesagt, sie hätte es geprüft. Ich habe auch mit Fragen nachgestossen; man hat uns mehrfach gesagt «Ihr habt da nichts zu bestellen». Das war für mich der Grund – meine Fraktion habe ich auch so orientiert –, dagegen zu sein. Ich helfe nicht mit, Geschäfte zu behandeln, von denen man mir sagt, ich hätte nichts dazu zu sagen. Das war die Situation.

Jetzt noch ein Punkt: Ich verstehe überhaupt nicht, wie die Verwaltung den Bundesrat in diese Falle laufen lassen konnte, ohne ihn rechtzeitig zu orientieren. Das EMD kommt normalerweise immer in reichlicher Besetzung, es zeichnet sich darin aus. Vorne, beim Bundesrat, sitzen in den Militärkommissionssitzungen immer am meisten Leute – verglichen mit den anderen Departementen. Auch an jener Sitzung war man wieder reichlich vertreten. Zumindest zeitweise war Herr Ernst auch dabei. Ich verstehe überhaupt nicht, warum nicht irgendeiner dieser Beamten oder Offiziere aufgestanden ist und den Bundesrat darauf aufmerksam gemacht hat, dass das, was man uns stundenlang erzählt hat – die ganze Debatte dauerte sicher über eine Stunde –, von A bis Z Unsinn war. Von A bis Z ein Unsinn!

Auf dieser Grundlage können wir nicht weiterfahren. Ich bin auch der Meinung, das Geschäft sollte jetzt zurückgestellt und uns nach den nötigen Abklärungen ordnungsgemäss unterbreitet werden.

Feigenwinter, Berichterstatter: Sicher hat in der Kommission Unsicherheit über das Bauvorhaben geherrscht. Dass man aber das nur der Militärverwaltung in die Schuhe schiebt, ist sachlich falsch. Verantwortlich für diese Anlage, wirklich verantwortlich dafür ist der Bundeskanzler. Und er war nicht in der Kommission. (Heiterkeit)

Wenn Sie das nicht glauben – es ist eben so. Es ist nämlich keine militärische, sondern eine zivile Führungsanlage. Verantwortlich dafür ist der Bundeskanzler, und der war nicht in der Kommission. Deshalb kann es sein, dass momentan diese Orientierung nicht in dem umfassenden Umfang erfolgte, wie sie jetzt vorliegt. Sachlich gibt es überhaupt keinen Grund, diesem Kredit nicht zuzustimmen. (Glocke des Präsidenten)

Das Geschäft wurde 1987 ordnungsgemäss abgewickelt. Die übrigen Tranchen wurden beschlossen.

Es ist nicht üblich, dass ein einmal beschlossener Kredit dann immer wieder überprüft wird. Diese Praxis drängt sich in diesem Fall auch nicht auf.

Ich bitte Sie deshalb, dem Kredit heute schon zuzustimmen.

Bundesrat Villiger: Sehr viel Neues kann ich Ihnen nun auch nicht mehr sagen.

Vielleicht zuerst zur ersten Frage von Herrn Ledergerber. Zu den 44 Millionen: Die 29 Millionen Franken, die hier so viel zu reden geben, sind für eine zivile Anlage, d. h. eine Anlage für die Regierung. Deshalb ist der Bundeskanzler Bauherr. Der Kredit ist einfach mit im Militärbudget. Das hat bei diesem Wir-

bel schon seine Bedeutung gehabt, weil eben an der Kommissionssitzung der Bundeskanzler als Fachmann nicht dabei war.

Die 29 Millionen Franken, Herr Ledergerber, sind eine Tranche für die neue Anlage, und die 14,5 Millionen Franken sind langfristige, ziemlich dringliche Sanierungsarbeiten in anderen Führungsbunkern, auch für die Armee und für die Vernetzung von Zivilbereich und Armee. Es geht vor allem um Kommunikationsmittel, um EDV-Verbindungen zu den Kantonen usw. Der geheime Bundesratsbeschluss, von dem Sie gesprochen haben, betrifft, soviel ich weiss, diesen Bereich und hat damit natürlich auch mit dem Gesamtkredit zu tun.

Weitere 9,5 Millionen kosten dann armee-eigene KP-Anlagen, die schon bestehen. Für neue Anlagen haben wir ja einen Stopp verordnet.

Alle bestehenden Führungsanlagen für den Bundesrat stammen aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs. Sie sind also über fünfzig Jahre alt und bieten keinen genügenden Schutz mehr. Sie sind zum Teil auch durch Ueberflutung gefährdet. Es ist deshalb richtig, dass man sie durch eine neue Anlage mit ausreichendem Schutzgrad ersetzt. Es wurden auch Berechnungen über Sanierung oder Nichtsanierung der alten Anlagen gemacht. Dabei zeigte sich, dass die Preisdifferenz so klein ist, dass es sich lohnt, eine neue Anlage zu bauen.

Diese neue Anlage ist die erste, die von Anfang an für die Landesregierung und für Teile der Verwaltung konzipiert worden ist. Bisher hat der Bundesrat veraltete Anlagen der Armee weiterbenutzt. Man will mit dieser neuen Anlage die Führung in Krisenlagen gewährleisten. Es handelt sich natürlich um ein langfristiges Projekt.

Es sollen dort der Bundesrat, aber auch die Stäbe der Departemente und gewisse Sonderstäbe hineingehen können.

Das ist der Ort, wohin der Bundesrat im Krisenfall ginge, und zwar nicht nach Irland, wie in andern Zusammenhängen immer wieder behauptet worden ist.

Ich darf hier vielleicht nochmals sagen, dass das Projekt sicher vertretbar ist; wir wollen versuchen, für jeden in diesem Lande einen Schutzplatz für den Krisenfall zu haben. Das ist schon sehr weit gediehen.

Ich glaube, es ist richtig, dass auch die Landesregierung im Krisenfall an irgendeinem Ort weiteragieren kann, den man aus Gründen, die sicher einleuchten, nicht bekanntgeben will, und dass dort, auch im Krisenfall, eine Regierungstätigkeit noch möglich ist.

Es ist klar, dass man in diesem Bereich restriktiv informiert. Man hat noch nie so viel wie heute informiert, aber es ist sicher auch richtig, dass man etwas offener wird in diesen Geschichten; klassifiziert sind diese Anlagen aber als «streng geheim». Mit dem Bauprogramm 1987 beantragte der Bundesrat die erste Tranche für die Anlage. Seither war in jedem Bauprogramm eine weitere Tranche eingestellt.

Im Zusammenhang mit der ersten Kredittranche hat sich anscheinend die Finanzdelegation sehr eingehend damit befasst. Dort ist ja auch die Sozialdemokratische Partei immer vertreten gewesen. Es bestünde durchaus die Möglichkeit, dass die Fraktionen mit Vertretung in der Finanzdelegation von ihren Mitgliedern in der Finanzdelegation vertieft informiert werden könnten. Es war aber damals auch eine Subkommission der Militärkommission dabei; Herr Feigenwinter hat darauf hingewiesen. Beide Gremien wurden an Ort und Stelle eingehend orientiert und haben zugestimmt.

In diesem Sinne ist auch, Herr Hubacher, der Titel in der Botschaft natürlich nicht irreführend. Das betrifft «höhere Führung» und ist da, natürlich aus Geheimhaltungsgründen, im Gesamtposten enthalten gewesen.

Wir sind bereit, den Mitgliedern der Militärkommission an Ort und Stelle – wenn sie das wünschen – wieder einen Einblick zu geben und sie zu orientieren. Wir sind hier in einem Zielkonflikt zwischen Anspruch der Öffentlichkeit auf Information und berechtigten Geheimhaltungsinteressen.

Ich glaube, solche Standorte müssen vertraulich bleiben und alles, was auf den Standort hinweisen könnte, auch. Es ist gerade bei der modernen Waffentechnologie, die immer präziser wird, wichtig, dass diese Standorte eben nicht genau bekannt werden. Ich gebe zu – ich habe das auch in der vorherigen ge-

heimen Debatte kurz angedeutet –, dass ich in der Kommission sehr zurückhaltend war. Der Bundeskanzler war nicht dabei. Es ist sicher kein schlechter Wille, wenn von meinen Mitarbeitern keiner im Detail orientiert war. Immerhin war der Bundeskanzler dafür zuständig. Wir haben zurückhaltend informiert, Ihnen aber zugesagt, wir würden das Problem prüfen und Ihnen einen Bericht über die Abläufe zustellen. Das haben wir gemacht.

Es ist jetzt nicht ganz fair, wenn man tut, als ob diese Nachinformation praktisch wertlos gewesen wäre oder gar nicht mehr gekommen wäre. Sie hätten sogar die Möglichkeit gehabt, nachdem Sie diesen Bericht bekommen hatten, eine solche Besichtigung im Schnellverfahren durchzuführen.

Ich bin sehr froh, dass Herr Ledergerber das Prinzip dieser Führungsanlage nicht bestritten hat, sondern dass es ihm nur um das Verfahren geht. Mir scheint der Wirbel um das Verfahren unverhältnismässig, aber es schadet vielleicht nicht, wenn man das einmal richtig durchdiskutiert. Ich habe auch nichts dagegen, wenn sich die GPK dieses Verfahrens, das seit Jahrzehnten Usus ist, einmal annimmt.

Im Schreiben der Finanzdelegation – darauf ist auch hingewiesen worden – steht, wie Sie wissen, dass die entsprechenden Kredite in der nächsten militärischen Baubotschaft durch die Militärkommissionen überprüft würden.

Ich glaube, man kann hier verschiedener Meinung sein. Die Militärkommission hat damals das Gesamtobjekt, dessen Bau sich über mehrere Jahre erstreckt, überprüft, aber die Tranchen sind dann nicht mehr einzeln überprüft worden. Aber wenn Sie heute eine Kaserne beschliessen, die aus einem Kredit im Zeitraum von vier, fünf Jahren gebaut wird, wird das auch nicht jedes Jahr die Kommission neu überprüfen. Das war hier der Fall. Das gesamte Objekt war bekannt, und man hat es dann eben aus Vertraulichkeitsgründen aufgeteilt.

Sie haben ja Herrn Ledergerber gehört, der es höchst elegant fertiggebracht hat, hier trotzdem gewisse Zahlen zu nennen, von denen ich Ihnen gesagt habe, wir sollten sie nicht nennen; sie sind meines Wissens auf verschlungenen Wegen schon vorher irgendwie an die Presse gelangt.

Ich bin nach wie vor der Meinung, das Verfahren sei ordentlich verlaufen, habe aber nichts dagegen, dass wir Ihnen jetzt noch eine vertiefte Prüfung zugestehen.

Herr Rebeaud hat hier die konkrete Frage gestellt, ob eine Katastrophe passiert, wenn der Kredit verschoben wird. Ich gebe eine ehrliche Antwort: Es ist in langfristigen Objekten immer ungut, wenn man sie aufteilt und nicht weiterbauen kann, aber die Welt ginge darob nicht unter. Nur der Zeitverlust müsste für Sie hier kein Grund sein, anders zu bestimmen. Sie sind in dieser Frage völlig frei.

Ich meine, dass eine Verschiebung nicht nötig ist, aber die Schweiz geht deswegen, Herr Rebeaud, gewiss und Gott sei Dank nicht unter.

Abgesehen von den Unsicherheiten im Verfahren, die wir zu klären versucht haben, ist das Vorhaben in Ordnung, und aus meiner Sicht, aus der Sicht des Bundesrats, spricht nichts dagegen, heute zuzustimmen.

In diesem Sinne bitte ich Sie, den Antrag der Minderheit Ledergerber abzulehnen.

Hubacher: Nach dem Motto «Wahrheiten, die man ungern hört, hat man besonders nötig» möchte ich folgendes klar festhalten: Der Kommissionspräsident hat erklärt, 1987 sei für die Führungsinfrastruktur ein Verpflichtungskredit vorgelegt worden. Herr Villiger erwähnte vorhin, 1987 sei die erste Tranche dieses Verpflichtungskredites beschlossen worden. Meine Frage: Das Ganze kostet jetzt 250 Millionen. 1987 ist uns ein Verpflichtungskredit von 132 Millionen vorgelegt worden, darin enthalten waren nicht nur die Führungsinfrastruktur, sondern auch Sperrstellungen und Bauten für die Festungsgartillerie. Der Verpflichtungskredit für die Führungsinfrastruktur hat ungefähr 47 Millionen ausgemacht.

Herr Präsident, wie erklären Sie sich, dass nach Ihrer Darstellung die Kommission 1987 voll über alles informiert worden sei, wenn heute, drei Jahre später, die Sache fünfmal mehr kostet? Wie erklären Sie sich das?

Wenn man aus dieser Informationsmisere nichts lernen will,

muss man so argumentieren wie Herr Feigenwinter. Wenn man etwas lernen möchte, müsste man zugeben, es sei ein Fehler begangen worden.

Ich vermisse auch bei Herrn Villiger diese Haltung. Wenn in Bilten 30 Millionen verlockt werden, ist es das Amt für Bundesbauten. Jetzt ist es der Bundeskanzler. Aber jedesmal wurde unter dem Motto EMD der Kredit beschlossen.

Herr Villiger, es wird nicht besser, wenn Sie woanders Schuldige suchen. Suchen Sie sie in Ihrer Verwaltung!

Ledergerber, Sprecher der Minderheit: Es sind für mich zwei Fragen offengeblieben. Ich fragte Sie in meiner Begründung, was davon zu halten ist, dass ein Bundesratsbeschluss vom 4. Juli 1989 zitiert wird, der mit der ganzen Sache nichts zu tun hat, sondern ein Jahr zurückliegt. Da sind Sie, wahrscheinlich genau wie wir, an der Nase herumgeführt worden. Ich möchte von Ihnen dazu noch eine Antwort.

Die zweite Frage: Sie haben erwähnt, dass von den 44 Millionen Franken, die man uns zuerst als Tranche für die Führungsinfrastruktur vorgelegt hat, tatsächlich nur 29,5 Millionen Franken dafür verwendet werden und 14,5 Millionen Franken für anderes wie EDV-Vernetzung, Vernetzung ziviler und militärischer Anlagen, Verbindung mit Kantonen usw.

Finden Sie es richtig, in einer solchen Vorlage einen Betrag von fast 15 Millionen Franken zu verstecken? Niemand weiss, wofür er ist, und in der Plenarberatung müssen Sie am Schluss noch sagen, es sei für EDV oder so etwas vorgesehen. Kein Mensch weiss, wofür es geht!

Das ist die Art der Beratung in der Militärkommission, die für mich nicht akzeptabel ist.

Feigenwinter, Berichterstatter: Ich will noch kurz zur Behauptung von Herrn Hubacher Stellung nehmen. Eine Behauptung wird nicht dadurch wahrer, dass sie ständig wiederholt wird: Ich sagte nie, die Kommission habe einen Verpflichtungskredit von 250 Millionen beschlossen. Ich habe das Protokoll zitiert, und in diesem Protokoll steht, dass Herr Jeanneret ausgeführt hat, dass nur ein Teil der erforderlichen Kredite in der Botschaft von 1987 beschlossen würde; die anderen Teile – und wenn er von Teilen sprach, hatte er das Ganze vor Augen – würden in den nachfolgenden Jahren beschlossen. Das ist die Wahrheit. Wir haben 1987 nicht 250 Millionen beschlossen, sondern die 142 Millionen, in denen dieser Teilkredit enthalten war.

Bundesrat Villiger: Ich dachte, ich hätte die Frage beantwortet. Der Bundesratsbeschluss betrifft die 14,5 Millionen. Er besagt, dass mit Zustimmung der Finanzdelegation das EMD beauftragt wird, den Zusatzkredit für die von mir erwähnten Zwecke in die Baubotschaft 90 aufzunehmen. Es geht um einen Teil des Kredits, der jetzt enthalten ist.

Alle Führungsanlagen sind geheim und vertraulich, sie brauchen einen gewissen Unterhalt, und hin und wieder sind gewisse Erneuerungen notwendig. Das ist hier enthalten und widerspricht dem Ganzen, glaube ich, nicht.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit	116 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit	58 Stimmen

Ziff. 232 – Ch. 232

Le président: Le débat porte également sur la motion Reche-Steiner (89.829) ci-après.

Ledergerber, Sprecher der Minderheit I: Ich beantrage Ihnen im Namen einer Minderheit, den Betrag von 49,3 Millionen Franken abzulehnen.

Herr Bundesrat Villiger hat letzte Woche im Ständerat ausgeführt: «Im EMD gibt es offenbar Abteilungen, die würden auch zehn Jahre, nachdem die Armee abgeschafft ist, noch weiterbauen.» Wir wollen das zu dem humoristischen Nennwert nehmen, wie es gemeint war, aber trotzdem lässt es sich auch ein bisschen auf den Posten «Militärische Bauten für die Ausbildung» anwenden.

Ich will nicht alles wiederholen, was in der Eintretensdebatte gesagt worden ist. Wir anerkennen, dass das Projekt Neuchlen-Anschwilen unter den Rahmenbedingungen, wie wir sie in den siebziger Jahren hatten, durchaus ein prüfenswertes Projekt darstellen würde. Ich sagte das auch in der Militärkommission. Unsere Fraktion ist der Auffassung, dass es heute – nachdem Europa dermassen in Bewegung geraten ist, die sicherheitspolitischen Vorstellungen der letzten Jahrzehnte überall überprüft werden und neue sicherheitspolitische Konzepte erst am Entstehen sind – verfrüht und falsch ist, mit den alten Konzepten und Bauten weiterzufahren.

Es ist bereits in der Eintretensdebatte gesagt worden, dass es durchaus möglich ist, dass die «Armee 95» schon vor 1995 Makulatur ist und bei einer Armee 96 und 97 der Anteil der Infanterie nochmals wesentlich zurückgenommen würde. Es ist denkbar, dass sich dann der Bedarf für neue Waffenplätze ganz anders präsentieren wird.

Wir betrachten es als grundsätzlich falsch, heute einfach so weiterzubauen und so zu tun, als hätte es keine Veränderungen gegeben und als würden wir in den nächsten Jahrzehnten oder bereits in den nächsten Jahren keine ganz wesentlichen Redimensionierungen und Aenderungen in unserer Landesverteidigung und in unserer Sicherheitspolitik vornehmen.

Ich möchte noch auf einen anderen Punkt hinweisen, der nicht spezifisch für diesen Kredit und diesen Waffenplatz ist: auf das Phänomen nämlich, dass wir bei einem solchen Geschäft die gleiche Funktion ausüben wie die Baubehörde einer Gemeinde und eines Kantons; das heisst, wir bewilligen mit diesem Kredit abschliessend, und es gibt keine weiteren Instanzen mehr, die nachher irgendwelche Auflagen bezüglich Umweltschutz, Sicherheit, Einpassung in die Landschaft usw. machen können.

Ich betrachte dies als grundsätzlichen Mangel im Bereich der militärischen Bauten und Anlagen. Ich denke, wir werden uns in Zukunft über diese Frage vielleicht separat – in einem Umfeld, das etwas weniger emotional aufgeschaukelt ist – unterhalten müssen.

Ich beantrage Ihnen, den Kredit von 49,3 Millionen Franken abzulehnen und über die Frage von neuen Ausbildungsstätten erst wieder zu diskutieren, wenn wir über ein sicherheitspolitisches Konzept verfügen, das der Situation angepasst ist, das konsensfähig ist und das in den nächsten zehn Jahren wieder genügend Substanz hat, so dass man es auch verfolgen kann.

Günter, Sprecher der Minderheit II: Ich beantrage Ihnen, das Geschäft 232, Bau einer Kasernenanlage auf dem Waffenplatz Herisau-Gossau, zurückzuweisen. Die starke Polarisierung um den Waffenplatz Neuchlen-Anschwilen ist im Umfeld ganz klar zum Ausdruck gekommen. Während die einen meinen, man wolle in Neuchlen meucheln und damit auch das ganze Vaterland, steht bei den anderen der irreversible Verlust einer wertvollen Landschaft im Vordergrund. Diese Leute begreifen nicht, dass überalterte Planer überalterte Pläne durchziehen wollen, auch angesichts der neuen europäischen Entwicklung und der tatsächlichen Gefahren, die unsere Gesellschaft bedrohen, und dass sie nicht sehen, dass ihre Gefahrenabwehr total in die falsche Richtung geht.

Es ist auch typisch für unsere Diskussion, dass wieder die Theorie aufkommt, nicht die Leute aus der Region seien gegen den Waffenplatz und seinen Ausbau, sondern böse Unruhestifter, Aufwiegler aus anderen Kantonen, ja gar aus dem Ausland.

In Tat und Wahrheit sind doch, wie bei vielen derartigen Oppositionen, junge Frauen und Männer der Region das Rückgrat der Opposition, die nicht selten die Kinder derjenigen Mandatsträger sind, die meinen, das Vaterland mit einem neuen Waffenplatz und einer neuen Kaserne retten zu können.

Was hier passiert, ist nicht Lokalpolitik; es ist auch nicht nur Ausdruck eines Generationenkonfliktes. Es ist vielmehr Ausdruck einer sich gesamthaft ändernden Situation in Europa. Diese Aenderung wird von der jungen Generation viel besser gespürt, viel besser aufgenommen, eher angenommen als von der Generation, die den traumatischen Weltkrieg miterlebt hat.

Leider haben die Mehrheiten in den Räten im letzten Jahr der ersten Tranche zum Waffenplatz zugestimmt. Das war rückblickend gesehen ein Fehler. Aber damals konnte man vielleicht das Tempo der Entwicklung in Europa, die Zukunftschancen, die daraus entstehen, noch weniger sehen, noch weniger auf die Stabilität dieser Entwicklung vertrauen, wie sie in Mittel- und Osteuropa in Gang gekommen ist. Ich glaube aber, dass das EMD die im «Sonntags-Blick» veröffentlichten Meinungsumfragen sehr ernst nehmen muss. Man mag zu derartigen Untersuchungen von Heftli und Zeitungen stehen, wie man will, aber die sich ergebenden Prozentunterschiede sind klar und aussagekräftig. Es sind hochsignifikante Aussagen. Die Aussage des Schweizervolks ist klar: Man will keine neuen Waffenplätze. Das ist so; davon bin ich überzeugt. Fast die Hälfte der Bürger will künftig Waffenplätze gar reduzieren, und man will keine militärischen Grossprojekte mehr. Man will wahrscheinlich überhaupt keine Dinosaurierprojekte mehr, weil sie nicht zukunftsgerecht sind.

Die Umfrage sagt auch, dass eine Mehrheit weniger Geld für Rüstung beim Militär ausgeben und dass sie mitreden will. Auch das dürfte genau die Stimmung im Volke treffen. Wer etwas anderes glaubt, macht sich etwas vor. Dabei handelt es sich nicht um eine politische Eintagsfliege, sondern im Gegenteil um einen stabilen politischen Trend, der noch wesentlich in diese Richtung weitergehen wird. Das EMD sollte sich darauf gefasst machen.

Gute Politik bestünde darin, jetzt Projekte zur Wehrdienstverkürzung vorzulegen. Es ginge darum, keine weiteren Landschaften mehr zu zerstören. Das wird beispielsweise für den Schiessplatz in meiner Region, in Gadmen, gelten; auch wir werden Widerstand leisten. Es wird darum gehen, auf die klaren Anliegen des Volkes, die sich in nächster Zeit noch vermehrt manifestieren werden, rechtzeitig einzugehen. Aus diesem Grunde sollten der Waffenplatz und sein Ausbau in Gossau ohne Angst vor Gesichtsverlust neu überdacht werden.

Herr Karl Weber hat gesagt, es gehe bei dieser Vorlage um das persönliche Wohl der Soldaten, das sei wichtig. Er hat den Gegnern vorgeworfen, wir wollten unzufriedene Soldaten schaffen, wollten uns nicht an den Bedürfnissen künftiger Wehrmänner orientieren. Ich habe gemeint, nicht richtig zu hören: Ein Militärkopf kommt hierher und sagt, die künftigen Bedürfnisse des Soldaten bestünden in warmen Duschen. Und dann gehen sie hin und machen draussen im Dreck Ueberlebensübungen und sagen, das sei die Übung für den zukünftigen Krieg! Leider wäre er ja wahrscheinlich so: mit Entbehren, mit Härte.

Wenn von linker Seite für mehr Komfort argumentiert würde, würde ich es noch verstehen. Aber von Militärseite zu sagen, man helfe dem Militär mit warmen Duschen und dem Ausbau der Kasernen, das hat mich sehr komisch berührt. Ich denke an die Guerilleros in der Dritten Welt, die, wenn sie auf einem Brett liegen können, dankbar sind, dass es so bequem ist.

Ich habe meinen ältesten Sohn, der in der RS war, gefragt, was ihn gestört habe. Er hat auch zur Kenntnis genommen, dass die Betten etwas enger stehen. Aber was ihn fast zur Verzweiflung getrieben hat, das waren ein unfähiger Vorgesetzter auf Unteroffiziersstufe und der Schulkommandant. Dort liegen die Probleme!

Wenn die jungen Leute in der RS Probleme haben, dann nicht, weil die Dusche zu wenig warm ist oder wegen räumlich unbefriedigenden Verhältnissen. Ich habe nichts dagegen, wenn das saniert wird! Aber leiden tun die jungen Männer, wenn die Vorgesetzten unfähig und schlecht ausgebildet sind. Wer etwas tun will, müsste hier den Hebel ansetzen.

Unsere Fraktion ist der Ueberzeugung, man könne die Kaserne Gossau kleiner bauen. Man sollte auch den Standort Breitfeld nochmals prüfen. Damit sind wir wieder bei den Bedürfnissen der Rekruten: Glauben Sie im Ernst, die Rekruten wollten eine Anlage irgendwo im «Gjätt», wo man im Ausgang nicht einmal in die Stadt gehen kann? Glauben Sie im Ernst, beim vorgesehenen Standort könnte man auf Privatfahrzeuge verzichten? Es ist doch eine Erziehung zum Privatwagen, wenn Sie irgendwo ins freie Feld hinausbauen; die Zerstörung der Landschaft will ich schon gar nicht erwähnen. Der Standort

Breitfeld hätte eindeutige Vorteile. Die Nähe der Autobahn kann kein Argument sein.

Das hat mich in der Kommission auch etwas verwirrt. Gegen den Standort Breitfeld wurden zwei Argumente vorgebracht: Die einen meinten, wegen der Autobahn sei zuviel Lärm, das sei für die Rekruten nicht zumutbar. Die anderen sagten, man dürfe die Kaserne nicht dorthin stellen, es sei das Naherholungsgebiet von St. Gallen. Was stimmt jetzt? Es kann doch nicht sein, dass sich das Naherholungsgebiet von St. Gallen an einer Stelle befindet, die so lärmig ist, dass man sie mit baulichen Massnahmen den Rekruten nicht mehr zumuten könnte.

Wir glauben, dass der Standort Breitfeld verkehrsmässig, umweltmässig eine bessere Wahl wäre, dass er im Interesse der Rekruten, aber auch im Interesse der Auszubildner ist. Sie müssen nicht morgens und abends riesige Anmarschwege auf sich nehmen. Das Breitfeld ist daher in jeder Hinsicht der bessere, geeignetere Standort.

Zudem kann man – davon bin ich überzeugt – das Projekt redimensionieren.

Der zu ziehende Schluss ist klar: Das Projekt muss noch einmal überdacht werden. Der Mann, der es geplant hat, hat in der Kommission deutlich gesagt, seit fünfzehn Jahren studiere er an diesem Projekt herum. Genau das ist das Problem: Man merkt diesem Projekt eben an, dass es fünfzehnjährig ist und von der Konzeption her nicht mehr stimmt.

Es gibt nur eine Lösung, die die heute verkrampte Situation ändern kann: Wir müssen diese Vorlage zurückweisen und sie so abfassen, dass sie den Bedürfnissen der Rekruten, der Auszubildner und des Umweltschutzes wirklich entgegenkommt. Will man das, dann muss man den Standort Breitfeld einfach neu diskutieren.

Ich bitte Sie, dem Rückweisungsantrag der Minderheit II zuzustimmen.

M. Rebeaud, porte-parole de la minorité: J'aurais préféré développer ma proposition de minorité concernant un nouvel article 2bis plus tard car elle n'a de sens que si la proposition de la majorité de la commission était approuvée.

Cette proposition de minorité tend à donner au Conseil fédéral la possibilité d'organiser, ou plutôt de faire organiser, des consultations au sein des populations des communes concernées. Je voudrais demander à notre président s'il ne serait pas possible de placer ce débat sur une attribution de compétence au Conseil fédéral après la décision sur les propositions actuellement en discussion.

Le président: Monsieur Rebeaud, je ne vois pas la difficulté à présenter votre proposition comme une proposition subsidiaire maintenant. Cela donne une certaine homogénéité au débat, une clarté, on n'a pas besoin de reprendre tout le débat avec les porte-parole des groupes. Vous donnez ainsi la possibilité à ces derniers de se prononcer sur les différentes propositions, qui sont nuancées, y compris la vôtre.

M. Rebeaud, porte-parole de la minorité: Le groupe écologiste est hostile, dans son ensemble, à la construction de cette place d'armes et par conséquent au crédit qui lui est lié. Nous ne nous prononçons pas sur les grandes visions stratégiques ni sur les plans que nous pourrions aujourd'hui tirer sur la comète quant à l'évolution future des besoins de la défense de notre pays: nous ne les connaissons pas. Nous constatons simplement qu'il y a actuellement dans la région concernée une épreuve de force qui semble opposer, de manière de plus en plus visible, l'administration militaire, c'est-à-dire l'autorité fédérale, et la population locale. Nous savons très bien à quel genre de crispation peuvent conduire ces épreuves de force, surtout si on est décidé de part et d'autre à ne pas céder. Nous en avons eu plusieurs exemples historiques, notamment dans les Franches-Montagnes où, après de nombreuses années d'obstination, le Département militaire a dû renoncer à construire une place d'armes. A chaque fois qu'il y a eu des oppositions de ce genre entre une administration militaire qui a joué de la force contre une population locale qui voulait défendre des valeurs auxquelles elle tenait – aussi au titre du patriotisme

– les séquelles ont été relativement graves. Parmi les séquelles auxquelles il faut s'attendre après ce genre de confrontation entre la force du Département militaire et la conviction des populations locales, il faut citer le dégoût d'un certain nombre de citoyens de notre pays quant aux institutions et quant au pays lui-même.

Nous considérons que le moment est particulièrement mal choisi aujourd'hui pour provoquer une multiplication de réactions de rejet d'une partie même localisée de la population, et surtout d'une partie importante de la jeunesse contre le Département militaire et l'armée, et par extension contre le pays lui-même.

Je ne suis pas qualifié, tout comme la plupart d'entre vous d'ailleurs, pour juger des aspects techniques de cette installation, mais le simple bon sens suffit pour estimer que notre pays ne va pas s'effondrer si demain la place d'armes n'est pas construite. Il semblerait que l'armée s'en tirerait tout aussi bien et peut-être mieux en renonçant, provisoirement au moins, à la construction de cette place. En revanche, ce dont nous pouvons être sûrs c'est que si notre conseil décide aujourd'hui, sans possibilité de recours, que la force sera au besoin utilisée pour imposer cette construction aux populations locales, les conséquences politiques seront lourdes à supporter et lentes à digérer. Cela nous devons absolument l'éviter.

Je ne veux pas développer outre mesure des arguments, qui sont déjà connus, touchant à la protection du paysage et des valeurs naturelles de l'endroit, à la protection de la contrée en tant que zone de détente pour la population des villes environnantes, notamment de St-Gall. Il s'agit là d'un aspect local des choses qui doit avoir son importance mais qui est déjà connu. Je voudrais souligner en revanche l'importance qu'il y a du côté de l'autorité fédérale à opérer avec un bon sens démocratique dans cette affaire.

Dans la commission, la plupart des représentants de la région nous ont assurés de la nécessité de cette construction et qu'à l'unanimité les autorités des communes et des cantons concernés réclamaient le crédit de construction. Par d'autres canaux d'information tout aussi fiables, nous avons l'impression que la population sur place n'en veut pas.

Là aussi, les exemples historiques d'un divorce total entre les affirmations des édiles locaux et celles des populations concernées ne manquent pas. La dernière épreuve en date n'est pas si ancienne. Je vous rappelle – nos amis vaudois s'en souviennent fort bien – qu'à l'époque de la discussion sur l'organisation des Jeux olympiques à Lausanne toutes les autorités communales, sans exception, étaient favorables à l'organisation de ces Jeux. Le Conseil fédéral a délégué, sinon les meilleurs, du moins les plus convaincus d'entre eux pour affirmer qu'il s'agissait d'une entreprise d'intérêt national et que les cantons de la Suisse entière étaient solidaires des Vaudois pour que cette entreprise ait lieu. Toute l'officialité, à l'unanimité, même à l'échelon local, se prononçait d'une voix cohérente: «Nous voulons ces Jeux olympiques dans l'intérêt du pays.» Or, vous connaissez le résultat négatif de la votation populaire. La population a dit le contraire. Je suis content que M. Martin, ancien syndic de Lausanne, soit ici pour que quelqu'un de présent dans cette salle s'en souvienne.

Qu'en est-il de Gossau, de Herisau, de Saint-Gall et des autres communes concernées? Je n'en sais rien. Le Département militaire fédéral n'en sait probablement rien non plus. Nous n'avons pas le droit de penser que ce que les représentants officiels de cette région nous affirment est vrai. Trop d'expériences récentes nous prouvent qu'il est vraisemblable que ce ne soit pas ainsi. Au cas où le Département militaire fédéral et le Parlement imposeraient une construction à une population qui n'en veut pas, ils causeraient un préjudice politique assez grave à long terme pour la Confédération.

Nous voulons éviter de contraindre le Conseil fédéral à poursuivre l'épreuve de force. C'est pourquoi je vous suggère de donner au gouvernement au moins la possibilité de vérifier si la région est bien unanime comme le prétendent ses représentants officiels.

Si vous examinez ma proposition, vous constaterez que le Conseil fédéral n'a pas l'obligation d'organiser une consultation populaire. J'utilise la formule potestative. L'exécutif peut,

«kann», faire en sorte que les populations locales soient sondées au moyen d'un vote consultatif. La compétence de la Confédération en matière de places d'armes n'est pas mise en question. Dans cette affaire, il est dangereux que la Confédération puisse construire, nonobstant toutes les lois qui s'appliquent aux constructions non militaires, un ouvrage dont sur place, par hypothèse, personne ne voudrait. Ma proposition ne donne aucun ordre au Conseil fédéral, ne lui impose rien, mais lui procure la possibilité d'exercer, le moment venu, ce que j'ose appeler une oeuvre d'intelligence politique.

Si nous acceptons le crédit aujourd'hui sans cette possibilité, nous forçons le Conseil fédéral à imposer à une région un projet dont elle ne veut peut-être pas. Si nous adoptons ma proposition, nous donnons simplement au Conseil fédéral la possibilité d'utiliser une porte de sortie qui consisterait à organiser sur place, soit à l'échelon cantonal, soit, de préférence, à l'échelon communal, une consultation afin de connaître l'humeur de la population. Si le vote donne un résultat positif, il n'y aura plus d'obstacles, le Conseil fédéral aura les mains libres, et la population avec lui, pour construire cette place d'arme. Nous aurons également la preuve que cette population veut vraiment la place d'arme, et nous ne rencontrerons plus de difficultés en la matière. Mais si, au terme de cette consultation, il apparaît qu'une forte majorité de la population locale est hostile au projet, le Conseil fédéral aura la possibilité d'entreprendre des négociations. Cela nous éviterait une épreuve de force inutile.

Cette proposition – vous l'aurez constaté, j'espère – est modérée. Elle n'impose rien au gouvernement, elle lui donne la possibilité d'éviter une épreuve de force dont je souhaite que notre pays saura faire l'économie. C'est dans cet esprit que je vous demande de soutenir ma proposition.

Rechsteiner: In der letzten Herbstsession hat eine Mehrheit dieses Rates den Bedarf nach einem neuen Waffenplatz in Neuchlen-Anschwilen bejaht. Gehen wir einmal davon aus. Lassen wir beiseite, was schon damals gegen diesen neuen Waffenplatz gesprochen hat: die niedrige Auslastung der bestehenden Kasernen beispielsweise, die sich kein privater Unternehmer leisten könnte; der Geburtenrückgang; der Umstand, dass die 1980 abgebrochene Kaserne St. Gallen in Wirklichkeit längst ersetzt worden ist; die Zerstörung einer wertvollen, unverbauten, weitgehend ursprünglichen Moränenlandschaft. Lassen wir das alles einmal beiseite.

Nehmen wir nur das, was sich seit dem letzten Herbst verändert hat. Es müsste all jenen für einen anderen Entscheid reichen, die nicht blind und nicht taub für Veränderungen sind.

1. Bei Ihrem letzten Entscheid stand die Berliner Mauer noch, gab es noch eine DDR-Volksarmee. Heute existiert die DDR-Armee und funktioniert der Warschauer Pakt – in den letzten Jahren immer der «Feind», von dem die Bedrohung ausgegangen ist – nicht mehr. Trotzdem will das EMD bauen.

2. Das Ergebnis der GSoA-Abstimmung: Erinnern Sie sich doch einmal, Herr Villiger, was Ihre eigene EMD-Spitze vor dem 26. November gepredigt hat! Zum Beispiel Generalstabschef Lüthy, für den bei einem deutlich höheren Jastimmenanteil als 10 bis 15 Prozent die Wehrbereitschaft gefährdet war. Erinnern Sie sich daran! Das Gedächtnis ist teilweise sehr kurz geworden. Wie Sie wissen, sind es tatsächlich über 35 Prozent oder über eine Million Schweizerinnen und Schweizer geworden.

Die Auswertung des Abstimmungsergebnisses und weitere Umfragen zeigen unmissverständlich, dass eine Mehrheit des Schweizer Volkes sparen, reduzieren will und solche Waffenplatzausbauten ablehnt. Doch die Volksmeinung kümmert offenbar das EMD nicht. Es macht, was es will und was es schon immer gewollt hat.

3. Die Ueberarbeitung der Sicherheitspolitik.

Aus allen bürgerlichen Fraktionen werden nun Vorstösse eingereicht, die eine Ueberprüfung der sicherheitspolitischen Grundlagen und der Dimensionierung der Armee verlangen. Aber noch bevor die Ueberprüfung überhaupt richtig beginnen kann, soll der Waffenplatz Neuchlen-Anschwilen in die Landschaft betoniert werden, getreu dem Motto: Zuerst bauen, dann denken.

Es handelt sich um eine seltsame Logik: Zuerst sollen die Grundlagen der Sicherheitspolitik überprüft und neu beurteilt werden. Aber schon bevor dies geschehen ist, weiss man ganz genau, dass man einen neuen Waffenplatz in Neuchlen-Anschwilen bauen will. Das ist doch eine Farce.

Wenn man die Hektik des EMD in den letzten Wochen und Monaten betrachtet, kann diese nur noch mit Panik erklärt werden, damit, dass jedes Zuwarten, jedes Ueberdenken automatisch dazu führen müsste, dass das auf veralteten Grundlagen beruhende Waffenplatzprojekt beerdigt würde. Je weniger der Bedarf sachlich begründet werden kann, desto schneller muss gebaut werden, desto mehr muss blosser Macht demonstriert werden.

Herr Villiger, überlegen Sie sich bitte einmal, welche staatskundlichen Elementarlektionen Sie den Ostschweizerinnen und Ostschweizern in den letzten Wochen erteilt haben. Während Sie der Opposition gegen den Waffenplatz, der Arna und der Gona, das Gespräch systematisch verweigern, erscheinen in den Zeitungen Bilder, die Sie strahlend und umringt von ein paar geschneigelten jungen Herren vom Forum «Jugend und Armee» zeigen, die Ihnen eine Petition überreichen.

Während Sie freisinnige Parteifreunde, z. B. den Geschäftsführer des «Trumpf Buur» und Ständerat Schoch, mit Aufträgen beglücken, werden die Gegnerinnen und Gegner des Waffenplatzes mit Polizeigewalt und Strafverfahren eingedeckt. Können Sie nicht einsehen, dass im EMD-Staat etwas faul sein muss, wenn ein Waffenplatzprojekt gegen die eigene Bevölkerung mit Gummigeschossen, mit chemischen Kampfstoffen durchgesetzt und mit Nato-Stacheldraht und scharfen Hunden gesichert werden muss?

Herr Villiger, es ist etwas Neues in der Geschichte des Bundesstaats, dass ein Waffenplatz mit Waffengewalt durchgesetzt werden muss. Ihre Vorgänger an der Spitze des Eidgenössischen Militärdepartementes waren sicher auch alle stramme Militärbefürworter. Einen Waffenplatz mit Polizei und Waffengewalt gegen die Bevölkerung durchgesetzt haben sie nicht. Nach der Abstimmung vom 26. November haben Sie, Herr Villiger, erklärt, dass man der jungen Generation, die sich ja mit deutlicher Mehrheit gegen die Armee ausgesprochen hat, entgegenkommen müsse. Sie haben gesagt, man müsse dies mit neuen Schuhen, neuen Uniformen und neuen bzw. renovierten Kasernen tun. Das war offenbar kein Witz. Sind Sie tatsächlich im Ernst der Ansicht, dass die Probleme der jungen Generation mit der Armee zu lösen sind mit neuen Schuhen, mit neuen Uniformen oder schon gar mit Kasernen, von denen die Mehrheit nichts wissen will? Die Probleme liegen doch tiefer, und Sie verschärfen sie tagtäglich mit Machtdemonstrationen wie in Neuchlen-Anschwilen.

Es wird zwar vom EMD immer wieder behauptet, dass die Kritik an den bestehenden Verhältnissen in der Armee ernst genommen werde. Was das in Wirklichkeit heisst, haben wir inzwischen in Neuchlen-Anschwilen nur zu genau erlebt, nämlich das bare Gegenteil.

Schliesslich eine verfahrensrechtliche Frage. Sie haben am Ende der Debatte in der Herbstsession den Umweltorganisationen jedes Einspracherecht abgesprochen: Die Umweltinwände, die beispielsweise auch vom Buwal im Bereiche des Lärms vorgebracht wurden, sind bis heute nicht ausgeräumt. Auch dem NVS, dem Naturschutzverein der Stadt St. Gallen, ist bis heute nicht entgegengekommen worden.

Es kommt dazu, dass neuere Untersuchungen, beispielsweise des Bundesamtes für Raumplanung, aufzeigen, dass die baurechtliche Extrawurst für das EMD gemäss Artikel 164 der Militärorganisation bei Kasernen- und Ausbildungsanlagen nicht dahingehend ausgelegt werden darf, dass keine kantonalen Baubewilligungen erforderlich seien. Vielmehr fordere Artikel 24 RPG auch kantonale Bewilligungen. Das wird im Bundesamt für Raumplanung offenbar vertreten.

Das EMD hat diese Frage von sich aus auch abklären lassen. Es ist ein Gutachten von Professor Schindler eingeholt worden. Dieses wird indessen bis heute unter Verschluss gehalten. Sind Sie bereit, in diesem Zusammenhang für Neuchlen-Anschwilen die erforderlichen kantonalen Bewilligungen nachzuholen?

Besser wäre es jedoch, das verfehlte Projekt bereits heute zu

begraben, damit die unverbaute Moränenlandschaft von Neuchlen-Anschwilen gerettet werden kann. Sie glauben doch nicht, dass Neuchlen-Anschwilen mit ihrem neuen und demonstrativen Baubeschluss vom Tisch ist, dass die Mehrheit des Volkes dies einfach stillschweigend hinnehmen wird? Ein Projekt, das seine sachliche und demokratische Legitimation verloren hat, kann heute, gegen den Widerstand des Volkes, nicht mehr ohne weiteres durchgesetzt werden. Sie wären gut beraten, schon heute auf die Mehrheit der Ostschweizer Bevölkerung und der Schweizer Bevölkerung insgesamt zu hören.

David: Ich möchte Ihnen einen Ergänzungsantrag zum Antrag der Mehrheit stellen.

Nach meiner Meinung ist es wichtig, dass man sich neben der fundamentalistischen Auseinandersetzung, die hier über weite Strecken betrieben wird, auch mit dem Projekt konkret auseinandersetzt und es auf seine Tauglichkeit in einzelnen Punkten prüft. Dazu sind wir um so mehr aufgerufen – ich stimme dem zu, was Herr Ledergerber gesagt hat –, als wir bei Militärprojekten keine raumplanerischen Verfahren haben, wie sie bei anderen Vorhaben bestehen. Also ist es unsere Sache, in der Militärkommission und im Parlament auch diesen Gesichtspunkten nachzugehen und sie zu beurteilen.

Nun muss ich auch Kollege Rechsteiner antworten, der jetzt die Ostschweizer Bevölkerung hier für seine Auffassung in Anspruch genommen hat.

Ich bin der Überzeugung, dass diese Kaserne gerechtfertigt werden kann. Herr Rechsteiner will an sich keine Armee. Das ist sein gutes Recht. Diese Meinung kann man haben, man kann dann folgerichtig die Meinung vertreten und muss sie auch vertreten, dass sämtliche Armeeinrichtungen völlig unnütz sind und abgeschafft werden müssen, heute oder morgen oder möglichst bald. Wenn man anderer Meinung ist und die Situation so beurteilt, dass die Schweiz an sich eine Armee benötigt, dann muss man dieser Armee auch die entsprechenden Anlagen zur Verfügung stellen.

(Unruhe durch Demonstranten auf der Zuschauertribüne)

Herr Rechsteiner hat vorhin einleitend zu seinem Votum ausgeführt, zum Zeitpunkt, zu dem wir im Herbst hier den ersten Beschluss gefasst hätten, habe die Berliner Mauer noch gestanden. Das trifft tatsächlich zu, damals stand die Berliner Mauer noch, nachher wurde sie abgebrochen.

Was mich überrascht, ist, dass nach dem Abbruch der Berliner Mauer eine grosse Partei aus diesem Lande noch Briefe an Leute im Osten geschrieben hat, die sich als Diktatoren herausgestellt haben. Ich mache das dieser Partei, der SP, nicht zum Vorwurf, aber ich sage Ihnen: man kann sich in der Beurteilung täuschen.

Wenn Sie uns heute Ihre Beurteilung vortragen und sagen: «Wir wissen genau, wie die Situation ist, alles muss jetzt abgeräumt werden, wir brauchen keine Armee mehr», dann muss ich Ihnen sagen, ich traue Ihrem Beurteilungsvermögen nicht. Ich traue ihm noch weniger, nachdem Sie nach dem Fall der Berliner Mauer nicht die Kraft hatten, ganz klar zu sagen, dass das, was dieses Regime geboten hat, zu Ende ist, dass Sie nicht sagten: Das ist fertig, das ist unerträglich, mit diesen Leuten wollen wir auch keinen Briefverkehr mehr.

Das ist für mich nicht verständlich. Darum kann ich diese Argumentation, die sich grundsätzlich gegen die Armee richtet, hier nicht akzeptieren. Dieses Urteil basiert auf schwachen Argumenten, auch heute noch.

Ich bin auch der Meinung, dass wir die Sicherheitspolitik überprüfen müssen; ich bin auch der Meinung, dass wir die Armee an Haupt und Gliedern genau überprüfen müssen, auf die Zukunft hin überprüfen müssen; aber ich bin dagegen, dass wir direkt in die Abschaffung hineinmarschieren, wie es hier verlangt wird.

Zum Projekt selbst: Ich habe gesagt, dass wir verpflichtet sind, das Projekt selbst genauer anzusehen. Es sieht unter anderem vor, 120 Parkplätze für die Rekruten bereitzustellen. Diese Kaserne – und dafür ist meiner Meinung nach der Bedarf ausgewiesen – dient zwei oder drei Rekrutenkompanien, wie die alte Kaserne, die in der Stadt St. Gallen ihren Standort hatte. Bei der alten Kaserne hatten wir diese Parkplätze für die Rekruten

nicht, bei der neuen will man sie schaffen. Wir haben sie bei vielen Kasernen in der Schweiz nicht; offenbar will man hier einen neuen Weg einschlagen und bei den Kasernen solche Parkplätze bauen.

Gossau ist mit öffentlichen Verkehrsmitteln einwandfrei erschlossen; es hält alle Stunden ein Intercity-Zug. Die Gemeinde Gossau ist bereit (ich habe das persönlich abgeklärt) und willens, zwischen der Kaserne und dem Bahnhof einen regelmässigen Autobusbetrieb einzurichten für die Zeit, in der Rekruten einrücken und wieder abtreten.

Es ist auch zu bedenken, dass die Rekruten ihre Autos ja während der Woche nicht benutzen können. Dieser Parkplatz soll so gestaltet werden, dass die Rekruten am Sonntagabend anfahren, dann werden die Autos auf diesem 1800 m² grossen Platz Stossstange an Stossstange gestellt, und am Samstag wird das Ganze wieder aufgelöst. Es steht also eine Blechlawine auf der grünen Wiese neben der Kaserne.

Ich finde solche Lösungen völlig verfehlt, vor allem erzieherisch verfehlt. Wer als Rekrut immer mit dem Auto einrückt, der erwartet nachher auch in den Dörfern, im WK, dass ihm grosse Parkplätze zur Verfügung stehen und er jederzeit mit seinem Wagen anfahren kann. Das ist eine falsche Verkehrspolitik, eine falsche Verkehrserziehung, die wir hier bei Zwanzigjährigen einleiten.

Ich erinnere Sie auch daran, dass wir in diesem Parlament beschlossen haben, den Rekruten den Fahrpreis zu verbilligen und ihnen mit dem Fünf-Franken-Billet die Möglichkeit zu geben, ihre Standorte sehr günstig zu erreichen. Schliesslich wissen wir alle, dass die meisten Unfälle im Militär auf übermüdete Rekruten zurückzuführen sind und auf Rekruten, die beim Einrücken und beim Heimfahren zuviel Alkohol trinken. Auch aus diesem Blickwinkel rechtfertigt es sich nicht, bei einem Kasernenprojekt eine solche Installation bereitzustellen. Aus diesen Gründen bitte ich Sie, diesem Antrag als Zusatzantrag zu demjenigen der Kommissionsmehrheit zuzustimmen. Ein Wort gestatte ich mir noch zu weiteren Details des Projekts. Sie wurden von Herrn Rechsteiner angesprochen und haben mich selbst auch sehr beschäftigt: einerseits die Immissionen und andererseits die Gewährleistung der naturschützerischen Qualität des Gebiets. Es trifft zu, dass die Immissionsfrage noch nicht restlos gelöst ist. Das gilt für das Handgranatenwerfen insbesondere und für das zivile Schiessen an Samstagen, Sonntagen und am Abend. In beiden Punkten ersuche ich Bundesrat Villiger, klar und deutlich zu erklären, dass das EMD bereit ist, diesen für die Bevölkerung in dieser Region wichtigen Punkten Rechnung zu tragen, insbesondere der Einhaltung der Lärmschutzverordnung in allen Teilen.

Ich sehe nicht ein – ich ersuche Herrn Bundesrat Villiger, das zu erklären –, warum man an Sonntagen schiessen muss, und ich sehe auch nicht ein, warum man abends bis 21 Uhr schiessen muss. Ich bitte das EMD, beide Punkte zu überprüfen.

Die Bevölkerung ist mit Schiesslärm zur Genüge versorgt, wenn sie den Militärplatz akzeptieren muss. Wir müssen daher beim zivilen Schiessen grösste Zurückhaltung üben. Ich bitte den Bundesrat doch um entsprechende Erklärungen.

Zum Biotopschutz: Es wurde von Herrn Rechsteiner ausgeführt, dass den Anliegen nicht oder zu wenig Rechnung getragen werde. Beim heutigen Waffenplatz ist – man mag das bedauern oder nicht – das wertvollste Biotop der Kugelfang der 300-Meter-Schiessanlage. Dieser Kugelfang konnte von niemandem zerstört werden. Er konnte auch von der Landwirtschaft nicht in Anspruch genommen werden, insbesondere ist eine Düngung total unterblieben. Auch Schafhaltung war auf dem relativ grossen Hang nicht möglich, so dass der Kugelfang effektiv zum wichtigsten Biotop des heutigen Waffenplatzes wurde, der – national gesehen – Arten enthält, die sehr selten sind.

Ich will damit nicht sagen, wir bräuchten, um Naturschutz zu treiben, einen Waffenplatz. Das ist keineswegs meine Meinung. Aber ich bin der Überzeugung, dass sich ein Waffenplatz bei entsprechenden Anstrengungen sehr gut mit den naturschützerischen Anliegen vertragen kann. Hier bitte ich das EMD und seinen Vorsteher zu bestätigen, dass sie diese Anstrengungen, die sie in den Vorverhandlungen mir und den beteiligten Naturschutzorganisationen zugesagt haben, wirk-

lich unternehmen, wenn dieses Projekt realisiert wird, damit die Landschaftssituation, wie sie jetzt ist, zumindest beibehalten und an verschiedenen Orten – was den Naturschutz betrifft – verbessert werden kann.

Ebenso bitte ich um die Bestätigung, dass diese Landschaft der Bevölkerung der Stadt St. Gallen und der umliegenden Gemeinden auch in Zukunft, insbesondere an Wochenenden, als Naherholungsgebiet zur Verfügung stehen wird.

Das sind für mich alle wichtigen Punkte, die bei diesem Projekt berücksichtigt werden müssen.

Ich bitte Sie, führen Sie die Diskussion nicht nur auf der fundamentalistischen Ebene – Militär, ja oder nein? –, sondern kümmern Sie sich so um die Einzelheiten und Details dieses Projekts, dass es zu vertreten ist, dass dieses Projekt an dieser Stelle beschlossen wird.

Frau Eppenberger Susi: Ich bitte Sie, mit der zweiten heute auch schon die dritte Tranche für den Waffenplatz Herisau-Gossau zu bewilligen, wie es Ihnen die Militärkommission vorschlägt und wie es die Minderheiten I und II ablehnen.

Dass die ganze Anlage jetzt bewilligt werden kann, sind Sie der Ostschweiz schuldig. Ich hatte Gelegenheit, mit einer Unterkommission der Militärkommission an Ort und Stelle die Zustände in der Kaserne Herisau zu begutachten. Ich schäme mich, dass junge, moderne Rekruten mit den sanitären Anlagen ihrer Grossväter vorliebnehmen müssen. Auch der Ostschweizer Jugend soll das zustehen, was der Zürcher und anderer Schweizer Jugend schon längst gewährt wird.

Die Kasernenanlagen sind überfällig! Wir haben 1982 unsere St. Galler Kaserne dem Strassenbau geopfert, und seither begnügen wir uns mit unzumutbaren Provisorien. Ich habe bei der Behandlung der letztjährigen Baubotschaft schon darauf hingewiesen. Der Waffenplatz Herisau-Gossau ist als Ausbildungsstätte notwendig, seine militärische Bedeutung unbestritten und das Sanierungsprojekt ausdiskutiert. Im Verlaufe der letzten zehn Jahre wurde mit den Verantwortlichen der betroffenen politischen Gemeinden sowie den Verantwortlichen für die militärische Ausbildung auf dem Waffenplatz St. Gallen-Herisau eine allseits befriedigende Lösung zwischen militärischer und ziviler Nutzung ausgehandelt.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen, dass solche Anlagen auch für zivile Veranstaltungen genutzt werden können und sollen. Anlagen einer Milizarmee gehören dem Volk und können von diesem auch beansprucht werden. Nun werden die geplanten modernen Ausbildungsanlagen, die nur Ersatz für bereits dagewesene sind, von SP- und anderen Ideologen systematisch hintertrieben und für ihre politischen Ränkespiele missbraucht. Das ist eine Frechheit, die wir uns nicht gefallen lassen! Der Bürger und Steuerzahler weiss nicht, was für horrenden Summen für die Bewachungsaufgaben auf dem Baugelände ausgegeben werden müssen.

Ich möchte Herrn Bundesrat Villiger bitten, uns darüber einmal klar Auskunft zu geben. Es wird Geld verpulvert, damit keiner der sogenannten friedlich Demonstrierenden unter die Räder der Lastwagen gerät, damit die sogenannten friedlich die Drahtzäune überklettern und zerschneidenden Blumenpflanzer nicht fremdes Eigentum beschädigen oder andere dazu veranlassen.

Herr Bundesrat Villiger, vielleicht könnten Sie auch einmal die Grenzen zwischen Gewaltlosigkeit und psychischer und physischer Gewaltanwendung etwas näher erläutern! Ich gestehe nämlich den jungen und eventuell auch den älteren Gutmeinenden zu, dass sie diese Grenzen nicht sehen. Dass aber Drahtzieher aller Schattierungen, inklusive Nationalräte, die Bürger zu solchen gesetzeswidrigen Handlungen anstacheln, stimmt mich eher nachdenklich.

Ganz sicher erwarten wir, dass effektiv begangene Gesetzesübertretungen geahndet werden, ohne Rücksicht auf die Person und auf eine eventuelle parlamentarische Immunität. Die Bevölkerung unserer Region steht nämlich trotz oft anderer Darstellungen in den Medien hinter dem Waffenplatz. Wir brauchen keine Konsultativabstimmungen. 400 Petenten, die nicht einmal wagen, ihre Namen bekanntzugeben, stehen den 20 000 Petenten gegenüber, die sich für die Sache einsetzen,

das heisst, den Waffenplatz akzeptieren und die anerkennen, dass Bürgerpflicht nicht Sankt-Florians-Politik sein kann.

Was wir wollen, ist, dass in Neuchlen-Anschwilen wieder ungestört mit den Bauarbeiten weitergefahren werden kann, dass unsere Polizisten wieder in den Dörfern ihre Pflicht erfüllen können und dass Hundeführerinnen und Hundeführer nicht mehr allnächtlich Pikett stehen müssen. Ihnen gebührt übrigens unser aller Dank.

Noch nebenbei: Ob der Zeitpunkt des Baubeginnes im Frühling sehr geschickt gewählt war, bezweifle ich. Es hatte auch auffallend viele Lehrer unter den Demonstranten, die Zeit für Ferien und zum Zelten hatten. Sie können sich nicht vorstellen – und leider zeigen die Medien solche Bilder auch nicht –, welche Zustände die Ordnungskräfte der Gemeinde Gossau angetroffen haben, die das unerlaubte Zeltlager am Rande des Baugeländes räumen mussten: leere Flaschen und Fixerutensilien waren noch das Appetitlichste, was dort anzutreffen war. Wir Freisinnigen möchten diesem unwürdigen Affentheater ein Ende bereiten und bitten Sie, nach der zweiten Tranche auch die dritte heute zu bewilligen.

Zwingli: Ich spreche zur Motion Rechsteiner. Unser Rat stimmte in der Herbstsession 1989 nach ausgedehnter Diskussion dem ersten Teilkredit der Ersatzbeschaffung für die Kaserne St. Gallen in Neuchlen-Anschwilen mit 132 zu 15 Stimmen zu. Es scheint mir ein sonderbares Unterfangen, auf diesen klaren Beschluss zurückkommen zu wollen. Solange wir die allgemeine Wehrpflicht aufrechterhalten, brauchen wir diese Kaserne.

Wenn Herr Rechsteiner mit Mehrheiten argumentiert, möchte ich ihn fragen: Meinen Sie die paar Dutzend Demonstranten oder die tausend Teilnehmer an der Informationstagung vom 19. Mai? Meinen Sie die 400 Unterschriften der Petition von Namenlosen oder die 20 000 jener, die den Waffenplatz befürworten?

Wahrscheinlich hat Herr Rechsteiner mit einer demokratischen Mehrheit, die nun einmal nicht seiner Meinung ist, einige Mühe.

Ich komme auch aufgrund eines kurzen Artikels, den Herr Rechsteiner am 1. Mai 1990 in der «Ostschweiz» publizierte, zu dieser Überzeugung. Ich zitiere aus diesem Artikel: «Doch nicht nur die Volksmeinung ist dem EMD egal; auch wenn 50 Parlamentarierinnen und Parlamentarier eine Motion für ein Rückkommen auf den Baukredit einreichen, kümmert das das EMD nicht. Nicht einmal der Entscheid des dafür zuständigen Parlamentes wird abgewartet.» Natürlich kann Herr Rechsteiner beliebig viele Motionen zusammenstellen und einreichen. Aber gleich schon mit dem Einreichen zu verlangen, dass diesem Vorstoss Folge zu geben sei, geht entschieden zu weit. Was wäre zu erwarten, wenn alle 246 eidgenössischen Parlamentarier solche Ansprüche stellen wollten?

Herr Rechsteiner schreibt an einer anderen Stelle seines Artikels: «Wie soll sich denn die betroffene Bevölkerung gegen ein unsinniges, überholtes Projekt der Landschaftszerstörung zur Wehr setzen, wenn nicht mit Widerstand vor Ort?» Herr Rechsteiner, unser Rat hatte schon einmal Gelegenheit, Ihre Argumente anzuhören. Trotzdem bewilligte er den entsprechenden Teilkredit mit 132 zu 15 Stimmen. Offenbar sagt Ihnen auch eine so klare Mehrheit überhaupt nichts. Mit Ihrer Behauptung machen Sie aber auch ihren Gefolgsleuten ein X für ein U vor.

In Ihrem Artikel schreiben Sie weiter: «Und bei den Waffenplätzen wird die Umweltgesetzgebung, zum Beispiel im Hinblick auf die Mitwirkungsmöglichkeiten der Umweltorganisationen, missachtet. Für das EMD gilt Macht statt Recht.» Was wollen Sie mit dieser unsachlichen Behauptung erreichen? Sie wissen so gut wie ich, dass die zuständigen Umweltorganisationen die gesetzlichen Möglichkeiten erhielten, ihre Forderungen zu stellen. Diese Forderungen wurden vom EMD erfüllt. Nun kam ein neues Forderungspaket mit 90 weiteren Begehren. Diese werden gegenwärtig geprüft. Woher nehmen Sie Ihre selbstbewusste Behauptung, die Umweltgesetzgebung werde missachtet?

Herr Rechsteiner, Sie behaupten in Ihrem Artikel weiter, dass es gute Gründe für die Legalität und gegen die Strafbarkeit des

gewaltfreien Widerstandes auf Neuchlen-Anschwilen gebe, und fahren fort: «Ueber die Auslegung der Tatbestände des Hausfriedensbruchs und der Nötigung müssen die Gerichte in ihrer aktuellen, auch politisch bedingten Zusammensetzung entscheiden.» Das heisst im Klartext nicht mehr und nicht weniger, als dass Sie die Zusammensetzung der vom Parlament oder vom Volk rechtmässig gewählten Gerichte ablehnen. Herr Rechsteiner, Sie sprechen anderen die ihnen zustehenden gesetzmässigen Rechte ab, beanspruchen aber für sich selbst einen Haufen mehr, als Ihnen zusteht.

Herr Rechsteiner, haben Sie auch schon einmal überlegt, was Sie Ihren Leuten mit solchen Behauptungen und Forderungen alles vorgaukeln? Wenn nicht, tun Sie das gelegentlich! Ich weiss nicht, wie Sie Ihre Vorstellungen von Demokratie benennen wollen. Ich schäme mich als St. Galler für die Schindludereien, die Sie mit unseren demokratischen Grundregeln betreiben.

Namens der FDP-Fraktion bitte ich den Rat, die Motion Rechsteiner abzulehnen.

Jaeger: Ich gehöre auch zu jenen, die vom EMD angeklagt werden, weil wir mit jenen, die in Neuchlen-Anschwilen kampiert haben und die jetzt so negativ dargestellt worden sind, Gespräche aufgenommen haben. Ferner wurde uns der Vorwurf gemacht, wir hätten das unter dem Schutz der Immunität gemacht.

Frau Eppenberger, ich erkläre Ihnen hier ganz offen, dass ich hoffe, vor Gericht gestellt zu werden – trotz meiner Immunität –, damit klargelegt werden kann, was damals tatsächlich geschehen ist. Ich bin überzeugt, dass wir keinen Hausfriedensbruch begangen haben, aber darüber sollen die Richter entscheiden. Wir wollen genau gleich beurteilt werden wie alle anderen Bürgerinnen und Bürger, die in diese Angelegenheit involviert sind.

Es wurde von verschiedener Seite – wiederum vom EMD, von Bundesrat Villiger und heute wieder in diesem Saal – betont, wir hätten demokratische Beschlüsse nicht respektiert. Ich halte klar fest, dass erst heute über die zweite und dritte Etappe dieses Bauvorhabens entschieden wird. Also war es durchaus legitim, den Standort der Kaserne, der heute beschlossen wird, in Frage zu stellen, dagegen Opposition zu machen. Es ist auch durchaus legitim, gegen ein Projekt zu opponieren, das nach unserer Auffassung überdimensioniert ist und nicht einfach nur dem Realersatz dient, wie jetzt immer wieder betont wird und noch betont werden wird.

Wir haben im letzten Herbst – ich muss das für uns in Anspruch nehmen, die wir auf der kritischen Seite stehen – unter Informationsmängeln der ersten Tranche zugestimmt.

Ich lege das in vier Punkten kurz dar.

1. Es ist uns gesagt worden, die sensiblen Bereiche des Biotope- und Landschaftsschutzes im Zusammenhang mit dem Bau des Waffenplatzes seien mit den zuständigen Organisationen abgeklärt worden. Im nachhinein müssen wir feststellen, dass das nicht der Fall gewesen ist. Diese Punkte sind mit den zuständigen Organisationen nicht geklärt worden.

2. Es wurde uns mitgeteilt, mit dem Beschluss der ersten Tranche sei der Standort der Kaserne in Neuchlen-Anschwilen nicht präjudiziert! Wir müssen nun aber zur Kenntnis nehmen, dass dem offensichtlich beim letztjährigen Beschluss nicht so war. Deshalb müssen wir feststellen, dass wir auch hier unter falscher Information entschieden haben.

3. Es hat in der Zwischenzeit eine fundamentale Aenderung unseres Umfelds stattgefunden. Sie können die Meinungsumfragen in Frage stellen – ich messe ihnen auch nicht allzu viel Gewicht bei –: immerhin zeigen sie, dass ein Meinungswandel stattgefunden hat, dem es jetzt Rechnung zu tragen gilt, und sei es auch nur, indem wir den Waffenplatz zunächst zurückstellen oder zumindest einen anderen Standort prüfen, wie das von unserer Minderheit vorgeschlagen wird.

Herr David, Sie haben gesagt, Herr Rechsteiner sei gegen die Armee; er solle das sagen. In Ihrem Votum ist etwas durchgeklungen, wonach jeder, der heute diesem Waffenplatz nicht zustimmt, gegen die Armee sei. Herr David, das werden Ihnen viele Leute in St. Gallen nicht abnehmen – das kann ich Ihnen sagen. In der Stadt St. Gallen gibt es sehr viele Waffenplatz-

gegner, die sicher weder Armeegegner noch Systemveränderer sind. Es geht auch nicht – wie Herr Oehler heute in einem Beitrag geschrieben hat – um das Trojanische Pferd mit einer Dynamitladung. Es sind einfach Leute, die sich ernsthaft darüber Gedanken machen, ob man jetzt nicht auch bei Waffenplätzen einen Lernprozess einschalten sollte.

Es hat – Herr Zwingli oder Frau Eppenberger – nichts mit fundamentalistischer Opposition zu tun, wenn man bei einem von vierzig Waffenplätzen sagt, er sollte redimensioniert werden oder man solle sich sogar überlegen, ob nicht die bestehenden Kapazitäten besser auszulasten wären.

4. Herr Villiger, wir haben noch vor Baubeginn Gespräche geführt. Ich habe versucht, Sie und Herrn Rechsteiner an den gleichen Tisch zu bringen. Das ist nicht einfach; es war schwierig, diesen Dialog herbeizuführen. Aber in diesen Gesprächen ist zum Ausdruck gekommen, dass es Möglichkeiten gibt, aufeinander ein- und zuzugehen. Um so mehr habe ich es bedauert, dass trotz dieser Gespräche unmittelbar nachher mit dem Bau begonnen worden ist, obwohl die Möglichkeit bestanden hätte, zumindest einen temporären Baustopp zu verfügen und vielleicht auf diese Weise einiges an klimatischer Verbesserung zu schaffen, was jetzt nicht mehr möglich ist. Ich bedaure das.

Das waren meine Gründe, das Gespräch mit den Opponenten zu suchen; das sind auch die Gründe, warum ich heute sagen muss: Nach all dem, was passiert ist, können wir diesem Waffenplatz in dieser Form nicht mehr zustimmen.

Es ist gesagt worden, den Waffenplatz sei man der Ostschweiz schuldig. Herr Zwingli hat das gesagt; sinngemäss haben hier auch Frau Eppenberger und Herr David für die St. Galler plädiert. Ich finde das toll, wie nun meine Kollegen aus St. Gallen plötzlich die Interessen aller St. Galler vertreten wollen! Ich gebe durchaus zu, dass wir diese Interessen nicht zur überwältigenden Mehrheit vertreten, auch Herr Rechsteiner nicht – wer kann das schon?

Eines ist sicher: Ich warne Sie, Leute zu kriminalisieren, zum Teil junge Leute, Söhne und Töchter von Politikern, die in diesem Saal auf der anderen Seite stehen. Ich warne Sie, Leute als Systemveränderer und Armeegegner zu disqualifizieren, die durchaus aus guten Gründen, in wachsender Zahl, solchen Bauvorhaben kritisch gegenüberstehen.

Wir haben einen Nachholbedarf, wird gesagt. Wo ist denn, Herr Villiger, z. B. die Sanierung der Kaserne Herisau vorgesehen? Walenstadt ist nicht ausgelastet. Immer wird von den prekären sanitären Einrichtungen gesprochen. Leserbriefe von Rekruten haben gezeigt, dass sich in der Ostschweiz sehr viele von ihnen nicht wegen der sanitären Einrichtungen beklagen, sondern über die fehlende Organisation, den schlechten Ton in unseren Kasernen. Interessanter- und ironischerweise war ausgerechnet der Propagandachef, den Sie eingesetzt haben – Herr Weigelt –, gemeint, wenn von schlechter Führung und schlechtem Umgangston die Rede war. Ich bitte auch hier: Wahren Sie die Proportionen!

Nun noch zur Petition mit 20 000 Unterschriften. Ich habe z. B. einen Anruf eines Angestellten eines Militärflugplatzes erhalten. Er hat gesagt, er müsse die Petition unterschreiben. Er sei zwar nicht dafür, aber er hätte praktisch keine andere Wahl. Ich kann Ihnen den Namen dessen geben, der ihm diese Petition zur Unterschrift unterbreitet hat. Das sind alles Dinge, die sicher auch nicht gut sind.

Zum Schluss bitte ich Sie: Wenn Sie in der heutigen Debatte die Minderheitsanträge beurteilen, denken Sie daran, dass es offensichtlich eine enorme Informationsmisere gibt. Es wurde schon heute morgen darüber gesprochen. Wir brauchen einen neuen, anderen Geist. Was es braucht, ist ein Lernprozess. Wir müssen doch auch mit Kritikern, mit Opponenten den Dialog suchen, ohne sie gleich in die Ecke zu treiben, ohne sie gleich der Systemveränderung zu bezichtigen, ohne sie gleich immer als pauschale Armeegegner abzuqualifizieren. Das ist zu einfach.

Wenn wir auf diese Art und Weise weiterhin Militär- und Verteidigungspolitik betreiben, wird es immer mehr Leute geben, die früher treu zur Sache standen, aber jetzt sagen: Nein, auf diese Weise können wir nicht mehr mitmachen. Ich auf jeden Fall bin enorm enttäuscht von der Politik des EMD.

Das kann Ihnen ja gleich sein, aber ich kann Ihnen sagen: Es gibt viele Menschen, die so denken wie ich. Ein differenzierter Dialog über diese Frage ist offensichtlich nicht mehr möglich. Deshalb stimmen wir heute für diese Minderheitsanträge, die aus unseren Reihen gestellt worden sind.

Persönliche Erklärung – Déclaration personnelle.

David: Ich muss Kollege Franz Jaeger – bei aller Aufregung die jetzt hier demonstriert wird – bitten, zuzuhören, ganz ruhig zuzuhören, was wirklich gesagt wird, und dann vielleicht nur das zu zitieren und zu wiederholen, was gesagt worden ist; nicht Dinge, die nicht gesagt worden sind.

Ich habe klar gesagt, dass nach meiner Kenntnis – und dazu stehe ich nach wie vor – Paul Rechsteiner die Armee abschaffen will. Das ist sein gutes Recht – ich wiederhole das laut und deutlich. Diesen Standpunkt einnehmen und aus dieser Ueberzeugung heraus auch den Waffenplatz bekämpfen, darf und soll er. Aber dann muss man über diese Ueberzeugung grundsätzlich reden.

Ich habe keineswegs gesagt – das wiederhole ich –, dass jedermann, der in St. Gallen diesem Waffenplatz kritisch gegenübersteht – dazu sind die Leute berechtigt, auch das wiederhole ich –, für die Abschaffung der Armee ist. Zudem habe ich versucht darzulegen, dass bei der Armee und beim EMD selbst erkannt worden ist – das möchte ich auch wiederholen –, dass diesen Anliegen der Bevölkerung in St. Gallen Rechnung getragen werden muss.

Wenn einfach auf Bundesrat Villiger losgedonnert wird, er mache nichts, die Zusagen würden nicht eingehalten usw., dann kann ich das – ich habe mich für diese Sache einige Zeit eingesetzt – einfach nicht bestätigen. Sie können es wiederholen, soviel Sie wollen. Von mir aus gesehen stimmt es nicht. Vielleicht haben Sie andere Erfahrungen gemacht.

Hess Otto: In Neuchlen-Anschwilen soll zwar ein neuer Bau entstehen. Aber es ist ganz eindeutig und klar eine Ersatzbaute für die 1980 der Autobahn geopfert Kaserne St. Gallen. Es geht nicht um einen neuen Waffenplatz, um einen zusätzlichen, um den 41., wie das auf Transparenten von Waffenplatz- und Armeegegnern zu lesen war. Es geht der SVP auch nicht darum, den Waffenplatzhungers des EMD zu stillen. Es geht darum, die Provisorien, die den heutigen Anforderungen in verschiedenster Hinsicht nicht mehr genügen, zu verbessern.

Die Auseinandersetzung mit dem Kasernenneubau ist offenbar der Dank dafür, dass das EMD seinerzeit grosszügig zur raschen Lösung des Verkehrsproblems und zur Verbesserung der Wohnqualität in St. Gallen beigetragen und die bestehende Kaserne freigegeben hat, bevor die Ersatzbaute bezugsbereit war, was nicht dem Normalfall entspricht. Man will jetzt dem EMD als Dank für seine Grosszügigkeit offenbar einen Strick drehen.

Als Vertreter des Kantons Thurgau möchte ich Sie eindringlich bitten, dem Kasernenbau in Neuchlen zuzustimmen. Dieser Waffenplatz dient der Infanterieausbildung der Ostschweiz. Er besteht schon mehr als hundert Jahre. Aus meinem Kanton absolvieren dort jährlich über 500 Rekruten, Unteroffiziere und Offiziere ihre Ausbildung. Auch sie haben Anrecht auf Bedingungen in der militärischen Ausbildung, die den heutigen Bedürfnissen angepasst sind, und zwar in ihrer Region, nicht irgendwo in der Schweiz auf einem Waffenplatz, wo sie gefälligst noch geduldet sind.

Die Regierungen der Ostschweizer Kantone stehen geschlossen hinter diesem Bauvorhaben und erwarten eine zügige und rasche Realisierung. Auch Regierungsräte der SP, vor denen ich eine grosse Achtung habe, stehen klar hinter diesem Bauprogramm.

Ich habe mir die heutigen Bedingungen dieses Waffenplatzes vor Ort angesehen. Wenn ich meinen Tieren auf meinem Landwirtschaftsbetrieb analoge Bedingungen zumuten würde, hätte ich wahrscheinlich den Tierschutz schon längstens am Hals. Im Namen der einstimmigen SVP bitte ich Sie, die beiden Minderheitsanträge abzulehnen und der Mehrheit – unter Einbezug der dritten Etappe in der Höhe von 11,65 Millionen

Franken – zuzustimmen. Wir begrüßen das Vorziehen der dritten Ausbaustufe.

Die Minderheit I will den ganzen Kredit für den Ersatzbau der Kaserne in Neuchlen ablehnen. Ich weise darauf hin, dass dieser Bau dem echten Bedürfnis entspricht, dass die Provisorien in Bronschhofen und Umäsch abgelöst werden können und die unbefriedigende Situation in Herisau den heutigen Erfordernissen bezüglich Unterkunft und sanitäre Einrichtungen angepasst werden kann.

Ich möchte nicht wiederholen, was ich beim Eintreten zur Bauvorlage gesagt habe. Dieses Bauvorhaben wurde in einer langen, sorgfältigen Vorbereitungsphase mit der betroffenen Region, mit deren Volksvertretern, abgesprochen und ausgehandelt. In einem Vertrag, der vor über einem Jahr von allen beteiligten Gemeinden unterzeichnet wurde, sind die Abmachungen festgeschrieben worden.

Man hat in der langen Verhandlungsphase auf die Wünsche der Gemeinden weitgehend Rücksicht genommen und das Projekt den neuen Erkenntnissen immer wieder angepasst. Herr Günter, es handelt sich nicht um ein verkramptes Objekt. Auch die Umweltverträglichkeitsprüfung wurde in dieses Verhandlungsverfahren miteinbezogen.

Es trifft nicht zu, dass – wie es in einem offenen Brief an Bundesrat Villiger geschrieben steht – Gemeindeabstimmungen in der Gemeinde Gossau und Abtwil verhindert worden sind. In der Standortgemeinde Gossau, auf deren Gemeindegebiet sich etwa zwei Drittel des Waffenplatzareals und der Standort der neu zu bauenden Kaserne befinden, wurde nie ein Antrag auf Abstimmung gestellt. Im Jahresbericht 1987 und 1988 hat die Gemeindebehörde gar über die Neugestaltung des Waffenplatzes detailliert orientiert, die Bürger über den Vertrag ins Bild gesetzt. Der Bauwettbewerb war ausgehängt, der Öffentlichkeit zugänglich. Entgegen den Behauptungen in diesem Brief steht die Mehrheit der Region zum Ausbau dieses Waffenplatzes. Man muss eben alle befragen, nicht nur die Armeegegner und die Gegner des Waffenplatzes.

Zur Minderheit II: Als Mitglied der Untergruppe, die das in Frage stehende Projekt eingehend studiert hat, habe ich überhaupt nicht den Eindruck, dass es sich um ein überdimensioniertes Projekt handelt, das redimensioniert werden müsste. Im Gegenteil, ich habe mir die Frage gestellt, ob es richtig sei, dass dieser Neubau nur gerade für drei Kompanien gebaut wird und zwei Kompanien weiterhin in Herisau verbleiben, da doch diese Kaserne ebenfalls sanierungsbedürftig ist. Wir haben festgestellt, dass die Küche so konzipiert ist, dass sich zwei Kompanien in die Küche teilen. Wir haben weiter gesehen, dass der Essraum so ausgelegt ist, dass er auch als Theorieraum dient. Aus Spargründen muss der Essraum für zwei Kompanien dienen, was zwingt, die Mahlzeiten zeitlich gestaffelt einzunehmen.

Ich könnte diese Liste verlängern. Das sind klare Fakten, die dafür sprechen, dass man sich bemüht hat, den Bau so kostengünstig wie möglich, so klein wie vernünftig auszuführen, unter Verzicht auf überflüssigen Komfort, aber doch so, dass der ganze Bau seine Aufgabe gut und zeitgemäss erfüllen kann.

Bezüglich Standort Breitfeld weise ich darauf hin, dass man von anfänglich zwölf möglichen Standorten in einem strengen Evaluationsverfahren – auch unter Berücksichtigung der UVP – den Standort Neuchlen gewählt hat. Das Breitfeld als Kasernenstandort, wie er von der Minderheit II gefordert wird, ist hinlänglich geprüft worden, weil er lange Zeit Priorität genossen hat. Weil dieser Standort sich jedoch im Naherholungsgebiet der Stadt St. Gallen befindet und zudem in der Grundwasserschutzzone liegt, ist er aus der Evaluation ausgeschieden.

Aus allen diesen Ueberlegungen bitte ich Sie im Namen der SVP, diese Minderheitsanträge abzulehnen und der Mehrheit zuzustimmen. Das Projekt ist vernünftig konzipiert, der Bedarf ist ausgewiesen; es entspricht einem echten Bedürfnis.

M. Jeanneret: Comme nous l'avons déjà dit la semaine dernière au nom de notre groupe lorsque nous nous sommes prononcés sur la proposition Bodenmann de renvoi de l'ensemble du message au Conseil fédéral, nous adhérons sans réserve à ce projet. Nous soutenons le Conseil fédéral, la ma-

porité de la commission et nous nous concentrerons sur l'essentiel qui est le principe de la place d'armes d'Herisau-Gossau.

Après le débat de ce matin où des attaques de tout genre ont eu lieu contre le Département militaire fédéral et contre la Commission des affaires militaires, nous aimerions apporter notre appui au chef du Département militaire fédéral ainsi qu'au président de la commission. Nous aimerions aussi, dans cette caserne, apporter notre appui - M. Hess Otto y a fait allusion - aux cantons de la Suisse orientale. Fédéralistes comme nous le sommes, nous y sommes sensibles et nous savons combien ces cantons ont besoin de cette place d'armes.

Nous prions le Conseil national de rejeter toutes les propositions: celle du rejet du crédit, celle de renvoi au Conseil fédéral, celle de modification du projet et enfin celle de M. Rebeaud, tendant à ce qu'un vote consultatif ait lieu auprès des populations concernées et que, jusque-là, le Conseil fédéral puisse éventuellement bloquer les décisions.

Avant de faire deux remarques essentielles, il faut encore rappeler la nécessité de cette place d'armes. Nous n'y reviendrons pas longuement, l'ayant souligné la semaine dernière à propos de l'ensemble du message. Qu'il s'agisse des jeunes ou d'avoir un hébergement sur le plan social pour les recrues, tout cela nous paraît indispensable et il n'y a pour nous aucun motif fondé de renvoi au Conseil fédéral ou de rejet du crédit.

La première des deux questions essentielles est la présence de personnalités et de parlementaires sur le terrain. Nous n'allons pas aborder ici le problème de l'immunité qui sera peut-être traité par la Commission des pétitions et de l'examen des constitutions cantonales. Nous avons entendu les déclarations de M. Jaeger et ce n'est pas ce qui nous intéresse. Le problème juridique de l'immunité est tout à fait accessoire et le Parlement se prononcera en temps utile. Nous aimerions condamner moralement et politiquement les parlementaires qui se sont présentés sur le terrain et qui ont attisé les passions. Ce n'est pas l'attitude d'hommes responsables sur le plan fédéral. La violence est toujours le fait d'actions, de discours, de présence physique. Comme pour la fameuse manifestation à Berne sur les fichiers, il ne suffit pas de regretter après, ni de préciser au dernier moment qu'il y a des provocateurs d'extrême-droite. Les hommes responsables doivent avoir une attitude absolument claire et n'ont pas à se mêler à ceux qui contestent une intervention parfaitement légitime.

Notre deuxième remarque porte sur la question de principe que soulève la proposition de M. Rebeaud parce que les libéraux attachent une grande importance aux problèmes institutionnels qui se trouvent liés à sa proposition. Pour nous, nous l'avons déjà dit dans d'autres domaines, c'est du pseudo-fédéralisme, c'est de la fausse démocratie régionale. On l'a vu et on commence à le voir dans le domaine de l'énergie; on l'a vu et on le verra dans le domaine de la police; on le voit dans le domaine militaire; on le verra de plus en plus dans le domaine des transports. Nous dénonçons donc ici le comportement de certains milieux de gauche ou d'autres partis qui ne cessent de vouloir une société plus bureaucratisée, plus fonctionnarisée, qui n'hésitent jamais à donner de nouveaux pouvoirs à la Confédération, qui, lorsqu'il y a un choix entre des pouvoirs cantonaux et fédéraux, sont toujours pour la solution la plus centralisée et qui, ensuite, ne laissent pas la Confédération faire son travail sur place.

Cela n'a rien à voir avec le vrai fédéralisme qui consiste à rendre les cantons, selon nos règles institutionnelles, responsables du plus grand nombre des activités, ils ne doivent remettre à la Confédération leurs responsabilités qu'en cas de nécessité absolue pour des objectifs d'intérêt national. Mais alors, en vrais fédéralistes, lorsque nous avons donné des responsabilités à la Confédération, nous estimons qu'il appartient à elle de les assumer et que l'on ne doit pas l'entraver dans son activité, qu'il s'agisse de militaire, d'énergie, de transport ou d'autres domaines. Nous ne pouvons pas admettre un système où la minorité refuse constamment de se soumettre une fois que les voies légales ont été parfaitement suivies. Dans un Etat aussi démocratique que la Suisse, ce que certains appellent le droit de résistance ne se justifie pas,

comme l'a d'ailleurs récemment remarquablement dit et écrit l'un de nos collègues conseiller aux Etats, M. Ernst Rüesch de Saint-Gall, en expliquant clairement que le droit de résistance ne saurait se justifier dans ce domaine.

Lorsque M. Rebeaud affirme qu'il pourrait y avoir un préjudice politique grave pour la Confédération si cette caserne se construisait, nous sommes convaincus du contraire. Il y aura un préjudice grave si des minorités pouvaient décider constamment de la remise en cause de tâches d'ordre national, parce qu'elles sont remises en cause par ceux-là mêmes qui ont voulu que ces tâches soient nationales, soit le domaine militaire au siècle passé, soit l'énergie, soit les transports ou d'autres choses lors de ce siècle. C'est là, pour nous, l'élément essentiel pour lequel nous estimons que cette affaire doit être achevée, que notre appui doit être apporté et que nous dénonçons ces attaques constantes que l'on a vues ce matin contre le Département militaire fédéral. Il s'agit de messages du Conseil fédéral dans son ensemble, de décisions des commissions du Parlement et, ensuite, de décisions du Conseil des Etats et du Conseil national.

Pour ces différentes raisons, nous vous invitons à rejeter toutes les propositions de minorité et à suivre celles qui souhaitent réellement, ne serait-ce que dans un esprit confédéral pour nos amis et collègues de Suisse orientale, la construction définitive de cette caserne.

Frau Hafner Ursula: Die Ostschweizer Regierungen, Herr Hess, stehen nicht geschlossen hinter diesem Waffenplatz. Ich weiss, dass z. B. im Kanton Schaffhausen der Beschluss, den Waffenplatz Neuchlen-Anschwilen zu unterstützen, nicht einstimmig gefasst wurde.

Bekanntlich ist eine grosse Mehrheit des Schweizervolks gegen den Bau von neuen Waffenplätzen. Bei der jungen Generation fällt diese Stellungnahme noch eindeutiger aus. Sie nimmt viel sensibler als das EMD mit seiner einseitigen Optik wahr, woher in der heutigen Zeit primär Gefahr droht und wie unser Land zu allererst geschützt und erhalten werden muss. Für sie heisst Verteidigung der Heimat zunächst einmal Verteidigung unserer Landschaften, unseres arg bedrohten Lebensraumes. Wochenlang harrten junge Menschen auf dem Boden, den sie verteidigen wollen, aus - trotz den Unbilden des Wetters, den Angriffen von Rechtsextremisten und den Gummigeschossen der Polizei.

Diesen jungen Menschen fehlt es durchaus nicht an innerer Kraft. Es ist vollends verfehlt, zu behaupten, all die Bürgerinnen und Bürger, die finden, 40 Waffenplätze seien genug, die die Ausgaben des EMD senken wollen und angesichts der veränderten Bedrohungslage auf eine aktive internationale Sicherheits- und Friedenspolitik setzen, litten an geistiger Verwahrlosung, wie das letzte Woche zu hören war. Wer solches glaubt, muss an geistiger Sklerose leiden. (*Heiterkeit*) Vielleicht könnte er seiner geistigen Sklerose entgegenwirken, indem er die Berichte der Eidgenössischen Kommission für Jugendfragen studiert. Zum heutigen Thema empfehle ich Ihnen im besonderen den Bericht mit dem Titel *Si vis pacem, para pacem*: «Wenn du Frieden willst, bereite den Frieden vor.»

Die Zeiten des Igelchens Schweiz sind vorbei. Die meisten jungen Schweizerinnen und Schweizer wollen dem Ausland nicht nur die Stacheln und die Banksafes zeigen. Sie sehen die Friedenssicherung in einer Oeffnung unseres Landes, im menschlichen Kontakt und Austausch über die Grenzen hinweg.

Wenn wir heute nicht ein Einsehen haben und das überholte Waffenplatzprojekt begraben, dann zerstören wir mehr als eine Wiese: Wir zerstören die Hoffnung vieler junger Mitbürgerinnen und Mitbürger, dass ihr Engagement und ihr Verteidigungswille einen Sinn haben, dass sie in diesem Staat ernst genommen werden und an unserer Demokratie teilhaben. In ihren Augen tritt unsere Armee in Neuchlen-Anschwilen nicht als Beschützerin, sondern als Zerstörerin der Heimat auf. Das gilt es heute, mit einem Baustopp und mit der Ueberweisung der Motion Rechsteiner zu verhindern.

Ist Ihnen denn nur die Rütliwiese heilig? So heilig, dass doch nicht einmal gejasst werden darf? Wollen Sie der heranwach

senden Generation nur ein paar Museumswiesen hinterlassen?

Ich bitte Sie, die unmissverständliche Meinungskundgebung der betroffenen Bevölkerung und ganz besonders der Jugend nicht zu missachten. Lehnen Sie den Kredit für die Kasernenanlage ab, wenn Sie den Kredit, den unser Parlament bei den jungen Menschen noch hat, nicht bei sehr vielen von ihnen verlieren wollen.

Hänggi: Wir diskutieren hier vordergründig drei Minderheitsanträge, nämlich den Ablehnungsantrag Ledergerber, die Kann-Formulierung von Kollege Rebeaud mit Einbezug einer Konsultativabstimmung und den Rückweisungsantrag von Kollege Günter.

Ich habe aber den Eindruck, dass es nur vordergründig um diese Anträge geht. In Tat und Wahrheit geht es um die Grundsatze Frage, über welche sich unsere Bevölkerung im letzten Jahr deutlich ausgesprochen hat. Trotzdem ist es natürlich legitim, diese Frage hier wieder aufzuwerfen. Ich meine aber, dass man dann den Mut haben müsste, das Kind auch beim Namen zu nennen und sich nicht hinter einer pseudokritischen Haltung zu verstecken.

Herr Jaeger hat heute morgen theatralisch von kriminalisierten Armeegegnern und von Systemveränderern gesprochen, welche in die Ecke gestellt würden. Herr Jaeger, ich habe solche Voten von niemandem gehört ausser von Ihnen selber. Ich habe den Eindruck, Sie sind bald einer der letzten, der in diesem Parlament noch veralteten Feindbildern nachrennt.

Die CVP-Fraktion lehnt deshalb alle Minderheitsanträge entschieden ab, weil wir überzeugt sind, dass weder die Veränderungen in Europa noch die bevorstehende Armee reform diesen Waffenplatz überflüssig machen.

Ich erinnere Sie einmal mehr daran, dass es sich nicht um einen neuen, zusätzlichen Waffenplatz handelt, wie immer wieder – wider besseres Wissen – behauptet wird, sondern um einen Ersatz für den Waffenplatz St. Gallen. Wir haben heute 40 Waffenplätze mit sehr unterschiedlichen Infrastrukturen und Ausbildungsmöglichkeiten. Die Auslastung dieser Waffenplätze beträgt bekanntlich 44 Prozent. Diese Prozentzahl wird immer wieder herangezogen, um die Notwendigkeit des Waffenplatzes Neuchlen-Anschwilien zu verneinen. All diese Waffenplätze haben aber Vereinbarungen mit dem EMD über die zulässige Belastung in den entsprechenden Regionen. Was würden Sie wohl sagen, wenn plötzlich die doppelte Belastung in diesen Regionen auftreten würde? Deshalb ist es wohl richtig, dass die Immissionen des Militärs über unser Land nach guteidgenössischem Kompromiss verteilt werden. Zudem muss auch berücksichtigt werden, dass insbesondere für die Rekrutenschulen die 17 Wochen nicht einfach willkürlich festgelegt werden können, sondern auch der private Bereich der Ausbildung zu beachten ist. Denken Sie an 20jährige Menschen, die im Studium sind, denken Sie an den Abschluss der Lehre, der ja meistens in diesen Zeitraum fällt.

Deshalb kommt für uns auch der Antrag Rebeaud nicht in Frage. Mit Konsultativabstimmungen können solche Probleme nicht gelöst werden. Denken Sie daran: Wenn Sie in gleicher Vorgehensweise z. B. die «Bahn 2000» auseinandernehmen und jeweils bei den umstrittenen Streckenobjekten eine Konsultativabstimmung durchführen wollten: Wo kämen wir da hin? Das entspricht einer Selbstbedienungsmentalität, der auch aus staatspolitischen Gründen nicht zugestimmt werden kann.

Die Rückweisung des gesamten Projektes an den Bundesrat ist ebenfalls abzulehnen, weil sowohl die Standortfrage wie auch die Bedürfnisfrage eingehend geprüft wurden und objektiv wohl auch heute kein anderes Resultat herauszuschauen würde. Ich habe bereits in meinem Eintretensvotum darauf hingewiesen, dass die «Armee 95» stark reduziert sein wird, aber um so besser sollte sie ausgebildet sein. Deshalb braucht es den Waffenplatz, welcher die nötige Infrastruktur aufweisen wird.

Der Waffenplatz Neuchlen-Anschwilien entspricht diesen Anforderungen. Deshalb stimmt die CVP den Anträgen des Bundesrates und der Mehrheit der Kommission zu. Wir tun dies in der festen Ueberzeugung, auch damit der Friedenssicherung

und den positiven Entwicklungen in Europa zu dienen und Rechnung zu tragen. Solange wir eine Armee haben, tragen wir hier als Parlamentarier die Verantwortung, dass unsere Rekruten und unsere Soldaten gut ausgebildet werden und in zeitgemässen Unterkünften wohnen können.

Frau Leutenegger Oberholzer: Die grüne Fraktion ersucht Sie, den Minderheitsanträgen zuzustimmen und auf den Bau der Kasernenanlage in Neuchlen-Anschwilien zu verzichten. Zuzustimmen ist auch der Motion Rechsteiner, die ein Rückkommen auf den Beschluss zum Bau des Waffenplatzes verlangt.

Das Projekt Neuchlen-Anschwilien nimmt sich angesichts der veränderten Situation in Europa geradezu grotesk aus. Man kann dies nicht genügend betonen. Während andernorts endlich völkertrennende Mauern abgerissen wurden, werden hier neue Zäune und Stacheldrähte aufgebaut, und wird die Bevölkerung einer ganzen Region gespalten. Während sich die Militärblocke aufweichen, Armeen in Europa abgebaut werden und alle Signale auf eine grundsätzliche Aenderung in der Militär- und Sicherheitspolitik hindeuten, hält das EMD stur an einem völlig überholten Kasernen- und Waffenplatzprojekt fest, als ob nichts geschehen wäre.

Herr Bundesrat Villiger, meine Damen und Herren, haben Sie nicht auch schon überlegt, ob wir in der Schweiz nicht bereits genügend Waffenplätze haben? Wieso wollen Sie neue Kasernen bauen, wenn die künftige Grösse des Truppenkörpers völlig unklar ist, ja, alles auf eine starke Verringerung der Truppenbestände hindeutet? Oder werden Geburtenrückgänge und Truppenreduktionen in der Bauabteilung des EMD nicht zur Kenntnis genommen?

So etwas kann sich eigentlich nur der Staat mit offenbar schier unerschöpflichen Geldquellen aus Steuermitteln leisten, weil – derzeit zumindest – noch kein Referendum befürchtet werden muss. Wie eine Volksabstimmung zur Frage des Baus eines neuen Waffenplatzes herauskommen würde, ist inzwischen wohl klar. Einer Umfrage einer Sonntagszeitung zufolge sind 83 Prozent der Befragten der Meinung, dass die bestehenden Waffenplätze in der Schweiz genügen. Der Bau eines zusätzlichen Waffenplatzes würde also mit grösster Wahrscheinlichkeit abgelehnt.

Was würden Sie von einer Geschäftsleitung halten, die die Zeichen der Zeit derart verkennt, wie dies beim EMD der Fall ist? Gerade von Ihnen, Herr Bundesrat Villiger, hätten wir eigentlich mehr marktgerechtes, unternehmerisches und zeitgemässes Denken erwartet. Ja, wir hätten auch erwartet, dass Sie die Lage nüchtern überlegen würden und nicht stur ein überholtes Projekt – gegen den Widerstand der Betroffenen – einfach mit Baumaschinen und Polizeischutz, mit massivster Gewalt durchzusetzen versuchten.

Dieses Vorgehen ist aber auch für das EMD eine gefährliche Strategie. Herr Villiger, Sie stossen damit nicht nur jene 35 Prozent der Bürgerinnen und Bürger vor den Kopf, die die Armee aus grundsätzlichen Ueberlegungen abschaffen wollen, sondern auch all jene, die aus grundsätzlichen Erwägungen zwar für die Armee eintreten, sie aber selbstredend den geänderten Bedingungen und Zukunftserfordernissen anpassen wollen.

Zu den Zukunftserfordernissen unserer Zeit gehört selbstverständlich auch die ökologische Frage. Auch das EMD muss sich endlich die Frage gefallen lassen, wieviel Land die Landesverteidigung noch beanspruchen soll und darf. Denn wenn alles zubetoniert ist, gibt es in diesem Land wohl nichts mehr zu verteidigen. Im Ansatz ist zwar diese Erkenntnis auch bis in die Baubotschaft des EMD vorgedrungen, aber eben nur im Ansatz und nur als Lippenbekenntnis. So heisst es auf Seite 5: «Den Erfordernissen des Umweltschutzes sowie des Natur- und Heimatschutzes wird bei allen Vorhaben grosse Bedeutung beigemessen. Um Nutzungskonflikte auf ein Minimum zu reduzieren, wird der Eingliederung der Bauten in die Umwelt durch geeignete Standortwahl und sorgfältige Projektgestaltung grosse Beachtung geschenkt.»

Haben Sie diesen Satz in Neuchlen-Anschwilien wirklich beherzigt, Herr Villiger? Haben Sie ernsthaft alternative Standorte mit weniger gravierenden Eingriffen in Natur und Umwelt geprüft? Nachdem ich das Gebiet dank den Waffenplatzgegner-

rinnen und -gegnern selbst besichtigen konnte, muss ich sagen: Das glaube ich nicht! Selbst aus dem Umfeld der Bundesverwaltung ist zu vernehmen, dass dies nicht der Fall war. Das Gebiet, das hier neu überbaut werden soll, ist ein wunderschönes Naherholungsgebiet, ein Gebiet, von dem wir Bewohner und Bewohnerinnen von Grossagglomerationen nur träumen können. Es ist eine unberührte Landschaft, die neu zubetoniert werden soll. Ich muss sagen, dieser Zerstörung der Natur können wir nie und nimmer zustimmen, denn hier wird unter dem Vorwand der Friedenssicherung der Natur der Krieg erklärt. Dagegen müssen wir uns als Grüne wehren, denn die Verteidigung der Natur gehört zu unserer Pflicht.

Mit dieser Politik, davon bin ich überzeugt, riskiert das EMD, wie die 400 besorgten Abtwiler Bürgerinnen und Bürger schreiben, selbst seinen Konkurs. Mit der aggressiven Herrim-Haus-Politik, die Sie in Neuchlen-Anschwilen betreiben, Herr Villiger, mit der Kriminalisierung von besorgten Bürgerinnen und Bürgern und mit der Spaltung einer ganzen Region und weiter Teile darüber hinaus schaffen Sie sich wahrlich keine Sympathien.

Das EMD benimmt sich, als würde ihm das Land gleichsam gehören. Dem ist aber nicht so. Das Land gehört nicht dem Militärdepartement, es gehört den Bürgerinnen und Bürgern der Region und des ganzen Landes, vor allem auch den künftigen Generationen, die sich heute noch gar nicht zur Wehr setzen können. Für diese künftigen Generationen müssen wir das Land vor dem Zugriff des EMD bewahren, wenn wir die Friedens- und Sicherheitspolitik ernst nehmen wollen. Deshalb möchten wir an dieser Stelle auch all jenen danken, die sich für die Erhaltung dieser schönen Landschaft und gegen den Bau des Waffenplatzes einsetzen.

Ich bitte Sie: Verheffen auch Sie der Natur zum Recht, und verheffen Sie dem EMD in Neuchlen-Anschwilen zu der längst fälligen Denkpause – dies zumindest so lange, bis ein neuer Sicherheitsbericht für die Schweiz vorliegt, der der geänderten globalen Lage und auch der Abstimmung vom 26. November über die Abschaffung der Armee endlich Rechnung trägt. Nur eine Rückweisung des Projektes und ein Baustopp für den Waffenplatz und die Kaserne Herisau-Gossau erlauben die längst fällige generelle Überprüfung der Waffenplatzsituation in der Schweiz. Und die ist dringend nötig, denn 40 Waffenplätze sind sicher genug.

Wir bitten Sie deshalb: Stimmen Sie den Minderheitsanträgen auf Rückweisung und Neuüberprüfung des Projekts, dem Antrag Rebeaud bezüglich der Konsultativabstimmung und der Motion Rechsteiner zu.

Mme Pitteloud: Comme les autres membres de ce Parlement, j'ai reçu une copie de la lettre ouverte adressée par 400 habitants d'Anschwilen à M. Villiger, conseiller fédéral, pour lui demander de reconsidérer ce projet de place d'armes. D'autres lettres vous sont ensuite parvenues en fin de semaine, et c'est de celles-ci que je désire vous parler.

J'ai été impressionnée par le ton et le contenu de ces lettres, d'abord parce que, visiblement, elles émanent d'une population qui n'est pas hostile à l'armée par principe, mais qui s'adresse au Conseil fédéral et au Parlement avec des arguments fondés et dans l'espoir d'être entendue et d'obtenir un arrêt des travaux. Ces lettres dénoncent aussi une politique d'information minimale du Département militaire fédéral, qui a empêché l'opposition de se manifester aux différentes étapes de ce projet et qui a mis les opposants devant le fait accompli, d'où leurs actions d'occupation non violente.

Ce qui est plus grave encore, ces lettres parlent d'intimidation, de mesures de rétorsion, de menaces vis-à-vis des habitants qui osent donner leur point de vue. En lisant cela, on se demande dans quel pays nous vivons et dans quel pays le Département militaire fédéral se croit. Monsieur Villiger, comment ne voyez-vous pas qu'avec cette politique de bulldozer et de confrontation, vous êtes en train d'élargir à grands coups le fossé existant entre l'armée et la population de ce pays? Comment voulez-vous faire croire au peuple suisse que cette armée a pour objectif la paix, alors qu'elle est un facteur de division, de guerre interne et de violence?

Lorsque le Département militaire fédéral en arrive, pour attein-

dre ses buts, à ce que l'on doit tirer avec des balles en caoutchouc sur des jeunes, à ce que l'on doit s'attaquer à ceux-là mêmes que l'on prétend défendre, je crois vraiment qu'il serait le moment de s'arrêter, de prendre le temps de réfléchir et de négocier. Est-ce que vraiment les bons offices, les appels au cessez-le-feu ne sont valables que pour l'extérieur de ce pays? Et si, Monsieur Villiger, vous reconnaissez que des changements s'imposent au sein de l'armée, le plus urgent serait d'obtenir du Département militaire fédéral qu'il cesse de piétiner avec arrogance tous ceux qui ne partagent pas ses vues. Les opposants réclament, au nom de la démocratie, que l'on discute avec eux, que l'on réexamine ce projet, en tenant compte d'autres points de vue: celui de la protection de l'environnement et celui des besoins. Si vous n'êtes pas capable d'entrer en discussion avec ces opposants, vous serez condamné à disparaître comme les dinosaures auxquels d'ailleurs le Département militaire fédéral ressemble de plus en plus!

Pour ma part, je salue encore ici le courage des habitants, jeunes ou moins jeunes, qui, au prix de graves ennuis, tentent de sauver aujourd'hui un paysage qu'ils nous décrivent comme idyllique. Je les remercie parce qu'en faisant cela ils protègent aussi les droits des générations futures, le droit de mes enfants aussi, à avoir une Suisse qui ne soit pas entièrement saccagée. Pour moi, ces habitants représentent l'avenir, un avenir qui parie sur la paix et le respect de notre bien le plus précieux: la terre.

C'est pourquoi je vous invite à refuser ce crédit et à accepter les propositions de minorité et la motion Rechsteiner.

Frau Haering Binder: Ich habe am Pfingstmontag die Landschaft mit den beiden Weilern Neuchlen und Anschwilen zum ersten Mal besucht. Und trotz strömendem Regen war ich von der Stille und der Unversehrtheit dieser Landschaft tief beeindruckt. So beeindruckt, dass ich alle, die hier in diesem Ratsaal heute über diese Kulturlandschaft entscheiden, auffordere, hinzugehen und sich selber zu vergegenwärtigen, was ihr Entscheid konkret bedeutet. Ich meine, eine Reihe von ihnen würde dann anders entscheiden.

Ich war überdies beeindruckt vom persönlichen Einsatz der meist jugendlichen Waffenplatzgegnerinnen und -gegner, die in Neuchlen-Anschwilen ausharren, um ihr Land zu verteidigen, und die dabei zum Teil ihre ersten und damit prägenden politischen Erfahrungen mit diesem Staat machen. Ich möchte hoffen, das EMD sei sich da seiner politischen Verantwortung im Umgang mit diesen Demonstrantinnen und Demonstranten bewusst.

Diese Kulturlandschaft mit ihren sanften Drumlins wollen Sie nun aufgrund einer überholten Militärkonzeption von vorgestem zerstören, aufgrund einer Militärkonzeption, die partout nicht realisieren will, was in West und Ost vor sich geht; aufgrund einer Militärkonzeption, die auf veralteten Feindbildern beruht und diese damit zementieren will, die aber auch nicht wahrhaben will, was sich bei uns in der Schweiz rund um die Abstimmung vom 26. November 1989 manifestiert hat.

Noch bevor der neue sicherheitspolitische Bericht und das Armeeleitbild «Armee 95» vorliegen, wollen Sie hier in Neuchlen-Anschwilen Ihre überholten Vorstellungen in Beton erstarren lassen. Mich nimmt nur wunder, was diese Konzepte eigentlich noch wert sein sollen. Und Sie wehren sich hier für Ihr Bauvorhaben, als wären Sie zum letzten Kampf gerüstet. Vielleicht durchaus zu Recht, vielleicht – ich hoffe es – handelt es sich hier effektiv um den letzten Waffenplatz, der in der Schweiz realisiert werden könnte.

Meine Damen, meine Herren: Sie halten uns vor, wir Waffenplatzgegnerinnen und Waffenplatzgegner würden unsere grundsätzliche Armeekritik mit einem Deckmäntelchen von Naturschutz und Heimatschutz verbrämen; wir würden unsere echten Anliegen zudem unter technokratischen Militärreformbestrebungen oder hinter Verfahrensfragen des Planungs- und Baurechts verstecken. Ich für meinen Teil will Ihnen diese Argumentation gerne ersparen. Ich will gar nicht verbrämen, dass ich mich, wo immer es zur Diskussion stehen wird, grundsätzlich gegen die Armee aussprechen werde. Dafür bin ich unter anderem auch gewählt. Aber werfen Sie bitte nicht

alle anderen Waffenplatzgegnerinnen und -gegner in denselben Topf! Sie waren schliesslich auch peinlich darauf bedacht, nicht alle der 35 Prozent Jastimmenden zur GSoA-Initiative zu den generellen Armeegegnerinnen und -gegnern zu schlagen. Ich stimme Ihnen in dieser Interpretation durchaus zu: Ein Teil der Jastimmenden zur GSoA-Initiative wollte die Armee nicht grundsätzlich abschaffen, wollte damit aber eine andere Armee fordern: z. B. eine Armee, die auf sinnlose Landschaftszerstörung verzichtet.

Wäre ich Zynikerin, so würde ich Ihnen heute zurufen: Machen Sie weiter so! Zerstören Sie mit Ihren Waffenplätzen auch noch die letzten unberührten Landschaften unseres Landes! Schaffen Sie doch Ihre Kampfflugzeuge an, wenn Sie Ihre Aggressionen nicht anders sublimieren können! Bewaffnen Sie den Militärischen Frauendienst nicht nur freiwillig, sondern auch noch obligatorisch, und wir werden in einigen Jahren ein Ja zur Initiative gegen die Waffenplätze ernten! Demonstrieren Sie heute ruhig einmal mehr die Arroganz Ihrer Macht, und wir werden in einigen Jahren ein Ja zur zweiten GSoA-Initiative ernten! Dannzumal wird Ihre Argumentation, nicht alle der über 50 Prozent Jastimmenden seien grundsätzliche Armeegegnerinnen und -gegner, irrelevant sein.

Sie merken, mit meiner Emotionalität taue ich nicht zur Zynikerin. Deshalb bleibt mir nichts anderes übrig, als hier zu stehen und Sie aufzufordern: Hören Sie auf, beenden Sie den Bau dieses Waffenplatzes! Sie retten damit nicht nur eine wunderschöne Landschaft, sondern auch viele Hoffnungen Jugendlicher und hoffnungsvoll Gebliebener.

Früh: Meine Aussagen sind nicht fundamentalistischer Natur. Ich stelle einfach fest, dass vieles in letzter Zeit passiert ist, vieles noch offensteht, aber der Ersatz der Kaserne St. Gallen trotz allem nötig ist.

Der Waffenplatz Gossau-Herisau ist nötig. Das war auch der Titel der Petition des «Forums Jugend und Armee St. Gallen». Ich zitiere daraus die Aussagen eines Rekruten, betreffend die Kaserne Herisau: «Auch in der Kaserne gibt es viel zu bemängeln. Das Wachtlokal ist viel zu eng. Es gibt nicht für jeden Mann ein Bett. Ich selbst habe schon auf dem Boden geschlafen. Es gibt dort auch keine Waschmöglichkeiten oder Toiletten. Unsere Unterkünfte sind in einem schlechten hygienischen Zustand. Die alten Zimmer sind staubig. Krankheiten verbreiten sich sehr schnell. Es waren 40 Leute mit Grippe im KZ diesen Frühling. Im Dachstock ist es sehr zugig und eng. Zudem haben wir Soldaten keine genügenden Kästen, um unsere Effekten zu verschliessen. Ich verlange keinen Luxus, aber eine zeitgerechte und menschenwürdige Unterbringung.»

Solche gutgemeinten, aufbauenden Aussagen von positiv denkenden jungen Menschen verhalten selbstverständlich an der Wand der Armee- und auch der Demokratiegegner. Damit Ihre zarten Saiten nicht zu schwingen beginnen, entlaste ich Sie, Herr Jaeger, von der Armeegegnerschaft. Aber Sie wollen keine motivierten Soldaten, Sie wollen keine bessere Ausbildung, Sie wollen kein positives Umfeld, Sie wollen keine kürzeren Arbeitswege, Sie wollen keine hygienischen Bedingungen, Sie wollen keine Armee, Sie wollen auch keine Demokratie.

Ich weiss, Herr Günter, in Ihren Augen bin ich, wie mein Freund Karl Weber, ein Militär- oder Betonkopf oder was man alles schon gehört hat. Ich habe nämlich eine Füsilierkompagnie kommandiert, und dies mit Stolz. Ich habe meinen Dienst auf dem Waffenplatz Herisau absolviert. Mein Grossvater hat etwa unter den gleichen Umständen im Jahre 1880 die RS auch in Herisau absolviert. Ich gebe Ihnen recht: Nicht die Duschschalen allein sind ausschlaggebend. Sie sagen: Junge Leute müssen eher zur Härte erzogen werden – also darum schlechte Bedingungen, schlechte Umstände. Aber dazu sind Uebungen da. Ein Velorennfahrer, der sich abhärten will, geht auch nicht nur bei Regen Velo fahren.

Im Bericht eines Luzerner Instituts über die Umweltverträglichkeit des Projekts ist zu lesen: «Der wichtigste Grund für diesen Standort der Kasernenanlage ist aus Sicht der Bauherrschaft die zentrale Lage. Dank der vorgesehenen Massnahmen kann ein Projekt realisiert werden, welches auf den Betrachter we-

der ungewohnt noch dominant wirkt, d. h. es entsteht wieder die Landschaft, die dem Zweck der Erholung durchaus dienen kann.» Und weiter unten: «Wenn also einem Waffenplatz Neuchlen-Anschwilen zugestimmt werden kann» – und dieses Parlament hat abschliessend zum Teil schon zugestimmt –, «so kann auch dem Standort der Kasernenanlage zugestimmt werden. Letztendlich ist es eine Güterabwägung.»

Dazu wäre noch zu bemerken, dass mit der vermehrten Schaffung anstelle der heutigen Intensiv-Graswirtschaft neue Lebensräume für Pflanzen und Tiere geschaffen werden. Durch den Bau von Wander- und Reitwegen sowie von Rast- und Aussichtsplätzen könnte Anschwilen zu einem attraktiven Erholungsgebiet werden. Denn bis Anfang April war Anschwilen überhaupt kein Erholungsgebiet. Als Appenzeller kenne ich das Naherholungsgebiet der Stadt-St. Galler, nämlich das Appenzellerland. Viele Ostschweizer – auch solche aus der nächsten Umgebung – wissen nicht einmal, wo die Weiler Neuchlen und Anschwilen überhaupt liegen.

Die Rechtslage ist klar. Die eidgenössischen Räte waren legitimiert, über das Waffenplatzprojekt Neuchlen-Anschwilen letztinstanzlich zu beschliessen.

Wir sind auch heute dazu legitimiert, über das Kasernenprojekt zu beschliessen. Die Durchsetzung dieses Vorhabens ist nicht nur zu einem Glaubwürdigkeitstest für das EMD, sondern wohl auch für das Parlament und die politischen Behörden geworden.

Dass die Schaffhauser Regierung, Frau Hafner, nicht einstimmig für das Projekt war, das kann ich Ihnen wohl glauben. Die Schaffhauser Rekruten gehen nämlich ins Reppischtal in die Rekrutenschule.

Hier wird von Opponenten der Rechtsstaat offen mit Füssen getreten. Wehren wir uns dagegen! Das Volk erwartet das von uns. Es gibt nämlich noch eine Mehrheit in der Ostschweiz, die nicht zu den «Sonntags-Blick»-Befragten gehören und die von uns erwarten, dass dieses Projekt zu Ende geführt wird.

Ich habe persönlich viel Verständnis für den Antrag von Herrn David und werde diesen auch unterstützen.

Loretan: Ich möchte zu diesem heissumstrittenen Thema drei grundsätzliche Bemerkungen anbringen. Ich tue dies auch in meiner Eigenschaft als Präsident der Schweizerischen Stiftung für Landschaftsschutz. Wir haben uns an unserer Jahrestagung 1986 im Glarnerland intensiv mit den Interessengegensätzen Landesverteidigung/Landschaftsschutz auseinandergesetzt. Das Thema ist für mich nicht unbedingt ein gemütliches.

1. Es ist unbestritten, dass es zwischen den Raumansprüchen der Armee einerseits und den Anliegen eines grossräumig verstandenen Landschaftsschutzes andererseits Konflikte gibt. Sie sind angesichts der engen räumlichen Verhältnisse und der vielfältigsten Ansprüche, die an den Raum ganz allgemein gestellt werden, vorprogrammiert und unausweichlich. Sind diese Konflikte nur durch Verzichte der einen oder anderen Seite lösbar, wie das hier propagiert wird, oder gibt es von Fall zu Fall Kompromisse?

Unsere Verfassung kennt keine Bundesaufgaben, die von vornherein Vorrang vor anderen, ebenfalls in der Verfassung niedergelegten Anliegen beanspruchen können. Dies gilt auch für die vorliegende Konfliktsituation.

Beide Aufgaben – militärische Landesverteidigung und Landschafts-, Natur- und Heimatschutz – können damit für sich in Anspruch nehmen, sie seien von hoher nationaler Bedeutung. Der Konflikt ist also nicht nur von der Sache her, sondern auch vom Verfassungsrecht her programmiert.

In der Gesetzgebung sind allerdings – ich denke an die Militärorganisation – Regelungen getroffen, welche die Armeebelange bevorzugen. Ich bin mit Kollege Fritz Lanz, der eine entsprechende Motion eingereicht hat, der Meinung, dass heute über die Berechtigung solcher Bevorzugungen diskutiert werden muss.

Die Situation wird dadurch noch komplizierter, dass ausgerechnet dort, wo die Armee bestens Uebungsgelände findet, auch der Tourismus mit seinen technisierten Erschliessungs- und Transportanlagen seine Hand auf die Gebiete legt, welche die Armee für ihre Ausbildungsbedürfnisse beanspruchen

möchte; Gebiete in den Alpen und in den Voralpen, die wegen ihrer Einmaligkeit von hoher landschaftlicher Bedeutung sind. Der Konflikt ist damit im Dreieck auszutragen. Er wird schliesslich noch überlagert vom zutiefst schweizerischen Sankt-Florians-Prinzip: Alle wollen etwas, aber niemand will es dann im einzelnen bei sich haben.

2. Wir müssen uns fragen, ob es nicht der heutige, «unsanfte» Tourismus mit seinen Seilbahnen, Skipistenplanierungen, Schneekanonenanlagen usw., aber auch mit seinen nicht immer und überall rücksichtsvollen Ueberbauungen ist, der weit mehr als die Armee mit ihrem Uebungsbetrieb unsere Landschaften beeinträchtigt und verschandelt.

Mit dieser etwas spitzen Frage verbinde ich die Anerkennung für das, was Armee und EMD in den letzten Jahren auf dem Gebiete des Landschaftsschutzes und des Umweltschutzes allgemein in bedeutend vermehrtem Ausmasse als früher geleistet haben. Ich denke an den Schiessplatz Glaubenberg im Kanton Obwalden. Ich denke an den Schiessplatz Petit Hongrin im Kanton Waadt, an die Kaserne Reppischtal im Kanton Zürich, an die Allmend Thun usw.

Hier ist es überall gelungen; militärische Nutzung, Land- und Forstwirtschaft, Landschafts- und Naturschutz sowie Erholungsraum einigermassen unter einen Hut zu bringen.

Noch weiter: Dank der militärischen Nutzung konnte die weitere Technisierung der Landschaft durch Tourismus und/oder Landwirtschaft gestoppt werden.

Vor diesem Hintergrund müssen sich gewisse Leute in diesem Saal und ausserhalb die Frage gefallen lassen, ob für sie Landschaft und Natur in den für ihre Agitation gewählten Beispielen nicht als Vorwand und Vehikel für die Erreichung anderer Ziele erhalten müssen. Geht es mit der angekündigten Volksinitiative «40 Waffenplätze sind genug» nicht vor allem um einen weiteren Baustein im Konzept der «Armeeabschaffung in Raten»?

Mit Recht hören Sie jetzt gut zu, Herr Rechsteiner. Weiter: Wann ergreifen diese Kreise – sie gruppieren sich auch um den derzeitigen Präsidenten der SP Schweiz – eine analoge Volksinitiative für den Stopp der touristischen Erschliessung schönster Alpen- und Voralpenräume, insbesondere im Kanton Wallis? Diese Fragen müssen nicht heute beantwortet werden. Sie bleiben aber gestellt!

Noch kurz zu Neuchlen-Anschwilen. Das umstrittene Gebiet ist weder Bestandteil des BLN- noch des KLN-Inventars des Bundes. Es gehört also nicht zu einer Landschaft von ausgesprochener Sensibilität. Das Gebiet wird intensiv landwirtschaftlich genutzt. Der Wald besteht vor allem aus Fichten-Monokulturen.

Ich habe damit nicht gesagt, es sei eine «Dutzend-Landschaft», aber es ist auch nicht eine ausgesprochen naturnahe Landschaft.

Auch das Buwal hat – mit Auflagen allerdings – zugestimmt. Diese Auflagen sind insbesondere für den Standort und die Ausgestaltung der Kasernenanlage zu beachten.

Wir sind in der Schweiz darauf angewiesen, dass wir von dem starren, manchmal sturen Entweder/Oder wegkommen und vermehrt das Sowohl/Als-auch pflegen. Es ist bei gutem Willen zu finden. Totale Verzichte auf bestimmte Eingriffe in Landschaften kommen dann in Frage, wenn es um besonders empfindliche oder seltene Gebiete geht. Im vorliegenden Fall trifft dies nach meiner Beurteilung nicht zu. Hier ist der Kompromiss möglich. Das Parlament macht sich also keines Landschaftsfrevels schuldig, wenn es den Anträgen von Bundesrat und Kommissionsmehrheit zustimmt.

Ruckstuhl: Im Herbst 1989 ist das Schweizervolk an die Urne gerufen worden. Soll die Schweiz in Zukunft noch eine Armee haben? war die Frage. Eine grosse Mehrheit sagte ja zur Armee. Unsere Rekruten und Soldaten brauchen also auch in Zukunft Ausbildungsplätze. Die Kaserne St. Gallen ist weg. Alte und zum Teil provisorisch eingerichtete Unterkünfte und Ausbildungsräume in Herisau, Urnäsch und in meiner Wohngemeinde Bronschhofen sind nicht zweckmässig, und langfristig ist ihre Belegung unverantwortbar. Es ist kein Ersatz für die Kaserne St. Gallen gebaut worden. Die Rekruten werden in offenen und nicht gerade knochenschonenden Fahrzeugen

hin und her befördert. Rücken und Lungen werden nach hartem Einsatz nochmals unnötig strapaziert. Ausbildungszeit geht verloren. Die Umwelt wird belastet, und die Verkehrswege werden zusätzlich beansprucht.

Die rechtmässig gewählten Gemeindevertreter der betroffenen Gemeinden Gossau, Abtwil, Waldkirch, Gaiserwald und St. Gallen verhandelten mehr als zehn Jahre mit dem EMD, stehen in engem Kontakt mit den betroffenen Bevölkerungskreisen und orientieren regelmässig über den Stand der Verhandlungen. Wenn Herr Günter sagt, es handle sich hier um ein fünfzehnjähriges, veraltetes Projekt, kann ich ihm sagen, dass dieser Vertrag im Mai 1989 unterzeichnet worden ist: dass es also die Verhandlungen sind, die über Jahre gedauert haben, und dass nicht das Projekt so alt ist.

Gegen den Ausbau des Waffenplatzes entstand erst im Spätherbst 1989 – nach der Niederlage der Armeegegnern in der Volksabstimmung – grundsätzliche und organisierte Opposition. Ich wohne nicht in der Gegend des vorgesehenen Waffenplatzes. Aber als Eigentümer eines Bauernhofes, der seit vielen Generationen in der Familie vererbt wurde, habe ich Verständnis für den Widerstand der Bauernfamilien, die so wertvolles Gut abgeben oder gar verlassen müssen. Ich verstehe auch den Widerstand jener Kreise, die in tiefer christlicher Ueberzeugung bereit sind, auch die andere Wange hinzuhalten, wenn sie auf die eine geschlagen worden sind. Von dieser Haltung geprägte Gespräche und Briefe haben mich tief beeindruckt. Auch die 400 Unterschriften der Abtwiler sind mir nicht gleichgültig; ich muss aber sagen, dass das 10 Prozent der Einwohner sind und nicht die Mehrheit, wie behauptet worden ist.

Nun hat sich aber auch eine gut organisierte und aktive Gruppe von Armeegegnern dieser Opposition angeschlossen. Ihre unsachliche und zum Teil irreführende Argumentation und ihr rechtswidriges Verhalten schaden den Betroffenen und verhindern eine sachliche Diskussion. Wenn Herr Jaeger behauptet, weil er mit Waffenplatzgegnern gesprochen habe, wie er heute morgen sagte, sei er angeklagt worden, muss er mir das erst beweisen.

Gewisse Nationalräte werden nicht müde, bei jeder Gelegenheit das Märchen zu verbreiten, wer dem Ersatz der Kaserne St. Gallen zustimme, stimme für die Zerstörung des ganzen Gebietes von Neuchlen-Anschwilen und Breitfeld. Die Sicherung des Baugeländes wird mit der Berliner Mauer verglichen. Ich glaube, dieser Vergleich hinkt derart, dass man annehmen muss, die Sprecherin habe beides noch nicht gesehen. Auch Frau Leutenegger Oberholzer hat gesagt, die ganze Landschaft werde verbetoniert.

Tatsache ist, dass der Bund 223 Hektaren Land im erwähnten Gebiet besitzt. Schon heute bestehen Strassenanlagen, Naturschutzgebiete, Manövrierrplätze und ungenutztes Areal von 23 Hektaren in diesem Gebiet. Nach Fertigstellung der beschlossenen, heute zur Diskussion stehenden Bauten und Anlagen stehen den fünf bundeseigenen Bauernhöfen, die ebenfalls Bestandteil dieses Baukredites sind, 190 Hektaren Land zu normaler und zu extensiver landwirtschaftlicher Nutzung als Wies- und Weideland weiterhin zur Verfügung. Die neu zu überbauende Fläche beträgt rund 10 Hektaren. Das ist auch für meine Begriffe viel Land.

Wir müssen aber zur Kenntnis nehmen, dass auch ohne militärische Nutzung Bauten erstellt würden. Ein grosser Teil des zu überbauenden Landes wird für die landwirtschaftlichen Siedlungen benötigt. Auch der neben der Strasse von Breitfeld über Oberberg nach Sonnenberg angelegte Wander- und Reitweg mit einer Breite von 1,5 Meter kann nicht unterirdisch gebaut werden. Wer hier aber von der Zerstörung der gesamten Landschaft spricht, betreibt keine sachliche Information.

Es scheint jedem Mann und jeder Frau in diesem Saal klar zu sein, dass die Veränderungen der Lage in Europa und die Veränderungen innerhalb der Ostblockstaaten auch Veränderungen in unserer Armee erlauben und erfordern. Wenn wir uns im beruflichen und wirtschaftlichen Bereich Gedanken über die Zukunft machen und uns überlegen, ob wir mehr Techniker, Elektroniker, Krankenschwestern oder Bauern brauchen, wenn wir uns über die Höhe des Rentenalters unterhalten, so kommt niemand auf die Idee, erst einmal die Primarschulaus-

bildung auszusetzen und abzuwarten, was die Zukunft verlangt.

Eine gute Grundausbildung für unsere Rekruten bleibt erforderlich, auch wenn die Wehrdienstzeit verkürzt wird und die Bestände verkleinert werden. Man kann für oder gegen die Armee sein. Wer aber grundsätzlich gegen die Armee ist, soll nicht so tun, als ob es ihm nur um die Standorte und die Gestaltung der militärischen Bauten gehe.

Ich bitte Sie, für den Ersatz der Kaserne St. Gallen zu stimmen und die Anträge Rebeaud, Minderheit I und Minderheit II abzulehnen. Dagegen stimme ich dem Antrag von Kollege David für die Reduzierung der Parkplätze zu.

Es war ein Fehler, dass die Kaserne St. Gallen abgebrochen wurde, bevor Ersatz geschaffen war.

Widrig: Ich wohne in einer Region, dem Sarganserland, die mit militärischen Anlagen dicht belegt ist – Schiessschule Walenstadt, Waffenplatz Mels, St. Luzisteig, Festung Sargans –, einer Region, die auch bereit ist, diese Belastung zu tragen. Sie können mir also nicht gerade Sankt-Florians-Politik vorwerfen. Um so mehr verurteile ich das in Mode gekommene Verhalten von Minderheiten, Mehrheitsentscheide nicht mehr zu respektieren. Die Moderscheinung, Minderheitsentscheide durchzudrücken und sie erst noch als Mehrheitsmeinung zu verkaufen, treibt seltsame Blüten.

Sie beginnt in Neuchlen-Anschwilen damit, dass man Briefe von 400 oder 700 Waffenplatzgegnern hochhängt, während man 20 000 waffenplatzbefürwortende Unterschriften einer Petition kaum beachtet. Sie setzt sich fort, indem Gemeinde-, Kantons- und Bundesbehörden – die schliesslich ihr Mandat wahrnehmen, hinter dem Waffenplatz stehen, mit grossem zeitlichem Einsatz den Vollzug sicherstellen – mit Titeln wie Lügner und Spitzbuben beehrt werden. Ich frage mich, welchen Respekt vor der Stellung des obersten Staatsorgans eigentlich Parlamentarier haben, die Vollzugsorgane dazu aufrufen, Beschlüsse ihrer eigenen Behörden nicht zu vollziehen – Namen zu nennen ist überflüssig, sie haben in der Tageschau posiert.

Ich meine, Neuchlen-Anschwilen muss als Ersatz für die vor zehn Jahren abgebrochene Kaserne in St. Gallen gebaut werden, sonst kann unserer Demokratie keine gute Prognose gestellt werden.

Gestatten Sie mir noch einen Gedanken zum Raumbedarf von Ausbildungsanlagen. Auf allen Schulstufen ist selbstverständlich, dass der Raum- und Platzbedarf trotz gleichbleibender Schülerzahl ansteigt, bedingt durch Spezialräume und auch aus betrieblichen Gründen. Bei der Armee soll das offenbar nicht gelten, obwohl wir genau wissen, dass neue Waffensysteme auch neue Ausbildungsanlagen bedingen, und obwohl wir genau wissen, dass wir künftig nicht weniger junge Wehrmänner haben: die Armee reform schneidet ja oben bei den älteren Jahrgängen und nicht bei den Jungen ab.

Wir brauchen keinen Luxus und auch keinen Komfort in der Armee, wir brauchen aber auch keine eingepferchten Batteriehaltungen à la Urnäsch oder Herisau. Was unsere Jungen brauchen, sind zeitgemässe Ausbildungsanlagen, um Leerläufe durch unnötig lange Arbeitswege zu vermeiden.

Die Armee hat ihren Auftrag immer wieder neu zu überdenken, sie muss auch kritikfähig sein. Naturschutzanliegen sind bei Bauten vermehrt miteinzubeziehen, da pflichte ich Kollege David bei, weshalb Anregungen und auch Kritik aus Naturschutzkreisen ernst zu nehmen sind; sie sind auch ernst genommen worden in diesem Projekt.

Was wir aber nicht tatenlos hinnehmen werden, das ist die systematische Schwächung unserer Wehrbereitschaft, die einige der Demonteure bezwecken. Ihre Argumentation geht nach der Devise: Recht ist, was mir nützt. Im November 1989 waren sie noch offen für die Abschaffung der Schweizer Armee. Weil ihr Weltbild nicht Realität, sondern Wunschdenken war, schieben sie heute den Naturschutz vor, und morgen kommen sie mit Zahlen künftiger Wehrmänner, die nicht stimmen.

Ich bin sehr froh, dass der weit überwiegende Teil unserer Jugendlichen an die Zukunft glaubt und weiss, dass unser Land verteidigungswert ist. Darum brauchen wir den Waffenplatz, da-

für müssen wir die Kaserne fertigerstellen, und deshalb beantrage ich Ihnen, die Minderheitsanträge abzulehnen und der Kommissionsmehrheit zuzustimmen.

Persönliche Erklärung – Déclaration personnelle

Frau Stocker: Herr Widrig, es macht eben einen Unterschied, ob man zu einer Minderheit gehört oder seit Jahrzehnten zu einer Mehrheit.

Als am 12. Dezember 1988 in diesem Rat über die GSoA-Initiative abgestimmt wurde, waren wir 13 Jastimmende und haben nachher über eine Million Schweizerinnen und Schweizer vertreten. Es könnte ja sein, dass Veränderungen halt wirklich von Minderheiten kommen.

Ich brauche keinen Umweltschutzmantel: Ich bin vor drei Jahren als Landverteidigerin gewählt worden, und nicht als Landesverteidigerin.

Meier-Glatfelden: Meine Einstellung zur Schweizer Armee ist bekannt. Nach wie vor bin ich der Meinung, ein souveräner Staat brauche eine Armee und jeder Schweizer habe seine Dienstpflicht gegenüber dem Staate zu absolvieren, sei es nun im Militär oder in einem zivilen Ersatzdienst. Eine Armee braucht Übungsplätze, und ich habe der ersten Tranche des Waffenplatzkredites zugestimmt. Heute bedaure ich dies.

Warum? Nicht nur, weil das Bedrohungsbild anders ist, weil die Armee umstrukturiert und verkleinert wird, weil die Rekrutenzahlen stark zurückgehen. Nein, es ist vor allem die Art und Weise, wie das EMD trotz hängiger Motion Rechsteiner den Bau überstürzt begonnen hat und zügig durchziehen will. Es ist das brutale Vorgehen der Polizei – mit Tränengas und Gummischroteinsätzen und bissigen Hunden gegen gewaltfrei Demonstrierende! Dieses Vorgehen ist geeignet, weitere, bis jetzt militärfreundliche Bevölkerungsschichten ins Lager der Armeegegner zu treiben.

Herr Bundesrat Villiger, Sie wollen das Vertrauen der Jugend zurückgewinnen; der Jugend, die mehrheitlich für die GSoA-Initiative gestimmt hat – so gewinnen wir es nicht zurück. Es fehlt nur noch, dass rechtsextreme Kreise ermuntert werden, von sich aus für Ordnung zu sorgen. Grosse Teile der lokalen Bevölkerung sind gegen das Vorgehen und die Haltung des EMD eingestellt. Ich zweifle nicht, dass der Bau dieses Waffenplatzes mit den heute gültigen Regeln unserer Demokratie durchgesetzt werden soll. Von einem echt demokratischen Entscheid mit Mitspracherecht des Volkes kann jedoch bei den heute bestehenden Vorrechten des EMD keine Rede sein. Ohne Baubewilligung und ohne sich um einen Zonenplan zu kümmern, darf der Bund für 95 Millionen Franken einen Waffenplatz bauen, gegen ein paar Zelte der Waffenplatzgegner aber lässt man wegen Fehlens der Baubewilligung die ganze Polizeimaschinerie laufen und vollzieht die Zwangsräumung. So einfach lässt sich das Problem aber nicht aus dem Wege räumen. Die Protestwelle wird anschwellen und das Projekt, ob gebaut oder nicht gebaut, wegschwemmen.

Der Kanton Zürich baute den Waffenplatz Reppischtal trotz heftigem Widerstand der betroffenen Bevölkerung. Im Limmatall wurde der Kredit mit 90 Prozent Neinstimmen abgelehnt. Aus Neuchlen-Anschwilen aber wird kein zweites Reppischtal, sondern ein zweites Rothenthurm werden – mit einem Bundesverfassungsartikel, der keine neuen Waffenplätze mehr erlaubt und der die Privilegierung für militärische Bauten im Bau- und Planungsrecht abschaffen wird.

Mit den 400 Bürgern und Bürgerinnen aus Abtwil, aus denen bereits 800 geworden sind, bitte ich Parlament und Bundesrat, dafür zu sorgen, dass das Jahr 1991 auch für die Region Ostschweiz zu einem Jahr der Begegnung und des Gesprächs und nicht der Konfrontation zwischen Waffenplatzgegnern und -befürwortern wird.

Ich bitte Sie deshalb, den Antrag Rebeaud anzunehmen, nach dem der Bundesrat eine Konsultativabstimmung bei der betroffenen Bevölkerung durchführen kann. Der Bundesrat kann so eine Denkpause für Befürworter und Gegner einschalten.

Herr Zwingli, Herr Früh, Frau Eppenberger, wenn Sie zu Recht überzeugt sind, dass die Bevölkerung der Region den Waffenplatz will, brauchen Sie doch eine solche Konsultativabstim-

mung nicht zu scheuen. Ich bin überzeugt, die Möglichkeit einer Konsultativabstimmung ist von uns Armeebefürwortern ein Akt der Klugheit und auf keinen Fall ein Zeichen von Schwäche.

Ich bitte Sie, den Antrag Rebeaud anzunehmen.

Oehler: Wenn die Hälfte der St. Galler in diesem Rat, also 6 von 12 Mitgliedern des Nationalrates, sich zu Neuchlen-Anschwilen äussern, dann müsste man zum Schluss kommen, es handle sich um eine nationale Angelegenheit, derweil wir ja bloss über die Erneuerung des Waffenplatzes Gossau-Herisau zu entscheiden haben. Ich bin aber der Meinung, dass es zu einer nationalen Angelegenheit hochstilisiert worden ist, nachdem sich der Einpeitscher aus dem Wallis in die Ostschweiz begeben hat und dort versucht, das Volk aufzuhetzen.

Zum Teil ist das gelungen. Für mich ist Neuchlen-Anschwilen nicht nur zum Prüfstein für unsere Demokratie, sondern auch zum Eckwert unseres politischen Systems geworden. Und zwar aus dem einfachen Grund, weil man vordergründig die Anliegen einer echt besorgten Bürgerschaft einer Region zu vertreten vorgibt, derweil man andererseits im Grunde genommen gegen das ganze System vorzugehen beabsichtigt.

Für mich ist Neuchlen-Anschwilen eine Frage unseres Regierungssystems. Und ich frage Sie, ob es aufgrund der Vorkommnisse der vergangenen Jahre letztlich noch möglich ist, dass wir dieses Regierungssystem aufrechterhalten. Auf der einen Seite finden wir drei Regierungsparteien, die sich gesamthaft oder zumindest mehrheitlich nicht nur für dieses Projekt, sondern auch für andere Vorhaben in unserem Staat gemeinsam einsetzen. Auf der anderen Seite befindet sich eine Regierungspartei, die immer wieder offen, lautstark und direkt gegen dieses System antritt. Wäre es nicht ehrlicher, wenn man daraus die Schlussfolgerungen ziehen würde und sich in die Oppositionsrolle begäbe, die man letztlich ja so gerne spielt?

Regieren in diesem Staat ist für mich nicht dasselbe wie an einem Zuckerstengel lutschen, sondern ist Uebernahme von Verantwortung. Wir übernehmen diese Verantwortung in der Regierung; ein Viertel dieser Regierung macht offenbar – zumindest in diesem Saal – nicht mit. Wenn uns Herr Hubacher letzte Woche vorgeworfen hat, wir hätten die Zeichen der Zeit nicht erkannt und keine Schlussfolgerungen aus den Veränderungen im Ostblock gezogen, dann geht sein Vorwurf meines Erachtens ins Leere. Schliesslich haben nicht wir Bürgerlichen in den vergangenen Jahren jene Systeme im Ostblock hofiert, mit Besuchen überhäuft; sondern wir haben unseren Beitrag geleistet, dass es so weit gekommen ist, wie es kommen musste und glücklicherweise auch kam, wenn auch – das möchte ich festhalten – unsere Beiträge eher bescheiden waren.

Ich kann mir gut vorstellen, dass für Hans Ziegler jene Veränderungen im Ostblock etwas Abscheuliches sind.

Sie werden mir jetzt den Vorwurf machen, ich hätte mich nicht zu Neuchlen-Anschwilen geäussert. Ich habe dies deshalb noch nicht getan, weil man es zum nationalen Problem hochstilisiert hat und wir offensichtlich Einpeitscher aus dem Wallis nach St. Gallen geschickt bekamen, die für «Ruhe und Ordnung» – aber auf der andern Seite, also für Unruhe und Unordnung – sorgen wollten.

Ich trete für Neuchlen-Anschwilen ein, aus der Ueberzeugung, dass es um eine Verbesserung der Ausbildungsverhältnisse, aber auch um eine Verbesserung in jener Region geht. Um eine Verbesserung, weil wir eine Zusammenfassung der Ausbildungsmöglichkeiten erhalten. Das EMD ist von uns anzuhalten, alle möglichen, heute bekannten und noch auftauchenden Verbesserungen durchzuführen. Und wenn wir das tun, haben wir die Anliegen der besorgten Bürger viel eher berücksichtigt und in unsere Anliegen eingebaut, als wenn andere vordergründig gegen Neuchlen-Anschwilen eintreten, hintergründig indessen die Armee in ihren Grundfesten treffen wollen. Dieses Spiel mache ich nicht mit.

Herr Rechsteiner hat das bereits einmal vorgespült mit Blick auf die Anlage «Kamor», die er damals noch nicht kannte – ich nehme an, heute auch nicht. Herr Rechsteiner hat seinen Se-

gen über St. Gallen ausgebreitet, als er an der Eröffnung der Stadtautobahn SN 1 sein Transparent entfaltete und immer noch dagegen antrat. Herr Rechsteiner, wir sollten eine konsultative Abstimmung machen, ob die SN 1 ein Segen für St. Gallen war – oder ob ihr Bau ein Fehler war, wie Sie heute noch meinen.

Jene Abstimmung wäre klar. Aber wir sind gegen Konsultativabstimmungen, weil sie in diesem Fall nur eine Kulissenschieberei wären.

Ott: In dieser gewohnt polarisierenden und emotionalen Armeedebatte spreche ich, wie Sie wissen, als Befürworter der schweizerischen Landesverteidigung, und gerade vor diesem Hintergrund drücke ich hier meine Sorge aus und erkläre, warum ich die Minderheiten unterstütze. Es gibt Situationen, in denen der psychologische Gesichtspunkt wichtiger ist als alles andere, auch wichtiger als alle Argumente über technische Vor- oder Nachteile.

Lassen Sie mich hier etwas ausholen: Es ist viel Grundsätzliches gesagt worden. Wir brauchen die Schweizer Armee in der heutigen geschichtlichen Stunde noch, als Modell unterwegs zu einem künftigen friedlicheren, teilmilitarisierten Europa, als Modell dafür, dass man es auch ohne stehende Heere und ohne modernste Hochrüstung schafft. Wir brauchen sie als Teil eines künftigen gesamteuropäischen Sicherheitssystems, dem die derzeitige Entwicklung hoffentlich und mit hoher Wahrscheinlichkeit zustrebt, eines nicht mehr von Macht und Abschreckung, sondern von Recht, von Verträgen, von internationaler Schiedsgerichtsbarkeit und friedlicher Konfliktlösung bestimmten Europas, das aber nicht gänzlich ohne alle Streitkräfte wird auskommen können.

Ich fürchte mich nicht vor einer unmittelbaren Bedrohung der Schweiz jetzt, weder vor imperialistischen Grossmächten noch vor plötzlich wieder diktatorial-militaristischen Nachbarstaaten. Ich fürchte mich auch nicht – um die Dinge beim Namen zu nennen – vor dem wiedererstehenden grossen Deutschland. Die Demokratie ist jetzt dort doch zu tief verankert.

Es wird schwerfallen, ein Szenario einer direkten militärischen Bedrohung der Schweiz im grossen Massstab auszudenken. Der erwartete Sicherheitsbericht des Bundesrats wird dies wohl zeigen. Was bleibt, ist ein Rest von Instabilität. Das ist zwar ein vager und unausgefüllter Begriff. Aber wer das streitet, beweist, dass er die grosse Aufgabe, ein wirklich stabiles Europa zu bauen, noch nicht erfasst hat. Was ferner bleibt, ist die Aufgabe aller europäischer Staaten, zu einem wirklich stabilen Europa solidarisch beizutragen: auf militärischem, vor allem auch politischem Gebiet.

In dieser Lage Sorge ich mich, was die Schweiz betrifft, um die Akzeptanz unserer Armee. Zwar hat sie eine solide Mehrheit von 2 zu 1 erhalten, aber man muss hier die Stimmen auch gewichten. Es ist die junge Generation, die den Dienst zu leisten hat.

Ich denke hier an jenen in der «ASMZ» erschienen Artikel eines Hauptmanns, der schrieb, dass er eine Kompanie von zuverlässigen Soldaten führe, aber dass wohl die Mehrheit von ihnen den Sinn der schweizerischen Landesverteidigung nicht mehr verstehe.

Eine Schweizer Armee, die vermehrt auch für friedliche Zwecke einsetzbar wäre, für Katastrophenhilfe, Blauhelme, Grünhelme, eine Armee, die nicht mehr absolut gesetzt wird und nicht meint, jedes soziale Opfer an Geld und Landschaft fraglos fordern zu dürfen – eine solche Armee wird die Akzeptanz bei der Generation, auf die es hier in erster Linie ankommt, wieder finden.

M. Longet: Je n'aimerais pas mener ici un débat pour ou contre l'armée, mais simplement dire à M. Villiger deux choses. Premièrement, aujourd'hui, on ne peut plus projeter de nouvelles places d'armes sans tenir compte de l'évolution de la situation, sans avoir une stratégie qui intègre celle-ci et sans une planification d'ensemble crédible. Je veux dire par là que le besoin sur lequel on s'appuie, que ce soit dans ce domaine ou dans un autre, est toujours une notion à géométrie variable. Nous n'avons véritablement aucune garantie que, dans quel-

ques années, une fois que la bataille aura été menée, on ne nous dira pas que le besoin avait été malheureusement surévalué. Dans ce cas, je peux vous dire, Monsieur Villiger, qu'il y aura des gens dans cette enceinte – ce ne sera pas nous – qui se sentiront utilisés. Ceux de nos collègues qui vont vous suivre n'ont aucune garantie que le besoin soit vraiment prouvé. On ne peut pas non plus – c'est mon deuxième constat – et on ne doit plus imposer par la force de telles installations. Il faut le dire de manière claire et définitive: on ne doit pas, en Suisse, gouverner de cette manière-là. L'armée ne peut plus continuer à détruire les valeurs mêmes qu'elle est censée défendre. Je mets en garde le Conseil fédéral et la majorité qui, actuellement, négligent complètement le coût social et moral d'un nouveau Kaiseraugst, d'un nouveau Rothenthurm, d'une épreuve de force. Cela n'a pas du tout l'air de préoccuper la majorité. Certes, la force peut s'imposer, mais le bilan sera lourd. La place d'armes sera peut-être construite, mais à quel prix? D'épreuve de force en épreuve de force, on détruit la confiance sur laquelle est fondée la Suisse et on fait que les gens n'y croiront plus. On aura parsemé le pays de places d'armes, mais il n'y aura plus rien à défendre.

Dans le débat devant ce conseil, on constate que le ton monte de part et d'autre. Tout à l'heure, nous avons entendu des propos très durs. Je regrette que ceux de M. Oehler, par exemple, puissent être tenus, mais ils ne sont que le reflet de ce qui se dit et fait sur le terrain, respectivement du comportement du Département militaire fédéral sur les lieux. Je suis très inquiet, car malgré deux votations populaires, celle sur Rothenthurm et celle pour une Suisse sans armée, on ne semble pas avoir compris, au sein du Département militaire fédéral, la nécessité de changer de style et de ton. J'ai l'impression que dans ce département on ne pense pas mais qu'on dépense, qu'on ne discute pas mais qu'on donne des ordres, qu'on sort les bulldozers. C'est ce style-là que nous n'admettons pas.

Au-delà de la question du besoin et de la question de fond, il y a une place importante à donner aux modalités de la discussion. Actuellement, il n'y a pas de discussion mais uniquement des rapports de force, ce qui est inadmissible. Evidemment, cette situation est aussi issue d'un lourd héritage. Nous disons qu'il faut changer de ton, mais nous voyons également que cette façon de vouloir régner par les rapports de force est malheureusement protégée par le droit.

Il faut aussi voir ici que, si nous constatons que le Département militaire fédéral est un Etat dans l'Etat, ce n'est pas seulement dû à la volonté du DMF mais également à l'état de la législation. Il nous incombe d'en finir au plus vite avec ces privilèges d'un autre âge qui font que la planification et l'implantation d'installations militaires échappent complètement au droit ordinaire. Il est tout de même choquant qu'une personne désireuse de construire un petit cabanon doit se plier à toutes les règles du droit des constructions et de l'aménagement du territoire, alors que l'autorité qui souhaite construire une place d'armes n'y soit absolument pas tenu.

Cette disparité est choquante et le peuple suisse la ressent comme telle. Il nous incombe de soumettre le DMF au droit ordinaire et de mettre fin au droit d'exception. Nous disons: cessez d'être un Etat dans l'Etat. Soumettons le Département militaire fédéral aux règles usuelles de l'aménagement du territoire, de la protection du paysage, de l'étude d'impacts d'après la loi sur l'environnement et imposons enfin la possibilité d'un référendum financier sur les dépenses militaires.

C'est dans un tel cas concret d'application, puisque le DMF n'a pas voulu tenir compte de l'enseignement des deux dernières votations précitées, que nous voyons les lacunes dues au fait que nous ne connaissons pas le référendum en matière financière sur les projets du DMF et que les voies ordinaires du droit de l'aménagement ne s'appliquent pas. C'est donc un appel, non seulement à M. Villiger, en faveur d'un changement de ton – malheureusement je crains qu'il reste vain – mais également au Parlement pour mettre fin au droit d'exception qui régit actuellement le domaine militaire.

Keller: Die Debatte macht aus meiner Sicht eines klar: Bei der Bekämpfung der Kaserne Neuchlen-Anschwilen geht es um einiges mehr als nur um die Bekämpfung der Kaserne Neuch-

len-Anschwilen. Wenn wir nicht beharren, ist Neuchlen-Anschwilen für das EMD so ziemlich überall! Hier und heute geht es nicht mehr bloss um ein einzelnes Gefecht, sondern wir stehen am Beginn eines langwierigen und erbitterten Ringens um zukünftige Investitionen des EMD. In diesem Sinne soll Neuchlen-Anschwilen auch zu einer symbolischen Kampfstätte erhöht werden.

Wenn man die Dinge realistisch betrachtet, ist doch die Frage verhältnismässig einfach, und man braucht keineswegs die sicherheitspolitische Grosswetterlage herbeizuzitieren. Die Armee ist eindeutig nicht abgeschafft; sie besteht weiterhin, auch die allgemeine Wehrpflicht besteht weiterhin. Damit brauchen Soldaten weiterhin zweckmässige Uebungsplätze und geeignete Kasernen. Unzweckmässige Uebungsplätze und Kasernen erschweren die Ausbildung und fördern damit die Verdrossenheit der Truppe – so einfach ist das.

Will das jemand? Ich denke, zu dieser Zielsetzung wird sich kaum jemand in diesem Saal bekennen wollen. Gefragt ist aber auch wieder einmal unsere rechtsstaatliche Standfestigkeit. Wir haben den Bau dieser Kaserne beschlossen und sollten nun konsequent sein, auch wenn man wegen Standfestigkeit in einer solchen Frage nicht gelobt, sondern eher wegen mangelnder Lernfähigkeit getadelt wird.

Ich bestreite nicht, dass es sich bei Neuchlen-Anschwilen um wertvolle Landschaft handelt. Aber wo gibt es Landschaft, die für Zwecke infanteristischer Ausbildung geeignet ist und nicht zugleich wertvoll wäre? Wo gibt es in der Schweiz eine solche Landschaft?

Ich lehne deswegen die Minderheitsanträge ab und möchte schliessen mit einer etwas allgemeineren Bemerkung: Man wree auch in Zukunft bei jedem Einzelfall immer mit der Sicherheitspolitik argumentieren; das ist klar. Es wurde hier z. B. festgestellt, dass wir vor einem Jahr noch nicht daran gedacht hätten, wie sich Europa – und insbesondere Osteuropa – in einem positiven Sinne verändern würde. Ich stimme dem zu, und ich freue mich natürlich auch darüber. Aber gerade diese völlig unerwartete und unvorhergesehene Veränderung müsste uns auch ein wenig vorsichtig machen, müsste uns daran erinnern, dass die Zukunft immer ungewiss bleibt und dass sie nicht einfach die Projektion einer von Hoffnungen erfüllten Gegenwart ist.

Braunschweig: Herr Anton Keller, Sie sagen, es gebe keine Hoffnung, weil die politische Lage ungewiss sei. Früher gab es keine Hoffnung, weil die Lage trostlos und festgefahren war. Ich frage Sie: Wann gibt es eigentlich noch Hoffnung? Und was sagen Sie Ihren Schülerinnen und Schülern, den jungen Menschen, mit denen Sie besonders verbunden sind, wenn es nie in unserem Leben eine Phase der Hoffnung gibt?

Zum Rechtsstaat gehört auch die Fähigkeit, sich einer veränderten Situation anzupassen und daraus Konsequenzen zu ziehen. Nicht derjenige Staat ist stark, der stur an vergangenen Voraussetzungen festhält, sondern stark ist derjenige Staat, der sich anpassen kann, wenn viele eine neue Bewegung spüren; und dieser europäische Aufbruch war in der Debatte von heute und vom letzten Donnerstag unbestritten.

Ich erinnere Sie – nachdem Sie selber viele Erinnerungen geweckt haben – an die Volksabstimmung Rothenthurm. Damals hörten wir genau dieselben Argumente. Herr Früh sagt, Neuchlen-Anschwilen sei ein Glaubwürdigkeitstest; Rothenthurm war auch ein Glaubwürdigkeitstest. Herr Oehler sagt, Neuchlen-Anschwilen sei ein Prüfstein; Rothenthurm war auch ein Prüfstein, und das Volk hat dazu ja gesagt. Wozu hat es ja gesagt? In bestimmten Situationen gehen die Interessen des Naturschutzes und der lokalen Bevölkerung den militärischen Interessen vor, nämlich dann, wenn wir von den Bedürfnissen der Armee nicht mehr überzeugt werden können.

Und was geschah nach der Volksabstimmung Rothenthurm? Unser Land existiert immer noch, und wir bezeichnen unseren Staat im Grundsatz immer noch als Rechtsstaat. All das, was Sie vorausgesagt haben, ist nicht eingetreten.

Eigentlich habe ich mir vorgenommen, nicht fundamentalistisch zu argumentieren, getreu dem Rezept von Herrn David, sondern ganz pragmatisch einige Fragen zu stellen. Herr Bundesrat Villiger, ich verstehe folgendes nicht:

Sie sprechen überall mit Befriedigung von der geplanten mannschaftsmässigen Reduktion der Armee um einen Sechstel. Das müsste sich doch auch auf die Zahl der Waffenplätze auswirken. 42 geteilt durch 6: es wäre also an eine Aufhebung von 7 Waffenplätzen zu denken. Nun sagen Sie mir, das sei eine Milchbüchlein-Rechnung, und es ist vielleicht auch so. Wir fordern ja auch nicht die Aufhebung von sieben Waffenplätzen! Aber dass dieser 42. Waffenplatz entstehen muss, das können Sie mit Ihren Zahlen nicht begründen.

In Ihrem Departement gibt es zudem Leute – und zwar gute Leute –, die von wesentlich grösseren Reduktionen sprechen, und solche werden ja mit grösster Wahrscheinlichkeit noch in diesem Jahrzehnt kommen. Manche Waffenplätze werden in der Schweiz nicht mehr gebraucht werden.

Deshalb verstehe ich das Zweite nicht: dass Sie nicht endlich einmal in die Offensive gehen, eine Tat vollbringen, sich über die formale Rechtsstaatlichkeit hinwegsetzen und sagen: Wir müssen von der Wende Kenntnis nehmen, von neuen Bewegungen in Ost- und Westeuropa.

Weshalb dieser vorgezogene Baubeginn? Weshalb haben Sie gerade gestern die Absicht bestätigt, den Militärischen Frauendienst (MFD) auf freiwilliger Basis zu bewaffnen? Warum, Herr Villiger, so unpsychologisch? Sie müssen doch diese jungen Menschen in Neuchlen-Anschwilen für die Armee zurückgewinnen. Das kann nicht meine Aufgabe sein, das ist Ihre Aufgabe! Sie stossen aber diese Leute in die Opposition, vor Gericht, in das Gefängnis.

Herr Villiger, versuchen Sie es anders. Ich habe Ihnen das selbe schon beim Zivildienst vorgeschlagen. Gehen Sie weniger grundsätzlich, dafür pragmatisch an die Probleme heran. Sie hätten wieder Erfolg!

Frau Haller: Herr Früh hat an die Adresse der Waffenplatzgegnerinnen und -gegner gesagt, wir wollten keine Armee, also wollten wir auch keine Demokratie. Das ist schlicht falsch. Wenn Demokratie gelebt wird, gibt es immer Mehrheiten und Minderheiten. Wichtig sind dabei nicht nur die Mehrheiten, wichtig sind auch die Minderheiten. Sie wissen selber, dass eine Mehrheit, die immer nur 51 Prozent auf sich vereinigen kann – und die anderen 49 Prozent sind immer dagegen –, auf die Länge ihren Willen nicht durchsetzen kann. Also muss es etwas differenzierter sein.

Verschiedene Redner haben sich auf die rechtsstaatliche Situation berufen; Herr Keller hat eben das grosse Wort «rechtsstaatliche Standfestigkeit» gebraucht. Wir müssen vorsichtig sein, wie wir mit diesen Begriffen umgehen. Recht ist eine ständige Entwicklung aufgrund der politischen Verhältnisse, die sich ständig immer wieder ändern.

Ich verweise auf etwas sehr Wichtiges: Alles Neue beginnt immer mit Minderheiten. Ich stelle einen Vergleich mit dem an, was in den letzten Monaten in Osteuropa passiert ist. Da haben mutige Minderheiten ein gewaltiges Umdenken bewirkt. Das waren zuerst ganz wenige Leute, die sich überhaupt getrauten, sich mit neuen Möglichkeiten auseinanderzusetzen. Das waren Leute, die am Anfang völlig illegal etwas unternommen haben. Das waren Leute, die sich um den politischen Druck von aussen nicht geschert haben. Das waren Minderheiten, die ein Umdenken beförderlich vorangetrieben haben.

Im Grunde genommen besteht eine klare Gesetzmässigkeit: Jeder Umdenkprozess beginnt mit Minderheiten, die Minderheiten wachsen, es entsteht eine Unsicherheit, und dann kommt das grosse Wort «Ideologie», das Frau Eppenberger auch verwendet hat: Die Minderheit wird plötzlich einer Ideologie bezichtigt. Umgekehrt ginge es aber genauso: Die Schweizer Armee kann als Ideologie bezeichnet werden, und sie ist im Grunde genommen nichts anderes. Aber wir wollen ja hier vernünftig miteinander reden und uns nicht gegenseitig der Ideologien bezichtigen.

Vielleicht noch folgendes: Es gibt Leute, die noch weiter gehen. Der katholische Theologe Kurt Koch aus Luzern hat klar nachgewiesen, dass die schweizerische Armee eine Religion ist. Er hat für die beiden Phänomene die genau gleichen Elemente wissenschaftlich miteinander verglichen und abgeklärt: Religion ist das, was man nicht hinterfragen darf – etwas ver-

kürzt gesagt. Wir könnten hier in sehr interessante Diskussionen geraten.

Wenn dann eine Umdenksituation ins Kippen kommt und es dazu neigt, dass gleich viele Leute dafür oder dagegen sein könnten, kommen die Unterstellungen: z. B. die Unterstellung von Frau Eppenberger, die die Gruppe der Waffenplatzgegner in Neuchlen-Anschwilen in die Nähe des Alkoholismus und der Drogenszene gestellt hat. Das geht nicht, und dagegen verwahre ich mich in aller Form im Namen dieser jungen Leute, die dort aktiv werden. Wenn das Gleichgewicht der Mentalitäten zum Kippen kommt, wird es schwierig, dann braucht es eine politische Kultur.

Ich möchte hier noch etwas zur Minderheit sagen, die bei der Aarmeeabschaffungs-Initiative 36 Prozent der Stimmen erlangte: Herr Bundesrat Villiger, Sie können diese Minderheit nicht einfach mit einer Eskalation der Härte wegradieren. Damit erreichen Sie nur, dass die Minderheit wächst, was mich freuen würde – aber es wäre eine noch schönere politische Kultur, wenn man nicht so weit eskalieren müsste.

Eine letzte Bemerkung an die Damen und Herren von der bürgerlichen Seite: Ich nehme nicht an, dass Sie jetzt gegen diesen Waffenplatz stimmen können; ich hoffe zwar auf einzelne von Ihnen und werde auch weiter hoffen, aber ich nehme nicht an, dass das geht.

Sie tun vielleicht gut daran, wenn Sie sich einen Weg offenhalten, wie Sie früher oder später einmal einschwenken können. Vielleicht würde das zu einem weniger grossen Gesichtverlust führen als seinerzeit bei Kaiseraugst. Ich bin in diesem Fall am Wohlbefinden aller Leute hier interessiert: Und vielleicht fangen Sie dort an, sich zumindest mit dem Gedanken einer Hintertür auseinanderzusetzen, wenn wir uns vorstellen, was in letzter Zeit in Osteuropa und in Europa überhaupt an Öffnung und Umdenken möglich war.

Ich bin mir nicht sicher, ob Sie nicht bald froh sind, sich solche Hintertüren überlegt zu haben!

M. Rebeaud, porte-parole de la minorité: Si je reprends la parole en fin de débat, c'est qu'à ma déception il n'a été apporté pratiquement aucune réponse ni aucun argument convaincant concernant ma proposition de donner au Conseil fédéral la possibilité de s'assurer que les populations locales approuvent la construction de cette place d'armes avant d'entreprendre une marche forcée dans la région. Je regrette notamment que la majorité dite bourgeoise du Parlement ait décidé de mettre toutes les propositions de minorité dans un seul paquet et de les considérer comme équivalentes. Or, elles ne le sont pas.

Il y va de la crédibilité à terme de l'Etat et des institutions. J'entends encore notre ancien collègue Louis Guisan, libéral vaudois et conseiller aux Etats, nous dire: «Si l'Etat cède à Kaiseraugst, c'est la fin de la démocratie». L'Etat a cédé à Kaiseraugst, et j'ose espérer que la démocratie n'est pas encore morte.

Dans le cas de la place d'armes, il s'agit d'utiliser les instruments de la démocratie dont nous avons l'habitude pour éviter un faux pas politique. Mme Eppenberger et d'autres prétendent que nous n'avons pas besoin de consultation parce que nous sommes sûrs que la population locale est d'accord. Ils se rendent coupables d'une contradiction dans les termes. Si vous êtes sûrs que la population est d'accord, vous ne courez aucun risque à laisser organiser une consultation populaire. Je ne peux pas comprendre que vous refusiez cette possibilité, puisque vous êtes certains de gagner. En gagnant une telle consultation, vous donnerez peut-être la preuve que l'opposition sur place est organisée par des Zurichois ou des Argoviens, ou est téléguidée peut-être par des Allemands ou des gens des pays de l'Est!

Du moment que l'armée existe et que le peuple a confirmé qu'il en voulait une – peut-être pas celle-ci, mais pour le moment nous n'avons pas le choix – il faut qu'elle soit à son aise, qu'elle soit, comme disait Mao, dans le peuple comme un poisson dans l'eau.

J'ai fait, et je ne suis pas le seul, une expérience qui est l'une des plus pénibles pour un soldat: c'est celle de défendre son pays, environné par une population civile qui déteste l'armée.

J'étais à Bure, Monsieur le Conseiller fédéral, et on m'avait donné pour charge de surveiller la place d'armes en montant la garde durant la nuit. Il y avait un problème, parce qu'à l'époque des agitateurs jurassiens menaçaient de s'attaquer à la guérite où j'étais censé me trouver. On ne pouvait tout de même pas tirer sur des Suisses! Alors, à chaque soldat chargé de cette mission – ce qui était alors considéré comme un honneur – on avait donné des gourdins, pesant environ 25 kilos, pour «casser le Jurassien» qui tenterait de «casser la baraque». Ce genre de situation est, pour des jeunes gens normalement constitués – et nous savons que certains d'entre eux ont le psychisme fragile, aujourd'hui – de nature à vous dégoûter de l'armée, des institutions et du pays.

Je voudrais donc que vous me disiez en quoi cela vous gêne, Madame Eppenberger, Monsieur Villiger, d'avoir la possibilité d'éviter ce genre de situation absurde qui ne fait que rendre au pays un service inverse à celui qu'on voulait lui rendre. Quand M. Jeanneret nous parle de fédéralisme et nous dit que nous faisons le contraire, il faut savoir si le fédéralisme est l'alliance des autorités des différents cantons qui se donnent la main pour empêcher les populations de s'exprimer ou une possibilité que nous donnent nos institutions et nos mécanismes éprouvés de vérifier s'il y a un accord entre ce que veut l'autorité et ce que désirent les populations intéressées.

Personnellement, je penche pour la seconde version de ce fédéralisme, de cette notion-là de la démocratie. Je demande, avant la déclaration du Conseil fédéral et le vote, que vous preniez encore le temps de réfléchir à cet aspect des choses avant de mettre dans le même paquet toutes les oppositions en présence.

*Hier wird die Beratung dieses Geschäftes unterbrochen
Le débat sur cet objet est interrompu*

*Schluss der Sitzung um 13.00 Uhr
La séance est levée à 13 h 00*

90.026

Militärische Bauten und Landerwerb Ouvrages militaires et acquisitions de terrain

Fortsetzung – Suite

Siehe Seite 1095 hiavor – Voir page 1095 ci-devant

Ziff. 232 (Fortsetzung) – Ch. 232 (suite)

Feigenwinter, Berichterstatter: Es hat keinen Sinn, wenn ich die gestrige Debatte kommentiere. Ich mache nur die Feststellung, dass offensichtlich in diesem Rat gestern ein guter Teil des für die Politik unabdingbaren Augenmasses verlorengegangen ist, und ich wende mich nun den Tatsachen zu.

1. Der Waffenplatz Herisau-Gossau ist ein Ersatzobjekt für die 1980 im Zuge des Autobahnbaues aufgehobene Kasernenanlage St. Gallen. Seit 1980 sind drei Kompanien der Infanterie-Rekrutenschule der Ostschweiz in behelfsmässigen Unterkünften in Umäsch-Bronschhofen und auf dem Dachstock der Kaserne Herisau untergebracht.

Wir haben die Verhältnisse in Herisau in Augenschein genommen. Sie spotten jeder Beschreibung. Da werden 65 Rekruten unter dem Dach zusammengepfercht und müssen teilweise auf den minimalsten hygienischen Komfort verzichten. Das Ganze ist ein unhaltbarer Zustand. Auch die Standorte in Urnäsch und Bronschhofen sind lediglich Provisorien, für welche immer schon eine definitive Lösung vorgesehen war. Die Ausbildung der Rekruten hat schon bis anhin auf den bestehenden Schiessplätzen im Breitfeld und im Sitterobel stattgefunden. Man musste dafür täglich Transportzeiten bis zu zwei Stunden in Anspruch nehmen. Es unterliegt keinem Zweifel, dass der Ausbildungsbetrieb damit denkbar schlechte Voraussetzungen hatte.

2. Das Projekt des Waffenplatzes wurde in engster Zusammenarbeit mit den lokalen Behörden und unter ständiger Orientierung der lokalen Bevölkerung entwickelt. Erst am 6. Mai 1989 kam es zum Abschluss eines umfassenden Vertrages zwischen den Gemeinden Gossau-Gaiserwald, Andwilen-Waldkirch und der Stadt St. Gallen mit der Eidgenossenschaft. Das Projekt ist keineswegs ein altes und überholtes Projekt, wie das Herr Jaeger behauptet, sondern im Gegenteil eine Anlage, die erst in letzter Zeit konzipiert wurde. Die Kaserne ist für drei Kompanien mit einem Bestand von maximal 410 Mann dimensioniert. Zwei weitere Kompanien dieser Schule bleiben in der Kaserne Herisau, die später umfassend renoviert werden soll.

3. Das ganze Gelände umfasst eine Fläche von rund 223 Hektaren, also 2,23 Quadratkilometern. Der Bund konnte das Gelände durch Abtausch mit dem Kanton St. Gallen und durch einen Arrondierungskauf eines landwirtschaftlichen Betriebes erwerben. Für die eigentlichen militärischen Bauten benötigt man ganze 13 Hektaren. Rund 200 Hektaren stehen den fünf Landwirtschaftsbetrieben als Produktionsgrundlage für teilweise intensive und teilweise extensive Bewirtschaftung zur Verfügung.

Für die Sanierung von drei Bauernhöfen und den Neubau von zwei Bauernhöfen haben Sie im Oktober 1989 Kredite in der Grössenordnung von über 8 Millionen Franken gesprochen. Bei diesen Zahlen ist schleierhaft, wie Frau Leutenegger Oberholzer von einer Betonierung der Landschaft sprechen kann.

4. Das ganze Projekt wurde einer umfassenden Umweltverträglichkeitsprüfung unterzogen, notabene in einem Zeitpunkt, in welchem die Pflicht zur Durchführung dieser Umweltverträglichkeitsprüfung rechtlich gar noch nicht bestand. Diese UVP datiert von Oktober 1988 und Februar 1989. Sie war bereits vorhanden – das an die Adresse von Herrn Jaeger –, als das Parlament im letzten Oktober über die erste Etappe Beschluss fasste.

In umfassender und vorbildlicher Art wurden sämtliche Probleme im Zusammenhang mit dem Bau und dem Betrieb der Anlage geprüft. Auf die Umweltbelange wurde zu Recht starkes Gewicht gelegt. Probleme der Luft, des Lärmes, des Grundwassers, der Lebensgemeinschaft von Pflanzen und Tieren, der Landschaft und der Erholung wurden sorgfältig untersucht. Massnahmen zur Vermeidung oder Verminderung von Umweltbelastungen während des Baues und des Betriebes wurden vorgeschlagen und flossen in das Projekt ein.

Damit sichergestellt ist, dass die vielfältigen Umweltanliegen auch durchgesetzt werden, wurde ein Landschaftsarchitekt verpflichtet, das ganze Projekt zu begleiten. Herr Ledergerber, welcher die Untergruppe der Militärkommission präsidierte, die dieses Objekt in Augenschein nahm, hat als Fachmann den Umweltverträglichkeitsbericht als vorbildlich bezeichnet. Fragen der Parkplatzgestaltung können noch mit dem Antrag David behandelt werden. Bei dieser Situation ist es mir persönlich schleierhaft, wie Herr Jaeger zur Behauptung kommen kann, der Biotopschutz sei nicht gewährleistet und der Standort der Kaserne sei im Zeitpunkt des Beschlusses von 1989 für die erste Etappe noch nicht klar gewesen. Das wird klar durch die Umweltverträglichkeitsprüfung dementiert.

5. Im Oktober letzten Jahres hat der Nationalrat als Zweitrat einen Kredit von 34,5 Millionen Franken bewilligt. Die erste Etappe umfasste eine Pistolenschiessanlage, eine 300-Meter-Schiessanlage, eine Gefechtsschiessanlage für Sturm- und Maschinengewehre sowie leichte Panzerabwehrwaffen, eine Hindernisbahn, eine HG-Wurfanlage, eine Kampfbahn, eine Infanterie- und eine Fahrschulpiste.

Zweiter Schwerpunkt war der Neubau von zwei Bauernhöfen sowie die umfassende Sanierung von drei weiteren Bauernhöfen. In der entsprechenden Botschaft wurde klar ausgeführt, dass mit einem weiteren Kostenrahmen von rund 60 Millionen die Erstellung der Kasernenanlage beschlossen werden sollte, was mit der vorliegenden Baubotschaft auch geschieht.

6. Die Standortwahl für die Kaserne wurde nach umfassenden Abklärungen getroffen. Das Breitfeld wäre zwar ein möglicher anderer Standort gewesen. Die Stadt St. Gallen wehrte sich aber entschieden gegen diesen Standort, weil das Breitfeld als Naherholungsgebiet und immer wieder für zivile Veranstaltungen der Stadt St. Gallen zur Verfügung stehen muss.

7. Die Kommission beantragt Ihnen nicht nur, dem angebehrten Kredit von 49,3 Millionen zuzustimmen, sondern auch die dritte Etappe mit einzubeziehen. Es handelt sich dabei um eine Mehrzweckhalle, eine Ortskampfanlage und eine Kurzdistanz-Schiessanlage. Der dafür erforderliche Kredit beläuft sich auf 11,65 Millionen Franken. In der Fahne, die Sie auf Ihren Tischen haben, wurde der Kreditbedarf fälschlicherweise mit 12,97 Millionen angegeben, weil die Kosten für die Ortskampfanlage versehentlich zu hoch ausgewiesen wurden. Die Mehrzweckhalle steht unter Berücksichtigung des militärischen Ausbildungsbetriebes auch zivilen Benützern zur Verfügung. Dies wird auch bei der Parkplatzdiskussion zu berücksichtigen sein.

8. In der gestrigen Debatte wurde dem EMD wiederholt der Vorwurf gemacht, dieses grosse Projekt werde ohne Baubewilligungsverfahren durchgesetzt. Ich glaube, es war Herr Meier-Glatfelden, der das gesagt hat. Dieser Vorwurf ist aufgrund der geltenden Rechtslage absolut unbegründet.

Mit der Durchführung des Bauvorhabens ist das Amt für Bundesbauten, nicht das EMD beauftragt. Nach der Kreditsprechung muss kein weiteres Baubewilligungsverfahren durchgeführt werden. Das gilt übrigens meines Wissens für alle öffentlichen Werke in Kantonen und Gemeinden. Ich jedenfalls habe noch nie ein Baubewilligungsverfahren für ein öffentliches Verwaltungsgebäude oder für ein Schulhaus erlebt.

Ein Anlageverfahren hat nur dann stattzufinden, wenn mit dem Bau in Rechte Dritter eingegriffen wird und ein Einsprache- und Enteignungsverfahren durchgeführt werden muss. In Herisau-Gossau ist das nicht der Fall. Beim Waffenplatz Ronthenturm hat aber das Bundesgericht beispielsweise dem Bund die vorzeitige Besitzeinweisung verweigert, weil Verfahrensängel vorlagen. Auch der Bund, der Kanton und die Gemeinden haben sich demnach an rechtsstaatliche Regeln zu halten und halten sich auch daran.

Der Zorn von Herrn Meier-Glatfelden über das willkürliche Vorgehen des EMD und von Herrn Longet über den Befehl des EMD zum Vorrücken der Baumaschinen ist also fehl am Platz. Verantwortlich – ich halte das noch einmal fest – ist das Amt für Bundesbauten und nicht das EMD. Das Amt für Bundesbauten aber führt aus, was das Parlament im letzten Herbst rechtskräftig beschlossen hat.

Die Ausführungen von Herrn Rechsteiner, die er gestern gemacht hat, sind meines Erachtens rechtsstaatlich monströs. Er bezichtigt doch tatsächlich das EMD und Herrn Bundesrat Villiger der Macht- und Gewaltdemonstration. Damit werden die wahren Verhältnisse doch gerade auf den Kopf gestellt! Herr Rechsteiner hat mit seinen Gesinnungsgenossen versucht, mit verbotener Eigenmacht zu verhindern, was das Parlament – nicht etwa der Bundesrat oder das EMD – rechtskräftig beschlossen hatte und was das Amt für Bundesbauten nun auch ausführt.

An dieser Rechtslage kann auch eine nachträglich eingereichte Motion nichts ändern; es ist rechtsstaatlich bedenklich, wenn man so tut, als könne dadurch ein formell und materiell richtig zustande gekommener Beschluss des Parlaments sitiert werden. Richtig ist lediglich, dass das Parlament auf einen Beschluss zurückkommen und ihn ändern kann. In der Zwischenzeit hat aber zu gelten, was beschlossen wurde.

Behauptungen wie diejenige von Frau Haller, dass das Recht ständig in Bewegung sei, dass Minderheiten zu Mehrheiten werden könnten und gestützt darauf ein Beschluss auszusetzen sei, sind reinste Rechtsverwilderungen.

Es liegen uns drei Anträge vor, zu denen sich ein vierter von Herrn David gesellt. Die drei Anträge sind auf der Fahne enthalten.

Es handelt sich erstens um den Antrag der Kommission Minderheit I, die von Herrn Ledergerber angeführt wird und die verlangt, dass diesem Kredit von ungefähr 60 Millionen, wie er sich jetzt präsentiert, mit Rücksicht auf die veränderte sicherheitspolitische Lage nicht zugestimmt wird.

Es hat wohl wenig Sinn, wenn man im einzelnen zu diesen Argumenten noch einmal Stellung nimmt. Wir haben das in epischer Breite während bald zehn Stunden in diesem Rat getan. Ich beantrage Ihnen Ablehnung dieses Verweigerungsantrages.

Dann liegt ein Antrag Günter auf Rückweisung vor. Das Projekt soll zurückgewiesen und redimensioniert werden, und es soll insbesondere der Standort erneut abgeklärt werden.

Dieses Projekt entspricht den Bedürfnissen, die auch eine veränderte und redimensionierte Armee in Zukunft braucht. Der Standort wurde in langen, sehr langen Verhandlungen mit den politischen Behörden in dieser Region abgeklärt. Ein Rückweisungsantrag führt zu nichts, denn diese erneuten Verhandlungen können gar nicht anders herauskommen als früher. Ich bitte Sie deshalb, auch den Rückweisungsantrag Günter abzulehnen.

Zum Antrag Rebeaud: Herr Rebeaud verlangt, dass unter den betroffenen Gemeinden eine Volksabstimmung stattfinden soll und dass der Bundesrat bis zur Durchführung dieser Volksabstimmung den Kredit blockieren kann.

Schon aus Konsequenzgründen muss ich Ihnen beantragen, den Antrag Rebeaud abzulehnen. Es würde damit einer Demokratie der Betroffenen der Vorzug gegeben. Betroffene Regionen könnten damit Werke verhindern, die für die ganze Schweiz notwendig sind. Das ist eine falsche Art von Demokratie. Wenn etwas in absolut demokratischer Art und Weise zustande gekommen ist, kann es nicht angehen, die Direktbetroffenen konsultativ zu befragen, ob sie damit einverstanden sind oder nicht.

Ich habe den Eindruck, dass zu viele Behauptungen über die Haltung der betroffenen Gemeinden und der betroffenen Bevölkerung kursieren. Jedenfalls konnte anlässlich der Räumung des Waffenplatzes festgestellt werden, dass von 20 noch vorhandenen Besetzern 16 nicht im Kanton St. Gallen Wohnsitz hatten, was doch darauf hinweist, dass die Opposition zu einem wesentlichen Teil auch von aussen gesteuert und genährt wird.

Noch zum Antrag David: Er beantragt, den projektierten Parkplatz um 120 Plätze zu reduzieren. Die Motive von Herrn David

sind sicher lauter. Es geht ihm nicht darum, die Anlage zu verhindern. Er möchte einfach dafür Sorge tragen, dass kein vermehrter Privatverkehr entsteht. Allerdings wurde auch diese Frage in der Umweltverträglichkeitsprüfung genau untersucht. Gemäss Umweltverträglichkeitsbericht entstünde, selbst wenn die 120 Parkplätze – die ja im wesentlichen für die militärischen Benutzer der Anlage, nämlich Rekruten und Wehrmänner, zur Verfügung stehen sollen – täglich einmal belegt und besetzt würden, höchstens ein maximaler Verkehr von 12 Personenwagen pro Stunde, über den Tagesdurchschnitt gerechnet.

Nachdem auch die Mehrzweckhalle zur Beschlussfassung beantragt wird und diese – soweit die militärische Beanspruchung das erlaubt – auch zivilen Benutzern zur Verfügung stehen soll, wäre es eigentlich sinnvoll, die Parkplätze zu erstellen. Es sind in jedem Fall zuwenig, wenn man davon ausgeht, dass auch den Wehrmännern nicht verboten werden kann, mit dem privaten Fahrzeug in den Dienst einzurücken.

Die Frage kann noch einmal vertieft geprüft werden. Man muss ja beachten, dass die Realisierung der Anlage ungefähr drei bis fünf Jahre dauert und die Erstellung der Parkplätze natürlich erst spruchreif wird, wenn mindestens die Kasernenanlage in Betrieb genommen werden kann; das wird, wie wir das heute beurteilen, kaum vor drei Jahren sein.

Die Kommission hat den Antrag nicht diskutiert, sondern dem Projekt an sich unverändert zugestimmt. Sie hat auch die Kostenstruktur geprüft und ist zum Schluss gekommen, dass die Kosten bei vergleichbaren Objekten entsprechend sind.

Ich wäre jedoch bereit, den Antrag von der Kommission prüfen zu lassen, damit zu einem späteren Zeitpunkt definitiv über die Frage Beschluss gefasst werden könnte, ob die Parkplätze zu errichten seien.

Wir verlieren keine Zeit, wenn wir über diese Frage heute nicht beschliessen. Aber eine Rückweisung an die Kommission ermöglicht eine nochmalige Prüfung der ganzen Frage. Ich bitte Sie, diesem Verfahren vor einer endgültigen Verweigerung dieser Parkplätze, die nicht ganz unbedeutend sind, den Vorzug zu geben.

M. Leuba, rapporteur: La particularité qui s'est dégagée du long débat d'hier sur la place d'armes d'Herisau-Gossau ou sur la caserne de Neuchlen-Anschwilen est que chacun prétend s'être exprimé au nom de la majorité de la population locale. Les adversaires invoquent les 400 signatures d'Abtwil et les deux mille recueillies dans la région de Berne lors d'une grève de la faim. Les partisans se réfèrent aux 20 000 signatures de la pétition «Forum jeunesse et armée» recueillies dans la région de la place d'armes.

Pour une fois, je crois que les limites de la politique sont atteintes et, dans ce cas, il faut en revenir au droit. C'est la constitution et nos lois qui déterminent qui est compétent pour décider.

La défense militaire relève de la Confédération. C'est le Parlement qui accorde au Conseil fédéral les crédits nécessaires et cela sans référendum. C'est tout aussi démocratique puisque le Parlement a été élu précisément pour faire le travail qui lui est confié. A cet égard, j'ai peine à comprendre l'argumentation de M. Longet qui aimerait soumettre de telles questions au référendum financier. Le peuple s'est prononcé sur le référendum dans le cadre des mesures d'armement, il s'est prononcé récemment et il a refusé ce droit supplémentaire que certains voulaient lui accorder. Ce qui me paraît démocratique dès lors, c'est de se soumettre à la volonté populaire. C'est précisément là me semble-t-il que, dans le cadre de la discussion concernant Neuchlen-Anschwilen, le bât blesse véritablement car on est d'accord, dans un certain camp, de ne se soumettre aux votations populaires que si elles vous donnent raison. Nous sommes donc compétents pour décider et c'est ainsi que la commission vous recommande de voter le crédit sollicité avec une augmentation.

On a évoqué – c'est le deuxième groupe d'arguments – l'évolution remarquable, pleine d'espoir, que nous constatons dans les pays de l'Est. Je crois que nous pouvons nous réjouir de cette évolution et je crois que le Département militaire fédéral s'en réjouit aussi, mais il ne faut pas jeter le manche

avant la cognée. L'évolution dans les pays de l'Est est extrêmement récente. La menace communiste que nous nous sommes représentée pendant longtemps comme étant la menace prépondérante a indiscutablement diminué, mais la situation est extraordinairement instable. Personne ne peut prédire aujourd'hui sérieusement, à moins d'être un funambule, ce dont demain sera fait. Dès lors, la situation doit être considérée comme particulièrement instable et il est manifestement prématuré de tirer le moindre argument de celle-ci. Mais surtout, nous constatons que, tant les pays qui nous entourent que les pays de l'Est ne renoncent nullement à leur armée. Si des diminutions d'armement sont prévues, en revanche la modernisation des armes et des munitions continue et il faut être aveugle et sourd pour prétendre que, dans ces conditions, nous devons renoncer à notre place d'armes. D'ailleurs on voit mal la relation qu'il y a entre l'évolution favorable que nous constatons dans les pays de l'Est et la place d'armes de Neuchâten-Anschwilien. Il faut, là aussi, être un peu funambule pour tirer une relation entre ces deux événements. Les adversaires du crédit répètent à satiété qu'il n'est pas question dans la situation actuelle de créer une nouvelle place d'armes. Il faut répéter aussi ce principe selon lequel la réitération d'une affirmation fautive ne la rend pas juste par le seul fait qu'on la répète à de multiples reprises. C'est là le point fondamental. Il ne s'agit pas de créer une nouvelle place d'armes, il s'agit exclusivement de reconstituer celle de Saint-Gall qui a été abandonnée en 1980 pour la création de la route nationale. Il ne s'agit pas d'appeler de nouvelles recrues dans cette place d'armes, mais simplement de donner des locaux adéquats à des recrues qui existent et qui, actuellement, font leur service militaire dans des cantonnements répartis dans trois communes de Suisse orientale. Cette mutation est bien connue, nous l'avons vécue notamment dans le canton de Vaud lors du déplacement de la place d'armes de Lausanne à Moudon ou de celle d'Yverdon-les-Bains à Chamblon. Il n'y a donc pas de quarante et unième place d'armes qui est créée, il s'agit simplement de donner des locaux pour la quarantième qui existe déjà.

On invoque les prévisions de réforme de l'armée 1995. Ici l'argumentation me paraît particulièrement déficiente. Dans toutes les projections qui sont faites actuellement pour l'Armée 1995, il n'est pas question de diminuer le nombre de recrues. Chacun sait ou devrait savoir que les places d'armes sont faites pour celles-ci, elles sont faites pour les soldats qui doivent commencer leur service militaire et il n'y a aucune prévision de diminution du nombre de ces recrues, si ce n'est celle due au facteur de natalité. A cet égard, je rappelle également l'aptitude différenciée qui doit remplacer le service complémentaire et cette aptitude va probablement compenser dans une très large mesure la diminution des effectifs due à la natalité.

On a invoqué également un sondage selon lequel une partie importante de la population serait opposée à la construction de nouvelles places d'armes. Il est évident que si l'on m'avait demandé au coin d'une rue, rapidement, si je suis favorable ou non à la construction de nouvelles places d'armes, j'aurais très vraisemblablement répondu que je suis défavorable à de telles constructions. Mais, encore une fois, ce n'est pas de cela qu'il s'agit, mais de remplacer une place d'armes existante.

La proposition de M. Rebeaud est sympathique, mais elle n'est pas acceptable. D'abord, elle se réfère à ce que nos compatriotes appellent le principe de Saint-Florian, qui consiste à admettre que la défense nationale est nécessaire mais qu'il faut aller construire les casernes nécessaires ailleurs. C'est exactement ce qui ressort de la proposition Rebeaud. Avec un tel système, il est évident qu'on n'arrive pas à résoudre le problème, d'importance nationale, dans lequel l'ensemble du peuple considère qu'il faut faire un effort pour notre défense nationale, que les casernes sont nécessaires, mais qu'on ne peut les placer nulle part en Suisse parce que chacun espère qu'elle sera mieux située chez le voisin. C'est un vieux système que l'on retrouve non seulement dans le domaine militaire, mais aussi dans celui de l'énergie et d'autres secteurs.

Le fédéralisme ne peut pas être invoqué ici pour justifier cette proposition. Le fédéralisme consiste à laisser les cantons exer-

cer librement leur compétence lorsqu'ils sont compétents et la Confédération exercer les siennes lorsqu'elle l'est. En l'espèce, la Confédération est compétente; par conséquent la décision doit être prise à l'échelon adéquat.

Enfin, on invoque l'opposition non violente. Il faut aussi préciser qu'un certain nombre de citoyens – cela a été souligné en commission – sont excédés par les efforts que l'on doit fournir afin de permettre le déroulement normal de travaux dont les crédits ont été régulièrement acceptés par notre Parlement.

La culture politique à laquelle on fait souvent allusion ici implique précisément que la minorité s'incline devant les décisions de la majorité. On regrette, et c'est ce qu'a fait le groupe écologiste, que l'on ait dû recourir à la force pour faire respecter une décision de la majorité. Oserais-je rappeler ici que certains écologistes regrettent que l'on ne recoure pas davantage à la force – je pense à la gendarmerie – pour faire respecter les décisions qui leur plaisent, les limitations de vitesse par exemple? Il devrait y avoir, nous dit-on, davantage de contrôles et d'interventions de la part de la gendarmerie. Lorsque les lois plaisent, il est légitime que la force soit mise à leur service, mais quand elles déplaisent, on conteste l'usage de la force. Cela est véritablement contraire à la culture démocratique et politique dont on parle volontiers. Le pouvoir de la rue n'est jamais démocratique, il faut le rappeler une fois de plus.

La proposition de M. David consiste à demander la suppression de 120 places de parc. Il faut d'abord constater que la commission n'a pas eu connaissance de cette proposition, elle ne l'a donc pas examinée. Je dirai à titre personnel que cette proposition est également sympathique. En effet, il est absurde que des recrues se rendent à l'école de recrues avec leur voiture. Au moment où ils bénéficient du fameux billet à 5 francs pour ce faire, ils devraient tous, si l'intelligence était également répartie, l'utiliser. Mais on peut douter que ce moyen soit adéquat car, étant donné qu'aucune interdiction légale n'existe dans ce domaine, on va tout simplement créer le désordre. A Lausanne, par exemple, on a supprimé les places de parc autour du Palais de justice, arguant du fait que l'on n'avait qu'à utiliser les transports en commun pour s'y rendre. Le résultat est que nous assistons à un magnifique parking sauvage, n'importe où, y compris sur les prés autour de ce Palais. Cela ne me paraît donc pas le bon moyen pour obtenir le résultat souhaité.

Au surplus, on peut se demander s'il appartient vraiment à notre Parlement de prendre de telles décisions, alors que nous sommes appelés à voter un crédit et que nous ne connaissons pas la part d'une économie éventuelle en la matière. Si notre Parlement se prononce sur les places de parc, pourquoi ne le ferait-il pas également sur la hauteur des fenêtres, la largeur des portes et la couleur des volets? Il s'agit là d'éléments qui relèvent du pouvoir exécutif. Je ne doute pas que le Département militaire fédéral réexaminera la question des places de parc, cela étant de sa compétence.

Enfin, la majorité de la commission vous invite à ajouter 11,65 millions au crédit demandé par le Conseil fédéral, permettant d'entreprendre immédiatement la troisième étape qui comprend une halle à usages multiples, aussi ouverte aux civils – à cet égard, il faut rappeler la question des places de parc – des installations pour le combat de localité et de tir à courte distance. L'idée qui a prévalu pour la majorité de la commission, c'est qu'il est inutile de recommencer une troisième fois un débat sur Neuchâten-Anschwilien pour le crédit complémentaire, finalement relativement modeste par rapport au crédit total de 49 millions environ. Dans ces conditions, le projet est suffisamment avancé et la commission en sait assez pour que nous puissions accepter ce supplément de 11,65 millions, ce que vous demande la majorité de la commission.

Bundesrat Villiger: Seit 1878, also seit mehr als hundert Jahren, wird die Infanterie aus den Kantonen Appenzell, St. Gallen und Thurgau auf dem Waffenplatz St. Gallen-Herisau ausgebildet, und seit ungefähr dem gleichen Zeitpunkt gehört auch das Übungsgelände Breifeld dem Bund. Wie auch in Basel, Zürich, Lausanne und anderen Orten wurden die Kaserne und das Übungsgelände St. Gallen von der Agglomeration, die sich im Laufe der Zeit ausgedehnt hat, verdrängt. In

St. Gallen war es der Nationalstrassenbau, der 1980 diese Verlegung erzwang. Es ist beizufügen, dass ein Teil des ehemaligen Kasernenareals heute der Öffentlichkeit als Spielplatz und Allmend zur Verfügung steht. Es wurde also nicht alles verbetoniert.

Seit 1975 ist das Ersatzgelände in Neuchlen-Anschwilen im Besitz der Eidgenossenschaft. Der Erwerb erfolgte durch Abtausch mit einem Grundstück, das ursprünglich im Burentobel erworben worden ist und das nachher von der Nationalstrasse beansprucht wurde. Seit 1979, also seit über zehn Jahren, laufen die Planungsarbeiten im Einvernehmen mit den Kantons- und den betroffenen Gemeindebehörden.

Ich selber konnte am 6. Mai des letzten Jahres ein sehr umfangreiches Vertragswerk über den Bau und den Betrieb der neuen Kaserne im gegenseitigen Einvernehmen mit den Gemeinden unterzeichnen. Rückblickend muss ich sagen, dass es sehr harte, aber faire Verhandlungen waren. Ich möchte die Gelegenheit benutzen, um den Gemeindebehörden, aber auch den kantonalen Behörden, allen voran dem Regierungsrat, sehr herzlich für die gute und enge Zusammenarbeit zu danken.

Der Ständerat hat die erste Ausbautetappe im letzten Jahr mit 36 zu 0, Sie im Nationalrat mit 132 zu 15 Stimmen bewilligt. Vorgängig wurde ein Streichungsbegehren von Herrn Reichsteiner mit 139 zu 30 Stimmen von Ihnen abgelehnt. Es waren also ganz klare Entscheide.

Erst nach der Bewilligung dieser ersten Ausbautetappe hat sich dann plötzlich eine Opposition gegen dieses Vorhaben konstituiert, und seit Beginn der Bauarbeiten manifestieren sich klar rechtswidrige Behinderungen. Es wurde hier ja schon einiges darüber gesagt.

Der geschichtliche Rückblick zeigt, dass dort eben nicht ein neuer Waffenplatz entsteht, sondern dass innerhalb des seit über hundert Jahren bestehenden Waffenplatzes St. Gallen-Herisau das Gelände und die Kaserne ersetzt werden. Wir haben das in den periodischen Berichten des Bundesrates an das Parlament über die Waffenplätze auch immer erwähnt. Wer also hier behauptet, es würde ein neuer Waffenplatz gebaut, behauptet das wider besseres Wissen. Der Uebergang vom alten zum neuen Waffenplatz geht über Provisorien schrittweise und sehr logisch vor sich.

Einige Bemerkungen zum Bedürfnis: Aus Sicht der Ostschweizer Rekruten, die in Provisorien hausen, ist es eindeutig ausgewiesen. Sie haben dort keine Möglichkeit, ihre nasse Wäsche zu trocknen, die Gamelle müssen sie ohne fliessendes Wasser putzen, die Unterkünfte sind unhygienisch, es gibt zu wenig Duschen, es ist extrem feuergefährlich.

Das alles könnte man vielleicht noch notdürftig sanieren, aber es sind täglich zwei Stunden Lastwagen Transporte zu den Übungsplätzen notwendig. Am Morgen bei der Hinfahrt döst man vielleicht gerne noch auf der Brücke, aber wenn man dann abends verschwitzt zurückkehren muss, ist das unangenehm. Ich habe mich darüber selber mit Rekruten unterhalten. Es wurde gestern gesagt, der Soldat müsse auch heute noch Ausdauer und Härte lernen. Das ist richtig, und es wird in der Rekrutenschule auch geübt. In den Zwischenzeiten brauchen aber die Rekruten nicht luxuriöse, aber menschenwürdige Unterkünfte; sie sind nötig und heute auch vertretbar.

Es wurde hier auch behauptet, das EMD wolle allein mit Duschen und neuen Uniformen die angeblich fehlende Motivation der jungen Leute sichern. Ich besuche hin und wieder Schulen und muss Ihnen sagen, die Motivation ist nicht besser und nicht schlechter als vor zehn Jahren. Die jungen Leute tun heute ihre Arbeit so gut wie früher auch. Wer aber behauptet, das EMD wolle allein mit solchen Massnahmen etwas verbessern, den möchte ich doch bitten, eines meiner Referate einmal ganz zu lesen.

Es wurde auch die Durchschnittsbelegung der Waffenplätze als Argument gegen den Waffenplatz ins Feld geführt. Diese Belegung liegt im Moment bei 44 Prozent und damit 10 Prozent über der Durchschnittsbelegung der Schweizer Hotellerie. Die Rekrutenschulen haben natürlich vorgegebene Belegungszeiten. Wir können keine Dezember- und Januarschulen schaffen, weil dann vielleicht mehr Betten in den Kasernen frei sind. Zudem würden durch solche Umlagerungen andere

Waffenplätze überbelegt, und dann würde sich die dortige Bevölkerung sicher zu Recht als Opfer derjenigen fühlen, die andere Waffenplätze verhindert haben.

Im übrigen sind heute im Frühjahr 19 und im Sommer 34 Kompanien ausserhalb von Waffenplätzen stationiert. Sollten infolge von Geburtenrückgängen Kompanien abgebaut werden müssen, würden zuerst die Provisorien aufgehoben.

Die Verkleinerung der Armee wird eben gerade nicht durchschlagen, weil die allgemeine Wehrpflicht bleibt und weil die Aushebungsquote und damit der Bedarf an Rekrutenschulen bestehen bleiben wird. Im übrigen besteht überhaupt nicht die Absicht, weitere Waffenplätze zu bauen, mit Ausnahme der Kaserne Rothenthurm, zu der ich in der Fragestunde ziemlich ausführlich Stellung genommen habe.

Das Militärdepartement, dessen sind wir uns alle bewusst, muss im wesentlichen mit dem auskommen, was wir jetzt haben. Das ist auch meine Politik. Wir wollen auf bestehenden Waffenplätzen die Infrastrukturen laufend verbessern, wir wollen die Nutzung der Waffenplätze besser koordinieren, aber wir wollen nicht die ganze Schweiz mit Waffenplätzen überziehen.

Die Kommissionsmehrheit hat beschlossen, die dritte Ausbautetappe sofort zu beschliessen. Ich finde das vernünftig; es ermöglicht eine sinnvolle Baurealisierung, deshalb widersetze ich mich diesem Antrag nicht. Herr Feigenwinter hat darauf hingewiesen, dass die nachkalkulierten echten Kosten bei 11,65 Millionen liegen; der Betrag ist dann auf der Fahne zu korrigieren.

Ich möchte nun zu einigen Sonderproblemen Stellung nehmen: Zur Idee der Minderheit Rebeaud wegen der Konsultativabstimmung, die mir, nachdem ich früher in meinem parlamentarischen Leben auch gewissen Demokratisierungen das Wort geredet habe, nicht völlig unsympathisch ist. Ich muss Sie aber trotzdem bitten, den Antrag abzulehnen. Die Kompetenz des Bundes im Bereich der Waffenplätze ergibt sich aus dem Gesetz über die Militärorganisation; die vor dem Erstellen eines Waffenplatzes durch die Bundesbehörden kontaktierten Gesprächspartner sind die offiziellen Kantons- und Gemeindevertreter. Konsultativabstimmungen unter der Bevölkerung der betreffenden Region sind im Bundesrecht nicht vorgesehen. Die Frage, ob die Durchführung einer solchen Abstimmung auf Bundesebene trotzdem zulässig wäre, kann von den Rechtsgelehrten, wie wir das abklären konnten, nicht schlüssig und klar beantwortet werden. Eine Mehrheit der Rechtslehre scheint eher der Meinung zu sein, dass es dafür eine formelle gesetzliche Grundlage brauchen würde.

Wie der Name schon sagt, kann eine solche Abstimmung *per definitionem* natürlich nicht rechtsverbindlich sein. Die Sache ist deshalb auch demokratisch problematisch, denn der Stimmbürger würde in aller Form aufgefordert, formell sein Stimmrecht auszuüben, wüsste aber gleichzeitig – oder man müsste es ihm sagen –, dass eigentlich seine Meinung keinen Einfluss hat und rechtlich nichts bedeutet. Der Stimmbürger müsste sich also möglicherweise an der Nase herumgeführt vorkommen. Es wäre nichts anderes als eine Art Meinungsumfrage in der Bevölkerung mit unverbindlichem Ergebnis. Man könnte ein gewisses politisches Gewicht hineininterpretieren, das ist klar, indem Sie sich als eidgenössische Räte davon beeinflussen lassen könnten. Ich meine aber, dass es auch aus politischen Gründen falsch ist:

Vorhaben, die im nationalen Interesse liegen, müssen notfalls auch gegen den Willen einer Region durchgesetzt werden können. Sonst kommen wir zum Sankt-Florians-Staat, wo jeder nur noch die Segnungen des Staates will, aber nicht die Nachteile. Solche regionalen Abstimmungen hätten deshalb eine nicht unbedenkliche Präjudizwirkung. Es stellt sich auch die Frage, wer abstimmen dürfte. Sind das die betroffenen Gemeinden, ist es der Kanton St. Gallen, sind es alle Kantone, die Rekruten schicken? Das wäre relativ schwierig zu definieren. Ich glaube, Herr Rebeaud, dass Ihr Antrag doch zu viele rechtliche und staatspolitische Fragen aufwirft. Ich bitte Sie deshalb, ihn abzulehnen, obwohl ich eigentlich vor dieser Abstimmung keine Angst hätte.

Ich will mich aber jetzt nicht auf Spekulationen einlassen, wie viele Prozent dafür oder dagegen sind; ich habe mich daran

gewöhnt, dass mir täglich Unterschriften zugestellt werden, solche dafür und solche dagegen. Die Stimmen dafür sind immer noch in der grossen Ueberzahl. Aber ich messe dem nicht allzu viel Bedeutung bei. Meinungsumfragen hängen ja auch immer von der Fragestellung ab, mit denen der Befragte ohne Meinungsbildungsprozess plötzlich überfallen wird, und das darf nicht Richtschnur des Handelns einer Regierung sein. Damit könnte man nämlich auch das Parlament durch ein demoskopisches Institut ersetzen. Ich glaube und bin immer noch überzeugt, dass der Bürger Politiker erwartet, die den Mut zu einer eigenen Meinung haben, und ich fände es fatal, wenn der nasse Finger im Wind das wichtigste politische Entscheidungsinstrument würde.

Ich komme zum Antrag von Herrn Günter über den Kasernenstandort: Verschiedentlich wurde als Standort das Breitfeld vorgeschlagen. Ich muss Ihnen sagen, dass mir persönlich bei der ersten Besichtigung das Breitfeld auch besser gefallen hätte. Ich muss Ihnen aber trotzdem empfehlen, diesen Antrag abzulehnen. Bei der Standortwahl vor einigen Jahren wurde im Breitfeld angefangen. Dieser Standort hält aber einer näheren Prüfung, wenn Sie alles berücksichtigen, nicht stand. Im östlichen Teil, der eigentlichen Allmend Breitfeld, auf dem Boden von St. Gallen, würde die Freifläche für Naherholungsaktivitäten verlorengehen. Der Stadtrat von St. Gallen, ich zitiere das jetzt nicht wörtlich, um nicht zu lange zu sprechen, hat sich ganz eindeutig dagegen ausgesprochen. Dieser Teil wird nicht nur als Naherholungsfläche für St. Gallen genutzt, sondern ist als Fruchtfolgefläche klassiert und muss bei der nächsten Zonenplanrevision der Nichtbauzone zugeteilt werden. Zudem gibt es dort grosse Grundwasservorkommen, die zu beachten sind.

Der westliche Teil des Breitfeldes, auf dem Boden der Gemeinde Gossau, kann leider auch nicht verwendet werden, weil das oben in Neuchlen-Anschwilen starke Immissionen zur Folge hätte, weil dann dort oben Scharfschiessanlagen gebaut werden müssten, die heute unten sind. Gegen solche zusätzlichen Immissionen oben und noch beträchtlichere Veränderungen der Landschaft würde sich die Gemeinde entscheiden zur Wehr setzen. Die Gemeinden sind also damit nicht einverstanden.

Der Standort Neuchlen hat eine Reihe von Vorteilen. Ich verweise auf den Umweltverträglichkeitsbericht, wo vom Fachmann gesagt worden ist, wenn man einem Waffenplatz Neuchlen-Anschwilen grundsätzlich zustimmen wolle, könne auch dem Standort der Kasernenanlage zugestimmt werden. Er liegt nicht weiter von der Schnellzugstation Gossau entfernt als das Breitfeld. Und zwischen der Kaserne und der Bahnstation ist eine Busverbindung vorgesehen: Sogar bezüglich Gaststätten ist der Standort dort oben ebenbürtig, was für einen Rekruten, der auch hin und wieder sein Bier trinken möchte, nicht ganz unwichtig ist. Schliesslich, vielleicht auch ein kleines Detail, ist für die Rekruten selber natürlich dort oben die Wohnqualität etwas grösser als gleich neben der Autobahn.

Herr Rechsteiner und Herr David haben das Problem des Natur- und Umweltschutzes angesprochen, und ich möchte deshalb dazu einige Ausführungen machen. Der Natur- und Umweltschutz wurde von Anfang an in der Planung berücksichtigt. In den Ausbau- und Nutzungsplänen bildeten die Belange des Naturschutzes von Anfang an wesentliche Bestandteile. Auch wurde in der Vereinbarung vom Mai 1989 mit den Gemeinden Gossau, Andwil, Gaiserwald, Waldkirch und der Stadt St. Gallen den Belangen des Natur- und Umweltschutzes Rechnung getragen.

In der ersten Etappe gab es einen Umweltverträglichkeitsbericht. Die Forderungen konnten sehr weitgehend berücksichtigt werden. Von den 42 beantragten Massnahmen sind die meisten in die weitere Projektbearbeitung eingeflossen. Bei der Zufahrt zum Weiler Hafnersberg wurde nach einer Kompromisslösung gesucht. Ich komme nachher kurz darauf zurück.

Das Problem des Schiesslärms ist nicht abschliessend geregelt. Es gibt noch keine verbindlichen Grenzwerte für militärische Schiessplätze. Deshalb wurde hier mit Zielwerten gearbeitet. Im UVP-Bericht wurde festgestellt, dass im Gebiet

Anschwilen die gesetzten Zielwerte eingehalten werden können und dass im Bereich der bestehenden, seit Jahrzehnten benützten Anlage im Breitfeld die Schiesslärmimmission zu mindest nicht höher sein wird. Für den Lärm der Handgranaten, der schon immer bestanden hat, müssen Lösungen zur besseren Eindämmung gesucht werden, und das wird der Fall sein.

Im Bereich der neuen Militärschiessanlage Breitfeld wird, bedingt durch die zusätzlichen Schiessvereine, welche diese Anlage benutzen können, eine gewisse Verdichtung der Schiess-tätigkeit entstehen. Sobald die entsprechenden Daten vorliegen, werden noch Berechnungen angestellt werden müssen. Ich kann aber bestätigen, dass bei diesen zivilen Schiessen die Bestimmungen der Lärmschutzverordnung samt Anhängen zur Anwendung kommen werden. Durch die Verlegung der zivilen Schiessen in das Breitfeld wird aber die Lärmbilanz der ganzen Region gesamthaft günstig beeinflusst werden.

Ich komme zur Beurteilung des Kasernenstandortes durch den Umweltschutzfachmann im UVP-Bericht, der zweiten Etappe: Ich zitiere aus diesem Bericht: «Dank der vorgesehene Massnahmen kann ein Projekt realisiert werden, das auf den Betrachter weder ungewohnt noch dominant wirkt. Das heisst, es entsteht wieder eine Landschaft, die dem Zweck der Erholung durchaus dienen kann.» Sie soll auch durchaus dieser Erholung dienen. Nach der Werbung, die diese Landschaft jetzt durch die politische Diskussion erfahren hat, wird dieses Erholungsgebiet wesentlich stärker benutzt werden als in der Vergangenheit, als es praktisch niemand gekannt hat.

Der Naturschutzverein St. Gallen hat im Dezember 1989 und im Januar 1990 Anträge zur Erhaltung und Erweiterung der Naturschutz-zonen und zur Schaffung einer naturnahen Landschaft mit entsprechender Betreuung eingereicht. Dieser Verein kam wirklich sehr, sehr spät. Aber wir haben alles getan, um auf seine Anliegen einzugehen. Ich habe die zuständige Abteilung meines Departements beauftragt, möglichst intensiv darauf einzugehen und den zusätzlichen Begehren des Natur- und Landschaftsschutzes soweit wie nur möglich zu entsprechen.

Die Verhandlungen sind im Gang. Der Realisierung einer Reihe von Forderungen konnte schon zugestimmt werden, zum Beispiel Massnahmen im Zusammenhang mit der Erschliessung von Anlagen im Breitfeld, Erhaltung und Erweiterung von Naturschutzgebieten, Erhaltung und wenn möglich Erweiterung von Lebensgemeinschaften von Tieren und Pflanzen, Umweltschutzmassnahmen bei den Landwirtschaftsbetrieben, Beizug von Umweltschutzfachleuten in der Bauphase usw.

Zur wintersicheren Zufahrt zum Weiler Hafnersberg: Wir wären mit einer Beibehaltung der bisherigen Breite mit gewissen Ausweichstellen einverstanden. Das Problem – genauso wie ein allfälliger Verzicht auf die Umfahrung des Weilers Hafnersberg – bedarf aber noch der Bereinigung mit unseren Partnern, unter anderem der Stadt St. Gallen. Wir sind Verträge eingegangen, an die wir uns halten müssen.

Verschiedene Anträge bezüglich Strukturierung der Landschaft, Vernetzung der Lebensräume und Anpassung der landwirtschaftlichen Bewirtschaftung bedürfen auch noch der Bereinigung mit unserem anderen wichtigen Partner, der Landwirtschaft. Für mich besteht kein Zweifel, dass das ganze Waffenplatzgebiet Breitfeld-Neuchlen-Anschwilen – so, wie dies bei anderen Waffenplätzen der Fall ist – in naturschützerischer Hinsicht ganz wesentlich aufgewertet wird.

Zu den Schiesszeiten, die Herr David angesprochen hat, kann ich sagen: Diese sind in den Verträgen mit den Gemeinden ausgehandelt worden. Das EMD hat hier beträchtliche Opfer gebracht.

Verschiedene Votanten haben den Sonderfall des Militärdepartements im Planungsrecht angesprochen: Das Bundesgesetz über die Militärorganisation bestimmt, dass Ausführungen von Arbeiten, die der Landesverteidigung dienen, keiner kantonalen Gebühr oder Bewilligung unterworfen werden. Die verfassungsrechtliche Grundlage ist Artikel 20 Absatz 1 der Bundesverfassung, der dem Bund auf dem Gebiet der Landesverteidigung eine ausschliessliche Gesetzgebungskompetenz gibt. Nach Doktrin und Rechtsprechung ist der Bund

durch diese Gesetzesbestimmung vor allem im Planungs- und Baurecht, aber auch für alle Tätigkeiten, die der militärischen Ausbildung dienen, in formeller und materieller Hinsicht von der Einhaltung kantonaler und kommunaler Vorschriften befreit. Der Bund hat aber die öffentlichen Interessen von Kantonen und Gemeinden nach Möglichkeit zu beachten und mit den betroffenen Gemeinwesen Fühlung aufzunehmen, um die Tätigkeit zu koordinieren.

Diese Regelung ist Ausfluss des verfassungsrechtlichen Grundsatzes, wonach der Bund, wenn er durch den Verfassungsgesetzgeber eine bestimmte Aufgabe – hier die Landesverteidigung – übertragen erhält, auch die Mittel haben muss, diese zu erfüllen. Diese Aufgabenerfüllung darf nicht durch eine Unterwerfung unter das kantonale Recht verunmöglicht oder erheblich erschwert werden. Das EMD oder die Landesverteidigung sind hier kein Sonderfall. Gleiche oder ähnliche Regelungen gibt es für Bahnbetriebe, für Nationalstrassen, Rohrleitungen, den Zivilschutz, gewisse elektrische Anlagen usw.

Ich glaube, dass es auch hier wegen Sankt Florian so sein muss, dass kantonale Vorschriften nicht einfach die Erfüllung nationaler Aufgaben verhindern dürfen. Zudem sind Sie ja die Bewilligungsinstanz. Sie sind also die gleiche Instanz, die auch die Gesetze erlassen kann. Sie können umfassend überprüfen, ob Auflagen eingehalten werden, ob sich weitere Auflagen aufdrängen: Energie, Naturschutz, Umwelt. Gerade das Beispiel dieses Waffenplatzes zeigt, dass Sie mit dieser Politik sehr, sehr viel erreichen können und dass wir auch willige Gesprächspartner sein wollen.

Zum Problem der Parkplätze und zum Antrag von Herrn David: Ich habe dafür ein gewisses Verständnis. Geplant sind im Bereich der Kaserne Neuchlens Parkplätze für 120 Fahrzeuge von Wehrmännern. Diese verursachen Baukosten von 171 000 Franken. Insgesamt 54 Parkplätze sind im Kasernenbereich und bei der Mehrzweckhalle geplant für Truppenfahrzeuge, Instruktoren, Verwaltungspersonal, Besucher usw. Die 120 Parkplätze sind nur für einen Drittel der Unterkunftsplatzkapazität vorgesehen. Das bedingt enges Parkieren, und damit wird das Mitnehmen der PW nicht gefördert. Das Problem allenfalls fehlender Parkplätze müsste allerdings noch mit dem Waffenplatzbefehl gelöst werden.

Wir haben keine rechtliche Möglichkeit, den Rekruten das Einrücken mit Privatfahrzeugen zu verbieten. Leider wird vom Umsteigen auf das öffentliche Verkehrsmittel trotz des 5-Franken-Billettes noch ungenügend Gebrauch gemacht. Deshalb bleibt uns nichts anderes übrig, als ein Minimum von Parkplätzen zu erstellen. Wenn diese nicht mit Autos belegt sind, soll der Platz so unauffällig wie möglich sein. Er würde entsprechend gestaltet.

Für mich ist das keine Prestigefrage. Wenn Sie das Gefühl haben, Sie müssten diese Parkplätze verhindern, müssten Sie entsprechend stimmen. Der Ständerat wird das Problem ohnehin noch einmal vertieft prüfen. Ich habe mir auch überlegt, ob man es in die Kommission zurücknehmen kann. Ich glaube nicht, dass das sehr sinnvoll wäre, weil dafür eigens eine Sitzung abgehalten werden müsste. Sonst ginge es in den Ständerat, und dort sind ja auch Leute, die nachdenken.

Ich meine, Sie sollten so abstimmen, wie Sie es für richtig halten; aber wenn wir keine Parkplätze bauen, werden die Rekruten trotzdem mit ihren Autos kommen und diese irgendwo in den umliegenden Gemeinden hinstellen. Das wird ganz sicher zu neuen Problemen führen, davon bin ich überzeugt. Sogar Gemeinden, die jetzt eher in diese Richtung tendieren, werden sicher in sehr kurzer Zeit anders denken. Aber es ist letztlich eine Ermessensfrage. Wenn Sie ein anderes Zeichen setzen wollen, so sei Ihnen dies unbenommen.

Gestatten Sie mir, mit ein paar grundsätzlichen politischen Gedanken zu dieser Sache abzuschliessen. Meine Aufgabe – angenehm oder nicht – ist es, rechtsgültige Beschlüsse des Parlaments zu vollziehen. Das müsste ich sogar in Fällen tun, in denen ich mich selber mit Ihren Entscheidungen nicht völlig identifizieren könnte. Sie entscheiden, was das böse EMD tut, nicht das böse EMD entscheidet, auch nicht der Chef des EMD. Ich weiss: Wenn Sie entscheiden, diesen Platz zu bauen und wir das durchsetzen müssen, werde ich wieder persönliche Ver-

unglimpfungen erfahren, und alles wird sagen, der Betonkopf Villiger ist schuld. Man gewöhnt sich in diesem etwas eigenartigen, aber schönen Beruf daran; ich werde auch das überleben und mit allem Nachdruck vollziehen, was Sie heute beschliessen.

Ich darf Ihnen aber sagen, dass ich im Falle des Waffenplatzes Herisau-Gossau überzeugt bin, dass die Neubauten in jeder Weise vertretbar sind. Trotzdem macht mir das, was im Moment auf diesem Bauplatz vor sich geht, überhaupt keine Freude. Es beschäftigt mich nämlich auch, was junge Menschen bewegt, die bei jedem Wetter dort oben ausharren und sogenannten gewaltlos Widerstand leisten. Ist es Spass an der Auflehnung gegen die Obrigkeit – das ist etwas, was jeder Mensch in seinem Leben irgendeinmal spürt; es ist auch mir so ergangen –, oder sind diese Menschen überzeugt, dass sie etwas für den Frieden in Europa tun, oder glauben sie, es sei nötig, um die Natur in diesem Lande intakt zu halten, oder ist es eine Mischung von alledem?

Ich habe grosse Achtung vor jedem Idealisten, der sich für ein gutes Ideal mit aller Kraft einsetzt. Und ich achte an sich auch den Idealismus dieser Menschen, die glauben, ihre Meinung sei richtig. Trotzdem habe ich den Eindruck, hier werde gutgemeinter Idealismus am falschen Ort investiert.

Natürlich hat sich unser sicherheitspolitisches Umfeld in sehr kurzer Zeit grundlegend verändert. Ich möchte fast sagen, dass mir Herr Ott gestern voll aus dem Herzen gesprochen hat mit seinen Bemerkungen zur Situation in Europa und zur Funktion unserer Armee.

Ich darf noch einmal wiederholen, was ich schon beim Eintreten gesagt habe: Ich bin überzeugt, dass seit Jahrzehnten die Chance wohl nie so gross war, ein besseres und friedlicheres Europa zu schaffen, und ich wiederhole noch einmal, dass wir bereit sind, alles zu tun, was einem neutralen Kleinstaat möglich ist, um diese Entwicklung zu begünstigen.

Ich bin schon lange der Auffassung, dass wir unsere Sicherheitspolitik breiter abstützen müssen. Wir müssen dazu beitragen, dass die Ursachen möglicher Konflikte beseitigt werden. Das ist das Allerwichtigste. Wir wollen dies tun, indem wir die wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit mit den mittel- und osteuropäischen Staaten enger gestalten. Auch die Armee wird hier mehr leisten können.

Wir müssen dafür sorgen, dass sich die neuen Demokratien konsolidieren. Dazu braucht es Gedankenaustausch und menschliche Kontakte mit den osteuropäischen Völkern. Hier bieten sich unserer Jugend viele Möglichkeiten für direktes Handeln. Ich rufe unsere Jugend dazu auf, ihren Idealismus dafür einzusetzen! Es ist ein besonderes Privileg der Jugend, zwischen Menschen und Völkern Brücken zu schlagen. Das ist besser als die Mithilfe am Bau von Trennwänden zwischen Menschen im eigenen Land, wie das in Neuchlens-Anschwilen im Moment geschieht.

Wenn die Kaserne in Neuchlens-Anschwilen nicht gebaut würde, würde dieses Europa um keinen Deut friedlicher. Die Rekruten in der Ostschweiz indessen müssten nach wie vor mit heute kaum mehr vertretbaren Unterkünften und Transportwegen Vorlieb nehmen. Es geht hier auch weder um Aufrüstung noch um martialische Prunkbauten. Es geht schlicht und einfach um Investitionen in die jungen Menschen der Ostschweiz.

Auch die Besorgnis wegen des Naturschutzes muss relativiert werden. Natürlich wird die Landschaft durch die Bauarbeiten nicht unbedingt schöner. Ich bin aber überzeugt, dass diese Landschaft viel gewinnen wird, sobald die Bauten fertig und die Begrünungen eingewachsen sind. Und, so paradox es klingt, dank dem Waffenplatz werden grosse Gebiete der Landschaft erhalten bleiben. Ich habe diese Landschaft besucht; sie hat mir sehr gefallen. Wir werden alles tun, sie nicht unnötig zu zerstören.

Wenn nicht gebaut wird, wird diese Landschaft weiterhin von der Landwirtschaft intensiv genutzt werden. Und es wird niemand dort sein, der Opfer für den Naturschutz bringt. Wir stehen eben in der schwierigen Lage, sowohl den Bauern einen Lebensraum belassen zu müssen, als auch der Natur einen Entfaltungsraum zu geben, wie er in einer normalen Schweizer Landschaft völlig unüblich ist. Wir sind bereit, für diese Natur etwas zu tun.

Sie wissen auch, dass sich diese Symbiose von Natur und Militär andernorts bewährt hat. Unlängst wurde auf dem Waffenplatz Reppischtal ein Jubiläum gefeiert. Sie wissen, dass dort auch erhebliche Widerstände bestanden. In der Zwischenzeit hat sich eine Gemeinschaft zwischen Bevölkerung, Natur und Militär gebildet, die mir beispielhaft erscheint.

Ich komme nicht um den Eindruck herum, dass in Neuchlen-Anschwilen der Idealismus von jungen Menschen für vordergründige politische Zwecke eingesetzt wird. Ich mache mir hin und wieder auch etwas Gedanken über die Gewaltlosigkeit, derer sich die Besetzer rühmen. Selbstverständlich ist es nicht verboten, gegen ein solches Objekt zu demonstrieren und seinem Unmut darüber öffentlich Ausdruck zu geben. Es ist aber schon fraglich, ob es noch ganz gewaltlos ist, wenn man sich vor Maschinen setzt und sich fortragen lässt. Zur Farce wird «Gewaltlosigkeit», wenn Zäune «gewaltlos» zerschnitten werden.

Ich frage mich, ob solche doch eher penetrante Gewaltlosigkeit, gepaart mit einer gewissen Aggressivität, nicht eben doch den Keim der Gewalt in sich trägt. So harmlos ist nicht alles, was sich scheinheilig als gewaltlos gibt.

Ich musste hin und wieder die Polizisten bewundern, die einen nicht sehr angenehmen Dienst leisten mussten und sich kaum je provozieren liessen. Ich möchte diesen Polizisten in aller Form meinen Dank aussprechen. Ich möchte aber auch ganz klar festhalten, dass ich jene streng verurteile, die gewalttätig gegen die Besetzer und ihre Zelte vorgegangen sind. Es darf nicht angehen, dass sich irgendwelche Kreise in diesem Lande anmassen, selber in der Art einer Bürgerwehr Ordnung schaffen zu wollen.

Immer wieder wird auch die Frage des Rechts auf Widerstand in einer Demokratie aufgeworfen. Gestatten Sie mir dazu einige sehr klare Bemerkungen. Auch ich halte ein Widerstandsrecht dort für legitim, wo Diktaturen Menschenrechte und Demokratie unterdrücken. Doch jene, die mir in ihren Briefen schreiben – ich glaube, es ist gestern sogar erwähnt worden –, auch in der DDR sei Recht gebrochen worden, um etwas zu erreichen, haben, so meine ich, jeden Sinn für politische Proportionen verloren. Ich meine allerdings, dass im Extremfall wahrscheinlich dort ein Widerstandsrecht besteht, wo eine Demokratie sich anschickt, die Demokratie abzuschaffen. Ein solcher Zustand ist aber in unserem Lande weit und breit nicht abzusehen. Ich kenne kein Land auf der Welt, in dem der Bürger so viele Möglichkeiten hat, in den politischen Entscheidungsprozess einzugreifen. Und wer hierzulande den Eindruck hat, das aktuelle Recht würde den gegenwärtigen Bedingungen nicht mehr gerecht, hat unzählige Möglichkeiten, auf demokratische Weise zu versuchen, dieses Recht zu ändern – mehr Möglichkeiten als in jedem andern Lande dieser Welt.

Es kann aber nicht angehen, dass sich einzelne politische Gruppen anmassen, selber nach ihrem Gutdünken festzulegen, was in diesem Lande Recht sei oder nicht. Wenn das in diesem Staat üblich würde, würde er zerfallen und sich in Richtung Anarchie entwickeln. Mit dem gleichen Recht könnte dann der Gewerbeverband sich weigern, sich an die Luftreinhalte-Verordnung zu halten, und die Automobilisten könnten sich einen Deut um nicht genehme Regelungen scheren.

In einem Staat, wo das Recht zerfällt, zählt nicht der Starke die Zeche, sondern der Schwache. Ich weiss nicht, ob sich all jene, die jetzt dem Bruch des Rechts das Wort reden, der Gefährlichkeit ihres Tuns bewusst sind.

Ich bedaure, dass wegen dieses Waffenplatzbaues eine solch polarisierte politische Stimmung geschaffen wird. Ich appelliere an alle, die rechtmässig und demokratisch gefällten Parlamentsbeschlüsse zu achten und den Widerstand aufzugeben, wenn dieses Parlament diesem Kredit zustimmen sollte. Wir haben in diesem Land grössere Aufgaben, als uns an Waffenplätzen aufzureiben. (teilweiser Beifall)

Persönliche Erklärung – Déclaration personnelle

Frau Hafner Ursula: Ich möchte mich dagegen verwahren, dass Herr Bundesrat Villiger die Jungen, die in Neuchlen-Anschwilen Widerstand leisten, einfach als manipulierte

Masse darstellt und ihnen gleichzeitig selber empfiehlt (Unruhe)

Er wirft ihnen vor, dass sie der Zielsetzung anderer Leute folgen, gleichzeitig aber will er ihnen selber sagen, was für einer Zielsetzung sie zu folgen haben. Ich frage mich, wer hier für das Trennende ist, wer die Drahtzäune errichtet hat um das Areal.

Anträge siehe Seite 1095 hiervor
Propositions voir page 1095 ci-devant

Erste namentliche Abstimmung
Premier vote par appel nominal

Für den Rückweisungsantrag der Minderheit II stimmen die folgenden Ratsmitglieder:

Vote pour la proposition de renvoi de la minorité II:

Aguet, Ammann, Baerlocher, Bär, Bäumlín, Béguelin, Bircher, Bodenmann, Borel, Braunschweig, Brügger, Bundi, Carobio, Danuser, Diener, Eggenberger Georges, Euler, Fankhauser, Fierz, Gardiol, Grendelmeier, Günter, Haering Binder, Hafner Rudolf, Hafner Ursula, Haller, Herczog, Hubacher, Jaeger, Jeanprêtre, Lanz, Leuenberger-Solothurn, Leuenberger Moritz, Leutenegger Oberholzer, Longet, Maeder, Matthey, Mauch Ursula, Meier Fritz, Meier-Glatfelden, Meizoz, Müller-Aargau, Neukomm, Ott, Pitteloud, Rebeaud, Rechsteiner, Reimann Fritz, Schmid, Spielmann, Stappung, Stocker, Thür, Uchtenhagen, Ulrich, Vollmer, Weder-Basel, Wiederkehr, Zbinden Hans, Ziegler, Züger. (61)

Gegen den Rückweisungsantrag der Minderheit II stimmen die folgenden Ratsmitglieder:

Vote contre la proposition de renvoi de la minorité II:

Aliesch, Allenspach, Aregger, Aubry, Auer, Baggi, Basler, Berger, Biel, Blatter, Blocher, Bonny, Bremi, Bühler, Burckhardt, Bürgi, Caccia, Cavadini, Cincera, Columberg, Cotti, Couchepin, Coutau, Daepf, Darbellay, David, Déglise, Dietrich, Dreher, Dubois, Ducret, Dünki, Eggly, Engler, Eppenberger Susi, Etique, Fäh, Feigenwinter, Fischer-Häggingen, Fischer-Sursee, Fischer-Seengen, Frey Claude, Frey Walter, Friderici, Früh, Giger, Graf, Grassi, Gros, Guinand, Gysin, Hänggi, Hari, Hess Otto, Hess Peter, Hildbrand, Hösli, Houmard, Humbel, Iten, Jeanneret, Jung, Keller, Kohler, Kuhn, Kühne, Leuba, Loeb, Loretan, Luder, Maître, Martin, Massy, Müller-Meilen, Nabholz, Nebiker, Neuenschwander, Nussbaumer, Oehler, Paccolat, Perey, Petitpierre, Philipona, Pidoux, Portmann, Reich, Reimann Maximilian, Rohrbasser, Ruckstuhl, Ruf, Rütshäuser, Rüttimann, Rychen, Sager, Salvioni, Savary-Fribourg, Savary-Vaud, Scheidegger, Scherrer, Schmidhalter, Schnider, Schüle, Schwab, Segmüller, Segond, Seiler Hanspeter, Seiler Rolf, Spälti, Stamm, Steffen, Steinegger, Stucky, Theubet, Tschuppert, Wanner, Weber-Schwyz, Wellauer, Widmer, Widrig, Wyss Paul, Wyss William, Zbinden Paul, Zölich, Zwingli, Zwygart. (125)

Abwesend sind die folgenden Ratsmitglieder – Sont absents:

Antille, Büttiker, Cevey, Dormann, Eggenberg-Thun, Eisenring, Ledergerber, Mauch Rolf, Mühlemann, Müller-Wiliberg, Pini, Reichling, Spoerry. (13)

Präsident Ruffy stimmt nicht
M. Ruffy, président, ne vote pas

Zweite namentliche Abstimmung
Deuxième vote par appel nominal

Für den Antrag der Mehrheit stimmen die folgenden Ratsmitglieder:

Vote pour la proposition de la majorité:

Aliesch, Allenspach, Aregger, Aubry, Auer, Baggi, Basler, Berger, Biel, Blatter, Blocher, Bonny, Bremi, Bühler, Burckhardt, Bürgi, Büttiker, Caccia, Cavadini, Cincera, Columberg, Cotti, Couchepin, Coutau, Daepf, Darbellay, David, Déglise, Dietrich, Dreher, Dubois, Ducret, Dünki, Eggly, Engler, Eppenberger Susi, Etique, Fäh, Feigenwinter, Fischer-Häggingen,

Fischer-Surse, Fischer-Seengen, Frey Claude, Frey Walter, Friderici, Früh, Giger, Graf, Grassi, Gros, Guinand, Gysin, Hänggi, Hari, Hess Otto, Hess Peter, Hildbrand, Hösli, Hומר, Humbel, Iten, Jeanneret, Jung, Keller, Kohler, Kuhn, Kühne, Leuba, Loeb, Loretan, Luder, Maitre, Martin, Massy, Meier Fritz, Müller-Aargau, Müller-Meilen, Nabholz, Nebiker, Neuenschwander, Nussbaumer, Oehler, Paccolat, Perey, Petitpierre, Philipona, Portmann, Reich, Reichling, Reimann Maximilian, Rohrbasser, Ruckstuhl, Ruf, Rutishauser, Rüttimann, Rychen, Sager, Salvioni, Savary-Fribourg, Savary-Vaud, Scheidegger, Scherrer, Schmidhalter, Schnider, Schüle, Schwab, Segmüller, Segond, Seiler Hanspeter, Seiler Rolf, Spälti, Stamm, Steffen, Steinegger, Stucky, Theubet, Tschuppert, Wanner, Weber-Schwyz, Wellauer, Widmer, Widrig, Wyss Paul, Wyss William, Zbinden Paul, Zölch, Zwingli, Zwygart

(128)

Für den Antrag der Minderheit I stimmen die folgenden Ratsmitglieder:

Votent pour la proposition de la minorité I:

Aguet, Ammann, Baerlocher, Bär, Bäumlín, Béguelin, Bircher, Bodenmann, Borel, Braunschweig, Brügger, Bundi, Carobio, Danuser, Diener, Eggenberger Georges, Euler, Fankhauser, Fierz, Gardiol, Grendelmeier, Günter, Haering Binder, Hafner Rudolf, Hafner Ursula, Haller, Herczog, Hubacher, Jaeger, Jeanprêtre, Ledergerber, Leuenberger-Solothurn, Leuenberger Moritz, Leutenegger Oberholzer, Longet, Maeder, Matthey, Mauch Ursula, Meier-Glattfelden, Meizoz, Neukomm, Ott, Pitteloud, Rebeaud, Rechsteiner, Reimann Fritz, Schmid, Spielmann, Stappung, Stocker, Thür, Uchtenhagen, Ulrich, Vollmer, Weder-Basel, Wiederkehr, Zbinden Hans, Ziegler, Züger

(59)

Der Stimme enthält sich – S'abstient:

Lanz

(1)

Abwesend sind die folgenden Ratsmitglieder – Sort absents:

Antille, Cevey, Dormann, Eggenberg-Thun, Eisenring, Mauch Rolf, Mühlmann, Müller-Wiliberg, Pidoux, Pini, Spoerry

(11)

Präsident Ruffy stimmt nicht

M. Ruffy, président, ne vote pas

Abstimmung – Vote

Für den Antrag David

76 Stimmen

Dagegen

78 Stimmen

Art. 1 Abs. 2 Bst. b – Art. 1 al. 2 let. b

Siehe unten – Voir ci-après

Art. 2

Angenommen – Adopté

Art. 2bis

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit

103 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit

44 Stimmen

Wegen Unruhe durch Demonstranten auf der Zuschauertribüne wird die Sitzung für 10 Minuten unterbrochen.

La séance est interrompue pour 10 minutes pour cause de manifestations dans les tribunes.

Persönliche Erklärung – Déclaration personnelle

Blocher: 1. Ich frage mich – auch wenn es solche gibt, die es lustig finden, Herr Züger –, ob es richtig ist, dass ein demokratisch gewähltes Parlament durch Tumult gezwungen werden kann, seine Sitzungen zu unterbrechen.

2. Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass das die Anfänge sind – das zeigt die Geschichte eindeutig – für den Niedergang der Demokratie.

3. Ist es richtig, dass wir nichts vorbereitet haben, um zum Schutze der Demokratie solche Fälle abzustellen? Ist es ein Zufall, dass, wenn so etwas passiert, die Kamera und das Fernsehen schon an Ort und Stelle sind?

4. Ich frage Sie von den Sozialdemokraten und vom Landesring an: Merken Sie, wen Sie vertreten?

Persönliche Erklärung – Déclaration personnelle

Frau Grendelmeier: Herr Blocher macht es sich sehr einfach. Wie kommt er dazu, uns und anderen Kollegen in diesem Hause zu unterstellen, dass wir verantwortlich sind für das, was eben geschehen ist? Zudem: Ist wirklich die Demokratie in Gefahr, wenn junge Leute auf ihre Art unbotmässig reklamieren und sich bemerkbar machen?

Was mir aufgefallen ist, ist die Hilflosigkeit dieses Parlaments, das offenbar Mühe hat, solche Dinge einfach einmal hinzunehmen und statt dessen sofort Tod und Teufel an die Wand malt, sozusagen eine zweite Weimarer Republik heraufbeschwört. Das halte ich für gefährlich für die Demokratie, das macht sie krank.

Wenn wir nicht imstande sind, mit so harmlosen Protesten fertig zu werden, dann sind wir schwach, dann ist diese Demokratie in Gefahr. Aber nicht wegen der Unterstellungen, die Sie grosszügig verteilen. Sie sind sehr hart im Geben, Herr Blocher, aber sehr weich im Nehmen, sehr empfindlich. So geht das auch nicht! (*teilweiser Beifall*)

Art. 1 Abs. 2 Bst. b – Art. 1 al. 2 let. b

M. Rebeaud: Cette proposition touche le crédit no 341 de l'appendice 2 qui concerne l'agrandissement et l'adaptation des infrastructures pour le jet-école Hawk. Il s'agit d'installations situées sur l'aérodrome de Sion. En résumé, ma proposition souhaite la construction des installations, acceptée par ce Parlement en 1987. La proposition qui vous est présentée par le Conseil fédéral dans le message consiste à modifier les plans et à construire les six boxes restants avec des dimensions plus grandes, de manière à les adapter à celles du futur avion de combat. Or, il y a une contradiction dont nous ne parvenons pas à nous débarrasser. Le message précise que les travaux pour les six boxes ont commencé en 1989. Il sont maintenant achevés et nous les avons vus. Le message ajoute: «Les travaux concernant les six autres seront différés jusqu'à l'approbation du crédit pour les nouveaux avions de combat.» Cela signifie que les montants que nous allons voter ne pourront pas être engagés tant que nous n'aurons pas pris de décision sur le nouvel avion de combat.

Je vous suggère donc de sortir de cette contradiction en acceptant les crédits supplémentaires en prévision des diverses surprises rencontrées au cours du chantier, de manière à mettre à disposition de la troupe, à l'aérodrome de Sion, les boxes nécessaires pour les Hawk, et de renvoyer à plus tard la décision se rapportant à l'agrandissement des boxes pour les nouveaux avions de combat, dans la mesure où nous ne nous sommes pas encore prononcés à leur propos.

Dans le débat d'entrée en matière, j'ai entendu la réponse de M. Villiger, conseiller fédéral, à ce sujet. Si l'on s'en tenait à ses propos, il faudrait admettre que le texte du message est faux car il y est dit que les travaux concernant ces six nouveaux boxes seront différés jusqu'à l'approbation des crédits pour l'achat du nouvel avion de combat. Alors, le Conseil fédéral a-t-il l'intention de faire construire les boxes restants en fonction des dimensions des F/A-18 avant de savoir si oui ou non nous les achèterons? Si telle est son intention, il doit rectifier le texte du message et je vous recommande de voter ma proposition, car je ne suis pas favorable à l'achat du F/A-18.

Feigenwinter, Berichterstatter: Als Folge der Beschaffung des Schufflugzeuges Hawk müssen diese 12 Einstellboxen, das sind so etwas wie Garagenplätze, vergrössert werden. Sie haben diesen Kredit mit der Baubotschaft 1988 beschlossen.

Wenn ich sage «Garagenplätze», ist das natürlich untertrieben, denn es sind hochtechnische Apparaturen, die hier bereitgestellt werden müssen. Ein Flugzeug muss eben nicht nur mit Treibstoff, sondern auch mit Sauerstoff, Stickstoff usw. versorgt werden. Das benötigt sehr kostspielige Anlagen. Der notwendige Kredit wurde bereits 1988 beschlossen. Das Schulflugzeug Hawk ist abgeliefert worden und wird in Betrieb genommen. Sechs dieser Plätze sind bereits erstellt, aber sie wurden mit Rücksicht auf die mögliche Beschaffung eines neuen Kampfflugzeuges etwas grösser dimensioniert, so dass also nicht nur der Hawk dort gewartet werden kann, sondern auch ein grösseres neues Kampfflugzeug, unabhängig vom Typ dieses Flugzeuges.

Nun beantragt der Bundesrat in der Nachtragsbotschaft, auch die restlichen 6 Plätze auf die gleichen Dimensionen auszubauen wie die ersten bereits ausgeführten Plätze, zwar wohl mit Rücksicht auf die Beschaffung eines neuen Kampfflugzeuges, nicht aber mit spezieller Rücksicht auf das neue Kampfflugzeug F/A-18. Man hat festgestellt, dass jedes neue Kampfflugzeug – ganz unabhängig vom Typ, ob das ein Mirage, ein F-16 oder eine F/A-18 ist – wesentlich grösser ist als die bisher in der Schweizer Armee in Verwendung stehenden Flugzeuge wie Mirage, Hawk oder Tiger. In jedem Fall ist eine grössere Dimension notwendig, und das macht nach den erhaltenen Angaben Mehrkosten von rund 1,9 Millionen aus.

Herr Rebeaud will nun 1,06 Millionen – wenn ich es richtig in Erinnerung habe – streichen. Man kann natürlich diese Auffassung vertreten und sagen, wir machen gar nichts, bis etwas Neues beschlossen ist. Weil aber in jedem Fall irgendwann die Modernisierung unserer Flugwaffe anfällt und es dann mit sehr viel mehr Kosten verbunden sein wird, diese Plätze logistisch auszurüsten – man sprach in der Kommission von 16 Millionen –, ist es vorzuziehen, wenn wir diesen Nachtragskredit jetzt beschliessen und in Zukunft auch für moderne Kampfflugzeuge ausgerüstet sind. Das ist eine Vorinvestition von rund 1,9 Millionen. Herr Rebeaud will also 1,06 Millionen streichen.

Ich beantrage Ihnen, im Sinne einer zukunftsgerichteten, polyvalenten Planung diesem Nachtragskredit vollumfänglich zuzustimmen. Sie schaffen damit kein Präjudiz für die Beschaffung eines neuen Kampfflugzeuges.

M. Leuba, rapporteur: La proposition Rebeaud se réfère à un objet dont le moins qu'on puisse dire est qu'il n'est pas éclairé par une transparence extraordinaire. Je vais essayer de résumer la situation. En 1988, vous avez voté un crédit pour la construction de 12 boxes pour les avions-école à réaction Hawk. Ces boxes étaient, sur les plans, dimensionnés pour les avions à réaction Hawk. J'ai fait partie des deux sous-commissions qui sont allées sur place, tant en 1988 que cette année. Ensuite, on s'est aperçu que si ces boxes étaient assez grands pour les Hawk, en revanche, ils ne pouvaient plus être utilisés pour les F/A-18 ou autres avions de combat modernes – pour un avion de combat et non pour un avion-école – puisque ces avions ont de plus grandes dimensions. Dès lors, on a, avec le crédit existant, légèrement agrandi les six premiers boxes. Mais, pour la construction des six boxes suivants, il y a lieu d'ajouter deux mètres dans la profondeur, trois mètres dans la largeur, 80 ou 60 centimètres dans la hauteur et le crédit voté en 1988 n'est plus suffisant, d'où une demande de crédit additionnel pour pouvoir faire entrer les avions de combat F/A-18 ou autres avions de combat modernes dans ces boxes.

Jusqu'à-là, la situation paraît relativement claire. Où elle l'est moins – M. Rebeaud a raison – c'est que le Conseil fédéral dit, à la page 54 du message en français: «En cas de décision négative, le projet sera terminé comme prévu initialement.» Cela veut donc dire que si la décision est négative sur l'achat du F/A-18, on construirait les boxes juste pour les Hawk, c'est-à-dire avec les dimensions prévues au départ.

Entre-temps, le Conseil fédéral, le département et le service d'aviation ont changé d'avis et sont partis de l'idée qu'il ne fallait pas subordonner cette augmentation à l'acquisition du F/A-18 mais qu'elle était de toute manière nécessaire. Ce changement d'avis est postérieur au message. Dès lors, on nous demande de voter de toute façon le crédit additionnel, de

manière à pouvoir agrandir les boxes comme prévu. A cet égard, la sous-commission qui s'est rendue sur place était divisée: une partie était d'accord avec le crédit, mais seulement en cas d'achat du F/A-18, et l'autre partie disait que de toute façon l'administration fédérale avait raison et qu'il fallait agrandir ces boxes, après votation sans condition du crédit additionnel.

La majorité de votre commission estime que, si l'on devait agrandir après coup ces boxes pour pouvoir y faire entrer aussi les avions de combat, cela représenterait une dépense tout à fait disproportionnée, ce qui, vraisemblablement, d'après mes faibles connaissances, serait même impossible puisqu'on aurait six boxes contigus. Dès lors, on ne peut pas attendre la décision sur les F/A-18 pour des raisons d'avancement du chantier. De toute manière, nous devons moderniser notre aviation et, par conséquent, il faut voter le crédit additionnel pour permettre la construction de boxes plus vastes. D'autres membres de la commission estiment que c'est le F/A-18 qui est en cause. Si on ne l'achète pas, on n'achètera probablement pas d'avions de combat de ce type-là et, par conséquent, il ne faut pas voter le crédit additionnel ou le subordonner à une décision positive sur l'achat du F/A-18. Mais la majorité de la commission vous recommande de voter le crédit ainsi que le demande – non pas le message du Conseil fédéral – mais l'administration après la rédaction du message.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag Rebeaud	42 Stimmen
Für den Antrag der Kommission	77 Stimmen

Le président: M. Feigenwinter m'a transmis le chiffre de la somme finale concernant l'article premier: il est réel et se monte à 389 790 000 francs à la place du chiffre qui vous est donné.

Art. 3

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Beschlussentwurfes	88 Stimmen
Dagegen	39 Stimmen

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

Vierte Sitzung – Quatrième séance

Donnerstag, 20. September 1990, Vormittag
 Jeudi 20 septembre 1990, matin

08.00 h

Vorsitz – Présidence: Herr Caveltz

90.026

Militärische Bauten und Landerwerb
Ouvrages militaires
et acquisitions de terrain

Botschaft und Beschlussentwurf vom 4. April 1990 (BBI II, 489)
 Message et projet d'arrêté du 4 avril 1990 (FF II, 453)

Beschluss des Nationalrates vom 20. Juni 1990
 Décision du Conseil national du 20 juin 1990

Antrag der Kommission

Eintreten

Proposition de la commission

Entrer en matière

Küchler, Berichterstatter: Auch wenn sich seit der Verabschiedung des letzten militärischen Bauprogrammes in unserem Rate in der Welt, vor allem aber in Europa, gewaltige politische Veränderungen ergaben, die man ja vor kurzer Zeit für undenkbar hielt, auch wenn heute begründete Hoffnung auf echte, anhaltende Entspannung insbesondere in Europa besteht, entbindet uns dies keineswegs von der Aufgabe, die für unsere Armee erforderliche bauliche Infrastruktur zu beschliessen und zur Verfügung zu stellen. Wie rasch sich die internationale Lage ändern kann, wird uns einmal mehr drastisch in der Golfregion vor Augen geführt. Auch bei einer völlig positiv veränderten Bedrohungslage, auch nach einer künftig neuen sicherheitspolitischen Lagebeurteilung und bei entsprechend verändertem Auftrag für unsere Armee kann und muss meines Erachtens davon ausgegangen werden, dass in unserem Lande sowohl die Armee als auch die allgemeine Wehrpflicht erhalten bleiben. Das entspricht im übrigen dem klaren Ausgang der Armeeabschaffungs-Initiative vom 26. November 1989, aber auch der möglichen künftigen Sicherheitskonzeption der KSZE, in welcher überhaupt nicht – ich betone: überhaupt nicht – die Abschaffung der Armeen in den einzelnen Staaten diskutiert wird, vielmehr das Prinzip der staatlichen Selbstverteidigung unbestritten bleibt. Die heutigen – neuen – internationalen Gegebenheiten und Rahmenbedingungen können und dürfen somit keinen Einfluss auf diese Vorlage haben.

Wie in früheren Jahren, so unterbreitet der Bundesrat auch diesmal in seinem militärischen Bauprogramm eine Reihe von Kreditbegehren von einigen 100 Millionen Franken. Der langjährige Bezugsrahmen für die Rüstungs- und Investitionspolitik bildet dabei das Armeeleitbild, und die Realisierung erfolgt in sogenannten Ausbausritten. Im Rahmen des in der Legislaturplanung 1988 bis 1991 festgelegten Investitionsrahmens sollen im Bauwesen durch das Setzen von Prioritäten möglichst viele Mittel zugunsten der Rüstungsmaterialbeschaffung frei gemacht werden. Der vorgelegte Verpflichtungskredit von rund 370 Millionen Franken ist 30 bis 60 Millionen Franken tiefer als in den früheren Bauprogrammen 1987 bis 1989, welche sich noch auf 400 bis 430 Millionen Franken beliefen. Der heutige Verpflichtungskredit ist nominell auf dem Stand von 1986. Der Hauptteil der Kürzungen wurde bei den Geländeverstär-

kungen vorgenommen. Doch wird – das möchte ich betonen – das Festungsminenwerferprojekt abgeschlossen. In der Kommission wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, dass beim Programm der Sperrstellungen insbesondere in den Grenzräumen nach wie vor die nötigen Vorkehrungen getroffen werden müssen; damit die entsprechenden Räume nicht entscheidend geschwächt werden. Der vorläufige Verzicht auf weitere Bauten von Führungsanlagen für grosse Verbände und Sperrstellungen führt nach Auffassung des Bundesrates zur notwendigen Handlungsfreiheit in bezug auf die «Armee 95».

Mit dem vorliegenden Bauprogramm 90 wird – ganz bewusst – eine Umorientierung im Bauwesen des EMD eingeleitet. Es werden mehr Mittel unmittelbar zugunsten des Wehrmannes und in die Ausbildungsinfrastruktur investiert. Ich komme darauf zurück.

Das Bauprogramm 90 umfasst nach den Beschlüssen der Kommission – wie erwähnt – Verpflichtungskredite von rund 370 Millionen für 20 neue Bauvorhaben sowie für fünf Zusatzkredite zu früher bewilligten Projekten. Von diesem beantragten Verpflichtungskredit werden rund 33 Prozent oder 118,2 Millionen Franken in die Kampf- und Führungsbauten investiert, weil diese unmittelbar zur Stärkung der Kampfkraft und zu einer hohen Anfangsleistung unserer Armee beitragen. Inbegriffen ist auch hier eine weitere Tranche für den sogenannten Bundesratsbunker, der im Nationalrat zu heftigen, aber materiell wenig ergiebigen Wortgefechten geführt hat. Ich kann Ihnen versichern, dass die Militärkommission hierüber einlässlich orientiert wurde. Sie werden verstehen, dass ich aus Gründen der Geheimhaltung auf weitere Angaben verzichte.

Etwa 20 Prozent der Verpflichtungskredite beanspruchen mit 71,9 Millionen Franken fünf Vorhaben der Logistik. Davon seien der Neubau und die Sanierung des eidgenössischen Zeughauses Sursee, erste Etappe, genannt, dann die Ergänzung der baulichen Infrastruktur für Transporthelikopter auf drei Militärflugplätzen. Bei den Bauten für die Logistik handelt es sich entweder um Anpassungen an die Bedürfnisse von neuem Rüstungsmaterial oder um Bauten für den Unterhalt, bei denen die Rationalisierung von Arbeitsabläufen im Vordergrund steht. Rund 135 Millionen Franken oder 40 Prozent, mit anderen Worten der wichtigste Teil des Verpflichtungskredites, entfallen auf Ausbildungsbauten. Dabei liegt das Schwergewicht beim Ersatz von veralteten, nicht mehr sanierungsfähigen Unterkünften und Theorieräumen. Von den acht Vorhaben sind besonders zu erwähnen: Ausbildungsbauten für die leichten Fliegerabwehrwaffen auf dem Waffenplatz Payerne, Bau einer Kasernenanlage auf dem Waffenplatz Herisau-Gossau, Bau einer Kaserne auf dem Waffenplatz Airolo, Bau eines Ausbildungszentrums für Piloten auf dem Militärflugplatz Sitten, dann der Sammelkredit für die Sanierung von Kasernenunterkünften ganz generell.

Bei all diesen Investitionen muss heute im EMD generell die Maxime gelten, aus dem Rüstungsfranken, der ja immer spärlicher wird, mehr herauszuholen. Neue Waffensysteme erfordern auch entsprechende Ausbildungszentren. Man kann heute teilweise nur noch mit diesen neuen Ausbildungseinrichtungen gefechtsnah ausbilden. Ausbildung aber ist so zentral wie die Rüstung selbst. Bei gewissen Waffensystemen, z. B. bei den Flakwaffen, kann heute aus Sicherheitsgründen nicht scharf geschossen werden. Zudem sind die Stückzahlen teilweise derart hoch, beispielsweise bei den Panzern, bei der Panzerabwehr, dass wir zur Simulation gezwungen sind. Diese Entwicklung ist sehr kostspielig, aber sie wird auch in Zukunft weitergehen müssen.

Auch aus der Sicht des Umweltschutzes und unter dem Aspekt der Bevölkerungsdichte ist die Simulation sicherer und wünschenswert. Investitionen in die Ausbildung sind vor allem aber auch deshalb wichtig, weil der Wehrmann die Armee als moderne Ausbilderin kennenlernen soll. Die Art der Ausbildung ist schliesslich für seine Motivation von entscheidender Bedeutung. Dadurch lässt sich die knappe Ausbildungszeit von Kader und Soldaten optimal nutzen.

Im Zentrum der öffentlichen Diskussion steht heute der Waffenplatz Neuchâten-Anschwilien. Es ist paradox, dass gerade

dieses Vorhaben so grosse Wellen wirft, denn den Grundsatzentscheid haben wir ja schon vor einem Jahr gefasst. Der Ständerat hat damals, als es um die Ausbildungsanlagen ging, dem Kredit mit 36 zu 0 und der Nationalrat mit 132 zu 15 Stimmen zugestimmt.

Gegenstand der heutigen Diskussion sind die Truppenunterkünfte. Nachdem wir im Parlament immer wieder anständige Unterkunftsverhältnisse für die Rekruten verlangt haben, ist es in der Tat schwer verständlich, dass gerade dieses Kreditbegehren auf Opposition stösst. Ich kann mir das nur so erklären, dass gewisse Leute scheinbar bewusst die zum Teil unhaltbaren Unterkünfte behalten wollen, um so die Stimmung gegen die Armee anzuheizen. Die Tatsache, dass die Opposition sich im Grunde gegen das falsche Objekt richtet, ist zum Teil auch darin begründet, dass das ganze Waffenplatzprojekt auf drei Bauprogramme, nämlich 1989, 1990 und 1991 verteilt wurde, obschon das Projekt ein Ganzes bildet.

Dieses gestaffelte Vorgehen zeitigt einmal mehr Nachteile. Der Bürger und Politiker hat immer ein ungutes Gefühl, wenn ihm die Projekte, die vollständig vorliegen, nur in Einzeltranchen unterbreitet werden.

Die Diskussion über das gleiche findet dann mehrmals statt, was nur Zeit und Kraft erfordert, schliesslich besteht das Risiko, dass plötzlich ein Teil aus dem Ganzen herausgebrochen wird. Nach Auffassung der einstimmigen Militärkommission wurde vom Nationalrat auch der Kredit für die dritte Tranche ebenfalls in das Programm 90 aufgenommen. Der vorgelegte Verpflichtungskredit wurde demzufolge um 11,65 Millionen aufgestockt. Dieses Vorgehen erscheint der Militärkommission angezeigt.

Nun noch kurz ein Wort zur Begründung des Waffenplatzes. Die alte Kaserne St. Gallen musste 1980 wegen des Baus der Nationalstrasse N 1 abgebrochen werden. Die traditionelle Infanterie-Rekrutenschule St. Gallen musste seither auf verschiedene rein behelfsmässige Unterkünfte in Herisau, Bronschhofen und Urnäsch verteilt werden. Diese Unterkünfte sind aber nicht für Rekrutenschulen konzipiert, es handelt sich zum Teil um veraltete, unzumutbare Kasernenanlagen mit zum Teil mangelnden sanitären Einrichtungen. Zudem müssen für eine zweckmässige Ausbildung grosse Distanzen mit Motorfahrzeugen zurückgelegt werden. All diese Nachteile verschärfen selbstverständlich die Probleme, die ohnehin schon in jeder Rekrutenschule bestehen.

Die Gegner des neuen Waffenplatzes begründen ihre Ablehnung u. a. mit dem Geburtenrückgang und der geplanten Armee reform. Was aber den Geburtenrückgang betrifft, empfinde ich diesen Leuten einen Blick in die Statistik, effektiv nehmen nämlich die Geburten wieder zu. Und die geplante Armee reform bringt keine Reduktion der Rekrutenzahlen, sondern einen früheren Uebertritt zum Zivilschutz. Die Auslastung der bestehenden Waffenplätze könne verbessert werden, behaupten die Gegner im weiteren. Rein statistisch betrachtet, ist das richtig. Doch beträgt die durchschnittliche Belegung der Waffenplätze heute schon 44 Prozent und liegt damit 10 Prozent über der Durchschnittsbelegung der schweizerischen Hotellerie. Es kommt hinzu, dass die Rekrutenschulen genau vorgegebene Belegungszeiten haben und dass wir keine Dezember- und Januarschulen führen können.

Ferner ist es eine Tatsache, dass nach wie vor jeweils verschiedene Kompanien ausserhalb von Waffenplätzen stationiert werden müssen. Auf die einzelnen Details des Projektes und die durchgeführte Umweltverträglichkeitsprüfung will ich hier nicht eingehen. Die Militärkommission hat sich damit eingehend befasst und dem Vorhaben grundsätzlich zugestimmt. Es steht also fest, dass das Bauvorhaben in einer langen, sorgfältigen Vorbereitungsphase mit der betroffenen Region, mit deren Volksvertretern abgesprochen und bis ins letzte Detail vertraglich ausgehandelt wurde.

Hingegen muss ich hier noch kurz ein paar Worte über die eidgenössische Volksinitiative «Vierzig Waffenplätze sind genug» verlieren: Die Unterschriftensammlung hat Ende Juni 1990 begonnen. Die Sammelfrist läuft am 27. Dezember 1991 ab. Die Frage stellt sich immer wieder, ob infolge dieser geplanten Initiative das Geschäft zurückgestellt werden soll. Die Antwort der Mehrheit – der klaren Mehrheit – der Kommission ist nein.

Grundsätzlich hat selbst eine zustande gekommene Initiative keine aufschiebende Wirkung. Die erwähnte Initiative ist noch gar nicht zustande gekommen. Im übrigen kann und darf es meines Erachtens nicht angehen, mit sogenannten Rückwirkungsinitiativen in diesem Lande alles und jedes zu blockieren oder gar nachträglich torpedieren. Für solches ist unsere Verfassung nicht geschaffen. Es kann wohl kaum Sinn unserer Demokratie sein, dass sie sich selber in der Erfüllung ihrer verfassungsrechtlich gestellten Aufgaben durch die Konzessionierung derartiger Möglichkeiten lahmlegt. Lassen wir uns also vom Vorgehen der Waffenplatzgegner nicht beirren!

Der Nationalrat hat bei der Behandlung dieses Geschäftes in der wichtigsten von verschiedenen Abstimmungen dem Projekt mit 128 zu 59 Stimmen klar zugestimmt. Zudem hat er den Kredit von 11,65 Millionen Franken erhöht, damit nicht 1991 noch einmal ein Teil dieses Waffenplatzprojektes endlos diskutiert werden muss. Bei diesen 11,65 Millionen Franken für die dritte Etappe handelt es sich um eine Mehrzweckhalle, eine Ortskampfanlage und eine Kurzdistanzschiesanlage. Soviel zum Waffenplatz Neuchlen-Anschwilen.

Gesamthaft können wir feststellen, dass im Bauprogramm 1990 vermehrt Bauten für den Menschen und für die Ausbildung vorgesehen sind. Zeitgemässe Unterkünfte sind wichtig. Ein Rekrut, der in einer veralteten, muffigen Kaserne untergebracht ist, wird sich schwer davon überzeugen lassen, dass unsere Armee modern ist. Das Vertrauen in die Schlagkraft unserer Armee ist aber wichtig für den Erfolg. Anständige Unterkunftsbedingungen sollen auch eine gewisse Anerkennung für den grossen Einsatz unserer Leute für die Armee sein.

Die Kommission erachtet es unter diesem Gesichtspunkt als richtig, dass der Bundesrat für Verbesserungen in einigen der sanierungsbedürftigsten Kasernen einen Sammelkredit von 10 Millionen Franken vorsieht. Auch der Bau von Kasernen und Ausbildungsanlagen in Airolo ist unter diesem Aspekt sehr zu begrüssen.

Die Militärkommission hat während ihrer zweitägigen Sitzung stichprobenweise in vier Untergruppen mehr als die Hälfte der Projekte an Ort und Stelle begutachtet. Die Kommission des Nationalrates, der dieses Jahr Erstrat war, hat ihrerseits zum Teil andere Vorhaben geprüft, so dass der grösste Teil der gesamthaft 25 hängigen Kreditbegehren gründlich durchleuchtet wurde. Den Kommissionen standen für die vertiefte Prüfung vertrauliche Sonderbeilagen, Projektheften und Kostenvoranschläge zur Verfügung. Die Besichtigung an Ort und Stelle und das Gespräch mit den Fachleuten brachten zudem viele wertvolle zusätzliche Informationen.

Gestützt auf all diese eingehenden und verlässlichen Abklärungen beantragt Ihnen die Militärkommission einstimmig, auf die Vorlage einzutreten und dem Bundesbeschluss in der Fassung des Nationalrates zuzustimmen, d. h. den Kredit um 11,65 Millionen Franken zu erhöhen und damit gleichzeitig den Antrag von Frau Kollegin Bühler abzulehnen.

M. Gautier: Je suis pleinement d'accord avec ce que vient de dire le président de la commission et j'accepterai les crédits demandés.

Cependant, je me permets auparavant deux remarques concernant ces crédits. Premièrement, au chiffre 211 de l'annexe 1 du message, figure une somme de 93,5 millions, dont 44 sont prévus pour l'une des étapes de la construction de ce qu'on a appelé le «bunker» du Conseil fédéral. Cet ouvrage, dont je ne conteste nullement la nécessité, n'a, me semble-t-il, rien à faire dans les constructions militaires. Ce bunker est un ouvrage civil, destiné à l'administration fédérale dans son ensemble en cas de crise, et n'influence en rien la capacité défensive de l'armée. J'aurais compris que ce crédit figurât au Département de l'intérieur, avec les constructions fédérales, ou à la Chancellerie, puisque c'est une construction pour l'administration, voire au Département de justice et police, à l'Office de la protection civile, mais en aucun cas au Département militaire.

Cela serait sans importance si les crédits militaires étaient illimités. Mais cette année en particulier – j'y reviendrai – les crédits pour le Département militaire ont été limés de telle manière qu'il est difficilement acceptable que 12,5 pour cent des

crédits de construction soient détournés du budget militaire au profit de constructions civiles. Cela d'autant plus que nous savons d'autre part que 10 à 15 pour cent des crédits militaires servent en fait à la protection de l'environnement, et probablement autant au renforcement de l'économie suisse et des économies régionales.

C'est donc probablement un gros tiers du budget du Département militaire qui sert à autre chose qu'à la défense nationale. Cet état de chose est d'autant plus regrettable que la population l'ignore plus souvent et que l'opinion publique devrait être mise au courant de ces faits et des chiffres.

Ma deuxième remarque est inspirée par le début du message, plus précisément par le deuxième alinéa de son chiffre 11, où le Conseil fédéral mentionne qu'il convient de réduire le plan de construction «de manière à pouvoir concentrer les moyens financiers sur l'acquisition de matériel d'armement». Or, en fait de concentration, le crédit d'armement proposé ne s'élève qu'à 1,4 milliard, cela à la suite de la décision prise par le Conseil fédéral, à tort ou à raison, de retarder le projet d'acquisition d'avions de combat. Je dis à tort ou à raison parce que divers experts, suisses et étrangers, estiment que c'est dans le secteur de la défense aérienne que la menace pourrait désormais être la plus grave et que notre armée connaît un lourd déficit en avions de combat.

Si j'additionne les deux crédits militaires d'engagement, j'arrive cette année à 1407 plus 358, soit 1,765 milliard, contre 2,314 milliards en 1989. C'est donc une diminution de 550 millions, ou de 24 pour cent. Je suis conscient qu'il s'agit de crédits d'engagement et que cela ne signifie pas que les crédits de paiement diminueront dans la même proportion. Cependant, il ne faudrait pas que cette tendance se poursuive les prochaines années.

Je peux comprendre jusqu'à un certain point qu'à la suite de la détente Est-Ouest certains aient pensé que la menace diminuait et que, de ce fait, certaines dépenses pouvaient être retardées, voire supprimées. Mais les récents événements du Proche-Orient et de la région du Golfe viennent de leur donner un cinglant démenti. Il y a hélas toujours une menace, même si celle-ci est géographiquement plus lointaine.

N'oublions pas quand même que certains pays de l'Islam ont attaqué l'Occident. Ils ne se sont arrêtés qu'à Poitiers, en 732, et ont assiégé Vienne encore en 1683. Or, depuis ces époques, les distances se sont singulièrement raccourcies pour les armées et pour leurs missiles. Tout cela pour dire que la menace subsiste, même si elle a changé de forme et d'origine. Il ne faut pas commettre les mêmes fautes que dans les années trente et laisser s'affaiblir, faute de crédits, notre défense nationale. Il faut que le Conseil fédéral reste vigilant et accorde au Département militaire les crédits nécessaires pour que notre neutralité armée reste crédible.

Huber: In Anbetracht der Diskussion, die der Nationalrat in der Sommersession während Stunden – in der Terminologie des Radio- und Fernsehgesetzes sogar mit einer werbewirksamen Unterbrechung – geführt hat, rechtfertigt es sich, die zentralen Punkte beim Eintreten hervorzuheben und eigene Antworten zu geben:

Die ständerätliche Kommission hat die vorliegende Vorlage gründlich und umfassend geprüft und ist zu einem einstimmigen Eintretensantrag gekommen. Ich hatte Gelegenheit, in einer Untergruppe die Objekte Sursee, Emmen und Alpnach zu überprüfen. Ich war einmal mehr beeindruckt von der Kompetenz und der Sachkunde der Mitarbeiter des EMD und habe mir vorgestellt, wie die Schmähungen über ihren Arbeitgeber EMD, die im Nationalrat teilweise ertönten, in den Ohren dieser Arbeitnehmer geklungen haben mögen.

Ich will Ihnen nicht verbergen, dass ich in einem recht entscheidenden Punkt der Vorlage die Akzente anders setze: Der Bundesrat legt dar, dass er mit dem vorliegenden Bauprogramm 1990 «eine Umorientierung des Bauwesens des EMD einleitet». Kurz gesagt: Kasernen sollen restauriert und Geländeverstärkungen gestützt werden. Ich begrüsse es durchaus, dass Kasernen saniert werden. Ich vertrete die Meinung, Herr Bundesrat, dass man damit ruhig etwas früher hätte beginnen können. Die Kantone Neuenburg, Zürich – mit dem Reppisch-

tal – und Aargau – mit der Kasernenanlage Aarau – sind vorangegangen.

Es ist gut, dass junge Soldaten eines wohlhabenden Landes ihre ersten Dienstage in einer zweckmässigen, modernen Kaserne verbringen. Die heute nötige Umstellung ist nicht mehr derart schwierig wie früher. Ich nehme an, dass die Kantone hier die ersten Schritte machen, von den allenfalls besseren Konditionen des EMD, die bei den zur Debatte stehenden Kasernen offeriert werden können, nachträglich allenfalls profitieren.

Dennoch halte ich dafür, dass die Umorientierung nicht ohne einige kritische Bemerkungen passieren darf. Bevor mehr als die Grundzüge der «Armee 95» erkennbar sind und, vor allem, bevor die Kampfführung dieses angepassten Instrumentes erkennbar ist, kommen wir dazu, das System der Sperrstellungen – Herr Gautier hat es auch gesagt – als zentrales Element unserer Kampfführung auszuhungern. Unsere Milizarmee – und vor allem die kleine Berufsarmee, die gelegentlich durch die Gazetten geistert – wird immer wirksame Sperrstellungen in operativ entscheidenden Räumen brauchen. Permanente Sperrstellungen ermöglichen erst eine flexible Kampfführung, indem sie die Optionen entscheidend vergrössern. Permanente Sperrstellungen – keine Maginot-Linie – ermöglichen weniger starken Verbänden die Erfüllung des Sperrauftrages. Ich ersuche Sie daher dringend, das System der Sperrstellungen in den Grenzräumen und im Mittelland nicht verkommen zu lassen. Es trägt entscheidend zur dissuasiven Wirkung unserer Landesverteidigung bei.

Meine volle Unterstützung finden die Mittel, die für Schutzbauten der Landesregierung ausgegeben werden. Die Mittel für den Bundesratsbunker wurden in ihrer Gesamtheit früher dargelegt; jetzt geht es um eine weitere Tranche. Eigentlich handelt es sich um Bauten für zivile Zwecke: nämlich um die Weiterführung der Tätigkeit der Landesregierung im Verteidigungsfall sicherzustellen. Damit ist zum ersten wieder einmal klar gemacht, dass die strategische Führung auch nach der Wahl eines Oberbefehlshabers beim Bundesrat bleibt.

Es ist zu hoffen, dass das Kollegium dannzumal jene Geschlossenheit und Festigkeit findet, die heute gelegentlich angezweifelt wird. Es braucht dazu einen geschützten Standort und die notwendigen Uebermittlungsmittel. Das sind keine neuen Töne. Sie sind bereits 1973 bei der Konzeption der Gesamtverteidigung klar und deutlich gemacht worden. Es ist offensichtlich so, dass praktisch alle Kantone auf diesem Sektor bedeutend weiter sind als der Bund. Das ist wenig erfreulich und ruft nach rascher Abhilfe. Der Bundesrat muss von einer integrierten Führungsanlage aus seine Verantwortung wahrnehmen können.

Was nun den angesprochenen Waffenplatz Herisau-Gossau angeht, so hat der Ständerat der Finanzierung einer ersten Tranche mit 36 zu 0 Stimmen zugestimmt. Ihre Kommission hat, nach einlässlichen Darlegungen der mit den Oertlichkeiten vertrauten Kollegen, das Vorhaben noch einmal gründlich geprüft, auch in politischer Hinsicht. Auch eine neue europäische Sicherheitsstruktur, die durch die inzwischen gefundene deutsche Einheit noch notwendiger wird, verlangt von unserem Land eine Armee. Wo Ausbildungsstätten wegfallen, Wehrmänner in schädigen Provisorien untergebracht werden, braucht es Ersatz. Das EMD ist seit 1975 im Besitz des Landes. Der Planungsprozess erfolgte in enger Zusammenarbeit mit der örtlichen Bevölkerung, den kommunalen und kantonalen Instanzen.

Persönlich habe ich den Eindruck, dass nicht mehr der Waffenplatz an sich, sondern die Armee die Zielscheibe ist, in Fortsetzung einer bekannten Politik. Darin bestärkt mich die nun lancierte Initiative, die sehr viele rechtliche, aber noch mehr staatspolitische Fragen aufwirft. Ich empfinde das so: Aufgabe des Parlaments ist es, bei gegebener Notwendigkeit der Realisierung eines Objekts, bei Beachtung der einschlägigen rechtlichen Normen durch die handelnden Staatsorgane, Kredite zu sprechen. Andere Fragen sind Fragen des Vollzugs, die der vollziehenden Behörde zur Erledigung obliegen.

Ich werde daher heute in Kenntnis der Lage und entsprechend dem einstimmigen Beschluss der Kommission diesem Kredit zustimmen, und ich empfehle Ihnen, gleich zu handeln.

Die Schwierigkeiten, mit denen Ideen und Strukturen der Landesverteidigung derzeit zu kämpfen haben, sind vielfältiger Natur. Es ist daher hoch an der Zeit, dass der Bundesrat so rasch wie möglich dem Parlament den Bericht über die Sicherheitspolitik 90 unterbreite. Das wird die Gelegenheit sein, Klarheit herbeizuführen, damit nachher Klarheit herrscht.

Bundesrat **Villiger**: Ich gehe gerne auf einige der aufgeworfenen Fragen ein, verzichte aber auf eine Wiederholung dessen, was der Präsident der Kommission ausgeführt hat.

Die Umorientierung ist von Ihrem Präsidenten erwähnt worden, die Umorientierung von der Priorität der Kampfbauten auf eine gewisse Priorität der Ausbildungsbauten und der Unterkünfte. Es sind zwei Gründe, die diese Akzentverschiebung rechtfertigen. Der erste ist die Handlungsfreiheit für «Armee 95». Herr Huber hat das Problem aufgeworfen, nur kommt der Bundesrat zu umgekehrten Schlüssen.

Es ist jetzt schon klar, dass die «Armee 95» nicht zu einer völlig veränderten Doktrin der Kampfführung führen wird bzw. führen kann. Das ist gar nicht möglich. Wir werden nach wie vor schwergewichtig eine Infanteriearmee haben. Die «Armee 95» wird mit den Waffen arbeiten müssen, die 1995 vorhanden sein werden. Das sind im wesentlichen die gleichen, die wir heute haben, nur weniger. Es werden alte Waffen ausgetauscht werden; die modernen werden wir belassen, aber es wird nicht möglich sein – ich komme auf die Finanzen noch zurück –, in dieser kurzen Zeit irgendwelche Wunderwaffen zu beschaffen, die eine völlig andere Kampfführung erlauben würden.

Weil die Armee beweglicher sein wird, weil sie flexibler sein muss, weil sie Reserven haben wird, weil ihre Bestände sehr viel kleiner sein werden, wird es Akzentverschiebungen in der Kampfführung geben, das ist klar. Aber die «Armee 95» wird nicht etwas völlig Neues sein. Deshalb stimme ich Herrn Huber zu, dass die Sperrstellungen auch in Zukunft wichtig bleiben werden. Sie werden auch deshalb wichtig bleiben, weil sie sich in Schlüsselräumen befinden, die geographisch vorgegeben sind. Die Geographie der Schweiz ändert sich auch durch die «Armee 95» nicht.

Das heisst, dass alles, was jetzt schon investiert worden ist, sicher nicht obsolet wird, auch wenn wir es verändern – und es ist schon sehr viel investiert worden. Der Kommissionspräsident hat darauf hingewiesen, dass beispielsweise das Minenwerferprogramm, das sehr wichtig ist, fertiggestellt werden kann. Auch der Bau der Centurion-Bunker wird weitergeführt werden.

Was aber jetzt noch kommt, bedarf vielleicht doch gewisser Anpassungen an die «Armee 95», und deshalb sage ich nicht, wie Herr Huber, weil die «Armee 95» noch nicht da sei, müssten wir weiterbauen, sondern ich sage umgekehrt: Weil die «Armee 95» noch nicht da ist, rechtfertigt sich eine Pause, die nicht allzu lang sein wird – nachher können wir nach Mass weiterbauen.

Es geht nicht nur um die Sperrstellungen, es geht auch um die Führungsbauten. Hier ist es sogar sehr wichtig, dass wir zuwarten, weil nämlich in diesem Bereich «Armee 95» möglicherweise tiefgreifende Änderungen bringen wird als in der Kampfführung. Wir wissen noch nicht, wie wichtig die Divisionsebene bleibt, ob es mehr Brigaden braucht usw. Deshalb wäre es falsch, Investitionen weiter zu tätigen, die vielleicht obsolet werden. Der Generalstabschef hat die Aufgabe angepackt. Er wird die Gesamtkonzepte der Geländeverstärkung und der Führungsbauten überprüfen. Aber ich kann Herrn Huber versichern, dass wir die Sperrstellungen nicht verkommen lassen werden.

Der zweite Grund ist, dass wir einen gewissen Nachholbedarf bei Ausbildungsanlagen und bei den Unterkünften haben. Ich teile die Meinung von Herrn Huber, dass man schon früher hätte anfangen können, diesen Nachholbedarf zu decken. Ich glaube, dass einige unserer Wehrmänner und Rekruten in Unterkünften leben müssen – Herisau-Gossau ist ein Beispiel –, die nicht gerade menschenwürdig sind, obschon auch ich der Meinung bin, dass eine gewisse spartanische Lebensweise auch für Soldaten wichtig ist. Es geht überhaupt nicht darum, hier in Luxus zu schwelgen, sondern darum, dass die Unter-

künfte einigermaßen vernünftig und hygienisch eingerichtet sind. Wenn etwas gebaut wird, haben es die Rekruten heute vielleicht ein wenig besser als die, die in meiner Generation noch irgendwo im Dachstock von Frauenfeld hausen mussten. Das ist völlig klar; aber wir wollen auch nicht übertreiben. Ein erstes Indiz oder ein Signal wollen wir mit diesem Sammelkredit setzen. Als wir das Programm anpackten, war es schlicht nicht möglich, kurzfristig eine Akzentverschiebung zu machen. Sehr vieles muss ja über Monate oder gar Jahre vorbereitet, muss baureif werden, und mit diesen 10 Millionen wollten wir der Verwaltung eine gewisse Manövriermasse in die Hand geben, um das Nötigste zu sanieren. Ich habe einmal gesagt, das EMD sei wie ein Supertanker; wenn man ihm einen anderen Kurs geben will, fährt er noch 50 Kilometer weiter, bevor man es merkt. Das merkt man natürlich auch in diesen Bereichen. Wir wollen diese Steuersignale jetzt geben, wie übrigens auch mit «Armee 95». Es geht aber nicht nur um die Unterkünfte, es geht auch um Ausbildungsbauten.

Es wurde zu Recht darauf hingewiesen, dass für die Kriegstauglichkeit einer Armee die Ausrüstung entscheidend ist; aber ebenso wichtig sind die Motivation und die Ausbildung. Wir werden wahrscheinlich in der Zukunft etwas mehr in die Ausbildung investieren müssen. Die Waffensysteme sind komplexer, es wird mehr mit Simulation gearbeitet. Das hat damit zu tun, dass man einerseits mit Simulation Dinge üben kann, die wir in der Schweiz aus verschiedenen Gründen nicht üben können, aus Umweltgründen, aus Gelände Gründen, wegen der dichten Ueberbauung. Selbstverständlich kann man damit auch motivieren. Zum Teil brauchen wir die Simulation, weil bei gewissen Waffen die Munition zu Übungszwecken prohibitiv teuer ist. Ich denke an Fliegerabwehr, Panzerabwehr usw. Die Simulation hilft also der Ausbildung in der Effizienz. Sie fördert die Motivation der Wehrmänner, und sie ist auch umweltmässig positiv. Hier werden wir in der Zukunft mehr investieren müssen.

Wir mussten das Bauprogramm auch kürzen. Ihr Präsident hat den Unterschied zu früher aufgezeigt. Wenn Sie das in Realwerten vergleichen, werden Sie merken, dass die Kürzung sehr beachtlich ist – mir schon fast etwas Sorgen macht, wenn ich ehrlich bin. Wir mussten kürzen, weil die Zahlungskredite seit Jahren real abnehmende Tendenz hatten. Das wird durch den neuen Finanzplan noch akzentuiert.

Die sicherheitspolitische Lage – sie wurde hier angeführt – hat sich stark verändert. Sie wissen, dass Europa im Umbruch ist. Der Bundesrat ist der Ueberzeugung, dass die Chance für ein sichereres Europa wahrscheinlich seit Jahrzehnten noch nie so gross war wie heute. Das ist etwas überaus Erfreuliches. Und Sie werden bei der Diskussion des Sicherheitsberichtes im Gegensatz zu dem, was gezielt schon in den Medien gestreut worden ist, merken, dass dem grosses Gewicht beigegeben werden wird.

Einen wichtigen Akzent in der Sicherheitspolitik werden wir dort setzen, wo wir an dieses sicherere Europa auch von der Schweiz aus stärkere Beiträge als früher leisten wollen. Allerdings zeigen die Ereignisse im Golf – Herr Gautier hat darauf hingewiesen –, dass in der Geschichte, und das ist eine alte Erfahrung, immer auch das Unvorhergesehene geschieht; mit dem muss man rechnen. Zumindest von den weltweiten Experten, von denen wir gehört haben, hat keiner die Golfkrise so vorausgesehen, wie sie gekommen ist. Es hat keiner den Bau der Berliner Mauer und keiner ihren Abriss vorausgesehen. Im nachhinein haben es natürlich alle gewusst. Gerade in ungewissen Zeiten passiert immer auch das Unvorhergesehene. Der Golf zeigt auch, dass Gewalt als Mittel der Politik noch nicht ausgerottet ist auf der Welt. Die Golfkrise zeigt, dass auch lokale Krisen – die nach der Entspannung zwischen den Supermächten wieder möglich geworden sind, weil nicht immer gerade die Eskalation zum grossen West-Ost-Konflikt droht – wieder möglich werden und trotzdem immer das Potential zur Eskalation in sich tragen.

Es kann keiner sagen, wie im Golf die Fronten in drei, vier Monaten sein werden, ob die Welt noch so einig ist, ob wir das selber nicht spüren oder ob wir es spüren; ich glaube, es gilt, daraus gewisse Lehren zu ziehen. Wir mussten unsere sicher-

heitspolitischen Vorstellungen allerdings wegen der Golfkrise überhaupt nicht ändern, weil eben solchen Ungewissheiten immer Rechnung getragen werden muss.

Für mich ist aber klar: Wenn ich eine Bilanz ziehe, überwiegt im Moment die Hoffnung eindeutig, vor allem in Europa. Für mich ist deshalb klar, dass die Armee im Moment in unserer innenpolitischen Diskussion und bei den innenpolitischen Prioritäten sicher nicht im Vordergrund steht und stehen kann.

Als Mitverantwortlicher im Gesamtbundesrat bin ich mir bewusst, dass der Staat heute Wachstumsbereiche hat, die vielleicht auch seitens der Armee eine gewisse Masshaltung erfordern, denken Sie an die Neat, denken Sie an die AHV mit den bevorstehenden demographischen Problemen, denken Sie an die Krankenversicherung, denken Sie an die vielen anderen Bereiche, die im Moment wachstumsträchtig sind, wie Forschung, Ausbildung usw. Ich bin deshalb durchaus bereit, ein gewisses Zurückschrauben im Armeebereich, im Wachstum zumindest, einzugehen, ein gewisses Opfer zu bringen, und in diesem Sinne schlägt sich das im Budget und im Finanzplan nieder.

Für die laufenden Ausgaben werden wir bei der Armee ungefähr den Teuerungsausgleich bekommen. Das ist schon sehr schwierig, weil wir 1991 allein im Personalbereich 9,3 Prozent mehr haben als jetzt, durch diese Besoldungspakete usw. Die Rüstungsausgaben, Investitionen im Rüstungsbereich und im Baubereich, werden nominell eingefroren, und das ist eine ganz beachtliche Friedensdividende. Das wird eine reale Reduktion in der Finanzplanperiode von 15 bis 20 Prozent bedeuten und für die Armee sehr harte Konsequenzen haben.

Wir werden gerade im Rüstungsbereich sehr stark Prioritäten setzen müssen, und im Bereich von innovativen, neuen Projekten wird nur sehr wenig möglich sein. Wir werden mit Hängen und Würgen das neue Kampfflugzeug – hier hat Herr Gautier zu Recht auf die Bedeutung hingewiesen – finanzieren können. Wir können vielleicht die Panzerfaust kaufen, vielleicht noch die Aufklärungsdrohne, vielleicht im elektronischen Bereich das eine oder andere, aber wir werden alle anderen, früher zum Teil als prioritär eingestuft Projekte, wie Raketenartillerie, Kampfhelikopter und dergleichen, weit zurückschieben müssen. Wir werden sie vielleicht noch planen können; aber man muss sich darüber im klaren sein, dass sie nicht mittelfristig realisierbar sein werden.

Ich glaube, dass heute, wo wir in vielen Bereichen sehr gute Waffen haben – ich denke an den Leopard, an die Stinger, die Sie vor einem Jahr beschlossen haben; ich denke an die Rapiere, an den Tow/Piranha und was es da alles gibt –, dieses Einfrieren für den Moment vertretbar ist. Ich meine aber auch, dass wir damit eine untere Grenze erreicht haben, die unsere Glaubwürdigkeit in der Verteidigung tangieren wird, wenn wir sie unterschreiten.

Die Herren Huber und Gautier haben völlig recht, wenn sie darauf hinweisen, dass auch eine neue europäische Sicherheitsordnung auf Armeen beruhen wird. Diese werden zwar defensiver sein – hoffen wir –; sie werden vielleicht verdünnt sein, dafür technologisch hochstehender; kaum verdünnt werden die modernen Flugwaffen sein, so dass diese im Verhältnis zu den Erdarmeen noch wichtiger werden.

Innerhalb dieser verdünnten und kleineren Armeen wird die Schweiz keinen Risikoraum bilden dürfen. Ich glaube auch nicht, dass man uns abnehmen würde, dass ausgerechnet unser kleines, aber reiches Land zum sicherheitspolitischen Trittbrettfahrer würde, der auf den Schutz der anderen angewiesen wäre.

Wir werden also eine glaubwürdige Armee aufrechterhalten müssen, auch in der Zeit der Entspannung, und das wird etwas kosten, wenn auch vielleicht die früheren Zuwachsraten nicht mehr nötig sein werden.

Herr Cottier hat auf die bundesrätliche Schutzanlage hingewiesen, ich bin dankbar dafür; auch für den Hinweis von Herrn Huber, dass diese Anlage nötig ist – sie hat ja im Nationalrat zu recht emotionalen Debatten geführt. Herr Gautier hat recht, diese Anlage hat mit der Armee direkt nichts zu tun, auch wenn sie für den Krisenfall vorgesehen ist und im Krisenfall militärisch geschützt sein wird. Das wurde vor Jahren so beschlossen. Ich bin natürlich dankbar, wenn Sie diese Anlage aus den

eigentlichen Militärausgaben – zumindest gedanklich – ausklammern und damit feststellen, dass diese noch tiefer sind, als es jetzt vielleicht scheint. Ich glaube aber nicht, dass es sinnvoll wäre, jetzt, bevor die Anlage fertiggebaut ist, am Entscheid des Bundesrates etwas zu ändern; aber wir werden immer daran denken müssen.

Wir werden, Herr Huber, versuchen, Ihnen den Sicherheitsbericht möglichst bald zu unterbreiten. Die Kommissionen werden jetzt bestellt; der Bericht liegt vor dem Bundesrat, wir werden noch einige Akzente setzen müssen. Der Bundesrat befasst sich glücklicherweise sehr intensiv damit. Es geht ja nicht nur um die Armee und den Zivilschutz; es geht um den Beitrag unserer Aussenpolitik, um den Beitrag an die Stabilisierung Europas in verschiedenen Bereichen. Das wollen wir in aller Breite überprüfen und Ihnen etwas gut Fundiertes vorlegen.

Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen
Le conseil décide sans opposition d'entrer en matière

Detailberatung – Discussion par articles

Titel und Ingress

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Titre et préambule

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 1

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Antrag Bührer

Abs. 2

a. 310 760 000 Fr. (Kürzung um 49 300 000 Fr. ohne Einbezug der 3. Etappe)

Art. 1

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Proposition Bührer

Al. 2

a. 310 760 000 fr. (Réduction de 49 300 000 fr. sans intégration de la 3e étape)

Abs. 1 – Al. 1

Angenommen – Adopté

Abs. 2 Bst. a – Al. 2 let. a

Frau Bührer: Ich beantrage Ihnen, den Kredit für den in Anhang 1 unter Ziffer 232 aufgeführten Waffenplatz Herisau-Gossau nicht zu bewilligen. Damit würde aus der momentanen Baupause ein Baustopp. Mein Antrag tangiert die dritte Etappe, die vom Nationalrat ins Bauprogramm aufgenommen wurde, nicht. Das Parlament hat vor einem Jahr die erste Etappe bewilligt. Das EMD konnte sich also auf eine klare und rechtsgültige Grundlage stützen, als es die Bauarbeiten in Angriff nahm.

Trotzdem, rechtlich einwandfrei zu handeln – was ich dem EMD attestiere – und klug zu handeln, muss nicht deckungsgleich sein. Ich bin der Meinung, dass sich ein Vorhaben in jedem Zeitpunkt die Frage gefallen lassen muss, ob Ziel und Richtung stimmen, noch stimmen. Selbst wer im falschen, bereits fahrenden Zug sitzt, tut gut daran, sich zu überlegen, ob und wie es möglich wäre, so rasch wie möglich auszusteigen, und sei es durch die Betätigung der Notbremse.

Mit Neuchlen-Anschwilen sitzen wir im falschen Zug, davon bin ich überzeugt. Ich befinde mich mit meiner Meinung in guter und zahlreicher Gesellschaft. Der neuste Stand der Unter-

schriftensammlung ist beeindruckend. Es sind auch Organisationen dazu gestossen, wie etwa der Naturschutzverein St. Gallen, die nicht einfach mit dem Etikett der Armeefeindlichkeit versehen werden können. Ich bin mir natürlich bewusst, dass der sogenannte Druck von der Strasse nicht als gutes Argument gilt. Wozu haben wir ausgedehnte verfassungsmässige Volksrechte? Wenn es ums Militär geht, muss man allerdings in Rechnung stellen, dass die direkte Demokratie inexistent ist, und die Volksvertreter sind – wenn ich mir Sie, meine verehrten Kollegen, in Uniform vorstelle – vielleicht doch etwas gar militärlastig.

Gegen die Realisierung des Projektes sprechen sachliche Gründe. Ein erster, wichtiger Stein des Anstosses betrifft den Natur- und Landschaftsschutz. Ich kenne die Landschaft aus eigener Anschauung. An Sonntagen wird die Gegend offenbar von der Bevölkerung rege besucht. Ein St. Galler Kollege sagte mir, so schön wie in der Gegend von Neuchlen-Anschwilen sei es bei ihnen überall. Ich will dem nicht widersprechen, nur spricht das nicht dagegen, diese Landschaft zu erhalten.

Dass Naturschutzvereinigungen zu den Opponenten gestossen sind, unterstreicht dies. Zwar verspricht der Departementsvorsteher in bezug auf den Natur- und Landschaftsschutz sehr viel. Ich zitiere kurz aus seinem Votum im Nationalrat: «Der Natur- und Umweltschutz wurde von Anfang an in der Planung berücksichtigt. Die Belange waren von Anfang an wesentlicher Bestandteil.» Oder: «Die Begehren des Natur- und Landschaftsschutzes werden soweit wie nur möglich berücksichtigt.» Und schliesslich ein letztes Zitat: «Wir werden alles tun, die Landschaft nicht unnötig zu zerstören.» Das sind Zusagen. Aber beim genaueren Hinsehen muss man doch erkennen, dass sie meist unverbindlich sind.

Ich will dem EMD und insbesondere dem Departementsvorsteher den guten Willen keineswegs absprechen. Nur, wir müssen den Realitäten ins Auge blicken. Es geht nicht an, so zu tun, als wäre der Natur- und Landschaftsschutz geradezu Triebfeder des Tuns und Lassens des EMD. Ich zitiere wiederum den Departementsvorsteher, der sagt, dass Massnahmen zur «Erhaltung und Erweiterung von Naturschutzgebieten, Erhaltung und wenn möglich Erweiterung von Lebensgemeinschaften von Tieren und Pflanzen» ergriffen würden. Oder ein weiteres Zitat: «Für mich besteht kein Zweifel, dass das ganze Waffenplatzgebiet Breitfeld Neuchlen-Anschwilen, so wie es bei anderen Waffenplätzen der Fall ist, in naturschützerischer Hinsicht ganz wesentlich aufgewertet wird.» Es ist doch eine Tatsache, dass beim Bau eines Waffenplatzes die Landschaft zwangsläufig verbetoniert wird. Und dies trotz all den Bemühungen und trotz Begrünung und obwohl an den Rändern – wie das bei anderen Waffenplätzen geschehen ist – Nischen entstehen, die biologisch wertvoll sind.

Heute erleben wir in Neuchlen-Anschwilen einen naturnahen Raum, eine eindrückliche Landschaft, auch wenn der wirkende Mensch dort eine Kulturlandschaft geschaffen hat. Das Vorhaben des EMD wird, muss schwerwiegende Beeinträchtigungen bringen im Landschaftsbild, durch den Lärm und den zusätzlichen Verkehr.

Selbst wenn alles nur Erdenkliche zugunsten des Natur- und Landschaftsschutzes getan wird, ist der Eingriff zerstörerisch. Das schleckt keine Geiss weg. Etwas anderes zu sagen, ist schönfärberisch.

Natürlich muss nun gefragt werden, ob tatsächlich alles nur Erdenkliche unternommen wurde und wird. Zweifel sind angebracht. Am Technikum Rapperswil wurde eine Studie verfasst, die zu einem niederschmetternden Ergebnis kommt. Ich zitiere: «Wesentliche Auswirkungen wurden überhaupt nicht untersucht in der Umweltverträglichkeitsprüfung.» Die Schlussfolgerung der Studie steht in eklatantem Widerspruch zu derjenigen des EMD. Zitat: «Das Projekt Neuchlen-Anschwilen in der heute vorliegenden Form ist nicht umweltverträglich.»

Ein weiterer Schwachpunkt des Vorhabens zeigt sich bei der Frage nach dem Bedürfnis. 1980 musste die Kaserne St. Gallen dem Nationalstrassenbau weichen und geräumt werden. Strassen werden nicht über Nacht gebaut. Ein Jahrzehnt der Planung geht voraus. Was taten die Verantwortlichen des EMD in den gut zwei Jahrzehnten, seitdem feststeht, dass die Ka-

serne geräumt werden muss? Haben sie geschlafen? Oder ist nicht vielmehr der Schluss zwingend, dass mit den Provisorien ganz gut über die Runden zu kommen war? Hätte in diesen 20 Jahren eine sukzessive Renovation und Erneuerung der als Ausweichquartiere benutzten Anlagen stattgefunden, müsste man heute nicht auf die unzumutbaren Zustände hinweisen und damit unzulässigen Druck auf uns – die politischen Entscheidungsträger – ausüben.

Ich weigere mich, die Schuld für unzumutbare Verhältnisse in den heute benutzten Unterkünften auf mich zu nehmen. Ich widerspreche Ihnen, Herr Bundesrat Villiger, wenn Sie sagen – ein Zitat aus Ihrem Votum im Nationalrat –: «Der Uebergang vom alten zum neuen Waffenplatz geht über Provisorien schrittweise und sehr logisch vor sich.» Von Logik kann nach Jahrzehnten des Provisoriums keine Rede sein. Von Logik kann auch angesichts der sinkenden Bestände und des Wandels im Bedrohungsbild keine Rede sein. Die Einsicht – ich zitiere Sie ein letztes Mal –: «Das Militärdepartement muss im wesentlichen mit dem auskommen, was wir jetzt haben. Das ist auch meine Politik. Wir wollen auf bestehenden Waffenplätzen die Infrastrukturen laufend verbessern, wir wollen die Nutzung der Waffenplätze besser koordinieren», diese Einsicht – ich begrüsse diese Einsicht – muss sofort in die Tat umgesetzt werden und nicht erst, nachdem in Neuchlen-Anschwilen Irreversibles getan wurde.

Der überraschend grosse Erfolg der Unterschriftensammlung für die Initiative «40 Waffenplätze sind genug» muss zu denken geben. Er zeigt, dass es für die Bevölkerung schwer verständlich ist, dass im Zeichen der neuen Situation in Europa diese alten Pläne nicht überdacht werden. Ist die Realisierung wirklich noch sinnvoll? Müsste nicht, bevor Irreversibles geschieht, ein neues Leitbild für unsere Armee vorliegen? Müsste nicht nachgedacht, geprüft, allenfalls angepasst und redimensioniert werden?

Mein Antrag öffnet die Möglichkeit dazu. Die Frage muss ernsthaft und unvoreingenommen, wenn nötig mit auswärtigen Experten, geprüft werden, ob nicht die ausgewiesenen Bedürfnisse der Rekruten anders befriedigt werden könnten? Es hätte – ich betone das noch einmal – gar nie soweit kommen dürfen, dass von unzumutbaren Verhältnissen für die Rekruten gesprochen werden muss. Die Verantwortung für diese Situation trägt das EMD. Niemand, auch die Unterzeichner der Initiative «40 Waffenplätze sind genug» nicht, wünscht, dass die Rekruten Unzumutbares ertragen müssen. Aber es fehlt das Vertrauen, dass das Projekt Neuchlen-Anschwilen – dieser alte, überdimensionierte Hut – tatsächlich noch das Richtige und einzig Richtige sein könnte, um die Bedürfnisse zu befriedigen.

Der Vertrauensschwund im Volk ist unübersehbar. Das haben auch die Abstimmungen über Rothenthurm und über die Abschaffung der Armee gezeigt. Wäre es in dieser Situation nicht angezeigt, anstatt des rechtlich Möglichen das politisch Kluge zu tun? Es könnte sonst sein, dass die Armee gar nicht von ihren Gegnern abgeschafft wird.

Küchler, Berichterstatter: Ich muss vorausschicken, es geht nun bei diesem Budget in der Tat nicht mehr um die Grundsatzfrage: Ja oder Nein zum Waffenplatz Neuchlen-Anschwilen, sondern es geht lediglich um eine weitere Ausbautranche bzw. um die zweite und dritte Ausbautranche. Den Grundsatzentscheid haben wir letztes Jahr mit 36 zu 0 Stimmen eindeutig gefällt. Also Frau Kollegin Bühler, Sie haben letztes Jahr auch nicht gegen den Waffenplatz Neuchlen-Anschwilen gestimmt.

Ein Zweites: Sie haben das Schwergewicht vor allem auf den Landschafts- und Naturschutz gelegt und haben gesagt, es sei mit grossen Beeinträchtigungen zu rechnen. Ich möchte erwähnen, dass das ganze Gelände eine Fläche von rund 223 Hektaren, also 2,23 Quadratkilometer umfasst. Der Bund konnte das Gelände durch Abtausch mit dem Kanton St. Gallen einerseits und durch den Arrondierungskauf eines landwirtschaftlichen Betriebes erwerben. Für die eigentlichen militärischen Anlagen und Bauten benötigt man ganze 13 Hektaren. Rund 200 Hektaren stehen also den fünf Landwirtschaftsbetrieben weiterhin als Produktionsgrundlage zur Ver-

fügung. Wo da von einer intensiven Beeinträchtigung der Landschaft in Zukunft die Rede sein kann, ist mir unerklärlich. Ein Weiteres: Wir haben in bezug auf diesen Waffenplatz eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchführen lassen, und zwar notabene zu einem Zeitpunkt, als noch keine rechtliche Verpflichtung dazu bestand. Die UVP datiert vom Oktober 1988 und Februar 1989, ist also eine zeitgemässe, eine aktuelle UVP. Sie war bereits vorhanden, als das Parlament über den Grundsatzentscheid urteilte.

Frau Kollegin Bühler, Sie sagen, das neue Leitbild für die Armee müsse zuerst vorliegen. Ich habe beim Eintreten ausgeführt, dass wir auch bei einer neuen sicherheitspolitischen Lagebeurteilung nach wie vor eine Armee benötigen, dass auch die Sicherheitspolitik der KSZE in Zukunft auf Armeen der einzelnen Länder abstellen wird. Solange wir aber eine Armee haben, müssen wir dieser Armee auch Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen können. Aus all diesen Gründen hat die Militärkommission den Kredit noch einmal eingehend diskutiert. Sie hat sich auch Überlegungen gemacht, ob die dritte Etappe mit einbezogen werden sollte. Dabei kam die Kommission aus folgenden vier hauptsächlichsten Überlegungen dazu, dem Nationalrat zugunsten der Aufstockung zuzustimmen.

1. Die Realisierung des gesamten Waffenplatzes ist wirklich überfällig. Die seit 10 Jahren bestehenden Provisorien müssen baldmöglichst ersetzt werden?

2. Das Vorziehen des Kreditbeschlusses gibt eine grössere Flexibilität bezüglich Bauprogramm, insbesondere des Zeitprogrammes für die Bauausführungen. Das Ganze ermöglicht so eine sinnvollere Baurealisierung.

3. Wir können gleichzeitig mit dem Einbezug der dritten Etappe ein klares und unmissverständliches politisches Signal für die umfassende Erstellung des Waffenplatzes und für die neue Investitionspolitik des EMD setzen. Wir wollen nämlich künftig, wie wir ausgeführt haben – wie auch Herr Bundesrat Villiger unterstrichen hat –, vermehrt in den Menschen und in die Ausbildung investieren.

4. Wir sollten in unserem Rate bedenken, dass es nicht klug wäre, in diesem Punkt eine Differenz zum Nationalrat zu schaffen und damit erneute homerische und emotionale Diskussionen auszulösen. Der Nationalrat hat mit einem klaren Ergebnis, mit 128 zu 59 Stimmen, dem Einbezug der dritten Etappe beziehungsweise der Aufstockung des Kredites zugestimmt. Ich möchte Sie also bitten, keine Differenz zu schaffen und auch hier der Aufstockung zuzustimmen.

Rüesch: Wir leben bekanntlich im Zeitalter der Betroffenheitsdemokratie. Ich spreche jetzt ebenfalls als Betroffener, denn ich bin in dreifacher Hinsicht betroffen: Einmal als ehemaliger Regierungsrat des Kantons St. Gallen, der sich während Jahrzehnten mit diesem Projekt befasst hat; zweitens liegt der Weiler Anschwilen in meiner Heimatgemeinde, in der ich aufgewachsen bin, Frau Bühler, und in der ich noch einen Teilwohnsitz habe; drittens bin ich betroffen als Bekannter und Verwandter vieler Rekruten, die mich immer wieder auf diese unzumutbaren Verhältnisse ansprechen.

Ich bitte Sie, den Antrag Bühler aus der Sicht des Betroffenen aus folgenden Gründen abzulehnen:

1. Frau Bühler, nicht wir sitzen im falschen Zug – unsere Rekruten sitzen im falschen Camion, in dem sie täglich 30 Kilometer hin und her fahren müssen, um ihre Arbeitsplätze zu erreichen. Wo bleibt hier der Umweltschutz?

2. Das Schweizer Volk hat es abgelehnt, und zwar mit Zweidrittelmehrheit, die Armee abzuschaffen. Unsere Pflicht ist es, jetzt auch dafür zu sorgen, dass sie nicht in Raten und unter falschen Vorwänden abgeschafft wird. Einer dieser falschen Vorwände ist der von Ihnen so sehr bemühte Natur- und Landschaftsschutz. Ich kenne Anschwilen, ich habe es in den letzten 50 Jahren Dutzende Male durchwandert. Als Kind mit meinem Vater, als Vater mit meinen Kindern und heute als Grossvater. Ich kann Ihnen sagen: Dieses Gebiet war nie ein Naherholungsraum. Die Bauern hätten uns verjagt, wenn wir da oben in dieser Kulturlandschaft Naherholung betrieben hätten. Naherholungsraum war das Breitfeld und ist es heute noch. Das Breitfeld ist ein militärisch genutzter Raum, der läng-

stens überbaut wäre wie die andere Strassenseite Richtung Gossau, wenn es kein Militär gäbe.

Das Militär hat schliesslich auch die Kreuzbleiche mitten in der Stadt erhalten, weil dort ein Exerzierplatz war. Diese Kreuzbleiche gibt das Militär nun der Bevölkerung als Naherholungsraum mitten im Stadtgebiet. Ein wunderbares Gebiet ist hier dank dem Militär erhalten geblieben.

Es stimmt auch nicht, dass es sich in Anschwilen um einen neuen Waffenplatz handelt. Man hat die Kaserne St. Gallen freigegeben, die Kreuzbleiche mitten in der Stadt freigegeben, man hat das Burentobel und das Sittertobel freigegeben. All diese Räume gehen in die Naherholungszone ein. Die Vorlage ist im Grunde genommen nichts anderes als ein Realersatz, der übrigens dafür sorgt, dass in den nächsten 50 Jahren dieses Gebiet ganz sicher nicht eingezont und überbaut werden kann, das man heute als Naherholungsgebiet so rühmt.

Frau Bühler, wenn Sie sagen, die Unterschriftensammlung mache Ihnen Eindruck: mir macht Eindruck, wie politische Wendehälse, die in diesem Hause noch für diese Vorlagen gestimmt haben, nachdem die Stimmenzahl gegen die Armee ein bisschen grösser als angenommen war, plötzlich ihre Meinung wechseln. Wenn wir uns so beeindruckt lassen, dass wir bei jeder Initiative, die lanciert wird, hier die Politik ändern, können wir zusammenpacken.

Sie sind sicher auch nicht der Meinung, dass man die 10. AHV-Revision nicht vornehmen soll, weil noch einige Initiativen laufen. Die Politik muss weitergehen, bis neue Rechtsverhältnisse geschaffen sind, sonst kann man mit dem Druck irgendeiner Initiative das Parlament jederzeit lahm legen. Wollen Sie eigentlich ab danken?

Ich bin der Auffassung, dass es sich hier um einen wohlwogeneren Realersatz handelt, ein Objekt, das in erster Linie unseren Rekruten dient. Wenn gewisse Leute im Nationalrat unzumutbare Verhältnisse in der Armee wollen, so dass die Rekruten nicht mehr zufrieden sind, dann ist dies ein Versuch, die Armee auf diesem Umweg abzuschaffen. Ich stelle indes in St. Gallen fest, dass die Spitzenleute, die hier als Gegner an vorderster Front mitmachen, die gleichen sind, die für die Armeeabschaffungs-Initiative auf der Piste waren. Diese Leute sollen doch jene Initiative noch einmal lancieren und nicht auf Umwegen versuchen, die Armee kalt zu erledigen!

Aus all diesen Gründen bitte ich Sie dringend, im Interesse unserer Jugend, die wir mit der Abstimmung letztes Jahr zum Dienst verpflichtet haben, dem Kredit zuzustimmen.

Schoch: Ich habe jetzt ein bisschen Mühe mit Herrn Rüesch, nachdem er für sich in Anspruch nimmt, am intensivsten vom Kasernenprojekt Neuchlen-Anschwilen betroffen zu sein. Bis jetzt bin ich nämlich davon ausgegangen, ich sei davon am direktesten betroffen, aber ich muss Ihnen gestehen, mit einer Heimatgemeinde am Standort des neuen Waffenplatzes kann ich nicht aufwarten. Ich konzidiere also Herrn Rüesch, dass er die Situation vielleicht ein bisschen besser kennt als ich, aber das schliesst immer noch nicht aus, dass ich die Verhältnisse auch meinerseits sehr gründlich kenne, nicht erst seit gestern und nicht erst seit letztem Frühjahr, als die Bauarbeiten im Raum Neuchlen-Anschwilen begannen, sondern seit Jahrzehnten.

Es liegt mir daran, aus dieser Optik heraus hier zwei, drei Überlegungen in die Diskussion einzubringen, Überlegungen, die bis jetzt vielleicht ein bisschen zu kurz gekommen sind. Die Ausweichverhältnisse – Frau Bühler –, die Verhältnisse an den Ausweichstandorten Urnäsch und Bronschhofen, die nach dem Abbruch der Kaserne St. Gallen bezogen worden sind, sind gar nicht so schlecht. Es ist nicht so, dass dort Probleme bestehen würden. Schlecht ist aber, dass im Raum Urnäsch und im Raum Bronschhofen keine Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen und dass die Rekruten von Bronschhofen und von Urnäsch laufend mit Camions ins Breitfeld geführt werden müssen, um dort Ausbildung betreiben und schießen zu können.

Von Urnäsch her messen ein Weg ungefähr 15, zwei Wege ungefähr 30 km, von Bronschhofen sind es über 30 km ein Weg, 60 km zwei Wege. Ich brauche wohl nicht darauf hinzuweisen, dass diese Situation in verschiedener Hinsicht höchst unbe-

friedigend ist. Es sind Zeitverluste in Kauf zu nehmen, es sind Unfallgefahren für die Rekruten in Kauf zu nehmen – und auch für andere Teilnehmer am Strassenverkehr –, und es ist überdies aus umweltschutztechnischen Gründen unverwünscht, wenn zum Erreichen der Ausbildungsplätze täglich Fahrten von so grosser Distanz zurückgelegt werden müssen. Das ist der wesentliche Aspekt: die Tatsache, dass die Rekruten von Bronschhofen bei Wil und von Urnäsch ins Breitfeld gefahren werden müssen, damit sie eben ihrer Ausbildung obliegen können.

Unbefriedigend ist demgegenüber die Situation in der Kaserne Herisau, wo eine dritte Kompanie im Dachstock untergebracht ist. Als ich meinerseits die Rekrutenschule in der Kaserne Herisau absolvierte – schon damals stand keine Turnhalle zur Verfügung –, turnte man bei Regenwetter im Dachstock. Heute sind dort Rekruten untergebracht, und zwar eine Kompanie. Man hat einfach Eisengestelle in diesem Dachstock plaziert, keinerlei Infrastruktur angebracht, sowieso kein Wasser in den Dachstock hochgezogen; dort schläft jetzt eine Kompanie Rekruten, weil sie sonst nirgendwo Platz hat. Im Sommer ist es brütend heiss und im Winter eiskalt, und wer zur Toilette muss, der muss eine Treppe tiefer steigen, wer die Zähne putzen will ebenfalls, und dort teilt er dann Toiletten oder Waschräume mit der zweiten Kompanie, die in der unteren Etage untergebracht ist.

Einer meiner Söhne hat als Füsilierrekrut dort die Rekrutenschule gemacht. Ich muss sagen, er hat es überstanden, ohne Schaden zu nehmen, er wird auch nie mehr in die Lage kommen, dort eine Rekrutenschule zu absolvieren. Die Resistenz ist bei unseren Rekruten schon so hoch, dass sie das hinter sich bringen, ohne an Leib oder Seele Schaden zu nehmen, aber auch mein Sohn war der Meinung, eine Verbesserung sei dringend notwendig; das ist in der Tat der Fall. Es ist notwendig und es ist geboten, dass wir hier bessere Verhältnisse schaffen.

Ich bin mit Ihnen einverstanden, Frau Bühler, man hätte die Verbesserung der Situation vor Jahren an die Hand nehmen müssen, das ist richtig. Und ich habe mich selber mehr als einmal gründlich geärgert, denn das EMD hat hier geschlafen. Das trifft nicht den heutigen Chef des EMD, er muss ausbaden, was seine Vorgänger – aus welchen Gründen auch immer – aufs Eis gelegt haben. Ich bedaure das, und ich hätte mich gefreut, wenn Herr Villiger seine Kräfte anderen Problemen hätte widmen können; es gäbe genügend Probleme zu lösen. Aber die Tatsache, dass das verschleppt worden ist, dispensiert uns nicht davon, das Problem heute anzupacken und einer sinnvollen Lösung zuzuführen.

Es trifft zu, dass die Gegend um Neuchlen-Anschwilen natürlich heute grün ist und, wenn dann die Kaserne einmal steht, nicht mehr ausschliesslich grün sein wird. Aber dazu ist zweierlei zu sagen: Es ist einfach eine grüne Landschaft, wie wir sie tatsächlich rund um St. Gallen, rund um Herisau in ungezählter Wiederholung immer wieder vorführen können. Es handelt sich aber auch um eine Landschaft, deren Boden überdüngt und verdichtet vom vielen Befahren mit Druckfässern und Traktoren ist. Sie ist grün und schön, aber auch gezeichnet von intensiver landwirtschaftlicher Nutzung. Diese intensive landwirtschaftliche Nutzung wird in Zukunft einer extensiven Nutzung weichen, und ich meine, dass da vielleicht sogar ein gewisses Äquivalent zur Tatsache geschaffen wird, dass wir eben zum Teil auch Häuser in die Gegend hineinstellen.

Wenn wir unseren Rekruten eine zeitgemässe Ausbildung vermitteln wollen, dann brauchen wir Kasernen und Ausbildungsanlagen, z. B. Theorieräume und Turnhallen, Sporthallen und ähnliches. Ich meine, dass es richtig ist, wenn das im Raum Neuchlen-Anschwilen erstellt wird.

Ich bitte Sie daher, dem Antrag von Frau Bühler nicht und jenem der Kommission dafür zuzustimmen.

Schönenberger: Sie werden verstehen, dass ich als St. Galler zu dieser Frage ebenfalls kurz das Wort ergreife, obwohl im Grunde genommen alles gesagt ist. Aber auch ich will aus meinem Herzen keine Mördergrube machen. Die Situation ist ja so furchtbar einfach, so schrecklich einfach: Die Kaserne St. Gallen, die der N 1 hat weichen müssen, muss ersetzt wer-

den. Es hat gar keinen Sinn, uns heute lange darüber zu unterhalten, dass wir mit dem Ersatz dieser Kaserne viel zu lange zugewartet haben, denn vor zehn Jahren noch wäre der Neubau überhaupt kein Problem gewesen. Heute weiss jeder, der sich mit den Problemen auch nur am Rande befasst, dass die Effizienz der Ausbildung unter den gegebenen Verhältnissen stark leidet. Es weiss aber auch jeder – und Sie, Frau Bühler, müssen das unbedingt wissen –, dass insbesondere die Umwelt unter den gegebenen Verhältnissen leidet; Herr Rüesch hat auf die Distanzen hingewiesen, die täglich mit Lastwagen zurückgelegt werden, um die Rekruten zu transportieren.

Der Gang der Dinge entwickelt sich weiterhin sehr einfach. Das Parlament hat praktisch in Einmütigkeit diesen Waffenplatz gutgeheissen, hat ja gesagt. Und dann geschahen plötzlich Zeichen und Wunder: Im Zusammenhang mit der Abstimmung über die Initiative betreffend Abschaffung der Armee haben sich die Armeegegner – ich bezeichne sie auch heute als solche, auch wenn sie es nicht gerne hören – zusammengetan und haben in Neuchlen-Anschwilen mit Demonstrieren begonnen. Und dann geschahen noch viel unglaublichere Dinge: Plötzlich waren Parlamentarier bei und unter diesen Demonstranten, die hier in Bern für diesen Waffenplatz den Finger hochgehalten hatten. Erst seit die Meinung eines gewissen Teils der Bevölkerung geändert hat, sind diese gleichen Parlamentarier in Neuchlen-Anschwilen anzutreffen und wettern gegen den Waffenplatz. Dabei sind sie nicht einmal so ungeschickt vorgegangen. Sie haben gelernt aus Rothenthurm und gefunden, die wunderbare Moorlandschaft von Rothenthurm sei mit der grünen Landschaft im sanktgallischen Neuchlen-Anschwilen zu vergleichen. So setzen sie wieder auf die gleiche Karte. Der Erfolg kann sein, dass die Naturschützer gutgläubig auf diesen Wagen aufspringen und – im vermeintlichen Glauben, hier etwas ganz Besonderes schützen zu müssen – ebenfalls gegen diesen Waffenplatz antreten. Wenn Frau Bühler findet, sie befinde sich in guter und angesehener Gesellschaft bei diesen Waffenplatzgegnern, dann würde ich doch sagen: Ich für meinen Teil halte es mit den Befürwortern dieses Waffenplatzes. Aber jeder, der denkt, weiss genau, dass dem Natur- und Landschaftsschutz viel mehr gedient ist, wenn in Neuchlen-Anschwilen ein Waffenplatz entsteht – sie können darüber die Biologie-Professoren der ETH in Zürich fragen; sie haben sich schon in Rothenthurm seinerzeit entsprechend geäussert –, als wenn die Landwirte den Boden recht intensiv bewirtschaften. Der Beweis dafür ist längstens erbracht, aber man will dies nicht wahrhaben.

Frau Bühler hat vom Vertrauensschwund gesprochen. Sie hat darüber gesprochen, dass jene die Armee abschaffen würden, die gar nicht gegen die Armee seien. In diesen Vertrauensschwund hat sie Rothenthurm miteinbezogen, und sie hat die Initiative über die Abschaffung der Armee beigezogen. Ich danke Ihnen, Frau Bühler, dass Sie hier Rothenthurm als Paradebeispiel anführen. Bei Rothenthurm hat man nämlich immer behauptet, es gehe überhaupt nicht um die Armee, es gehe es lediglich um die Landschaft. Sie haben mir heute die Bestätigung abgegeben, dass es in Rothenthurm, von den Urhebern aus gesehen, ebenfalls gegen die Armee ging. Aber auch dort sind die Gutgläubigen zuhauf auf den Karren der Initianten aufgesessen und haben diesem zum Abstimmungserfolg verholfen.

Ich möchte noch etwas sagen: Die Kritik am Finanzgebaren des EMD ist auf der Tagesordnung. Sie kommt aus den ungefähr gleichen Kreisen, die heute gegen diesen Waffenplatz anrennen, nachdem sie ihn ursprünglich – ich muss wieder daran erinnern – gutgeheissen haben. Niemand von diesen Leuten spricht aber davon, wie viele hunderttausend oder Millionen Franken der Bund für die Bewachung der Bauarbeiten auf dem Waffenplatz Neuchlen-Anschwilen auslegen muss. Wenn man schon immer von Demokratieverständnis spricht und wenn man immer das Demokratieverständnis in den Vordergrund rückt, weshalb will man dann nicht einsehen, dass die Besetzermethode eine absolute Ungeheuerlichkeit in unserem Rechtsstaat darstellt, die von jedem vehement abgelehnt werden muss, der auch nur eine einigermaßen demokratische Gesinnung hat? Dasselbe gilt für die Initiative «40 Waffenplätze sind genug». Was bedeutet diese Initiative

anderes als die Rückgängigmachung eines rechtens zustande gekommenen Entscheides mittels der Rückwirkung einer Initiative? Ich glaube, darüber muss ich mich gar nicht lange auslassen.

Ich möchte nur zu bedenken geben: Setzt der Vertrauensschwund beim Bürger nicht vielmehr ein, wenn gewisse Minderheiten, die sich nicht mit einem korrekt zustande gekommenen Mehrheitsbeschluss abfinden können, zu solch fraglichen Mitteln greifen, um den Staat in seinen Grundwerten zu erschüttern?

Frau Bühler, Sie haben davon gesprochen, es liege ein unzulässiger Druck gegenüber uns als politischen Entscheidungsträgern vor. Nein, dieser Druck liegt keineswegs vor. Druck liegt höchstens von der Strasse her vor. Er stammt von einer kleinen Minderheit, der mich zu beugen ich nie und nimmer gewillt bin. Der unzulässige Druck kommt von jenen, die heute mit allen fraglichen und verwerflichen Mitteln gegen diesen Waffenplatz ankämpfen; gegen diese Leute heisst es sich in Position zu stellen.

Ich bitte Sie daher, den Antrag Bühler abzulehnen. Es muss endlich ein Strich unter die Rechnung gemacht werden. Ich glaube, ich darf ruhig sagen, dass der Grossteil der Ostschweizer Bevölkerung hinter dem Waffenplatz Neuchlen-Anschwilen steht, weil das infanteristische Ausbildungszentrum auch in der Ostschweiz eine Notwendigkeit darstellt, weil unsere jungen Leute es verdienen, in einigermassen akzeptablen Verhältnissen untergebracht zu werden.

Onken: Herr Schönenberger hat davon gesprochen, dass sich Zeichen und Wunder ereignet hätten, und er sieht diese Zeichen und Wunder in der Präsenz von Politikern als Wendehälse auf dem Waffenplatz Neuchlen-Anschwilen. Ich finde auch, dass sich Zeichen und Wunder ereignet haben, aber an einem ganz anderen Ort. Ich sehe sie in der friedlichen Revolution, die im Osten stattgefunden hat, im Weg zur Demokratie, den diese Länder jetzt gehen, im Zerfall der Machtblöcke, im Schwinden alter Feindbilder. Das ist doch das wahre Wunder, das sich vor kurzem, für uns alle völlig überraschend, ereignet hat. Und das begründet doch die völlig neue Situation, vor der wir jetzt stehen, die in den siebziger und achtziger Jahren nicht voraussehen war, als diese Planungen stattgefunden haben.

In dieser Situation findet jetzt auch hierzulande ein Ueberdenken statt. Es hat auch das EMD erfasst. Wir werden bald einen Bericht über die Sicherheitspolitik diskutieren. Wir werden über ein neues Armeeleitbild beraten. Wir wissen bereits – das ist in Aussicht gestellt –, dass die Bestände reduziert werden sollen. Man spricht davon, von 550 000 auf 400 000 Mann zu reduzieren usw. Es wird also ganz erhebliche Auswirkungen auf die Konzeption unserer Sicherheitspolitik, auf die Ausgestaltung unserer Armee geben.

Da stellt sich doch nun die Frage: Soll nicht eine Denkpause stattfinden? Soll etwas einfach durchgezogen werden, das unter ganz anderen Voraussetzungen, in einer ganz anderen Konstellation erarbeitet und entwickelt worden ist und aus der damaligen Sicht sogar richtig war? Heute sind doch die Voraussetzungen andere, und da meine ich, ist eine Denkpause erforderlich.

Was kürzlich der Nationalrat gemacht hat – und der Ständerat will sich dem jetzt anschliessen – mit der Aufstockung des Kredites, mit dem Einbezug der dritten Tranche, das kommt mir nachgerade wie eine Trotzreaktion vor. Es sei ein Signal für die neue Investitionspolitik – so hat Herr Kollege Küchler gesagt –, aber es ist eigentlich ein Signal in die andere Richtung, nicht in die Richtung, die selbst Herr Bundesrat Villiger mit dem Zurückschrauben, mit dem Opferbringen angedeutet hat. Da wäre meines Erachtens ein grösseres Masshalten auch von unserer Seite notwendig gewesen.

Hier jedoch meine ich, ist eine Denkpause sicher vertretbar, begründbar. Viele Menschen sind von dieser Sorge erfüllt. Es ist nicht so, dass alles so «furchtbar einfach» ist, wie Kollege Schönenberger gesagt hat. Es gibt auch die «terrible simplification», die da manchmal stattfindet. Viele Menschen spüren, dass sich da etwas bewegt, dass sich etwas verändert hat, und viele – vielleicht auch aus dieser momentanen Unsicherheit

heraus – sind bereit zu sagen: Nein, hier soll jetzt nichts übers Knie gebrochen werden, hier ist es vertretbar, dass man zunächst einmal innehält, die neuen Konzeptionen durchdenkt, bearbeitet und erst dann einen Schritt weitermacht. Es kann ja sein, dass wir ohne weiteres mit den bestehenden Waffenplätzen auskommen, dass dieses Neuchlen-Anschwilen – unter neuen Voraussetzungen – vielleicht gar nicht gebaut werden muss. Da meine ich, es sollte nicht mit der Brechstange etwas durchgesetzt werden, was vielleicht sinnvollerweise nochmals überdacht werden kann.

Rüesch: Herr Onken, zu den Zeichen und Wundern: Die Initiative kam nach dem Fall der Berliner Mauer zur Abstimmung. Diese war bereits gefallen. Das Wunder war geschehen, und dass trotzdem zwei Drittel des Volkes uns den Auftrag erteilt haben, diese Milizarmee aufrechtzuerhalten, ist auch ein Wunder, auch ein Zeichen für uns – ein Zeichen, diese Armee nun weiterzuführen. Wir führen sie weiter als Milizarmee, und wenn wir die Bestände kürzen, dann von oben nach unten und nicht in der Breite. Wir brauchen also weiterhin Ausbildungsplätze für alle jungen Männer eines Jahrgangs.

Dieser Auftrag ist uns vom Volk gegeben worden. Deshalb müssen wir für Ausbildungsplätze sorgen. Das Zeichen ist uns vom Volk gegeben, und die Rekruten erwarten von uns noch Wunder.

Bundesrat Villiger: Herr Schoch hatte natürlich recht, als er vorhin sagte, wahrscheinlich würde sich der Departementsvorsteher lieber mit andern Fragen beschäftigen als mit dieser Kaserne. In der Tat hätten wir existenziellere Probleme als dieses, aber es steht nun einmal im Raum und muss in irgendeiner Art bewältigt werden.

Ich möchte kurz zur Bedürfnisfrage etwas sagen und kann dann nachher noch einige rechtliche und politische Feststellungen machen.

Im Prinzip stimme ich Herrn Onken zu, wenn er von Zeichen und Wundern beim Umbruch in Europa spricht. Das ist eindrücklich, und es mahnt fast an ein Wunder, wie positiv sich eine Kette von Abläufen in Europa bewegt hat. Ich habe ja vorhin gesagt, dass wir Grund haben, auf ein besseres Europa zu hoffen.

Das alles akzeptiere ich, und wir werden es einbeziehen müssen in unsere Ueberlegungen zur Zukunft der Armee und ihrer Aufgaben. Aber ich glaube, dies steht nicht im Zusammenhang mit dem Objekt hier. Ich habe zwar ein gewisses Verständnis dafür, dass sich gewisse Mitbürgerinnen und Mitbürger, die sich nicht mit den Details befassen, fragen: Ist das nun wirklich nötig, soviel in eine Kaserne zu investieren, wo andere abbauen? Ich meine, dass es sicher nicht existenziell ist für unsere Armee. Es hängt davon ab, was Sie den Rekruten dort noch gönnen oder nicht. Aber das Projekt ist vertretbar und – meine ich – auch richtig; es hat nichts mit martialischem Imponiergehabe oder ähnlichem zu tun.

Ich gehe jetzt nicht mehr auf die Geschichte ein. Diese wurde von einigen Rednern hier erwähnt: von Herrn Schönenberger, von Herrn Rüesch. Das Projekt ist ein Ersatz für eine Kaserne. Seit 1878, also seit mehr als hundert Jahren, wird die Infanterie aus Appenzell, St. Gallen und Thurgau auf dem Waffenplatz St. Gallen-Herisau ausgebildet, und seit dieser Zeit gehört auch das Breitfeld, ein Teil des Uebungsgebietes, dem Bund. Es ist genau das passiert, was in Basel, Zürich, Lausanne auch passiert ist: Die Kaserne ist aus der Agglomeration verdrängt worden und braucht ein neues Gelände. Nur darum geht es. Das Ersatzgelände in Neuchlen-Anschwilen gehört dem Bund seit 1975, also auch schon sehr lange. Ursprünglich war vorgesehen, im Burentobel weiterzumachen, was wegen der Autobahn nicht möglich war. Es musste erneut abgetauscht werden. Die Planungsarbeiten laufen nun seit 1979 einvernehmlich mit Kanton und Gemeinden. Ich möchte hier ausdrücklich den Behörden in Kanton und Gemeinden für ihre kooperative Mitarbeit danken, obschon sie für uns nicht einfache Gesprächspartner waren. Ich habe dann selber am 6. Mai 1989 als eine meiner ersten Amtshandlungen ein umfangreiches Vertragswerk mit diesen Partnern über den Bau und Betrieb

der Kaserne unterschrieben, etwas, was wir rechtlich nicht müssten, aber was wir im Hinblick auf ein gutes Einvernehmen mit der ansässigen Bevölkerung natürlich gerne tun. Es waren nicht einfache Verhandlungspartner, aber wir haben vertretbare Kompromisse gefunden.

Der Ständerat hat dann vor einem Jahr einstimmig der ersten Etappe zugestimmt, der Nationalrat mit 130 zu 15 Stimmen. Eigentlich wäre es klüger gewesen, sollte man dieses Projekt nicht wollen, die erste Etappe auch schon nicht zu bewilligen. Nach einer ausgedehnten Redeschlacht hat dann der Nationalrat der zweiten Etappe im Verhältnis von 2 zu 1 Stimmen noch etwas klarer zugestimmt.

Erst nach Bewilligung der ersten Ausbauetappe ist die Opposition eigentlich virulent geworden, und nach Beginn der Bauarbeiten haben dann klar rechtswidrige Behinderungen eingesetzt, wobei wir wissen, dass ein grosser Teil der Demonstrationen sich von ausserhalb der Region rekrutiert.

Ich möchte nun auf die hauptsächlichsten Einwendungen eingehen: Dass es sich nicht um einen neuen Waffenplatz handelt, habe ich gesagt. Ich bedaure es natürlich auch, dass man nicht vor zehn Jahren den Entscheid gefällt und die Bauten eingeleitet hat. Das wäre problemlos gegangen; es hätte niemand vom Naturschutz gesprochen und von der schönen Landschaft. Ich habe mir übrigens sagen lassen, dass sie erst von Spaziergängern überflutet wird, seitdem in der Zeitung immer davon gesprochen wird. Das war früher nicht der Fall. Aber ich gebe zu, es ist eine schöne Landschaft; ich habe sie selber besichtigt.

Ich hätte es auch lieber gehabt, man hätte mit dem Bau früher begonnen. Man hat es aus finanziellen Erwägungen nicht getan und andere Prioritäten gesetzt. Ich will jetzt nicht sagen, dass man andere Prioritäten gesetzt hätte, wenn ich damals schon im Departement gewesen wäre; man hätte sie wahrscheinlich gleich gesetzt. Heute würde ich natürlich gerne sagen, ich hätte es schon von Anfang an anders gemacht.

Das zweite ist das Bedürfnis! Ich will nicht mehr darauf eingehen, was die Rekruten da erdulden müssen: Nasse Wäsche kann nicht trocknen, Gamellen müssen ohne fliessendes Wasser geputzt werden, unhygienische Unterkünfte, zu wenig Duschen, Feuergefahr usw. Das hätte man wahrscheinlich alles irgendwie sanieren können, wenn man davon ausgegangen wäre, es werde nie eine andere Kaserne geben. Man hat es nicht gemacht, weil man damit rechnete, dass es eine Kaserne geben wird. Aber das hätte das Problem auch nicht gelöst, weil eben die Distanzen zu gross sind. Heute ist die Fahrt auf Ladebrücken von Lastwagen für verschwitzte Rekruten – ich habe dort selber mit solchen gesprochen – und auch umweltmässig nicht zumutbar. Wir müssen auch Uebungsgelände, z. B. das Sitterobel, das wir jetzt brauchen, aufgeben. Auch ohne Kaserne fehlt ein Uebungsgelände. Ich habe noch niemanden gesehen, der in der Zeitung gerühmt hätte, dass jetzt das Sitterobel für Spaziergänger wieder völlig frei werde. Es gibt also auch ein Gegengeschenk der Armee an die andere Seite.

Für mich ist die Dezentralisation das Hauptproblem. Die Unterkünfte wären wahrscheinlich zu sanieren, aber nur schlecht und recht. Weil die Räumlichkeiten nicht entscheidend verbessert werden können, wurden damals bewusst Provisorien bezogen.

Nun komme ich zur Frage, die vielleicht entscheidend ist, zur Belegung der Waffenplätze überhaupt:

Für die Ausbildung der Rekrutenschulen stehen uns heute 40 Waffenplätze zur Verfügung. Rothenthurm wäre der 41., nicht Neuchlen, das ja schon ein Waffenplatz ist. In der Zahl 40 ist Herisau-Gossau natürlich inbegriffen.

In den Frühjahrsschulen müssen heute 19 Kompanien und in den Sommerschulen 34 Kompanien ausserhalb der Waffenplätze stationiert werden, weil sie keinen Platz auf den Waffenplätzen haben. Sollten die Rekrutenzahlen infolge Geburtenrückgang abnehmen, würden wir natürlich diese Aussenstandorte, die Provisorien sind und zum Teil auch nicht sehr elegant – es gibt noch Schlimmeres als in Herisau-Gossau – aufheben. Hier besteht noch das Potential von mehreren Kasernen. Es bestehen aber – und das sage ich ausdrücklich – weder Pläne noch Absichten für weitere Waffenplätze in unse-

rem Lande. Ich habe gesagt, dass wir mit dem zufrieden sein müssen, was wir haben.

Unsere Waffenplätze sind ausgelastet. Die Bettenbelegung im Moment beträgt bezogen auf die Betriebstage 51 Prozent, bezogen auf das ganze Jahr 44 Prozent. Ich darf Sie daran erinnern, dass die Hotellerie nur zu 34 Prozent ausgelastet ist, also wesentlich schlechter. Die Bettenbelegung ist zudem nur ein Element der Auslastung der Waffenplätze. Wenn z. B. eine Zentralschule oder andere Kurse auf einem Waffenplatz stattfinden, ist nur ein kleiner Teil der Betten belegt, aber der Waffenplatz trotzdem vollständig.

Zudem müssen wir von den Rekrutenschulzeiten ausgehen. Wir können nicht sagen: Wir haben über Weihnachten/Neujahr freie Kapazität, also verlegen wir eine Rekrutenschule auf Weihnachten und Neujahr. Das geht nicht.

Wenn man das alles berücksichtigt, sind die Waffenplätze gut ausgelastet. Eine Aufteilung der Rekrutenschule auf andere Waffenplätze ist nicht denkbar, und ich fände es auch falsch, weil die Ostschweizer meines Erachtens Anrecht auf eine eigene Rekrutenschule haben.

Zum Problem der Natur und Umwelt: Ich kenne die Studie von Rapperswil nicht; ich hatte noch nicht die Ehre, sie zugestellt zu bekommen, obschon ich sehr viel zugestellt bekomme. Ich möchte aber einige Bemerkungen zum Verhältnis von Umwelt und Armee machen.

Natürlich, Frau Bühler, hat der Umweltschutz beim EMD nicht die erste Priorität; es muss die Landesverteidigung betreuen. Aber ich kann Ihnen sagen, dass uns die Umwelt ein Anliegen ist, besonders mir. Ich glaube, wir tun auch gut daran; wir wollen ja nicht noch weitere Fronten gegen uns aufbauen, die nicht nötig sind.

Ich behaupte einmal schlicht und einfach: Das EMD nimmt seit Jahren aktiv und systematisch die Belange des Umweltschutzes wahr und hat hier viel Pionierarbeit geleistet. Gewässerschutz: Ueber 300 Millionen haben wir in Sanierungen investiert, die nicht alle nötig gewesen wären, wenn man nicht an den Gewässerschutz gedacht hätte. Ich denke an die Wärmeversorgung und an die Luftreinhaltung, wo wir in Zusammenarbeit mit dem Amt für Bundesbauten viel Pionierarbeit geleistet haben. Wir werden jetzt für 60 Millionen die Benzindampfrückführung einführen. Wir haben bei den Sonder- und Siedlungsabfällen umfassende Erhebungen durchgeführt, welche zu detaillierten Entsorgungskonzepten führen werden. Die Rüstungsbetriebe haben klare Konzepte. Wir tun also sehr viel und werden trotz bescheideneren Mitteln noch weiter investieren.

Ich behaupte auch – und das haben wissenschaftliche Studien erhärtet –: Die Existenz der Armee in unserem Raum hat neben gewissen negativen Effekten, die ich nicht abstreiten will – zum Beispiel Lärm da und dort –, auch eine Reihe von positiven Effekten, welche unterbewertet und zum Teil bewusst verschwiegen werden. Wir haben im Rahmen von Koborio III eine wissenschaftliche Untersuchung gemacht über die Oekobilanz der militärischen Aktivitäten – Langzeitwirkung der militärischen Aktivitäten, militärische Belastungen im Vergleich zu anderen Bereichen – und können heute die Mär vom umweltzerstörenden EMD zurückweisen. Die irreversiblen Auswirkungen auf die Oekosphäre sind im Gegensatz zu anderen Bereichen relativ unbedeutend. Interessant ist, dass dort, wo das Militär Land nutzt, eine naturkonservierende Funktion des Militärs festzustellen ist. Das muss hier auch einmal gesagt werden. Wir werden vielleicht einmal mehr darüber publizieren können.

Zu Neuchlen: Wir haben noch vor dem Inkrafttreten der UVP-Verordnungen eine solche Prüfung gemacht. Wir haben die Empfehlungen, und wir können sie weitgehend berücksichtigen. In der Detailprojektierung wird jetzt dauernd weiter optimiert. Wir haben sogar einen Landschaftsspezialisten beigezogen, der nichts anderes tut.

Das Waffenplatzgelände wird zukünftig zum Teil nur noch extensiv bewirtschaftet werden, und die Beispiele Thun, Frauenfeld, Reppischtal und andere belegen eindrücklich, dass die militärische Nutzung Raum für naturschützerische Anliegen gibt, die andere Nutzungen nicht geben.

Frau Bühler, Sie haben auf den Naturschutzverein hingewie-

sen. Ich habe hier eine etwas andere Information; ich weiss nicht, welches Datum Ihre trägt. Die Verhandlungen mit dem Naturschutzverein der Stadt St. Gallen dürfen als positiv bezeichnet werden, obwohl ich nicht verhehlen will, dass es am Anfang Verständigungsschwierigkeiten gegeben hat. Wir stellen jetzt fest, dass wir über weite Strecken die gleichen Vorstellungen über die Gestaltung der Landschaft haben. Wir können nicht überall spontan zusagen, weil wir mit Gemeinden bezüglich gewisser Strassen vertraglich gebunden sind, weil wir ja auch den Landwirten Lebensraum geben müssen. Wir sind da im EMD immer «zwischen Ross und Wand». Wir haben die Landwirte, die ihre Anliegen haben; wir haben den Naturschutz, der auch berechnete Interessen hat, und haben die Gemeinden. Wir können tun, was wir wollen: irgendeiner dieser drei Partner wird nicht gleich befriedigt sein wie der andere. Dennoch versuchen wir, allen Anliegen Rechnung zu tragen.

Ich habe hier eine Pressemitteilung vom 8. Dezember 1990, wonach sich der Vorstand des Naturschutzvereins gegen die Unterstützung der Initiative der 40 Waffenplätze ausgesprochen hat. Ich glaube, dass dieser Entscheid realistisch ist. Denn ich muss eines sagen: Wenn dieser Waffenplatz nicht entsteht, wird dort oben in den nächsten Jahrzehnten intensivste Landwirtschaft betrieben, und es wird nichts für den Naturschutz getan werden. Ich glaube auch nicht, dass die Landschaft so viel hässlicher wird, weil wir uns wirklich Mühe gegeben haben, entsprechend zu planen, und die Spaziergänger sind dort oben auch nach dem Bau der Kaserne willkommen. Noch einige rechtliche und politische Bemerkungen: Dort oben wurde – Sie wissen es – sogenannt gewaltloser Widerstand praktiziert. Es beschäftigt mich auch, was junge Leute dazu bewegt, gewaltlos Zäune zu zerschneiden usw. Die Bauarbeiten werden laufend behindert. Wir mussten Zäune errichten und der Kanton St. Gallen Polizeischutz gewährleisten. Es wurde erwähnt: Die Kosten für die Gewährleistung des Schutzes stehen bis jetzt in einem eigentlichen Missverhältnis zur verbauten Summe. Wer trotz Verbot und Umzäunung ins Baugelände eindringt, muss mit einer Strafverfolgung rechnen. Bei den Politikern wird das davon abhängen, wie die Immunitätsfrage durch die Instanzen beurteilt wird. Aber wir konnten nicht Politiker und normale Bürger unterschiedlich behandeln. Das hätten die normalen Bürger wahrscheinlich nicht – und zu Recht nicht – verstanden. Wir haben auch einen unserer Anwälte damit beauftragt, Schadenersatzforderungen adhäsonsweise geltend zu machen. Es wird sich zeigen, was damit passiert.

Ich bedaure diese Polarisierung. Ich glaube aber nicht, dass man die Verantwortung den Behörden anlasten darf, die alles getan haben, um ein bevölkerungsverträgliches Projekt zu erarbeiten.

Neue Aspekte bringt die Initiative «40 Waffenplätze sind genug». Mir ist klar, dass diese Initiative zustande kommen wird. Mich überrascht angesichts des politischen Klimas auch das Tempo, wie das verläuft, nicht; ich hätte es sogar noch schneller erwartet.

Der neue Verfassungszusatz ist kein verfassungsrechtliches Meisterstück, sondern eher ein Beispiel für die – es wurde heute auch erwähnt – modische Betroffenheits- und Moratoriumsdemokratie, die vordergründig etwas anvisiert, was hintergründig anders gemeint ist. Ich glaube nicht, dass unsere Väter die Verfassung für derartige Initiativen geschaffen haben, aber diese sind nun einmal möglich. Wir werden die Frage der Gültigkeit sehr ernsthaft prüfen müssen.

Es gibt einige Probleme. Einmal das Problem der Einheit der Materie: Es werden sehr unterschiedliche Dinge in den Verfassungstext verpackt. Es gibt die Unbestimmtheit der Begriffe: Was ist ein Waffenplatz? Nach bestehender Terminologie ist das nicht das gleiche wie ein Übungs- oder Schiessplatz. Aber so wird es zum Teil von den interessierten Kreisen ausgelegt, wenn ich daran denke, was ich jetzt wieder über den neuen Tow-Schiessplatz in den Berner Alpen höre. Was solche unbestimmte Begriffe in der Verfassungspraxis bedeuten, wissen wir seit der Rothenthurm-Initiative. Noch heute ist es unklar, was eine Moorlandschaft ist, und das schafft uns – die Schwyzer und die Innerschweizer nicken beifällig – heute Pro-

bleme. Es geht auch um die Frage der Rückwirkungsklausel, die im Rechtsstaat verpönt ist. Aber wir haben Sündenfälle gesehen: Rothenthurm oder auch die Kleeblatt-Initiativen.

Natürlich haben wir – wohl zu Recht – in der Schweiz die Tradition, politisch grosszügig mit der Gültigkeit einer Initiative umzugehen. Wir werden uns auch hier dieser Grosszügigkeit befleissigen. Aber wir müssen das Problem prüfen. Wir haben ein Rechtsgutachten in Auftrag gegeben, um zu einer neutralen Beurteilung zu kommen.

Ich habe mir auch die Frage eines Bauaufschubs lange überlegt, weil ich sehe, dass sich viele Bürger vielleicht fragen, ob man die Bauten denn wieder abbrechen sollte, wenn sie bereits gebaut sind und das Volk anders entscheidet. Sollte das Volk anders entscheiden, wird abgebrochen, das ist völlig klar. Ich bin, nicht zuletzt im Interesse einer sauberen Politik, froh, dass dies hier erwähnt worden ist.

Im Kampf gegen die Rechtsverweigerung bin ich nicht bereit, schon heute dem Initiativbegehren eine Vorwirkung zuzugestehen und zum Beispiel auf die Unterbreitung der Kreditvorlage zu verzichten oder die Bauarbeiten einzustellen. Es ist doch ein grosses staatspolitisches Grundsatzproblem, ob man einfach mit einer Initiative alles blockieren kann, was in diesem Lande rechtlich einwandfrei beschlossen worden ist. Wenn wir das zur Regel werden lassen, wird jeder, der im Parlament unterlegen ist, das versuchen; dann kann in diesem Land gar nichts mehr realisiert werden. Das müssen wir uns auch aus Präjudizgründen in diesem Zusammenhang sehr ernsthaft überlegen.

Es fällt mir nicht leicht, so zu entscheiden. Es wäre bequemer zu sagen, ja, ja, jetzt warten wir einmal ab, aber das könnte ein Präjudiz sein, das für die Schweiz schmerzlich werden könnte. Ich bitte Sie, auch das in Ihren Überlegungen zu berücksichtigen.

Obwohl nun behauptet worden ist, wir würden die Bauarbeiten einstellen, kann ich Ihnen sagen, dass dies nicht der Fall ist. Wir haben nur auf Wunsch der St. Galler Regierung den Ablauf optimiert. Es wäre falsch, jetzt lauter Kleinigkeiten aufzustellen, die fast nicht zu schützen sind, da es doch um den grossen Brocken geht. Deshalb wollen wir jetzt – und das können wir aus rechtlichen Gründen erst nach dem Entscheid der Räte machen – die Kaserne rasch zu planen beginnen und den Grossbau in Angriff nehmen, wenn die Planung fertig ist. Gleichzeitig werden wir aber die Sanierung der Landwirtschaftsbetriebe an die Hand nehmen. Es hat geheissen, man wolle auch diese behindern; das Baubewilligungsverfahren ist allerdings nach normalem, zivilen Recht über die Bühne gegangen. Ob die Bauern sich über derartige Behinderungen freuen werden, wird sich zeigen. Wir werden auch im Breitfeld weiterbauen, wo bereits ein Schiessplatz besteht.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie den Kreditbetrag aufstocken würden, weil es sinnvoller ist, dies in einem Zug zu tun und nicht nochmals die gleiche Diskussion zu führen. Wir wollen fertigbauen, wenn wir schon einmal angefangen haben; dazu gehört auch die dritte Etappe. Wir haben diese aus finanzpolitischen Gründen noch nicht in die Botschaft eingebaut.

Gestatten Sie mir trotzdem noch eine letzte, grundsätzliche Bemerkung. Mich beschäftigt die Frage dieses sogenannt gewaltlosen, aber sehr aggressiven Widerstandes in einer Demokratie schon. Ich weiss, dass dieser junge Leute reizen kann, und ich habe darauf hingewiesen, dass ich sogar ein gewisses Verständnis dafür habe, dass man sich auch Fragen im Zusammenhang mit der neuen Weltlage stellt. Ich habe aber auch nachgewiesen, dass das Projekt damit keinen Zusammenhang hat. Europa wird sicherheitspolitisch nicht sicherer und nicht besser, wenn diese Kaserne für die Rekruten der Ostschweiz nicht gebaut wird.

Auch ich halte eigentlich ein Widerstandsrecht für legitim, und zwar dort, wo es darum geht, wenn Diktaturen Menschenrechte und Demokratie unterdrücken; ich würde Widerstand auch für legitim halten, wenn eine Demokratie sich selber anschicken würde, eine Demokratie abzuschaffen oder zu unterdrücken. Ein solcher Zustand ist in unserem Lande nun wirklich bei weitem nicht abzusehen. Ich kenne kein anderes Land, in welchem die Bürger so viele Möglichkeiten der politischen

Einflussnahme haben. Ich frage mich sogar manchmal, ob der Bürger das überhaupt noch schätzt und würdigt, wenn ich die Stimmbeteiligungen sehe oder in einer Umfrage lese, dass 40 Prozent der Schweizer auf eine Suggestivfrage antworteten, dass wir nur noch eine Scheindemokratie hätten.

Wenn wir eine Scheindemokratie haben, wo auf der Welt finden Sie dann überhaupt noch eine Demokratie? Es gibt kein Land, in welchem der Bürger, wenn er will, so vor die Haustür treten und zum Rechten schauen kann. Er kann sogar die Armee abschaffen, wenn er will. Aber wir erwarten auch, dass – wenn die Mehrheit der Bürger die Armee nicht abschaffen will – die anderen das akzeptieren.

Wer den Eindruck hat, das geltende Recht sei nicht mehr richtig, kann es abändern, und das geschieht auch laufend.

Es kann deshalb nicht angehen, gerade in unserem Land nicht, dass sich einzelne politische Gruppen anmassen, nach ihrem Gutdünken festzulegen, was in diesem Land recht sei oder nicht. Wenn das in diesem Staat üblich werden sollte, würden wir uns wirklich Richtung Anarchie bewegen. Mit gleichem Recht könnten dann irgendwelche Verlierer verweigern, z. B. auf der Autobahn langsamer zu fahren oder die Luftreinhalteverordnung nicht einzuhalten.

Ich glaube auch, dass die Schwachen in diesem Land die Zehne bezahlen, wenn das Recht verwildert. Es ist ein gefährliches Tun, wenn man in diesen Betrachtungen das Recht immer mehr aufweicht und einem gewissen Recht zum Widerstand im Rechtsstaat das Wort redet.

Ich bedaure, dass wegen dieses Waffenplatzes eine politische Stimmung entsteht, die eher noch mehr polarisiert. Ich weiss auch, Frau Bühler, dass das meinem Departement nichts nützt, aber ich muss nun einmal Ihre Beschlüsse vollziehen, ob ich sie vernünftig finde oder nicht – diesen Beschluss finde ich im übrigen vernünftig. Es gäbe Wichtigeres zu tun, aber ich möchte doch – wie ich es im Nationalrat schon getan habe – noch ein letztes Mal an die Gegner des Waffenplatzes appellieren: Akzeptieren Sie den Beschluss der Räte als rechtlich einwandfrei und lassen Sie die Realisierung des Waffenplatzes ohne Widerstand zu.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Kommission	32 Stimmen
Für den Antrag Bühler	3 Stimmen

Abs. 2 Bst. b – Al. 2 let. b

Mme Jaggi: J'aimerais intervenir à propos du crédit additionnel 341 intitulé «Agrandissement et adaptation des infrastructures pour le jet-école Hawk». Je voudrais insister sur le caractère partiellement trompeur de ce titre. Certes, il s'agit d'infrastructures pour le jet-école Hawk, mais l'agrandissement et l'adaptation de ces infrastructures ne sont pas pour le Hawk, mais pour un autre appareil, à savoir pour le nouvel, éventuel, futur avion de combat.

Nous avons décidé, avec le programme de construction des ouvrages militaires de 1988, la construction de douze garages boxes pour ce fameux jet-école Hawk. A ce jour six sont construits sur les douze votés, avec des dimensions supérieures à ce qui était prévu initialement; on a allongé ces six boxes de 2,50 mètres et ils sont élargis de 2,25 mètres, le tout pour un coût de 970 000 francs. D'autre part, on a consacré un million à d'autres adaptations, telles qu'une augmentation de la contenance des citernes, un renforcement de l'alimentation en électricité, en fluides et en produits courants ainsi qu'à la construction de boxes supplémentaires pour les réserves de munitions.

A cela s'ajoutent encore 210 000 francs pour le renforcement des esplanades et des dalles. Bref, on arrive à un peu plus de 3 millions de francs au total d'adaptations et d'agrandissements pour, non pas le Hawk, mais pour un éventuel avion de combat dont tous les modèles exigent des dimensions supérieures et des renforcements divers.

Je tiens simplement à faire remarquer ici la portée préjudicielle de notre décision concernant ces améliorations d'infrastructures soi-disant pour le jet-école Hawk. C'est une portée préjudi-

cielle sur le principe même de l'acquisition d'un nouvel avion de combat (qu'il s'agisse du FA/18 ou de tout autre).

M. le conseiller fédéral ne manquera pas de rappeler que, s'agissant du budget militaire, on ne crée pas des faits accomplis pour la modique somme d'un peu plus de 3 millions. Même en y ajoutant tous les frais liés à la procédure d'évaluation pour l'appareil de combat, on n'a encore pas la nécessité de dépenser 3 milliards parce qu'on a préparé cette dépense pour 3 à 5 millions.

Il n'empêche que, et cela doit me sembler-t-il être mis en évidence, l'on a construit d'ores et déjà six boxes adaptés non seulement aux besoins d'un jet-école pour lequel ils ont été faits et pour lequel ils avaient été annoncés et votés, mais aussi pour un éventuel nouvel avion de combat. D'autre part on prévoit de construire six autres boxes également adaptés aux nouvelles dimensions et aux nouveaux besoins, sans que l'on sache exactement quand on va les construire.

Le message est remarquablement flou à ce sujet. Il faut dire qu'entre le moment où il a été rédigé et celui de l'examen, la situation a changé du fait de la décision du Conseil fédéral de reprendre l'évaluation à un stade antérieur et notamment d'introduire le Mirage dans cette évaluation. La page 54, chiffre 341 du message, édition française, parle du nouvel avion de combat, de l'acquisition qui sera soumise avec le programme d'armement 1990 – on sait ce qu'il en est advenu – et l'on dit que, dans ces conditions, on va attendre pour les six autres boxes que l'on ait ce programme d'armement 1990, mais qu'il faudra tout de même avoir ces boxes de parcage de l'avion-école en 1990/91. Toutefois, si le refus est prononcé on reviendra au projet antérieur. Bref, l'on ne sait absolument pas où on en est; un minimum de clarification sur ce sujet ne serait pas superflu.

Cela dit et contrairement à M. Rebeaud au Conseil national, je ne fais pas la proposition de biffer le supplément qui nous est demandé, je voulais simplement, par cette intervention, mettre en évidence devant ce conseil le caractère préjudiciel de notre décision qui n'est pas si innocente qu'elle en a l'air, telle qu'elle nous est demandée sous chiffre 341 du message en question.

Küchler: Frau Jaggi hat bereits in der Kommission auf diese Problematik aufmerksam gemacht. Wie Sie wissen, handelt es sich um einen Zusatzkredit zu einem Verpflichtungskredit, den wir 1988 bereits beschlossen haben. Es geht darum, für das Schulflugzeug Einstellzellen zu errichten. Kurz nach diesem Grundsatzentscheid kam die Beschaffung eines neuen Kampfflugzeugs in die Diskussion. Damit hat sich auch die Frage gestellt, ob nun allenfalls die neuen Flugzeugtypen in diese Einstellboxen hineingestellt werden könnten oder nicht. Es hat sich gezeigt, dass dies, welchen Typ wir auch immer anschaffen werden, nicht der Fall sein wird. Aus diesem Grund ist es eigentlich klug, vorzuschauen und ein Projekt, bevor es abgeschlossen ist, noch zu optimieren.

Mit diesem Zusatzkredit besteht nun die Möglichkeit, bevor das Projekt beendet ist, noch eine Optimierung in dem Sinne vorzunehmen, dass die Einstellboxen allenfalls auch für ein neues Kampfflugzeug, welcher Typ es auch immer sein mag, benützt werden können. Auch die neuen Kampfflugzeuge werden vom Flugplatz Sitten aus Trainingsflüge absolvieren, und ihre Bereitstellung kann somit verbessert werden. Es ist also kein Präjudiz für einen gewissen Flugzeugtyp. Für den Fall allerdings, dass wir zu keiner Beschaffung von Flugzeugen kämen, würde sich diese Investition als unnützlich erweisen. Es ist also gleichsam eine Versicherungsprämie, über die wir nun heute beschliessen.

Aus all diesen Gründen hat sich die Kommission für diesen Zusatzkredit ausgesprochen, in der Meinung, damit für die Zukunft eine Optimierung des Vorhabens zu ermöglichen.

Bundesrat Villiger: Gestatten Sie mir nur eine Bemerkung. Sachlich hat der Kommissionspräsident das Wesentliche gesagt. Es ist in der Tat kein Präjudiz, sondern eine Versicherungsprämie. Ich wäre froh, Frau Jaggi, wenn die Zustimmung zu diesen drei Millionen mir gleichzeitig auch die Zustimmung zum Kampfflugzeug bringen würde. Ich bin mir aber durchaus

bewusst, dass es nicht so einfach geht, und Sie dürfen später, beim Kampfflugzeug, völlig frei entscheiden. Ich glaube, es ist auch deshalb kein Präjudiz, weil die drei Millionen zu den ungefähr drei Milliarden für das Kampfflugzeug nur ein Promille darstellen, also diesen Entscheid nicht präjudizieren.

Ich ergreife aber das Wort, weil ich fand, Ihr Hinweis, der Titel habe einen «caractère trompeur», sei nicht so ganz nett. Wir haben auf Seite 52 in der deutschsprachigen Botschaft ausdrücklich darauf hingewiesen, dass es sich um das neue Kampfflugzeug handelt; Sie können uns also nicht unterschwellig vorwerfen, wir hätten hier etwas vertuschen wollen.

Angenommen – Adopté

Art. 2, 3

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Beschlussentwurfes

27 Stimmen
(Einstimmigkeit)

An den Bundesrat – Au Conseil fédéral